



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
STASI IN DER REGION

Stasi in Sachsen

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden,
Karl-Marx-Stadt und Leipzig



Peter Boeger, Elise Catrain (Hg.)

Stasi in Sachsen.

**Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden,
Karl-Marx-Stadt und Leipzig**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4	
Die Zäsuren	7	
1945–1950	»Jeden Parteauftrag erfüllen« – der Aufbau einer Geheimpolizei in Sachsen	8
1953	»Stürzt die Regierung!« – der 17. Juni 1953 in Niesky	12
1956	»Auch Walter Ulbricht wird in Kürze stolpern« – Reaktionen auf den XX. Parteitag der KPdSU in Sachsen	17
1961	Zwangsumsiedlungen aus dem Vogtland	22
1968	Vivat Dubček! Ein Augenzeuge aus Karl-Marx-Stadt erlebt den Prager Frühling	27
1976	Die Ausbürgerung von Wolf Biermann und der Fall »Wagner« in Meerane	30
1985	Glasnost und »Sputnik«-Verbot. »Neues Denken« und »Dialog« in Leipzig	34
Der Apparat	39	
	»Zutritt für Unbefugte verboten« – die Abschottung der Dresdner Stasi-Zentrale	40
	Auf der Spur des Taxi-Agenten – Kalter Krieg in Kamenz	45
	Die Stasi-Kreisdienststelle Leipzig-Stadt und die Zerschlagung des »Gohliser Kreises«	50
	Feind ist, wer anders denkt – die Kreisdienststelle Plauen und die Verfolgung des Künstlers Klaus Hopf	53
	»Keine fertigen Tschekisten von der Straße« – die hauptamtlichen Mitarbeiter	56
	Augen und Ohren immer offen halten – das Spitzelnetz der Staatssicherheit	61
	Tschekistischer Kampf gegen »Terrorverbrechen« – die Grenzübergangsstelle Gutenfürst	66
Die Methoden und ihr Einsatz	71	
	Überprüfen – überwachen – »zersetzen«: Im Mahlwerk der »operativen Bearbeitung« des MfS	72
	»Im Interesse und zum Schutz der Bürger«? – die Postkontrolle der Stasi	76
	Haft für Radeburger Familie – die Stasi und ihr Gefängnisssystem	81
	Flucht in die DDR – Anklage gegen den »Amerikaner von Karl-Marx-Stadt«	85
	»Ich fordere die Umsiedlung!« – die Stasi bekämpft Ausreiseartragsteller	90
	»Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt« – die Leipziger Messen	94
	»Industrienebel« über dem »Rio Phenole« – Umweltverschmutzung in Leipzig	99
	Die »toten Helden der Arbeit« – das schwere Grubenunglück bei der Wismut AG 1955 in Niederschlema	102
	Maschinengewehrfeuer auf »Grenzverletzer« – Flucht über Tschechien	107
	»Nazischwein« und »Adenauer-Spion« – Pfarrer im Kampf gegen die Jugendweihe	111
	Staatsaffäre Opernpremiere – die Wiedereröffnung der Semperoper unter Stasi-Kontrolle	114
	»Sportverräter« Kotte – die Stasi und der DDR-Fußball	118
	Kaderschmieden des Leistungssports – die Kinder- und Jugendsportschulen	122
	»Ich habe keine Angst vor euch« – Opposition aus Hainichen	126

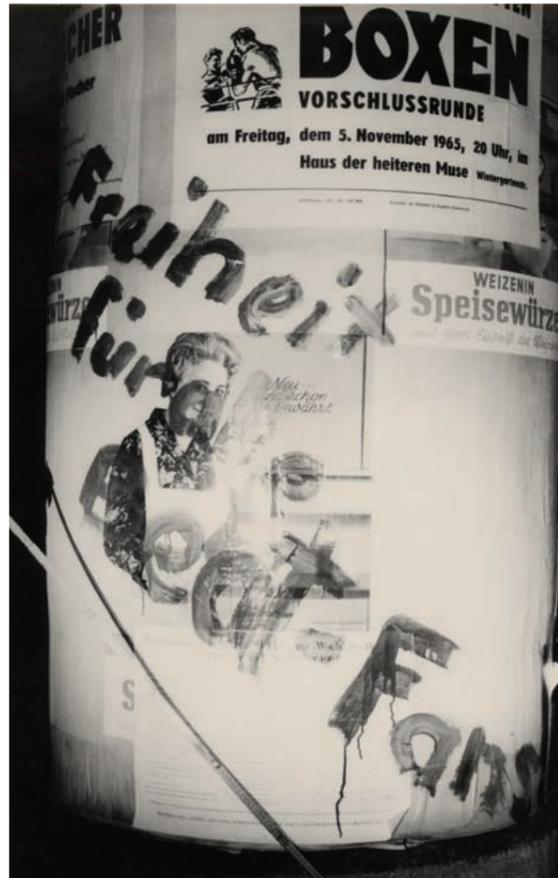
Das Ende	131	
	»Schließt euch an!« – die Leipziger Montagsdemonstrationen	132
	Prag – Dresden – Hof: Sonderzüge in die Freiheit	136
	Das Ende der Stasi – Ein Zeitzeugenbericht zur Besetzung der Dienststelle in Siegmarsdorf	141
Anmerkungen	146	
Übersichten und Verzeichnisse	154	
	Struktur und Aufgaben der Stasi in Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig	154
	Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig	157
	Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen	162
	Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen	167
	Autoren	172
	Abkürzungsverzeichnis	173
	Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Sachsen	175

Einleitung

In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren laute Beatles-Songs und »wilde Mähnen« à la Mick Jagger Mitte der 1960er-Jahre für die herrschende Staatspartei, die SED, eine unerträgliche Provokation.¹ Um die als »dekadent« geltende Mode zu unterbinden, verbot die Partei im Oktober 1965 die Beat-Gruppen in der DDR. Viele Jugendliche wollten sich mit dieser Entscheidung nicht abfinden. Allein in Leipzig versammelten sich in den Morgenstunden des 31. Oktober 1965 etwa 1 000 Beat-Fans auf dem zentralen Wilhelm-Leuschner-Platz. Mit aller Härte gingen Funktionäre der Partei, Polizisten und Kräfte der Staatssicherheit gegen die »Gammler« vor: Sie setzten Wasserwerfer ein und verhafteten rund 260 Jugendliche.²

Aus Protest gegen die Inhaftierung ihrer Freunde zogen zwei junge Frauen in den Abendstunden des 5. November 1965 durch die Leipziger Innenstadt. Sie brachten Losungen an Litfaßsäulen und Schaufenstern an, und sie verteilten Flugblätter – auch in öffentlichen Gebäuden. Ihre Botschaft war unmissverständlich: »Haussuchungen, Verhaftungen, Verhöre! Es folgen Urteile und das geht zu weit [...] wir fordern: Freiheit für alle Beat-Fans und rufen, es lebe der Beat!« Diesen offenen Widerspruch konnte und wollte die SED nicht akzeptieren. Die Stasi verhaftete die beiden 16- und 17-jährigen Beat-Fans wenige Tage nach ihrer Aktion und ließ sie vor Gericht stellen. Die Initiatorin, die noch versucht hatte, nach West-Berlin zu fliehen, erhielt eine Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Ihre Freundin kam mit einer Bewährungsstrafe davon.³

Dieses Beispiel – nur eines von unzähligen – zeigt, wie die Staatssicherheit rigoros gegen jene vorging, die es wagten, systemkritisch zu agieren. Als »Schild und Schwert« der Partei war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zwischen 1950 und 1989 der Garant der Machtsicherung der SED. Seine Maßnahmen reichten dabei von bloßer Einschüchterung bis hin zum Erwirken langjähriger Haftstrafen. Das ganze Ausmaß dieser repressiven Methoden wurde erst nach der Friedlichen Revolution von 1989 durch den Zugang zu den Stasi-Unterlagen bekannt. Heute können die über 100 Regalkilometer Akten zur persönlichen Akten-einsicht für Betroffene, für Forschungszwecke sowie zur Unterrichtung der Öffentlichkeit genutzt werden. Allein in Sachsen hinterließ die Staatssicherheit über 26 Kilometer Akten. Sie werden in den Außenstellen



> Litfaßsäule an der Coppi-/Wittenberger Straße in Leipzig mit Fan-Protest. 1965
BStU, MfS, BV Leipzig, AU 212/66, Bd. 4, Bl. 204

Chemnitz, Dresden und Leipzig des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen verwahrt.

Aus diesen Archiven zeigt die vorliegende Länderstudie eine Auswahl persönlicher Schicksale. Sie wirft Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte in den ehemaligen Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig. In den Beiträgen sind die biografischen Fallbeispiele besonders gekennzeichnet. Wir möchten allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken, die einer Veröffentlichung ihrer Akten zugestimmt haben.

Die vier Kapitel im Überblick

Die Zäsuren

Im ersten Kapitel der Länderstudie werden jene Ereignisse vorgestellt, welche die DDR-Geschichte geprägt haben. Beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 stellten sich zum Beispiel Bürger in Niesky gegen die Regierung und besetzten die örtliche Dienststelle der Staats-



> Die Stasi konfiszierte bei den Beat-Fans die Sammelkarten mit Fotos ihrer Idole. 1965
BStU, MfS, BV Leipzig, AU 252/66, Bd. 2, Bl. 139

sicherheit. Aufgezeigt werden auch die Auswirkungen des Baus der Berliner Mauer im Jahre 1961 am Beispiel der Zwangsaussiedlungen im Vogtland. Einzelproteste um den Prager Frühling (1968) und die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann (1976) verdeutlichen jeweils die Biografie eines Studenten aus Karl-Marx-Stadt und eines Pfarrers aus Meerane.

Der Apparat

Ein eigener Abschnitt widmet sich der Struktur und dem Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit. In Sachsen befanden sich drei der insgesamt 15 Bezirksverwaltungen – in Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig. Von Auerbach bis Zittau überzog das MfS die sächsische Region mit insgesamt 51 Kreisdienststellen und einer Objektdienststelle zur Überwachung der Technischen Universität (TU) Dresden. Neben dieser Struktur werden auch die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS sowie das umfangreiche Netz der inoffiziellen Mitarbeiter vorgestellt.

Die Methoden und ihr Einsatz

In diesem Kapitel werden die Methoden der Staatssicherheit beleuchtet. Um die Bevölkerung zu überwachen und Systemkritik im Vorfeld zu unterbinden, entwickelte die Geheimpolizei eine ganze Reihe zuneh-

mend verdeckter und subtiler Maßnahmen – von der Postkontrolle bis zu geheimen Verhören. Die Länderstudie macht deutlich, dass die Stasi in allen Bereichen aktiv war. Ob in den Wirtschaftsbetrieben der Wismut oder bei der Leipziger Messe, ob in Kirchgemeinden oder kulturellen Institutionen wie der Dresdner Semperoper. Auch das Privatleben der Bürger stand im Blickpunkt des MfS. Gezeigt wird das Vorgehen der Stasi gegen abweichendes Verhalten am Beispiel einer Familie aus Radeburg, die einen Fluchtversuch unternahm, sowie gegen einen Ausreiseantragsteller aus Dresden.

Das Ende

Das letzte Kapitel der Studie widmet sich dem Untergang der DDR und der Auflösung der Staatssicherheit. Seit Mitte der 1980er-Jahre sah sich die SED-Führung in ihrem Machtanspruch insbesondere durch politische Reformen in den sozialistischen Bruderländern bedroht. Die wirtschaftlich prekäre Lage und der wachsende Wunsch der Bevölkerung nach mehr Freiheiten – vor allem Reisefreiheit – setzten Prozesse in Gang, die Partei und Stasi nicht mehr aufhalten konnten. In Leipzig fanden die ersten Montagsdemonstrationen statt, die bald im ganzen Land Verbreitung fanden. Das Aus für die Staatssicherheit kam am 4. Dezember 1989. In den Nachmittagsstunden besetzten Bürger zum Beispiel die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt im Stadtteil Siegmars. So stoppten sie die Vernichtung von Akten und sicherten die brisanten Unterlagen der Geheimpolizei.

PBo / ECa



Die Zäsuren

> Tausende Görlitzer kamen ins Stadtzentrum, um gegen die SED zu demonstrieren. 17.6.1953
Foto: Ratsarchiv Görlitz (Ausschnitt)

1945–1950

»Jeden Parteauftrag erfüllen« – der Aufbau einer Geheimpolizei in Sachsen

In der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1945 wurde in Dresden die letzte Zeitung des Dritten Reiches gedruckt – die Nr. 105 des NSDAP-Parteiorgans »Der Freiheitskampf«. Ausgeliefert werden konnte diese Ausgabe am Tag der deutschen Kapitulation allerdings schon nicht mehr, weil die Rote Armee bereits ins Stadtzentrum vordrang. Schon am 22. Mai erschien die erste Ausgabe der »Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung« unter Aufsicht der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und verkündete auf der dritten Seite, dass die »neue Stadtverwaltung von Dresden [...] die Arbeit begonnen« hatte.⁴

Das Land Sachsen gehörte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur sowjetischen Besatzungszone. Die Aufteilung Deutschlands in drei (später vier) Besatzungs-

zonen war bereits im Februar 1945 bei der Konferenz von Jalta vereinbart worden. Ein halbes Jahr später hatten die Alliierten beim Potsdamer Abkommen politische Grundsätze definiert: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung. Die SMAD übernahm die Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone im östlichen Teil Deutschlands. Sie leitete tiefgreifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse ein. Eine zentrale Rolle spielte dabei die kommunistische Führungscrew um Walter Ulbricht, die sich auf die Machtübernahme im Moskauer Exil jahrelang vorbereitet und schon vor der Kapitulation wieder deutschen Boden betreten hatte. Speziell in Sachsen war die aus Moskau zurückgekehrte Gruppe um Anton Ackermann (1905–1973), der unter sowjetischer Anleitung den Neuaufbau regeln sollte, aktiv.

Die Durchsetzung einer kommunistischen staatlichen Ordnung mit einer funktionierenden Verwaltung setzte einen zuverlässigen deutschen Polizeiapparat voraus. Bereits eine Woche nach der Kapitulation wurden

Strafvollzugsanstalt Torgau Torgau, den 15. Juli 1955

BSTU
000015

Aktenvermerk
=====

Anlässlich des Gnadenerweises des Präsidenten der DDR vom 17.5.1955 und vom 13.6.1955 wurde dem Strafgefangenen:

.. N a t o n e c k .. Wolfgang .. 3.10.1919 ..
Name Vorname geb.am

verurteilt am: 11.11.1948 vom: SMT Ger.Az. 127o11

zu 25 Jahren Freiheitsentzug, in der Gnadenliste unter Nr. 185
aufgeführt, gemäß Verfügung des Chefs der DVP vom 8.7.1955 die
Freiheitsstrafe auf 8 Jahre herabgesetzt. 2

Neues Strafende: 10.11.1956

Kenntnis erhalten:
Wolfgang Natonek

Strafvollzugsanstalt Torgau
Leiter der Dienststelle
P. 1955

> Das Sowjetische Militärtribunal verurteilte Wolfgang Natonek wegen Spionage zu 25 Jahren Haft, acht davon verbüßte er. 15.7.1955
BSTU, MfS, HA IX/11, PA, Nr. 6212, Bl. 15



> Wolfgang Natonek. Um 1956
BSTU, MfS, HA IX/11, PA, Nr. 6212, Bl. 36

die ersten Polizeireviere in Dresden neu eingerichtet. Die rasche Neugründung der Polizei in Sachsen galt als Vorbild für die anderen Länder. Diese Aufbauarbeit war durch »eine besonders rigorose Personalpolitik und durch eine enge Verquickung mit dem Parteiapparat der KPD/SED [Kommunistische Partei Deutschlands/ Sozialistische Einheitspartei Deutschlands]« geprägt.⁵ Bewährte Kommunisten übernahmen Führungspositionen und sorgten dafür, dass die sächsische Polizei zum Machtinstrument des Staates wurde.⁶ Kurt Fischer (1900–1950) war eine entscheidende Figur bei diesem Prozess. Nach dem Ende des Krieges trug er als Oberbürgermeister der Stadt Dresden zur Neuausrichtung der städtischen Polizei bei. Er galt als besonderer Vertrauensmann Moskaus. Ab Juli 1945 war er als sächsischer Innenminister und ab 1948 als Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern an der Politisierung der Polizei maßgeblich beteiligt.⁷

1949 hatte die
»Hauptverwaltung zum Schutz
der Volkswirtschaft«
1 150 hauptamtliche Mitarbeiter.⁸

Schon früh wurden auch die Weichen für den Aufbau einer politischen Polizei gestellt.⁹ Abteilungen zur Bearbeitung politischer Kriminalität bildeten sich innerhalb der Polizei aus und erhielten nach einem Vereinheitlichungsprozess Anfang 1947 die Bezeichnung »K 5«. Diese Abteilungen galten als Hilfsorgane der sowjetischen Geheimpolizei und arbeiteten ihr in Fällen von politischen Delikten, Kriegsverbrechen sowie Widerstand gegen die neue staatliche Ordnung zu.¹⁰

Ein Beispiel für die Repressionspraxis in der SBZ ist der Fall des Studenten Wolfgang Natonek (1919–1984). Im Februar 1946 begann er, an der Universität Leipzig Germanistik, Anglistik und Zeitungswissenschaft zu studieren. Im Februar 1947 wurde Natonek als Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) zum Vorsitzenden des Studentenrates gewählt. Diskussionen um politische Fragen gehörten zu diesem Zeitpunkt zum Universitätsalltag der Studenten. Natonek erklärte

dazu: »Als wir nach einem sechsjährigen Krieg wieder an die Universitäten kamen, glaubten wir, dass nun endlich die Zeit angebrochen sei, dass wir uns wissenschaftlicher Arbeit hingeben könnten. Keiner hatte die Absicht, an der Universität Politik zu treiben, aber noch viel weniger, in eine Partei einzutreten. Wir sehen jedoch, dass es nötig ist, Parteipolitik zu treiben, damit wir nicht von einer anderen Partei majorisiert werden. Wir wissen, was auf dem Spiele steht.«¹¹ Überliefert ist Natoneks Bonmot, wonach es 1937 die »nicht-arische« Großmutter gewesen sei, die ein Studium verhindert hätte, 1947 sei es die »nicht-proletarische« Großmutter gewesen. Natonek geriet rasch in Gegensatz zur SED, die ihn als »Idol der reaktionären Studentenschaft« denunzierte.

In der Nacht vom 11. auf den 12. November 1948 wurde Natonek auf Veranlassung der SED von der sowjetischen Geheimpolizei festgenommen und in das Gefängnis der Geheimpolizei in Dresden gebracht. Zugleich erfolgte die Verhaftung von zehn weiteren Studenten. Natonek wurde am 30. März 1949 von einem Sowjetischen Militärtribunal in Dresden wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und kam erst nach Torgau, dann nach Bautzen ins Gefängnis. 1956 aus der Haft entlassen verließ er die DDR.¹²

Ab 1948 drängte die SED-Führung in Moskau darauf, eine eigene deutsche Geheimpolizei aufbauen zu dürfen. Trotz Skepsis des sowjetischen Geheimdienstes stimmte Stalin dem Vorhaben im Dezember 1948

Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit.

Vom 8. Februar 1950

§ 1

Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 2) wird entsprechend geändert.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.
Berlin, den 8. Februar 1950

Das vorstehende, vom Präsidenten der Provisorischen Volkskammer unter dem 10. Februar 1950 ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.
Berlin, den 18. Februar 1950

Der Präsident
der Deutschen Demokratischen Republik
W. Pieck

> Gesetz zur Schaffung eines DDR-Geheimdienstes vom 8. Februar 1950. Aus dem kurzen Gesetztext war nicht zu entnehmen, welche Befugnisse und welche Stellung das neue Ministerium im SED-Staat hatte. 1950

zu. Das bedeutete die Abkoppelung der »K 5« aus der Kriminalpolizei und die Gründung einer »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« als Vorläuferin des Ministeriums für Staatssicherheit, die unter strenger sowjetischer Aufsicht stattfand.¹³

Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 folgte schon am 8. Februar 1950 das Gesetz zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, auch hier nach sowjetischem Vorbild.

Eine zentrale Rolle beim Aufbau der Staatssicherheit in Sachsen spielte Joseph Gutsche (1895–1964). Er war Kommunist der ersten Stunde und diente während seines Exils in der Sowjetunion als Regimentskommandeur der Roten Armee. Schon im Auftrag Moskaus hatte er militärische und parteiliche Arbeit geleistet.¹⁴

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte Gutsche nach Deutschland zurück. Er war zunächst als Präsident des Landeskriminalamts Sachsen tätig. 1949 wurde er zum Leiter der »Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen« bestimmt. 1950 übernahm er dann die Leitung der Länderverwaltung des MfS in Sachsen und 1952 die Bezirksverwaltung (BV) Dresden.

Das MfS verfügte 1950 über 2 700 hauptamtliche Mitarbeiter.

An den Aufbau der Geheimpolizei in Sachsen erinnerte sich Gutsche folgendermaßen: »Im April 1949 kam eines Tages der Genosse Erich Mielke nach Dresden und fragte mich, ob ich mitmache? Ich sagte ihm, dass ich doch wissen müsse wobei. Darauf sagte er, dass ich das



> Dienstaussweis von Joseph Gutsche. 1947
BStU, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 87, Bild 1

bald erfahren würde, wenn ich meine Zusage gegeben hätte, jeden Parteiauftrag zu erfüllen. Worauf ich ihm antwortete, dass das selbstverständlich sei, wie ja mein ganzes Leben beweise. Darauf erzählte er mir, dass das, was jetzt in der Kriminalpolizei die K 5 ist, ein selbstständiges Organ werden würde, welches ausschließlich mit den Fragen der Sicherheit des Staates sich befassen würde [...] So wurde ich am 1.5.1949 der Gründer, Leiter und Organisator der Staatssicherheit im Lande Sachsen, wo ich jeden Mitarbeiter, jedes Haus, jeden Wagen selbst heranschaffen musste.«¹⁵ Ganz allein war Gutsche freilich nicht. Er arbeitete eng mit seinem Stellvertreter Rolf Markert (1914–1995), dem späteren Leiter der BV Dresden, zusammen. Beim Aufbau des Kaderbestands musste er sich mit der Berliner Zentrale und vor allem der sowjetischen Geheimpolizei abstimmen, die am Ende die Entscheidungen traf. Seinem Auftrag ging Gutsche konsequent nach. Am 1. September 1949 zählte die Landesverwaltung Sachsen etwa

60 Mitarbeiter, zum Jahresende waren es rund 340 und Ende 1951 ca. 1 200.¹⁶ Damit war in Sachsen in kurzer Zeit eine politisch ausgerichtete Geheimpolizei entstanden, die in ihrer Funktion als »Schild und Schwert« der Partei die Machtinteressen der SED mit allen Mitteln durchsetzte.

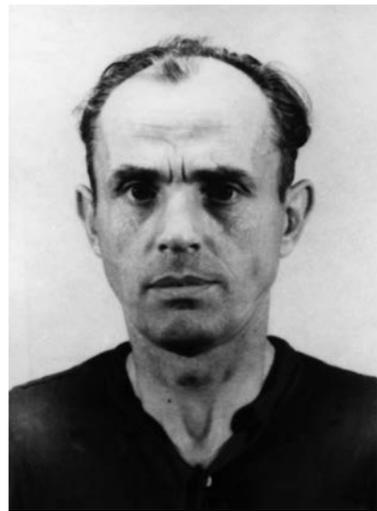
ECa

1953

»Stürzt die Regierung!« – der 17. Juni 1953 in Niesky

Victor Piegsa (Jg. 1905) war Hilfsschlosser im volkseigenen Betrieb Lokomotiv- und Waggonbau (LOWA) in Niesky. Am 17. Juni 1953 schloss er sich den spontanen Demonstrationen im Ort an. Nach seiner Festnahme befragt, warum er sich »an diesen faschistischen Terrormaßnahmen« beteiligt hatte, antwortete er: »Da ich mit verschiedenen Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht einverstanden und besonders in der letzten Zeit über verschiedene Dinge sehr verärgert war.«¹⁷

Piegsa wurde vor Gericht gestellt und verurteilt: »Der Angeklagte Victor Piegsa beteiligte sich am 17. Juni 1953 ab 15.00 Uhr von der LOWA aus an der Demonstration. Als die Menge an der SED-Kreisleitung begann, handgreiflich zu werden, stellte er sich abseits und beobachtete von da aus alles. Zum Min. f. Staatssicherheit [gemeint ist die MfS-Kreisdienststelle Niesky] zog er dann mit und kam dort an, als bereits die Türen erbrochen waren. Er ging in den Hof und sah wie Markwirth [der Mitangeklagte »Rädelführer«] in die Garage ging und mit noch anderen Benzin holte. Aus den dort zwischen Garage und Haus stehenden Tonnen nahm er



> MfS-Häftling Victor Piegsa. 1953
BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Beiakte, Bild 3

Putzwatte und wurde von der Zeugin S[...] gesehen, wie er mit der dann brennenden Putzwatte zum Gebäude des Min. f. Staatssicherheit ging. Als die Volkspolizei auf das Grundstück des M.F.S. kam, forderte er diese auf, nicht auf die Arbeiter zu schießen, sondern die »Knarre« umzudrehen. Nach dem erzwungenen Abzug verfolgte er die Volkspolizei noch bis zum VP-Kreisamt und beschimpfte diese, indem er sagte: »Die Arbeiter müssen schwer arbeiten und bekommen wenig zu essen und die VP-Angehörigen bekämen besonders gutes Essen und viel Geld.« Weiter äußerte er noch, dass wir keine Kasernen, sondern Wohnungen brauchen.«¹⁸

Das Gericht befand in seinem Urteil, Victor Piegsa habe feindliche Ziele verfolgt und sich der Brandstiftung und der Boykott- und Kriegshetze schuldig gemacht. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus.¹⁹ Ausschlaggebend für das hohe Strafmaß war auch die Zeugenaussage von Frieda S. (Jg. 1920), die in der Kreisdienststelle (KD) Niesky (S. 158) als Reinigungskraft beschäftigt war.²⁰ Sie gab an, »dass sie Piegsa gesehen hat, wie er mit einem Wattebausch, der mit Benzin getränkt war, aber nicht brannte, um das Gebäude des MfS gelaufen ist.«²¹ Die Frage, woran sie auf Distanz erkennen konnte, dass ein Bausch Polierwatte mit Benzin getränkt war, stellte der Richter offenbar nicht.

Im November 1956 prüfte der Staatsanwalt des Bezirks Dresden, ob eine Strafaussetzung auf Bewährung für Piegsa infrage käme. In der Strafvollzugsanstalt Leipzig wurde das Ansinnen »noch als verfrüht angesehen.«²² Die Umerziehung des Strafgefangenen Victor Piegsa sei noch nicht abgeschlossen, außerdem erkenne er die Urteilsbegründung nicht an. Victor Piegsa verbüßte schließlich eine Haftstrafe von fünf Jahren und fünf Monaten.

Neben Görlitz gehörte in Ostsachsen die Kreisstadt Niesky zu den Brennpunkten des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR. Schon in den Morgenstunden spürten Beobachter auf der Baustelle des Flugplatzes Bremenhein die ersten Unruhen. Auch in der LOWA, einem der größten Betriebe der Region, diskutierten Beschäftigte über eine Beteiligung an der Streikbewegung. In den Mittagstunden drang die Nachricht zu den Betriebsangehörigen durch, dass in anderen Orten bereits demonstriert wurde. Der 24-jährige Elektromechaniker Heinz Sachsenröder war in der LOWA



> In den Nachmittagsstunden standen 1 200 Menschen vor der Dienststelle der Staatssicherheit in Niesky. 17.6.1953
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10745, Bild 18

eingetroffen und unterrichtete seine Kollegen über die Streikwelle in Berlin, Leipzig und Görlitz: »Ich komme soeben aus Berlin, was hier gesprochen wurde ist alles Lüge. In Berlin wird gestreikt und wir fordern nicht nur die Herabsetzung der Normen, sondern auch die Absetzung der Regierung, die Absetzung der Partei, der FDJ [Freien Deutschen Jugend], der Werksleitung.«²³ Beim Schichtwechsel um 15.00 Uhr legten die Arbeiter dann endgültig die Arbeit nieder. Früh- und Spätschichtarbeiter machten sich auf den Weg zum VEB (Volkseigener Betrieb) Stahlbau, einem anderen Großbetrieb der Region, wo sich weitere Mitstreiter dem Demonstrationzug anschlossen.²⁴

Die Streikenden marschierten zunächst Richtung Innenstadt bis zum Sitz der SED-Kreisleitung am Zinzendorfplatz. Dort verschärfte sich die Situation: SED-Funktionäre wurden beschimpft und zum Teil angegriffen – sie brachten sich in Sicherheit. Auch der Einsatz von Volkspolizisten konnte den Sturm auf

die Kreisleitung nicht mehr verhindern. Am und im Gebäude wurden Transparente, Fahnen, Embleme und Bilder heruntergerissen und auf der Straße in Brand gesetzt.²⁵ Damit brachten die Demonstranten ihre Wut über den Staat und den proklamierten »Aufbau des Sozialismus« zum Ausdruck, der eine Wiedervereinigung Deutschlands in weite Ferne rückte. Die zunehmende Militarisierung, die Enteignung von Betrieben und die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die verstärkten Repressionen und schließlich die Erhöhung der Arbeitsnormen stießen zunehmend auf Widerstand in der Bevölkerung. Der Druck und die Frustrationen bei Arbeitern und Angestellten wurden immer größer. Wie sollte man beispielsweise in den Betrieben die Norm erfüllen, ja sogar übererfüllen, wenn es an Material mangelte?²⁶

Die Nieskyer beschränkten die Protestkundgebung nicht auf die SED-Kreiszentrale. Gegen 16.00 Uhr standen 1 200 Demonstranten in der Karl-Marx-Straße

vor dem Sitz der MfS-Kreisdienststelle.²⁷ Karl Schulze (1905–1974), kommissarischer Leiter der KD, hatte aus der Bezirksverwaltung Dresden die klare Anweisung bekommen, »das Gebäude unter allen Umständen zu verteidigen«²⁸. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich gerade einmal zehn Mitarbeiter der Stasi im Gebäude. Es herrschte Unklarheit unter den Hauptamtlichen, ob geschossen werden sollte oder nicht, und sie suchten zunächst Zuflucht in der oberen Etage des Gebäudes. Die Menge forderte die Freilassung von Gefangenen. Einige Demonstranten ließen Schulze eintreten, der kurz darauf wieder hinaus kam und verkündete, dass sich im Gebäude kein einziger Häftling befände. Die Menge glaubte ihm jedoch nicht und stürmte das Gebäude. Einige Demonstranten gelangten in den Keller und legten Feuer, um die Stasi-Mitarbeiter »auszuräuchern« und dazu zu zwingen, das Gebäude zu verlassen.²⁹ Der Einsatz von Volkspolizisten und das Abfeuern von Warnschüssen schreckte die Menschenmenge nicht ab. Die Situation spitzte sich weiter zu. Karl Schulze und

drei seiner Mitarbeiter wurden entwaffnet und in den Hundezwinger der KD gesperrt. Höhepunkt der Demütigung: Demonstranten stellten ihnen einen Napf mit saurem Hundefutter hin.³⁰ Gegen 20.00 Uhr beendeten Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) die Besetzung. Zwei Stunden später war in Niesky wieder Ruhe eingekehrt. Im Vergleich zu anderen Städten wie Görlitz waren in Niesky keine sowjetischen Truppen angerückt. Offenbar standen auf deutscher Seite keine Dolmetscher zur Verfügung, die die »Freunde« um Unterstützung bitten konnten.³¹

Die Ereignisse des 17. Juni trafen SED-Funktionäre und Mitarbeiter des MfS in Niesky völlig überraschend. In der Nacht zuvor war eine Vorwarnung des Zentralkomitees (ZK) über bevorstehende Unruhen eingegangen. Jedoch war Schulze in den Vormittagsstunden noch der Meinung, dass keine Gefahr bestünde. Die Szenen, welche sich in der MfS-Dienststelle von Niesky ein paar Stunden später abspielten,



> Stürmung der KD Niesky, 17.6.1953
BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bd. o. Nr., Bl. 38

Chef der Garnison Dresden

Nr. 1 der Stadt Dresden

BStU
000007

Dresden, den 17. 6. 1953

1. Ab 15 Uhr dem 17. Juni 1953 wird für die Stadt und den Kreis Niesky der

Ausnahmezustand

verhängt, bis weitere Befehle folgen.

2. Kategorisch wird verboten:

a) Demonstrationen

b) Meetings

c) Versammlungen

d) Zusammenkünfte und jegliche Ansammlungen von Bürgern.

Theater, Kinos und Lokale müssen um 21 Uhr geschlossen sein.

3. Die Bürger haben das Recht, sich auf dem Territorium der Stadt und des Kreises Niesky nur ab 5 Uhr bis 21 Uhr aufzuhalten. Nach dieser Zeit ist jeglicher Verkehr untersagt. Personen, die diesem Befehl zuwiderhandeln, werden streng nach den Gesetzen des Ausnahmezustandes bestraft.

Chef der Garnison der Stadt Dresden

Generalmajor Schmyrnov

Militärkommandant der Stadt Dresden

Bogdanow

III/22/1 H 6 53 569 1000 Buchdruckerei Paul Stephan, Niesky, Gersdorffstr. 8

JM/420/53

> Verhängung des Ausnahmezustandes durch den Chef der Garnison der Stadt Dresden Schmyrnov, 17.6.1953
BStU, MfS, BV Dresden, KD Niesky, Nr. 6119, Bl. 7



> Verhandlung zum 17. Juni 1953 vor dem Bezirksgericht Dresden gegen 16 Angeklagte, darunter Victor Piegsa (erste Reihe, rechts). 25.7.1953
BArch, Bild 183-20524-0001, Foto: Braun (Ausschnitt)

gehörten republikweit zu den gewalttätigsten. SED und das örtliche MfS hatten die Kontrolle völlig verloren. Der KD-Leiter Schulze wurde seines Amtes enthoben und als operativer Mitarbeiter in eine Abteilung der BV versetzt. Ihm wurde vorgeworfen, dass er von der Waffe keinen Gebrauch gemacht hatte: »Er verfügt über keine zielklare Entscheidungskraft.«³² Nach der Erstürmung der KD Niesky wurden 16 Personen, darunter Piegsa, inhaftiert. Nur einen Monat später, am 18. Juli 1953, wurde das Urteil gefällt. Die Haftstrafen reichten von anderthalb Jahren bis lebenslanglich.³³

Das MfS verfügte 1953 über 12 630 hauptamtliche Mitarbeiter.

Der 17. Juni 1953 hinterließ sowohl bei der Partei als auch bei der Staatssicherheit für Jahrzehnte ein tiefes Trauma. Etwa eine Million Menschen in über 700 Städten und Gemeinden der DDR hatten sich am Volksaufstand beteiligt.³⁴ Die SED machte ihrer Geheimpolizei den Vorwurf, die Gefahr nicht erkannt zu haben, und entband Stasi-Minister Wilhelm Zaisser von seinen

Funktionen. Von diesem Zeitpunkt an ordnete die Partei an, von der Staatssicherheit über alle Geschehnisse in der DDR informiert zu werden.³⁵ Zu jedem Jahrestag des 17. Juni verstärkte das MfS seine Kontrollen mit der Prämisse, eine Wiederholung solcher Ereignisse bereits im Vorfeld zu verhindern.³⁶ So blieb der 17. Juni bis zum Untergang der DDR stets ein Tag erhöhter Alarmbereitschaft bei der Staatssicherheit – auch noch 36 Jahre nach den Ereignissen des Jahres 1953.

AJM/ECa

1956 »Auch Walter Ulbricht wird in Kürze stolpern« – Reaktionen auf den XX. Parteitag der KPdSU in Sachsen

Das Jahr 1956 begann mit einem Paukenschlag: Auf dem XX. Parteitag der KPdSU, der im Februar in Moskau stattfand, rechnete Generalsekretär Nikita Chruschtschow schonungslos mit der Herrschaft Stalins, seinen Verbrechen und dem Personenkult ab. Die plötzliche Abkehr vom bisher vergötterten Diktator löste im gesamten sowjetischen Machtbereich eine Krise aus. In besonderem Maße zeigte sich dies in Polen und Ungarn, wo es nicht nur zu politischen Führungswechseln kam, sondern auch zu den Aufständen breiter Schichten der Bevölkerung, die blutig niedergeschlagen wurden.

An der DDR ging der Parteitag ebenfalls nicht spurlos vorüber. Walter Ulbricht, der Erste Sekretär des ZK der SED, sah sich Anfang März veranlasst, im Parteiorgan »Neues Deutschland« Stellung zu beziehen.³⁷ Sein Artikel, der in den schlichten Satz mündete »Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen«, kam einem politischen Erdbeben gleich. Die Reaktionen der DDR-Bevölkerung waren ambivalent. Während viele SED-Mitglieder von der plötzlichen Kehrtwende verunsichert waren, fühlten sich andere in ihrem Urteil über Stalin bestätigt und sprachen nun offen aus, was sie schon lange dachten. Sie hofften auf eine Liberalisierung des politischen Kurses auch in der DDR.

Die Stimmungsberichte zum XX. Parteitag, die das MfS im Auftrag der SED erstellte, veranschaulichten diese Gemütslage eindrücklich. In der ganzen DDR waren hoffnungsvolle Stimmen zu hören, auch in den Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt. So äußerte ein Bauer aus Hilmsdorf im Kreis Rochlitz, es habe sich »erwiesen, dass der Weg der Sowjetunion und auch der DDR nicht richtig ist« und er hoffe daher, dass die Planwirtschaft und die LPG »wieder abgeschafft« würden.³⁸ Im VEB Phänomen-Werk Zittau wurde darüber spekuliert, ob die Erkenntnis, dass Stalin »Fehler gemacht« habe, auch dazu führen würde, die Oder-Neiße-Grenze zu revidieren.³⁹

Zugleich nahm die Kritik an der SED-Führung, insbesondere an der Person Ulbrichts, zu. Beispielsweise

erklärte der Betriebsleiter des Volkseigenen Gutes Reckwitz im Kreis Oschatz, ein Mitglied der SED: »Uns hat man zehn Jahre den Stalinismus eingeflößt und auf einmal stellt man fest, dass er kein Klassiker ist. Wenn früher jemand etwas gegen Stalin sagte, ging er nach Sibirien ab. [...] In der DDR gibt es ähnliche Verhältnisse. Was Walter Ulbricht sagt, ist maßgebend, und das ist auch Personenkult.«⁴⁰ Ein Zugpassagier wagte auf dem Weg nach Leipzig die Prognose: »So wie Stalin nach seinem Tode gestolpert ist, wird auch Walter Ulbricht in Kürze stolpern, denn er ist doch der glühendste Verehrer und Verfechter der Lehren Stalins und ist genauso diktatorisch wie dieser.«⁴¹

Besonders intensiv wurde an den Universitäten über Stalin diskutiert. An der Karl-Marx-Universität Leipzig etwa machte sich nach der III. Parteikonferenz der SED, die kurz nach dem XX. Parteitag stattfand, Enttäuschung breit, da die erwartete Kritik an Ulbricht ausgeblieben und »nichts Neues« gesagt worden sei.⁴² Am dortigen Institut für Marxismus-Leninismus gab es Spekulationen über die Ablösung verschiedener SED-Funktionäre. Das MfS beobachtete, dass auch grundsätzlich freier diskutiert wurde als zuvor. Dies ging so weit, dass Studenten am Franz-Mehring-Institut es wagten, die Meinung zu vertreten, dass der Marxismus-Leninismus keine exakte Wissenschaft sei.

Es blieb jedoch nicht bei allgemeinpolitischen Diskussionen. Erhebliche Proteste entzündeten sich an der im Mai vom ZK der SED gegebenen Anweisung, dass Studenten in den Semesterferien nicht mehr nach Westdeutschland fahren durften. An der Technischen Hochschule (TH) Dresden kam es bei der Verkündung durch den Prorektor Werner Turski (1918–1986) zu »erheblichen Missfallenskundgebungen«.⁴³ Für den folgenden Nachmittag, den 24. Mai, luden Chemiestudenten zu einer Veranstaltung zum Thema »Warum dürfen wir nicht nach dem Westen fahren?« ein. Obwohl der für die Versammlung vorgesehene Hörsaal auf Beschluss der Universitätsparteileitung nicht freigegeben wurde, kamen 760 Studenten zusammen und unterzeichneten eine an Ministerpräsident Otto Grotewohl gerichtete Protestresolution. Unterstützung erfuhren sie durch Karl Trinks (1891–1981), den Dekan der Fakultät Berufspädagogik, der an erster Stelle unterschrieb. Einen Tag später versammelten sich über 1 000 Studenten in der Mensa. Sie forderten mit Sprechchören »Wo bleibt Turski?« den Prorektor

Name:	K o c k e l	
Vorname:	Bernhard	Lichtbi.
geb. am:	3.9.09	
Beruf:	Direktor, Prof.	
Arbeitsstelle:	Physik. Institut	
wohnhaft:	Leipz. S3 an der Tabaksmühle 48	
Besitzverhältnisse:		
Gründe:	Obwohl K. Genosse ist tritt er in Diskussionen negativ gegen Partei und Regierung auf. Er veröffentlichte 12 Thesen die offen gegen unseren Staat gerichtet waren.	

BStU
000054

> Die Leipziger Staatssicherheit registriert den Protest des Physikers Professor Kockel.
BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1019/62, Bl. 54

zu einer Stellungnahme auf. Als dieser nicht erschien, strömten sie zum etwa 100 Meter entfernt gelegenen Prorektorat, wo sie Turski und den Geschichtspräsident Hermann Ley (1911–1990), Prorektor für Gesellschaftswissenschaft, aufforderten, offiziell zum Verbot der Westreisen Stellung zu nehmen. Ein kurzes Statement Leys konnte die Situation nicht beruhigen, erst ein heraufziehendes Gewitter sorgte dafür, dass die Studenten sich zerstreuten.⁴⁴ Ein Teil der Professoren stellte sich hinter die Studenten, darunter der Chemieprofessor Arthur Simon (1893–1962), der am 24. Mai den Hörsaal für die Versammlung zur Verfügung gestellt hatte.

Deutlich weiter ging eine Aktion des Professors Bernhard Kockel (1909–1987) an der Karl-Marx-Universität Leipzig.⁴⁵ Kockel, Mitglied der SED, war ein renommierter Physiker und Schüler des Nobelpreisträgers Werner Heisenberg (1901–1976).⁴⁶ Im Dritten Reich war ihm wegen seiner früheren Mitgliedschaft im Sozialistischen Studentenbund eine universitäre Karriere verwehrt geblieben. In Leipzig übernahm er 1952 den Lehrstuhl für Theoretische Physik und wurde Direktor

des Theoretisch-physikalischen Instituts. Als international vernetzter Wissenschaftler war ihm jegliche Beschränkung der Reisefreiheit ein Dorn im Auge. Kockel reagierte mit »Zwölf Thesen«, in denen er das Reiseverbot in zum Teil sarkastischer Form kritisierte und die DDR-Führung auf ihre eigenen Widersprüche aufmerksam machte. Das Verbot zeuge von der »Unehrlichkeit« der Regierung, die sich ansonsten über »Kulturtag, Deutsche Begegnungen, Kongresse der verschiedensten Art, den Sport« bemühe, mit Westdeutschland ins Gespräch zu kommen.⁴⁷ Auch fände man bei Marx »keine Stelle, die besagt, dass sozialistische Länder sich mit einer Sperre aus Draht und Formularen umgeben müssen«. Die offiziellen Begründungen für das Verbot (»Agententätigkeit und Abwerbung«) nannte er »falsch und verlogen«. Am Schluss kritisierte er – kaum verschleiert – das MfS: Das Verbot, so der Professor, sei »Ausfluss der viel zu weitgehenden, ständigen, misstrauischen Gängelungs- und Beobachtungssucht der Administrative, die es schrecklich findet, wenn sie nicht auch in den Urlaubsmonaten von Nr. 1 bis Nr. N der Bevölkerung genau weiß, was diese Nummer isst, trinkt, hört, liest, spricht, sieht und tut.«

BStU
000041

A B S C H R I F T

Zwölf Thesen wider die , so die Bevölkerung unseres Landes in zwei getrennte Teile spalten wollen:

- 1.) Es sind wieder Sektierer am Werk, die für Teile unserer Bevölkerung praktische oder moralische Sperren für Reisen nach dem Westen unseres Landes einrichten wollen.
- 2.) Solche Bestrebungen sind Sabotage an den Wünschen unserer Regierung, über Kulturtag, Deutsche Begegnungen, Kongresse der verschiedensten Art, den Sport und von Regierung zu Regierung zum Gespräch mit Westdeutschland zu kommen, weil aus diesen Sperren sofort auf Unehrlichkeit der Bemühungen um solche Gespräche geschlossen werden kann.
- 3.) Die Reisesperrer müssen sich im klaren darüber sein, daß sie mit dem Bejahen und Verstärken der deutschen Binnengrenze eine posthume Fehl- und Missgeburt des 3. Reiches unterstützen.
- 4.) Welche Haltung man gegenüber einer Binnengrenze haben muss, haben die Franzosen von 1940 – 1944 gezeigt. Es fiel ihnen nicht – der KPF schon gar nicht – ein, Reisen nach der anderen Seite zu erschweren, weil auf dieser anderen Seite die Boches saßen. Von den Franzosen kann man lernen, was vaterländische Haltung gegenüber einer Binnengrenze heisst.
- 5.) Es ist nicht wahr, daß die Reisen in alle Teile Deutschlands ein besonderer Tick der Studenten sind. Vor unseren Paßstellen und beim Absuchen Westdeutschlands nach Turf – Rauchern findet man einen Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung.
- 6.) Auch in der Weimarer Zeit reisten Studenten und Schüler, junge Arbeiter und Lehrlinge in gleicher Weise; nur lebten die einen u.U. von 1 Mark Alu am Tage (es ging; ich hab's mit 1,25 probiert), die anderen vielleicht mit mehr Geld.
- 7.) Deshalb ist es abwegig, Reisesperren damit zu begründen, daß die Studenten vom Geld der Arbeiterschaft studieren. Alle Bevölkerungsschichten müssen eben in gleicher Weise das Recht haben, sich in ganz Deutschland zu bewegen.

- 2 -

> Prof. Kockel verfasst 12 Thesen, um gegen das Reiseverbot von Studenten zu protestieren. Auszug. Juni 1956
BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1019/62, Bl. 41



> Freiheitskämpfer schwenken die ungarische Nationalfahne auf einem erbeuteten sowjetischen Panzer. 2.11.1956
Foto: picture alliance/akg-images



> In Budapest legen Studenten vor dem Denkmal des ungarischen Freiheitshelden Sandor Petöfi ein Freiheitsgelöbnis ab. 27.10.1956
Foto: picture alliance/akg-images

Alles in allem war das Manifest eine Provokation. Kockel hatte es an die Parteileitung seines Instituts, an den Rektor der Universität Georg Mayer (1892–1973) sowie an das ZK der SED geschickt. Sein Vorhaben, die »12 Punkte« auch am Schwarzen Brett auszuhängen, wurde von Mayer unterbunden. Das MfS stellte in seinem Bericht beruhigt fest, dass am Institut noch keine Diskussionen zu dem Schreiben bekannt geworden seien. Zugleich kritisierte es den Parteisekretär der Universität, Wolfgang Heinke (geb. 1927), der den »Ernst« des Schreibens nicht erkannt habe. In mehreren Aussprachen mit der SED-Bezirksleitung sowie mit der Zentralen Parteileitung der Universität Leipzig rückte Kockel nicht von seiner Position ab und äußerte sich sehr kritisch zur Partei und zur Lage in der DDR.⁴⁸ Seinem Renommee war es zu verdanken, dass die Aktion keine Konsequenzen für seine berufliche Laufbahn hatte – selbst das MfS war der Ansicht, dass ein Weggang des Physikers aus der DDR »unserer Wissenschaft großen Schaden zufügen« würde.⁴⁹ Kockel blieb bis zum Herbst 1959 an der Universität und wurde anschließend mit der Leitung einer im Aufbau befindlichen »Arbeitsstelle für Theoretische Chemie« in Leipzig betraut, die der Akademie der Wissenschaften der DDR unterstand. Parallel dazu übernahm er ein Jahr später eine Gastprofessur an der Universität Gießen und kehrte nicht mehr in die DDR zurück.

Die Proteste gegen das Reiseverbot, die es nicht nur in Dresden und Leipzig, sondern an allen Universitäten der DDR gab, hatten – zumindest vorübergehend – Erfolg: Die SED-Führung entschloss sich, das Verbot zurückzunehmen.⁵⁰ Doch schon ein Jahr später verfügte das Staatssekretariat für Hochschulwesen, dass Reisen von Studenten in NATO-Staaten und nach West-Berlin nur noch anlässlich von Besuchen von engen Verwandten genehmigt werden dürften. Begründet wurde diese Maßnahme mit einem angeblichen Komplott westlicher Geheimdienste gegen Studenten der DDR. Auch jetzt kam es wieder zu Demonstrationen, unter anderem an der TH Dresden, die jedoch, da Partei und MfS nun besser vorbereitet waren, rasch aufgelöst werden konnten.⁵¹

Im Herbst 1956 kam es an den Universitäten erneut zu Protesten. Hintergrund waren die Entwicklungen in den »Bruderstaaten« Polen und Ungarn. In Polen war die innenpolitische Situation nach der Niederschlagung des Posener Arbeiteraufstandes Ende Juni 1956 instabil geblieben. Um die Lage zu beruhigen, setzte der reformorientierte Flügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) die Wahl des 1948 abgesetzten und 1951 inhaftierten ehemaligen Parteichefs Władysław Gomułka (1905–1982) zum Ersten Sekretär durch – gegen den ausdrücklichen Willen des eigens zu der entscheidenden Sitzung am 21. Oktober

angereisten Chruschtschow. Die Wahl Gomułkas stieß auf enthusiastische Reaktionen in der polnischen Bevölkerung, die in einer Demonstration mit etwa 500 000 Teilnehmern am 24. Oktober in Warschau gipfelte. In Ungarn weitete sich eine Demonstration von Studenten am 23. Oktober in einen Massenprotest aus, gegen den die kommunistische Führung die sowjetische Armee um Hilfe bat. Nachdem die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy (1896–1958) zum Ministerpräsidenten erfüllt worden war, keimte zunächst Hoffnung auf. Als Nagy jedoch den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärte, wurde er abgesetzt. Am 4. November griff die sowjetische Armee erneut ein und schlug den Aufstand in den folgenden Wochen blutig nieder. Etwa 2 500 Menschen fielen den gewaltsamen Auseinandersetzungen zum Opfer.

Das MfS verfügte 1956 über 16 264 hauptamtliche Mitarbeiter.

In der DDR wurden diese Entwicklungen aufmerksam registriert, wobei sich die Bevölkerung nicht auf die offizielle Darstellung der Ereignisse in Ungarn als »Konterrevolution« verließ, sondern sich auch über westliche Medien informierte. Aus den bisweilen mehrmals täglich für die SED-Führung erstellten Berichten des MfS ging u. a. hervor, dass die Studenten sich die Forderungen ihrer ungarischen Kommilitonen zu eigen machten. Sie diskutierten über die Bildung einer unabhängigen Studentenorganisation sowie über die Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichts und des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums.⁵² Von der Forderung war es nicht weit bis zum Boykott: Am 8. November erschienen in der zahnmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig von einer Seminargruppe nur drei Studenten beim Russischunterricht, eine andere blieb dem Unterricht geschlossen fern.⁵³ Am Physikalischen Institut empfangen, so wusste das MfS zu berichten, Studenten in gesellschaftswissenschaftlichen Vorlesungen den Dozenten »mit Zischen und Pfeifen«.⁵⁴ Kritisiert wurde das Eingreifen der sowjetischen Armee in Ungarn sowie die »unvollständige« und »schönfärberische« Berichterstattung von DDR-Presse und -Rundfunk, eine Kritik, die bis in die Parteileitung hinein

verbreitet war.⁵⁵ An der TH Dresden hielten Studenten – wie an vielen anderen Schulen und Universitäten – Gedenkminuten für die Opfer des Volksaufstands in Ungarn ab,⁵⁶ an der Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt äußerte ein Student auf einer Versammlung: »Wenn es in Ungarn an Freiwilligen bei den Konterrevolutionären mangelt, dann melden wir uns freiwillig, und das zu 99 % der hier Anwesenden.«⁵⁷

Auch forderten Studenten Veränderungen im Politbüro und den Rücktritt Ulbrichts. Sie fanden dabei vielfach Unterstützung bei den Professoren. Der angesehene Leipziger Medizinprofessor Heinrich Bredt (1906–1989), Nationalpreisträger und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, wurde grundsätzlich: Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Polen und Ungarn äußerte er, »man müsse jetzt doch einsehen, dass der Kommunismus nichts für die Menschheit sei«.⁵⁸

Die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands hatte die Grenzen der vorsichtigen Öffnung nach dem XX. Parteitag deutlich gemacht. Die Sowjetführung erkannte, dass zu weitgehende politische Zugeständnisse zu einem Auseinanderbrechen ihres Machtbereichs in Ostmitteleuropa führen konnten. Deshalb wurden auch in den übrigen Staaten des Ostblocks diejenigen Kräfte gestärkt, die sich gegen politische Lockerungen gestellt hatten; in der DDR war dies Walter Ulbricht. Die Verhaftungen des Philosophen Wolfgang Harich (1923–1995) und des Verlegers Walter Janka (1914–1994) Ende November bzw. Anfang Dezember 1956 als Mitglieder einer angeblich »konterrevolutionären Gruppe« markierten das Ende der reformkommunistischen Diskussion in der DDR. Ulbricht behielt die Oberhand und konnte in den folgenden Jahren auch seine innerparteilichen Widersacher Karl Schirdewan (1907–1998) und den Minister für Staatssicherheit Ernst Wollweber (1898–1967) aus ihren Ämtern drängen.

HBi

1961 Zwangsumsiedlungen aus dem Vogtland

Burgstein, 3. Oktober 1961

Familie Frank erfuhr weder an diesem Morgen noch zu einem späteren Zeitpunkt den Grund, warum sie sofort ihren Hausrat packen und Haus und Hof verlassen sollte. Die beiden Männer, Vater Paul (1897–1966) und Sohn Werner (1929–2000), bewirtschafteten ihren Hof allein und waren auf sich gestellt, als in den frühen Morgenstunden zahlreiche Lkw mit bewaffneten Kräften in den Vierseithof Burgsteingut einfuhren. LPG-Bauer Werner Frank war der Stasi schon vor Monaten aufgefallen. Im Frühsommer 1960 verkündete er mutig, die Einwohner des Grenzgebietes seien nicht mit dem Aufbau der Grenzsicherung einverstanden. Im Som-

mer 1960 erklärte er gegenüber einer Erntehelferin, er werde seine Ackerflächen nicht mit der LPG zusammensetzen und die Gründung der LPG im April sei unter Zwang erfolgt. Im Herbst 1960 vertrat er die Auffassung, die LPG-Bauern seien nur noch Tagelöhner.⁵⁹

Innerhalb weniger Stunden mussten die beiden Männer ihren Hof räumen. Unter Beobachtung der angerückten Kräfte wurden Möbel, Lebensmittel und persönliche Gegenstände auf die Lkw aufgeladen. Tiere durften nicht mitgenommen werden. So blieb auch die wertvolle reinrassige Kuhherde, über die ein sogenanntes Herdbuch geführt wurde, in den Stallungen zurück und fiel an die LPG. Die Franks wurden in die Gegend um Waldenburg bei Karl-Marx-Stadt/Glauchau umgesiedelt, wo sie ein baufälliges Bauernhaus beziehen mussten. Beide kehrten der Landwirtschaft den Rücken und suchten sich Beschäftigungen in anderen Bereichen.⁶⁰



> Mitglieder der Familie Frank und Wohnhaus des Burgsteinguts. Vor 1961
Privat



> Abriss des Burgsteinguts. 1986
Privat



> Das Burgsteingut (am linken Bildrand) lag knapp unterhalb einer Anhöhe mit zwei imposanten mittelalterlichen Kirchenruinen, die bis ins 16. Jahrhundert nach Marienerscheinungen als Wallfahrtsort dienten. Postkarte um 1900
Deutsch-deutsches Museum Mödlareuth

Grundlage für die Zwangsäumung des Burgsteinguts war eine äußerst knappe Begründung und umfasste gerade einmal fünf Schreibmaschinenzeilen: »Fr. [...] stellte sich grundsätzlich gegen die genossenschaftliche Entwicklung, diskutierte erst vor kurzem wieder gegen die Genossenschaft, indem er forderte, dass man ihn in Ruhe lassen soll [...]. Hat Verbindungen nur zu negativen Kräften – ist Bremsklotz im Dorf.«⁶¹ Die wenigen Zeilen, die die Zwangsumsiedlung von Werner Frank und seinem Vater besiegelten, brandmarkten den Bauern als politisch unzuverlässigen Bewohner des Grenzgebietes. Mit der Zwangsaussiedlung von Familie Frank wurde innerhalb wenigen Stunden die mehrhundertjährige Familiengeschichte am Burgstein beendet. 1986 ließ die SED das Burgsteingut restlos abreißen.

Wiedersberg, Ortsteil Ebersberg, 3. Oktober 1961

Gerda Günther (Jg. 1929) stand wie an jedem Tag früh auf, um die Schweine zu füttern. Eigentlich war es ein normaler Morgen, nur der starke Verkehr zu dieser frühen Stunde in dem kleinen Grenzort wunderte sie.

Als sie einen Grenzsoldaten darauf anspricht, wird sie abgewimmelt: Am Abend werde sie den Grund dafür schon wissen. Um 6.00 Uhr früh fährt vor dem Haus von Familie Günther plötzlich ein Räumkommando vor. »Jetzt geht der Krieg los«, ist der erste Gedanke der 14-jährigen Gisela Günther (Jg. 1947), die in der Schule gelernt hatte, dass der Westen den Sozialismus zerstören wolle.⁶² Die Familie erfährt, dass sie binnen Tagesfrist ihr Haus zu räumen hat und aus Ebersberg wegziehen muss. Die etwa 20 Männer des Räumkommandos beginnen sofort, die Schränke auszuräumen, den Hausrat der Familie in die mitgebrachten Kisten zu verpacken und auf die Fahrzeuge zu laden.

Zufällig sieht Gerda Günther bei den Männern einen Zettel mit Angaben zur Größe der neuen Wohnung. Fassungslos will sie wissen, wie eine sechsköpfige Familie in zwei Zimmern mit Küche unterkommen soll. Die Räumung des Hauses wird zunächst gestoppt. »Später sind sie dann wieder gekommen und erklärten, es muss nur die junge Familie Günther fort, für die Alten hätten sie keine Unterkunft. Dadurch gab es ein neues Problem. Wir hatten einen gemeinsamen Hausstand. Plötzlich musste alles aufgeteilt werden in einem Haus-



> 1961 zwangsumgesiedelt: Eheleute Albert und Gerda Günther. Hochzeitsfoto 1947
Privat



> 1958 erbautes Wohnhaus von Familie Günther in Ebersberg mit ersten Spuren des Verfalls. Nach 1961
Privat

halt, in dem es kaum etwas doppelt gab«, erklärt Gisela Günther heute.⁶³

Bereits Anfang 1961 war die KD Oelsnitz (S. 159) aus inoffizieller Quelle darüber informiert worden, dass in der »LPG Typ I in Wiedersberg eine äußerst schlechte Stimmung herrscht.«⁶⁴ Albert Günther (1921–1986) galt neben zwei weiteren Landwirten als »Anführer der Diskussionen«. Er spielte laut MfS »in den vergangenen Jahren bis in die Gegenwart in politischer Hinsicht eine negative Rolle. Dieses ist an einer ganzen Reihe Äußerungen ersichtlich, die sich offen gegen unsere Politik und Gesellschaftsordnung richten.«⁶⁵ Günther mahnte beispielsweise im Sommer 1961 auf einer Mitgliederversammlung der LPG an, einen Melkapparat zu kaufen: »Die Menschen sollen es leichter haben in der Landwirtschaft, aber das Gegenteil ist der Fall.«⁶⁶ Gegenüber den Funktionären, den »Bonzen«, nahm der Landwirt kein Blatt vor den Mund: »Wie ihr euch bloß nicht schämt vor den Bauern, alles was ihr zur Werbung versprochen habt, 8-Stundentag, Sommerurlaub, Maschinen usw. wird nicht gehalten, was ihr mit den Bauern vorhabt, bedeutet Hungersnot. [...] Ihr müsst durch Hunger zum Denken gezwungen werden. Ihr habt keine Schraube, keine Ersatzteile und Maschinen, aber eine Zeitung und Rundfunk habt ihr, euch glaubt doch kein Mensch mehr.«⁶⁷ Die Einschätzung

der Staatssicherheit endet mit der Schlussfolgerung, Albert Günther sei ein »Unsicherheitsfaktor« im Grenzgebiet.

Mittags verließ die junge Familie Günther ihr erst vor zwei Jahren fertiggestelltes Wohnhaus, mit unbekanntem Ziel. Die Fahrzeuge des Räumkommandos steuerten das 40 Kilometer entfernte Neustadt-Siebenhitz an, wo Familie Günther eine neue Bleibe zugewiesen wurde: »Das war nun unser neues Zuhause, wo wir hingesiedelt wurden, zwar ein großes Haus, aber mitten im Wald, ohne fließendes Wasser und mit Plumpsklo. Gewaschen haben wir uns an der Quelle vorm Haus – wie zur Steinzeit, furchtbar.«⁶⁸ Zurück blieben die Großeltern: Paul Günther durfte sich noch einen Tag lang um sein Vieh kümmern, bevor es am nächsten Tag an die LPG übergeben wurde. Nach der Zwangsumsiedlung hielt die KD Auerbach (S. 158) die Eheleute Günther weiter unter Beobachtung. Der örtliche Bürgermeister sowie IM »Reiner« und GMS »Willi« konnten allerdings bis 1969 keine »negativen Hinweise« zum Stasi-Ermittlungsbericht über das Ehepaar beisteuern.⁶⁹ Das Haus von Familie Günther wurde um 1972 abgerissen. Es verschwand nach dem Willen der Machthaber ebenso spurlos wie das ganze Dorf Wiedersberg-Ebersberg. Nur den Dorfteich gibt es noch.

Die Zwangsumsiedlungsaktion »Festigung« begann am 3. Oktober 1961 landesweit um 6.00 Uhr morgens und lief regional unter jeweils eigenen Codenamen. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt erhielt die Aktion zeitweilig die zynische Tarnbezeichnung »Frischer Wind«. Grundlage für die Aktion war ein Beschluss des Politbüros, der unmittelbar nach dem Mauerbau am 13. August in Berlin gefasst worden war. Den Befehl 35/61 zur Auslösung der Aktion gab dann DDR-Innenminister Karl Maron (1903–1975).⁷⁰ Erich Mielke koordinierte die sechs zuständigen Arbeitsgruppen, bestehend aus Offizieren von MfS, Nationaler Volksarmee (NVA) und Ministerium des Innern (Mdi).

Aus der fünf Kilometer breiten Sperrzone einschließlich des 500 Meter breiten Schutzstreifens entlang der Grenzen waren die Bürger auszusiedeln, die aus Sicht der Partei negativ aufgefallen waren. Besonders im Blick waren »unverbesserliche Nazis«, »Erstzuziehende« aus der Bundesrepublik oder auch »Rückkehrer« unter den Flüchtlingen sowie frühere »Grenzgänger«.⁷¹ Eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung der Aktion spielten das MfS und die Volkspolizei, die potenziell verdächtige Bürger anhand ihrer Akten bestimmten. Schließlich wurden entlang der DDR-Westgrenze und der Berliner Umlandgrenze über 3 000 Bürger zwangsweise ins Hinterland umgesiedelt. Die drastische Maßnahme wurde zugleich dazu genutzt, Hinweise auf »organisierte Feindtätigkeit« zu finden: »Bei der Räumung der Wohnung ist auf illegalen Waffenbesitz, Schundliteratur, Warenhortung usw. zu achten. Bei dringlichem Verdacht einer strafbaren Handlung ist der Verdächtige festzunehmen.«⁷² Das MfS wertete es als Erfolg, dass im Bezirk Karl-Marx-Stadt in vier Fällen nationalsozialistische Literatur, Orden und Ehrenzeichen sowie alte Uniformen gefunden wurden. Einer der Orte war Mißlareuth, wo in einer Einwohnerversammlung die Empörung über den Fund alter NS-Zeitungen und eines Seitengewehrs geschürt und eine zustimmende Resolution zur Zwangsumsiedlung an Walter Ulbricht herbeigeführt wurde.⁷³ Die Angst vor Heimatverlust unter den Bewohnern des Ortes beförderte offenbar dieses Anpassungsverhalten.

Mißlareuth, 3. Oktober 1961

Gerade wurde die Johanneskirche mühsam renoviert. Werner Brunner (1936–1972), Pfarrer in Mißlareuth

und den Nachbargemeinden, griff nach dem Sterbebuch. Offenbar unter hoher innerer Anspannung schrieb der junge Pfarrer mit zittriger Hand:

»1. Evakuierung 1952
3. Oktober 1961
Beginn der zweiten Evakuierung.
Wen wird es treffen?
Zieht in Frieden eure Pfade!
Der Herr sei mit euch
Jes. 41
Brunner«⁷⁴

Anschließend führte er namentlich jene evangelisch-lutherischen Kirchenmitglieder auf, die an diesem Tag unter Zwang wegziehen mussten. Es traf 23 Familien aus Mißlareuth, Grobau, Rothenacker, Gebersreuth, Haidefeld und Straßenreuth. Die Stasi hatte sich einen Tag zuvor auch ein Bild des Pfarrers gemacht. Brunner komme zwar seiner Pflicht zur Wahl nach, suche aber als Einziger die Wahlkabine auf. Bei der einzigen Gegenstimme im Ort, so schlussfolgerte die Stasi, müsse es sich um den Wahlzettel von Brunner handeln. Ein weiteres Verbleiben von Pfarrer Brunner im Grenzgebiet Plauen sei daher »nicht mehr zu verantworten«.⁷⁵ Unterleutnant Schlegel notierte über den Pfarrer: »Ist ein entschiedener Gegner der Jugendweihe. [...] In Gesprächen mit Vertretern des Staatsapparates bringt er zum Ausdruck, dass er mit der Politik der DDR nicht in jeder Beziehung einverstanden sein kann.«⁷⁶ Offenbar gab es aber keine Handhabe für die staatlichen Organe, den Kirchenmann aus dem Grenzgebiet zu vertreiben.

Die Stasi stellte nach der Umsiedlungsaktion eine Verbesserung der Arbeit in der LPG Mißlareuth fest und zitierte den Vorsitzenden der Genossenschaft: »Jetzt verrichten alle Bauern ihre Arbeit so, wie es sich gehört. Sie hauen alle richtig ran, denn sie wollen nicht, dass es ihnen auch mal so geht, wie den Ausgesiedelten.«⁷⁷ Es war offensichtlich, dass politischer Druck und existenzielle Angst die Menschen leiteten.

Das MfS ging davon aus, dass künftig weitere ähnliche Maßnahmen erforderlich werden könnten. Im Rahmen einer Manöverkritik deckte es eine Reihe von Mängeln auf: Die Informationen über die Bewohner des Grenzstreifens seien mitunter veraltet und unzutreffend



> Pfarrer Werner Brunner in Mißlareuth. 1957
Ev.-Luth. Johanneskirchgemeinde Mißlareuth

gewesen, Angehörige der von der Umsiedlung betroffenen Personen seien ungenügend ermittelt worden, sodass es im Nachhinein Schwierigkeiten mit den bereitgestellten Wohnungen im Hinterland gab. Der Viehbesitz sei unzureichend berücksichtigt worden. In Stollberg zum Beispiel sollte eine zwangsumgesiedelte Person mit zwei erwachsenen Angehörigen in eine Zweizimmerwohnung eingewiesen werden, obwohl »an lebendem Inventar« 18 Rinder, 11 Schweine und zwei Pferde vorhanden waren.⁷⁸ Um die Informationslage zu verbessern wies Bruno Beater (1914–1982), Stellvertreter von Minister Mielke, die Dienstseinheiten noch im Dezember 1961 an, in allen Grenzgebieten das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter weiter auszubauen und laufend über die Stimmung in der Bevölkerung zu berichten.⁷⁹ Große Mängel zeigten sich auch bei der bürokratischen Erfassung von neuem Wohnraum für die Verbannten. Eine größere Zahl von Wohnungen wurde bei Kontrollen sogar durch die Arbeitsgruppen von MfS, MdI und NVA als menschenunwürdig eingestuft. »Das zeigt, wie viel Leichtfertigkeit in den Bezirken als revolutionärer Elan ausgegeben wurde. Als die Mitglieder der Arbeitsgruppe gegen diese schädlichen Meinungen auftraten, wurden sie teilweise als »aufgeweicht« betrachtet.«⁸⁰ Die örtlichen Stellen und ihre Mitarbeiter setzten den zentralen Befehl demnach sogar weitaus rücksichtsloser um, als selbst vom MfS erwartet worden war.

Das MfS verfügte 1961 über 23 525 hauptamtliche Mitarbeiter.

Die Zwangsumsiedlungen zerrissen Familien sowie gewachsene Dorfgemeinschaften und führten bei den Menschen zu einem verstörenden Gefühl von Heimatverlust, das bis heute nachwirkt. Nach der Umsiedlung der Bewohner wurden zahlreiche Dörfer und Gehöfte entlang der sächsischen Westgrenze abgerissen und sind heute Brachland.⁸¹

PBo

1968 Vivat Dubček! Ein Augenzeuge aus Karl-Marx-Stadt erlebt den Prager Frühling

Zwei Wochen Urlaub hat der Physikstudent Hartmut Fischer (1945–2014) mit zwei Kommilitonen geplant. Am 19. August 1968 fahren sie nach Prag. Als die sowjetischen Panzer zwei Tage später auf den Wenzelsplatz rollen, steht Hartmut Fischer mitten im Geschehen. Er erlebt, wie zur Einschüchterung der Demonstranten geschossen wird. Er fotografiert die Kleidungsstücke von Getöteten, die im Tumult liegen geblieben sind, und Blumen, die zur Erinnerung an die Todesopfer niedergelegt werden. Er beteiligt sich am Protest, verteilt Flugblätter und berichtet später, er habe »mit niemandem in Prag gesprochen, der mit den Maßnahmen der Russen einverstanden gewesen ist«.⁸²

Fünf Tage später fährt Hartmut Fischer mit dem Zug in die DDR zurück. Unter der Wäsche in seiner Reisetasche hat er Flugblätter versteckt. Er ist fest entschlossen, in Karl-Marx-Stadt über seine Erlebnisse in Prag zu berichten. Dazu wird er jedoch nicht kommen. Nach seiner Rückkehr nimmt er einen Studentenjob in einer Fleischerei an. Dort kritisiert er im Gespräch mit

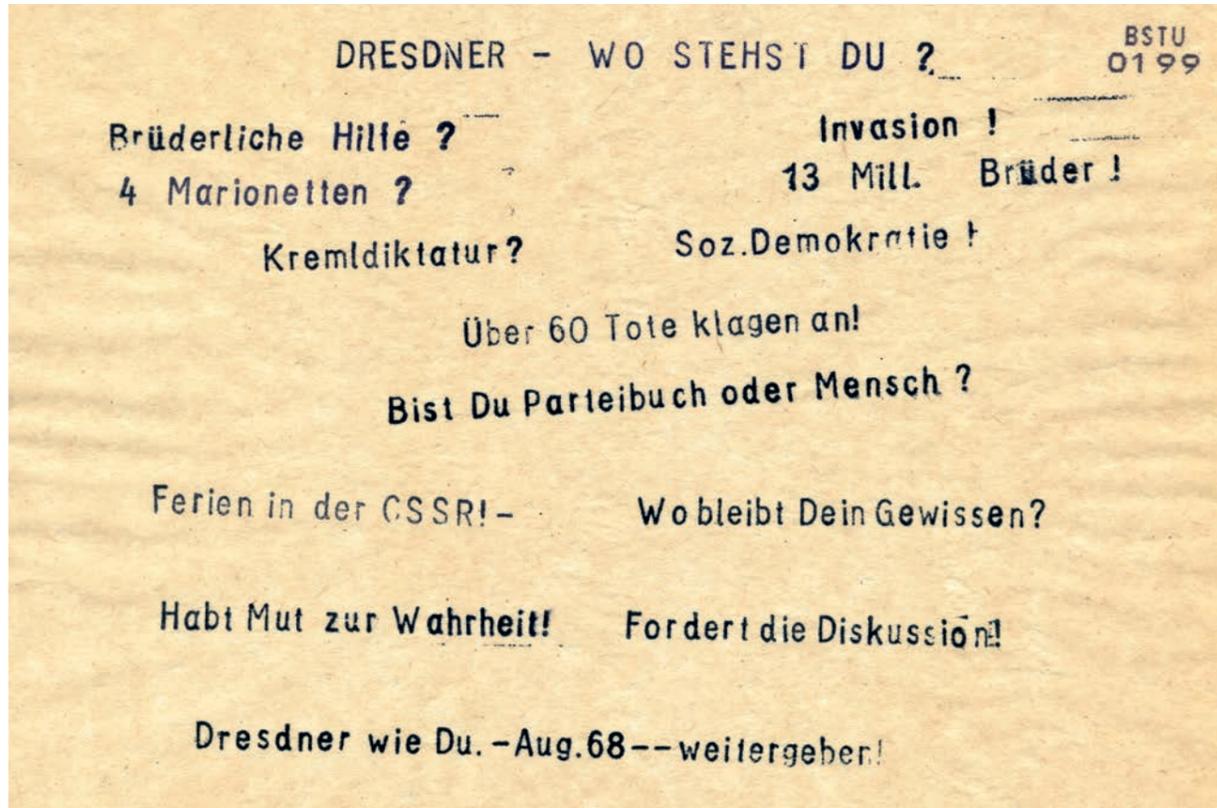
Mitarbeiterinnen der Kaderabteilung die Niederschlagung des Prager Frühlings und gibt ihnen sogar eine tschechische Zeitschrift und zwei in Deutsch verfasste Flugblätter. Umgehend informiert eine der Kolleginnen das MfS. Sie gibt das »Hetzmaterial« weiter und denunziert Fischer.

In den frühen Morgenstunden des darauffolgenden Tages verhaften ihn Offiziere der Staatssicherheit.⁸³ Sie durchsuchen seine Wohnung und finden weitere Belege für seine »feindliche Einstellung«. Bei den Vernehmungen hält Fischer an seiner Kritik fest. Er spricht von einer Besetzung der ČSSR durch die Sowjetunion und stellt den Wahrheitsgehalt der ostdeutschen Berichterstattung infrage. Die Stasi führt seine kritische Haltung gegenüber der DDR auf das Elternhaus zurück, in dem westdeutsche Sender empfangen werden, und sieht in ihm eine Gefahr: »Er ist redengewandt und intelligent, wodurch er Einfluss über andere Personen gewinnt.«⁸⁴ Fischer wird zu drei Jahren Haft verurteilt, zwei Jahre und drei Monate davon sitzt er in der Untersuchungshaftanstalt Kaßberg und in den Strafvollzugsanstalten in Cottbus und Berlin ab. Sein Studium kann er in der DDR nicht weiterführen.

Die Repressalien ändern jedoch nichts an der kritischen Haltung von Hartmut Fischer. 1974 steht er wieder vor Gericht und wird erneut wegen »staats-



> Untersuchungshäftling Hartmut Fischer nach seiner Verhaftung im August 1968.
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, OV Wismut, W AU 508/69, Bl. 322–324



> Drei Studenten der TU Dresden verteilten am Abend des 23.8.1968 rund 1 200 Flugblätter in Dresden und im Umland. Sie wurden verhaftet und saßen bis zu zwei Jahren in Haft.
BStU, MfS, BV Dresden, AU 572/69, Strafsache, Bd. II, Bl. 199

feindlicher Hetze« zu vier Jahren Haft verurteilt.⁸⁵ 1975 wird er von der Bundesrepublik freigekauft, wo er eine zweite Chance auf ein Studium erhält.

Hartmut Fischer war kein Einzelfall, obgleich Einzelaktionen als Protest gegen den Einmarsch in die ČSSR eher von parteilosen Arbeitern und Lehrlingen als von Studenten ausgingen. Dabei handelte es sich überwiegend um eine Bewegung der jungen Generation, die meisten Protestierer waren jünger als 30 Jahre.⁸⁶

Seit Anfang 1968 wehte mit der Wahl des neuen Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei, Alexander Dubček (1921–1992), ein Wind der Reform in der ČSSR. Dubček verkörperte eine neue Generation, die an die Modernisierung und Demokratisierung des Kommunismus glaubte – an einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Dieser neue Parteikurs nährte auch in der DDR Hoffnungen in der Bevölkerung, stieß aber bei der SED auf Ablehnung, die in ihm konterrevolutio-

näre Bestrebungen sah. Diese Entwicklungen wurden auch von der Staatssicherheit seit dem Frühjahr 1968 intensiv beobachtet: Reaktionen in der Bevölkerung und Sympathiebekundungen mit der ČSSR protokollierte sie genau.

Am 21. August 1968 rückten 27 Divisionen der Streitkräfte der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens auf das gesamte Territorium der ČSSR vor. Die NVA beteiligte sich nur indirekt an der Okkupation, im Südtel der DDR hielten sich Panzer-Truppen als Reserve bereit. Die sächsische Bevölkerung erlebte die Vorbereitungen zum Einmarsch hautnah: Truppen marschierten durch die Kreise Hohenstein, Annaberg, Auerbach, Klingenthal und Marienberg an die Grenze zur Tschechoslowakei.

SED und MfS waren in Alarmbereitschaft. Alle Grenzübergangsstellen wurden für den zivilen Verkehr geschlossen und private Kontakte zum Nachbarland unterbunden.⁸⁷ Zweifel am sowjetischen Vorgehen ließ



> Im Kreis Bischofswerda protestierten Bürger gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in die ČSSR. 28.8.1968
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 11146, Bl. 1/4

> Pro-Dubček-Losung an einer Telefonzelle im Kurort Hartha (Kreis Freital), 25.8.1968
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 11072, Bl. 1



die Partei nicht zu. In Betrieben, Schulen und Universitäten und in Militäreinheiten wurden schriftliche Zustimmungserklärungen abgefordert. Diese wurden allerdings nicht immer freiwillig gegeben: An der Leipziger Universität weigerten sich z. B. einige Mathematikstudenten, eine solche Befürwortung zu unterschreiben. Die Diskussion mit ihnen wurde so lange geführt, bis sie die Erklärung unterschrieben, sogar als es bis zum folgenden Tag dauerte.⁸⁸ Eine Verweigerung der Unterschrift hatte in anderen Fällen Folgen und kostete viele junge Menschen das Abitur oder den Studienplatz.⁸⁹

Sachsenweit gab es Spontanaktionen gegen die militärische Intervention in der ČSSR, die verschiedene Formen annahm: von mündlicher Kritik, anonymen Briefen und Anrufen bis hin zu Losungen an Hauswänden und auf Flugblättern.⁹⁰ Die Staatssicherheit verschärfte ihre Überwachung. Sie registrierte die Vorfälle, ermittelte und nahm Verhaftungen vor. Ein Teil der verurteilten Jugendlichen wurde im Dezember

1968 unter Auflagen amnestiert. Diejenigen, die wie Hartmut Fischer älter waren, mussten in Haft bleiben und wurden zu mehrjährigen Strafen verurteilt.

Das MfS verfügte 1968 über 36 555 hauptamtliche Mitarbeiter.

Der Protest in der DDR war jedoch für das politische System nicht existenzgefährdend. Die Stasi stellte Anfang Oktober 1968 fest: »Die innere Ordnung und Sicherheit in der DDR war jederzeit gewährleistet.«⁹¹ Der Einmarsch in Prag hatte in weiten Teilen der Bevölkerung Erinnerungen an den 17. Juni geweckt. Die Chance einer Vereinbarkeit von Sozialismus mit Demokratie und Freiheit war in noch weitere Ferne gerückt.

1976 Die Ausbürgerung von Wolf Biermann und der Fall »Wagner« in Meerane

Am Abend des 16. November 1976 meldete die »Aktuelle Kamera«, die Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, Wolf Biermann sei »das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen« worden. Der freischaffende Autor und Liedermacher (Jg. 1936) war ein überzeugter Kommunist, der die Missstände in der DDR scharf kritisierte, aber an eine Reformierbarkeit des bestehenden sozialistischen Systems in der DDR glaubte. Im November 1976 begab er sich auf eine Konzertreise nach Köln. Mit der Begründung, dass er seine Treuepflicht gegenüber dem Staat »bewusst und ständig grob« verletzt habe, verwehrte ihm die SED die Heimkehr.⁹²

Schon Jahre zuvor galt Biermann für SED und MfS als Oppositioneller, der mundtot gemacht werden sollte. Bereits 1965 hatte der Liedermacher ein totales Berufsverbot erhalten. Jahrelang unterlag er einer überaus intensiven Überwachung durch die Staatssicherheit, die das Leben des Liedermachers rund um die Uhr dokumentierte. Im Zentralen Operativen Vorgang mit dem Decknamen »Lyriker« traf sie Maßnahmen der sogenannten »Zersetzung«, die von Rufschädigung und Schikanen bis hin zum Versuch reichten, persön-



> Mit Spraydose und Schablone wurde der Zellesche Weg unweit der Dresdner Universität »umbenannt«. 19.–20.11.1976
BSTU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Fo, Nr. 10985, Bl. 1



> Die Stasi fotografierte Losungen in verschiedenen Stadtgebieten von Dresden, hier auf der Pennricher Straße. 27.11.1976
BSTU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Fo, Nr. 10653, Bl. 1, Bild 3

liche Beziehungen zu zerstören und zu seiner beinahe kompletten Isolierung führten. Ziel war es, Biermann nicht nur jeder öffentlichen Wirkungsmöglichkeit zu berauben, sondern ihn auch psychisch zu zermürben.⁹³ Die Konzertreise nach Köln war für Staat und Stasi eine willkommene Gelegenheit, den unliebsamen Liedermacher loszuwerden, wie es schon seit Anfang der 1970er-Jahre geplant gewesen war. Die Meldung über die Ausbürgerung Biermanns löste eine Welle von Protesten in intellektuellen Kreisen der DDR aus. Schon am Tag danach veröffentlichten zwölf Schriftstellerinnen und Schriftsteller, unter ihnen weltbekannte Künstlerinnen wie Christa Wolf, eine Erklärung: »Den Beschluss über die Ausbürgerung Biermanns haben wir mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis genommen. [...] Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.«⁹⁴ Insgesamt 106 Künstler, auch solche, die als systemkonform galten, unterschrieben.

Dieser Protest kam für Partei und Staatssicherheit überraschend und löste Nervosität und Verunsicherung aus. Die SED reagierte mit Propaganda gegen

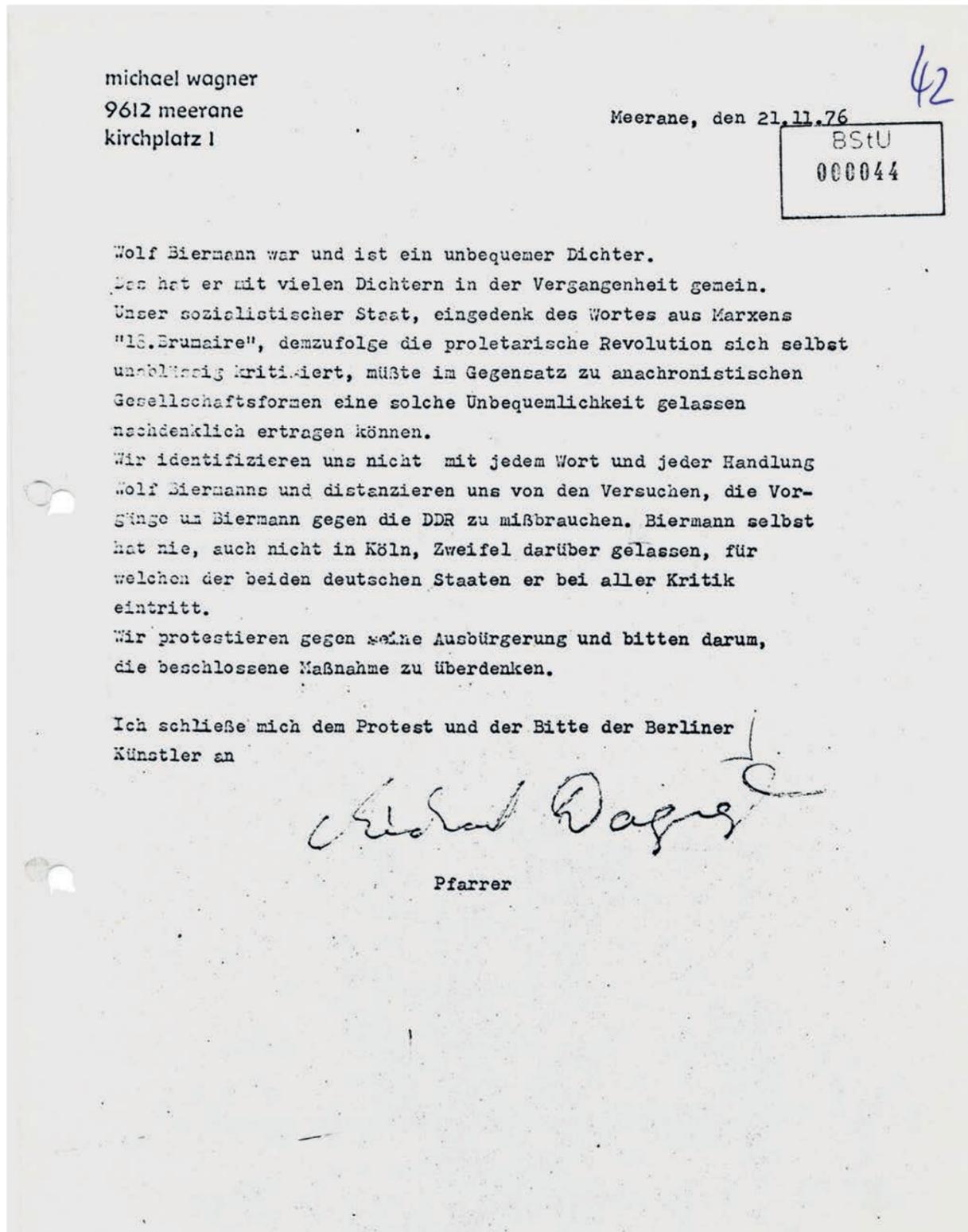
Biermann und die Unterzeichner und initiierte öffentliche Stellungnahmen von Befürwortern der Ausbürgerung. Auf die Unterzeichner wurde Druck ausgeübt, es kam zu Parteiausschlüssen. Das MfS intensivierte seine Überwachung von bereits »bearbeiteten« Schriftstellern und legte eine Reihe von operativen Vorgängen gegen Autoren wie zum Beispiel Franz Fühmann neu an. Noch im gleichen Monat wurden die Musiker der Leipziger »Renft-Combo« Gerulf Pannach und Christian Kunert sowie der Schriftsteller Jürgen Fuchs verhaftet und Ende August 1977 nach West-Berlin abgeschoben. Publikations- und Auftrittsverbote sowie Drangsalierungen führten dazu, dass zahlreiche Künstler ab 1977 in die Bundesrepublik ausreisten.⁹⁵

**Das MfS verfügte 1976 über
62 868 hauptamtliche Mitarbeiter.**

Der Protest um die Ausbürgerung Biermanns war nicht auf intellektuelle Kreise begrenzt. 1976 war Wolf

Biermann, nach elf Jahren Berufsverbot, den meisten DDR-Bürgern nicht oder nicht mehr bekannt. Erst die Meldung über die Ausbürgerung und die ARD-Ausstrahlung seines Konzertes am 19. November – an dem Abend saßen Millionen Menschen vor dem Fernseher – machte ihn besonders bei der jüngeren Generation populär.⁹⁶

Am 15. Dezember 1976 hielt die Staatssicherheit in einer landesweiten Statistik die einzelnen spontanen Protestaktionen der vergangenen Wochen fest. Sie ermittelte insgesamt 457 Vorkommnisse, von denen sie ein Viertel aufklären konnte.⁹⁷ Am 22. Dezember 1976 forderte Mielke in einem Schreiben an alle Dienststellen, dass »durch politisch-operative Maßnahmen die Herausbildung feindlich-negativer Gruppen und Gruppierungen zu zersetzen und zu zerschlagen« sei.⁹⁸ Das bedeutete für die Stasi: Ermitteln, verhaften und inhaftieren und möglichst viele inoffizielle Mitarbeiter (IM) mobilisieren, die über Äußerungen von Biermann-Sympathisanten berichten und Hinweise zum Aufspüren der Verfasser von Protesten liefern konnten.



> Michael Wagner verfasste einen Brief an das Zentralkomitee der SED, um gegen die Ausbürgerung von Biermann zu protestieren. 21.11.1976
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 436, Bl. 44



> Die Stasi beschattete Michael Wagner auf Schritt und Tritt. 9.4.1977
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOP 993/82, Bd. 15, Bl. 31

Auch im Bezirk Karl-Marx-Stadt kam es zu Protesten. Bürger aus Karl-Marx-Stadt und Zwickau forder-
ten die Regierung per Telegramm zur Rücknahme
der Maßnahme gegen den Liedermacher auf. Der
Schriftzug »Biermann« tauchte zum Beispiel an den
Wänden eines Fahrstuhls im Freiburger Brennstoff-
institut auf oder wurde quer über eine Fahrbahn nahe
Pechtelgrün gemalt.⁹⁹ Die Staatssicherheit listete alle
Biermann-Sympathisanten auf und verstärkte ihre
Überwachungsmaßnahmen gegen sie.

»Er hat sich einen Bart wachsen lassen
und spielt den Sonderling.«¹⁰⁰

Ein Hauptaugenmerk legte sie auf die Kleinstadt
Meerane und die Gemeinde der Martinskirche. Dabei
geriet der Jugendpfarrer Michael Wagner (Jg. 1944)
besonders ins Visier. Für die Stasi war er kein Unbe-
kannter. Schon während seines Theologiestudiums in
Leipzig führte das MfS Ermittlungen gegen ihn. Seit-
dem er 1972 als Pfarrer nach Meerane gekommen war,
betreute Wagner Jugendliche und einen christlichen

Ehkreis. In diesem Rahmen organisierte er Runden,
in denen die Bücher des Liedermachers besprochen
wurden, und er spielte selbst Biermann-Lieder bei
kirchlichen Veranstaltungen. Grund genug für die
Kreisdienststelle Glauchau (S. 159), ihn als Anführer
einer sogenannten staatsfeindlichen Gruppe einzu-
stufen und die Akte mit dem Decknamen »Spinne«
anzulegen.¹⁰¹

Als Wagner von der Ausbürgerung Biermanns erfuhr,
beschloss er, dagegen zu protestieren. Am 20. Novem-
ber organisierte er ein Treffen in seiner Wohnung. An
diesem Abend überlegten sich Wagner und seine Be-
kannnten, wie sie ihren Unmut zum Ausdruck bringen
könnten. Eine Verteilung von Flugblättern lehnten die
Beteiligten ab, sich des Risikos von Verhaftungen wohl
bewusst. Sie entschieden sich dafür, die Künstlerpeti-
tion zu verteilen. Auch hier schritt die Stasi unmittel-
bar ein – ein Teilnehmer war inoffizieller Mitarbeiter und
berichtete detailliert über das Vorhaben Wagners.¹⁰²
Zwei Mitarbeiter der Stasi und Vertreter der Kirche
statteten Wagner am folgenden Tag einen Besuch ab,
um ihn zu verunsichern und einzuschüchtern. Die
Strategie ging nur zum Teil auf: Der Pfarrer ließ sich
nicht beeindrucken und bat die Herren, seine Woh-
nung zu verlassen. Wagner brach jedoch kurz darauf
die Vervielfältigung der Petition ab und empfahl seinen
Bekannteten, zunächst auf Distanz zu ihm zu gehen, da
er »jetzt erst einmal allein den begonnenen Kampf«
fortführen wollte.¹⁰³ Von nun an folgte ihm die Stasi
auf Schritt und Tritt, seine Telefonate wurden abgehört
und seine Post abgefangen. IM waren darauf angesetzt,
sich in sein Vertrauen zu schleichen und dafür zu sor-
gen, dass sich seine Gemeinde von ihm abwandte. Die
Stasi verfolgte das Ziel der »offensiven Verunsicherung,
Zersetzung und Liquidierung«¹⁰⁴. Er sollte isoliert und
politisch unschädlich gemacht werden.

Wagner wechselte im Jahr 1981 die Pfarrstelle und zog
nach Hohenleuben (Kreis Zeulenroda). Die Glauchauer
Stasi-Mitarbeiter schlussfolgerten, es sei gelungen,
Wagner zu entmutigen und aus ihm einen Außensei-
ter zu machen. Wagner selbst nennt persönliche und
familiäre Gründe für seinen Wegzug.¹⁰⁵ Seine Über-
wachung führte die Stasi bis 1989 fort.

1985 Glasnost und »Sputnik«-Verbot. »Neues Denken« und »Dialog« in Leipzig

1985 wurde Michail Gorbatschow neuer Partei- und Staatschef der Sowjetunion und kündigte schon bald große Veränderungen an. Im April 1986 betonte er als Gastredner auf dem XIX. Parteitag der SED, dass »die kritische Einstellung zur eigenen Tätigkeit eine unerlässliche Bedingung für den Erfolg einer revolutionären Partei« sei.¹⁰⁶ Gorbatschows wiederholte Plädoyers für die öffentliche Auseinandersetzung mit den Problemen sozialistischer Gesellschaften fanden in der SED-Führung allerdings kein Gehör.

Dagegen verfolgten viele DDR-Bürger Gorbatschows Reden und seine Politik unter den Zeichen von »Glasnost« und »Perestroika« (»Offenheit« und »Umgestaltung«) mit großem Interesse und Sympathie. Auch im Bezirk Karl-Marx-Stadt stellte die Staatssicherheit fest, dass zahlreiche Menschen den neuen Politikstil begrüßten. Im Kreis Stollberg wurden sogar Äußerungen laut, dass man sich »von der Art und Weise, wie man in der UdSSR jetzt an die Dinge herangeht, [...] eine Scheibe abschneiden«¹⁰⁷ könnte. Bürger aus verschiedensten gesellschaftlichen Kreisen wünschten sich Änderungen in der DDR nach sowjetischem Vorbild: So sprachen sich immer öfter Arbeiter, Studenten, Angehörige von Blockparteien und Verwaltungsangestellte in Karl-Marx-Stadt und Kleinstädten wie Gonsdorf oder Plauen für mehr Offenheit aus.¹⁰⁸

Bei Diskussionen über Gorbatschows Politik verglichen Bürger häufig die UdSSR mit der DDR und sahen ähnliche Probleme: »Lobhudeleien« in den Medien stünden der Mangelwirtschaft im Alltag gegenüber, Funktionäre »klebten« an ihren Ämtern, in Betrieben, Verwaltungen und Universitäten seien kritische Diskussionen unerwünscht. Viele hofften nun auf eine Reform des erstarrten Systems. Die DDR-Regierung geriet zunehmend unter Druck, vertrat aber den Standpunkt, dass die neue Politik der Sowjetunion eine innere Angelegenheit des »Bruderstaats« sei. Sie fürchtete ebenso wie die Stasi, dass ein Überschwappen der Reformpolitik die DDR destabilisieren könnte. Daher erteilte der Chef-Ideologe der SED Kurt Hager der sowjetischen Politik in einem Interview eine klare

Absage: »Würden Sie [...], wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?«¹⁰⁹ Viele Bürger, so auch Angestellte des Kombinats Orsta Hydraulik in Leipzig, Beschäftigte von Bildungseinrichtungen im Kreis Borna und Mitarbeiter des Ferienheims »Aktivist« in Oberwiesenthal, waren darüber verwundert oder enttäuscht, da die UdSSR immer als das große Vorbild gegolten hatte, dem es nachzueifern galt. Um den Widerspruch zum »großen Bruder« nicht zu groß erscheinen zu lassen, schränkte die DDR-Regierung die Berichterstattung über sowjetische Reformen und die Reden Gorbatschows zunehmend ein.¹¹⁰

Das »selektive Zitieren aus der Sowjetunion scheint nur Mittel zum Zweck: neue Sichtweisen zu verhindern und Altes zu bewahren. Angst vor Veränderung ist eine unmarxistische Haltung. Haben wir von der Sowjetunion wirklich nichts mehr zu lernen?«¹¹¹ Diese Worte waren Teil eines Flugblattes, das Jürgen Tallig (Jg. 1956) Mitte Februar 1988 an eine Litfaßsäule in Leipzig klebte und das er auch an das Politbüro, das »Neue Deutschland« und die »Leipziger Volkszeitung« sandte. Der Leiter der Bibliophilen Buchhandlung setzte sich für eine offene Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen und für neue demokratische Strukturen ein. Bereits zehn Tage zuvor hatte er mithilfe von Freunden Gorbatschow-, Lenin- und Brecht-Zitate in einer Unterführung angebracht. Da ein Polizist während



> Das MfS legte Jürgen Tallig in einer Vernehmung am 19.2.1988 diese Pinsel vor, um das »Tatwerkzeug« zu identifizieren.
BStU, MfS, BV Leipzig, AU 2002/88, Bd. o. Nr., Bl. 112



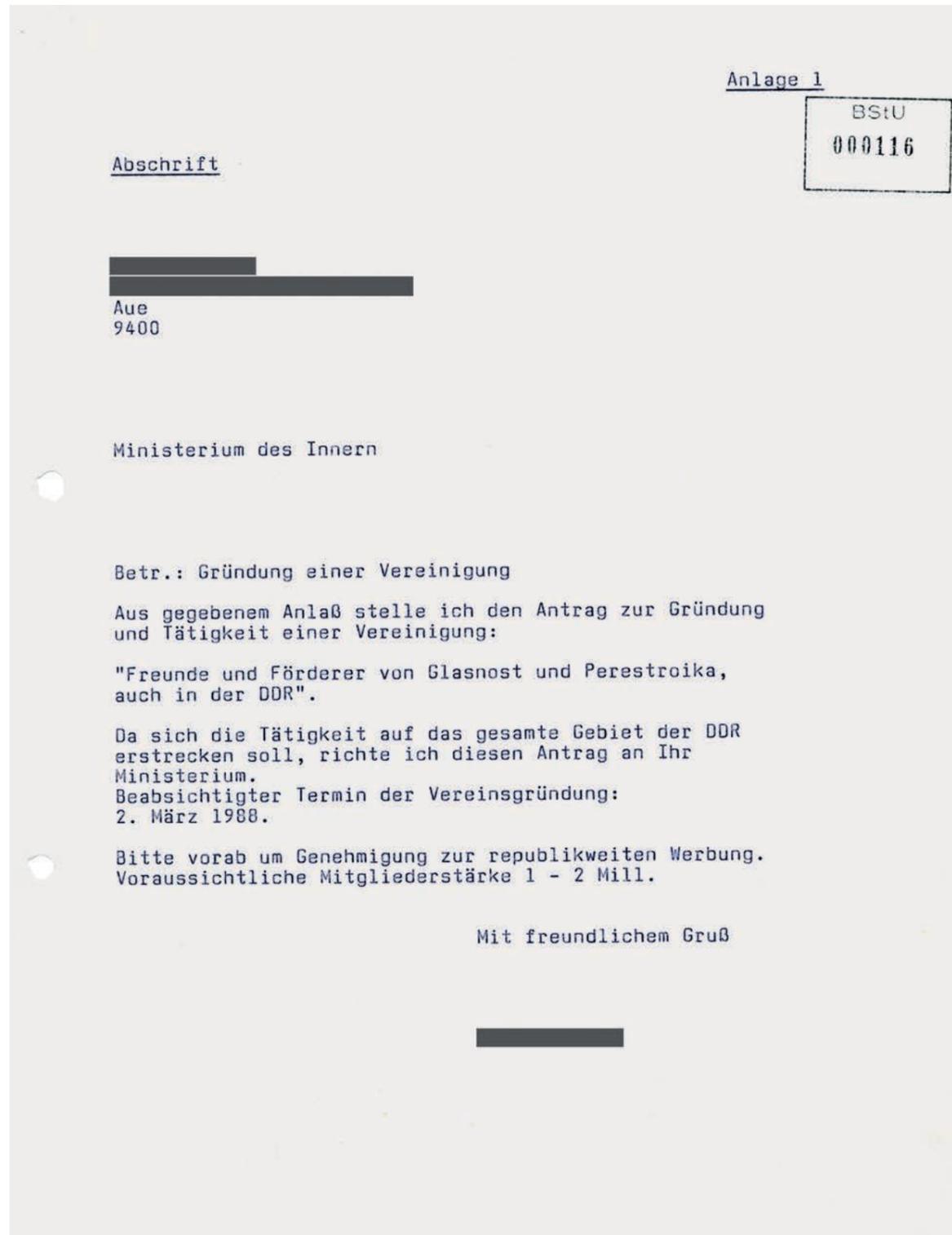
> Die BV Leipzig fertigte einen Bildbericht des »Tatortes« (Fußgängertunnel beim Wilhelm-Leuschner-Platz) an und dokumentierte das rasche Überkleben des Zitats, 5.2.1988
BStU, MfS, BV Leipzig, AU 2002/88, Bd. o. Nr., Bl. 25, Bild 1

seines Streifendienstes die Befestigung des Flugblattes beobachtete, nahm die Volkspolizei Tallig kurz nach der Tat fest. Nur weil er anschließend die Alleinverantwortung für beide Aktionen übernahm, gelang es der Staatssicherheit einen Verantwortlichen für die Zitate im Tunnel zu finden. Die Stasi beobachtete Tallig nach dem Abschluss eines Ermittlungsverfahrens, das mit zahlreichen Verhören, einer Wohnungsdurchsuchung und der Beschlagnahmung persönlicher Gegenstände sowie intensiver Überwachung einherging, weiter.¹¹²

Jürgen Tallig ließ sich aber von den Repressalien – seiner Verurteilung zu einer Geldstrafe und dem Verlust seiner Arbeitsstelle – nicht einschüchtern. Er gehörte im Herbst 1988 zu den Initiatoren der Interessengemeinschaft (IG) »Neues Denken«, die im »Klub der Intelligenz« beim Kulturbund der DDR Veranstaltungen organisierte. Der Name der Gruppe leitete sich vom Titel eines in der DDR erschienenen Gorbatschow-Buchs ab. Die nicht-kirchliche Vereinigung aus Perestroika-Befürwortern hatte das Ziel, auf dem Weg des Dialogs die Machthabenden zu Reformen und Demokratisierung zu bewegen. Die Aktivitäten stießen allerdings auf Widerstand bei der SED-Bezirksleitung, dem Vorstand des Kulturbundes und dem MfS, das die Mitglieder und die Vortragsveranstaltungen beobachten ließ. Die ab Frühjahr 1989 unter dem Namen IG »Dialog« auftretende Gruppe deckte bei

den Kommunalwahlen im Mai 1989 Manipulationen auf. Zusammen mit seinen Mitstreitern versuchte Tallig vergeblich, die Konstituierung der Stadtbezirksversammlung durch einen öffentlich vorgetragenen Einspruch zu verhindern. Eine spätere Strafanzeige wegen Wahlfälschung wurde abgewiesen. Im Herbst 1989 war Tallig dann Mitbegründer des »Neuen Forums« in Leipzig, das sein erstes Büro in Räumen seines Wohnhauses eröffnete – dort, wo die IG »Dialog« bereits eine Bibliothek mit Lesecafé eingerichtet hatte.¹¹³

Die restriktive Informationspolitik der SED über die sowjetische »Glasnost« und »Perestroika« sorgte vor allem bei Oppositionellen, Intellektuellen und kritischen Parteimitgliedern für Unmut. 1987 beschwerte sich eine Angestellte der Postdirektion Karl-Marx-Stadt, dass die Ausgaben der »Prawda mit dem Referat von Gorbatschow [...] stapelweise auf der Post [liegen]. Warum werden sie zurückgehalten?«¹¹⁴ Den Höhepunkt der medialen Abschottung war die Einstellung des Versands der deutschen Ausgabe des »Sputnik« ab November 1988. Die beliebte sowjetische Zeitschrift setzte sich kritisch mit Stalins Rolle im Zweiten Weltkrieg und den stalinistischen Verbrechen auseinander, was die SED als Bedrohung ihres Geschichtsbilds ansah. Der Auslieferungsstopp löste eine landesweite Protestwelle aus, zumal auch noch die Vorführung mehrerer



> Antrag eines Bürgers auf Bildung eines Reformen befürwortenden Vereins, 10.12.1988. Der Antragsteller war kurz zuvor wegen »politisch negativer Diskussionen« aus der SED ausgeschlossen worden.
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3786, Bl. 116

sowjetischer Filme verboten wurde. Viele sprachen von einem zweiten »Sputnik-Schock«, vom »Sputnik-Absturz« oder »Sputnik-Skandal«.

In Sachsen artikulierten die Bürger ihren Unmut auf unterschiedliche Weise. In einem der zahlreichen Protestbriefe an staatliche Institutionen formulierte ein Dresdner Bürger: »Bravo! Nochmals Bravo! Sie haben es nun endlich geschafft, die einzige Zeitschrift zu verbieten, die man noch lesen konnte, ohne rot werden zu müssen. Das ist wohl die sogenannte Pressefreiheit Made in GDR?«¹¹⁵ In Leipzig ließen Mitglieder der »Initiativgruppe Leben« während der Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche Luftballons mit der Aufschrift »Sputnik« und den Titeln der verbotenen Filme vor dem Kino Capitol steigen. Die von der Aktion überraschten MfS-Mitarbeiter versuchten gemeinsam mit einigen Polizisten die »ungenehmigten Flugobjekte« mit Regenschirmen und brennenden Zigaretten zu zerstören.¹¹⁶ Nicht nur oppositionell Gesinnte, sondern auch ein Teil der SED-Mitglieder lehnte die verstärkte Zensur ab, weil diese ein tiefes Misstrauen der Parteioberen gegenüber den Bürgern ausdrückte. Die SED-Führung sprach der Bevölkerung das Recht auf selbstständige Meinungsbildung ab. In Karl-Marx-Stadt traten daher einige Beschäftigte des städtischen Volksbuchhandels aus der SED sowie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) aus. In Kamenz äußerten Angestellte des VEB Geräte- und Werkzeugbau Wiesa ebenfalls Unverständnis über das »Sputnik-Verbot und fragten sich, »ob unseren Leuten gar nichts mehr zugetraut wird?«¹¹⁷

Die Versuche des SED-Regimes, Diskussionen über politische Reformen und tabuisierte Aspekte der Geschichte des Sozialismus mithilfe von Zensur zu unterdrücken, waren weitgehend erfolglos. Die große Mehrheit der Bürger empfing Westradio und -fernsehen und erfuhr auf diese Weise von Dingen, über die sich die DDR-Medien ausschwiegen. Im Herbst 1987 zeigte das ZDF den sowjetischen Film »Die Reue«, der in der DDR verboten war. Er erinnerte mit seinen Anspielungen auf Hitler, Stalin und dessen Staatssicherheitschef Lawrenti Berija an die verdrängte sowjetische Vergangenheit und kritisierte jegliche Form von Totalitarismus. Der Spielfilm wurde in der DDR so sehr zum Gesprächsthema, dass die Chefredakteure der »Jungen Welt« und des »Neuen Deutschland« sich veranlasst sahen, ablehnende Kritiken zu verfassen. Vor

dem Abdruck verschärfte Honecker deren Ton teilweise noch durch Eingriffe in den Text. Die Artikel riefen gemischte Reaktionen hervor: Manche befürworteten sie, aber viele waren empört und nahmen sie zum Anlass, gegen die politische Entmündigung zu protestieren. So stellten z. B. Studenten der Technischen Universität (TU) Dresden im Frühjahr 1988 auf einer Wandzeitung positive Rezensionen aus sowjetischen Zeitungen und eigene Kommentare den Verrissen gegenüber.¹¹⁸

Das MfS verfügte 1985 über 84 263 hauptamtliche Mitarbeiter.

Wie stark der Druck auf das SED-Regime war, zeigte sich auch darin, dass Honecker es für notwendig hielt, den von anderen Ostblockstaaten abweichenden Kurs der DDR Ende 1988 erneut zu legitimieren. Zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung sprach er von einem »Sozialismus in den Farben der DDR«¹¹⁹. Diese Standortbestimmung und die Zensur vermochten jedoch nicht, die Sympathie der Bevölkerung für Gorbatschows Kurs zu schwächen. So thematisierte die seit 1987 in Leipzig und Naumburg herausgegebene Samisdat-Zeitschrift »Glasnost« weiterhin gesellschaftlichen Stillstand, Demokratiedefizite und fehlende Meinungs- und Pressefreiheit in der DDR. Im Dezember 1988 beantragte ein ehemaliges Parteimitglied aus Aue eine Genehmigung für eine »Vereinigung der Freunde und Förderer von Glasnost und Perestroika, auch in der DDR«. Sie wurde nicht erteilt – mit Verweis auf die schon bestehenden vielfältigen Möglichkeiten der demokratischen Mitgestaltung in der DDR.¹²⁰ Die BV Karl-Marx-Stadt legte bei ihrer Arbeitsplanung für das Jahr 1989 besonderen Wert darauf, Personen im Auge zu behalten, die »den Prozess der Umgestaltung in der UdSSR und das »neue Denken« als Rechtfertigung für Forderungen gegenüber dem sozialistischen Staat [...] missbrauchen«.¹²¹ Daher geriet im Sommer 1989 ein Volkspolizist aus Mittweida ins Visier des MfS, der gesellschaftliche Veränderungen für notwendig hielt. Dass es den meisten Reformbefürwortern um eine Erneuerung, nicht um die Abschaffung des Sozialismus ging, ignorierte die Geheimpolizei genauso wie die Parteispitze bis zum November 1989.¹²²

SSc



Der Apparat

> Der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, Manfred Hummitzsch, spricht zu seinen Mitarbeitern. 24.4.1982
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. KuSch, Fo, Nr. 2607, Bild 16 (Ausschnitt)

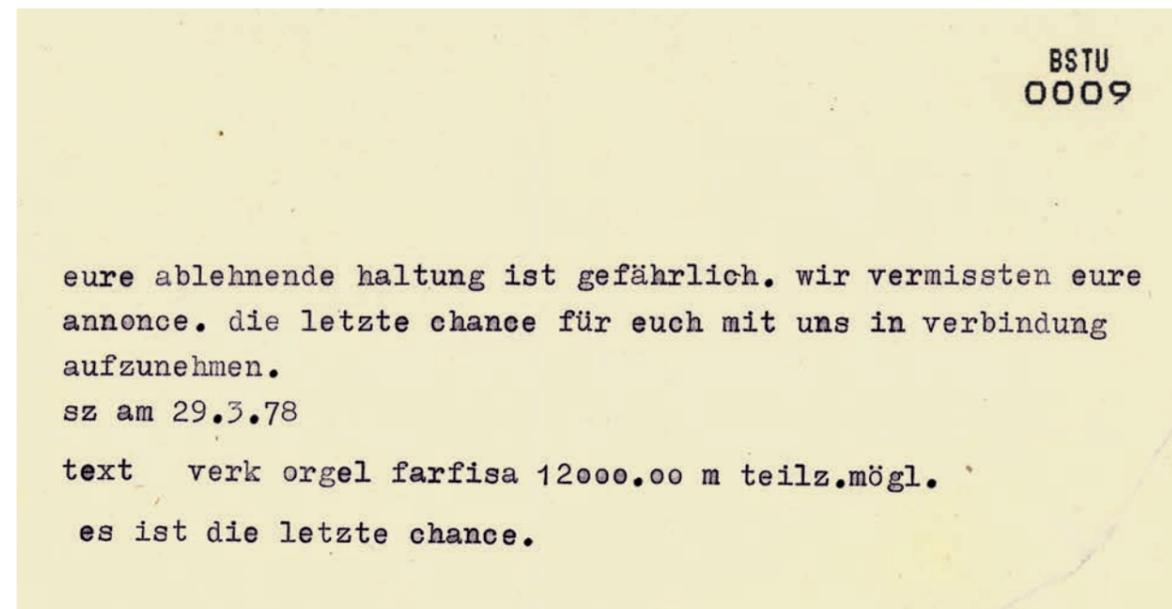
»Zutritt für Unbefugte verboten« – die Abschottung der Dresdner Stasi-Zentrale

Im Jahre 1989 zählte das Ministerium für Staatssicherheit 15 Bezirksverwaltungen (BV). Sie waren analog zur Zentrale in der Berliner Normannenstraße aufgebaut. Die Struktur der Bezirksverwaltungen folgte dem sogenannten Linienprinzip.¹²³ Aufgaben wurden intern nach Abteilungen aufgeteilt und nach gleichen Prinzipien auf zentraler wie auf Bezirksebene bearbeitet. Die Überwachung von Kirche, Kunst und Kultur war beispielsweise bei der Hauptabteilung XX in Berlin und in den Abteilungen XX in Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig angesiedelt. Einzelne Aufgaben blieben in den Händen der Zentrale in Berlin wie beispielsweise die Militärabwehr (Hauptabteilung I). In den sächsischen Bezirksverwaltungen wurden aber auch spezielle Abteilungen eingerichtet, die es woanders nicht gab, so die Abteilung »Wismut« der BV Karl-Marx-Stadt und das selbstständige Referat »Messe« der BV Leipzig. An der Dresdner TU befand sich eine der landesweit sieben Objektdienststellen (OD), die für die Überwachung von Lehrkräften, Studierenden, insbesondere ausländischen Studierenden, und Forschung zuständig war.

Insgesamt gehörten zur BV Dresden 31 Abteilungen sowie 16 Kreisdienststellen. (S. 154) In diesem Rahmen verfügte sie zuletzt über 3 591 hauptamtliche und 13 000 inoffizielle Mitarbeiter.¹²⁴

Der Hauptsitz der BV Dresden befand sich in der Bautzner Straße 111–116 (S. 157). Der Gebäudekomplex wurde rund um die Uhr bewacht. Die Staatssicherheit ging von der permanenten Gefahr eines Angriffs auf ihre Dienstgebäude aus und nahm jede gegen das »Organ« gerichtete Drohung sehr ernst.

Anfang März 1978 läuteten in der Dresdner BV die Alarmglocken. Der erste von am Ende fünf anonymen Briefen war in der Bautzner Straße angekommen. Der Absender dieser Briefe unterschrieb mit dem Namen »Leopard« und gab vor, eine Gruppe von Studenten und Musikern zu vertreten. Die Forderungen waren derart überspitzt, dass sie kaum hätten ernst genommen werden müssen: »Leopard« forderte insgesamt 1 Million DM, zwei Autos und die Möglichkeit, die DDR zu verlassen. Die Gruppe drohte mit einem Anschlag und der Ermordung von Funktionären. Im dritten Brief vom 31. März 1978 hieß es: »Wenn ihr weiterhin



> Drohbrief der Gruppe »Leopard« an das MfS. 20.3.1978
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 10699, Bl. 9

UT 38
BSTU 00
0043
1. Anzeige

Suche kl. niedrig, hell lackiert, Mehrzweckschrank, Schuh-schrank, Campingstühle und -liege, Imp.-Jeansmantel 38/40, 26er Da.-Fahrr. u. ab Mai Ki.-Wa. Gen. Beschr., Maß- u. Preisang. erb. Zuschr. A 407 751 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

Suche Einf.-Siedlungshaus mit gr. Garten, biete 2 1/2-Zi.-Whg., Fhzzg., sowie Garage. Zuschr. P 794 127 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

Alte Porzellanschneidebrettchen mit u. ohne Spruch, Zwiebelmuster, Quirle, Löffel, Nudelholz usw. in privat gesucht. Zuschr. P 407 732 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

Anrichte u. Wohnzimmerschr. Modell „Erich“, Bj. um 1960, VEB Anklamer Möbelfabrik) auch einz. od. besch. dring. ges. Zuschr. P 407 787 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

Su. Schreibmaschine. Zuschr. an P 407 795 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

Suche gebr. Pelzmaschine. Zuschr. an P 407 804 DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

Verkäufe

Lg. wß. Brautkleid, m 88, für 100,-, evtl. m. Schleier. Zuschr. A 355 443 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

47er-FS-Gerat „Donja“, funktionsf., 290,-, evtl. m. Konverter; Kühlschr. „Polar“ 80 l, gut erhalt., Garant. März 1980 (neues Aggregat), 470,-. 8040 Dresden, Karlshofer Str. 58, 1. Etg. rechts

Verk. Doppelbettcouch „Dagmar“, 400,-. Herrmann, 8019 Dresden, Wormser Str. 4, ab 17 Uhr

Verk. Fernsehteil (neu), Modell „Hainichen“, für 180,-. Tägl. ab 17 Uhr bei Burkhardt, 8029 Dresden, Hühndorfer Str. 17

Wohnzi.-Büf. (Seiten vergl.) u. Anrichte, dkl. Nußb., pol., gut erh., 400,-. Reichel, 8030 Dr., Baudissinstraße 13 (Sbd.)

Schreibtisch u. Bücherschrank, dkl. Eiche, innen Mahagoni; Auszieh-tisch, 120/85, 50,- bis 200,- Mark. Besicht. Mo. bis Fr. ab 15 Uhr. Rascher, 8046, Kameradenweg 11

Verk. Schranknähmasch. „Veritas-Automatic“ 500,-. Zuschr. A 827 764 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

Verk. Steilwandzelt, 4 Pers., mit

Raumlüfterh., 1 000/2 000 W 220,- M, 9029 Dresden, W.-Raabe-Str. 10, Erdg. r.

„Anett“, u. 20 Cass. 800,- M, Zuschr. an A 827 052 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

2 Federkern-Matratzen, 100/200 gut erh., je 60,- M. Zuschrift. unter P 793 274 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1 000

Verk. Farbfernseher „Rubin“, ein wandfr. Zust. 1 500,- M, Zuschr. an P 827 055 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1 000

Verk. ungebr. Einbauwanne (Guß) f. 250,-. Zuschr. A 408 601 an die DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

Verk. Jolana-Gitarre mit neuer Schallelektronik f. 450,-. M. Näther, 8027 Dresden, Nürnberger Straße 30a

Radio-, Fernseh Tisch mit drehbar. Pl., exot. Holz furn. „Bubinta“, braun, 120,-. Hengst, 8044 Dresden, Burgenlandsstraße 5a

1 Diam.-Sportrad, neuw., 200,- M. Zuschr. unter P 125 632 an die DEWAG, 806 Dresden, Postf. 1 000

Verk. Orgel farfisa für 12 000,- M. Teilzahlg. mögl. Zuschr. unter DA 534 459 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1000

Fernseher „Staffort“, 50er Bildr., schw./w., I. u. II. Progr., gut erh., 600,- M. Ruf 5 46 31, Scheinpflug

H.-Nappalederjacke, Imp., Gr. 48, schwarz, für 750,- M. Zuschr. an P 126 163 DEWAG, 806 Dresden, Postfach 1000

Verk. Büfett, Anrichte, rd. Tisch, Nußb. pol., alles sehr gut erh., f. 400,-. Damme, 8019, Löscherstr. 33

Doppelstockbett, kpl., Eiche, neuw., 180,-. Zuschr. A 827 522 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

Imp.-Kofferradio, M, L, UKW, Military Look, 270,- M. Zuschr. A 407 481 DEWAG, 8012 Dresden, PSF 369

Verk. Quarzuhr mit LED-Anzeige u. 5 Funkt. für 550,-. Zuschr. an „SZ“ 980 840 Radebeul, H.-Ilgenstraße 28

Tonbandgerät 2404 S (Stereo), neuw., Imp., für 1950,- zu verk. Chr. Klandt, 8021 Dr., Marienberger Straße 30

Konstruktionsunterlagen für Campinganhänger (Aufbaul. 3.85 m), einschl. Profile f. Fahrgestell, für 600,- zu verk. Zuschr. an 813 384 DEWAG-Ann. 8312 Heidenau, Bahnhofskiosk

Verk. Zweifamilienhaus mit 630 cm

Biete 2-Raum-AV 1. Etg., Ofen-/G/Lage. Suche 3-Bad in 808 od. 1 an DP 534 240 D den, Postfach 100

Biete schöne 2-Ra Bad, IWC. Such Whg. Zuschr. DEWAG, 806 Dr

Biete 801 Dresden 16 qm), Küch Fhzzg., Ww. Su Whg. od. 1-Fan DA 534 231 DEW Postfach 1000

Biete in 808 2-R-2 (20, 12, Ofenhzg Loggia ohne v größer. Zuschr. DEWAG, 806 Dr

Biete in Zscher AWG, 1. Etg., Loggia, Kü. und Suche 3-R.-Whg Komf., Garage Zuschr. GP 139 Dresden, Postf

Biete 2-R.-Whg. n Hausg., in ruh. Lage. Suche 2.1 mit Bad und IW Zuschr. GP 139 Dresden, Postf

Biete 2-R.-Wohnu Dresden, Zentra Abstellraum in 12. Etg. Suche 3 gleichem Komf P 355 042 DEW Postfach 1000

Biete 2 1/2-Zimm

Biete sonnige 2 20, 20, 10 qm, K Bad, 12 qm, 2 Gartennutzg., Ho bez. Süd. Such Whg. m. Bad, b Mitte. Zuschr. P 806 Dresden, P

Biete 2 1/2-Raum- Garage am Hau 1-R.-Whg., Fhzz gr. 3-Raum-Wh 3 84 03, ab 19 Uhi

Biete 3-Zimm

Biete 3-Raum-Wo heizung, Warmv 1 1/2-R.-Whg. un mit gleichem I

> Die Stasi gab in der Sächsischen Zeitung Annoncen auf – in der Hoffnung, den Verfasser der Drohbrieft zu entlarven. 29.3.1978
BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1843/81, Bl. 43



> Zwischen 1953 und 1989 hatte die Bezirksverwaltung Dresden ihren Hauptsitz in der Bautzner Straße. Vor 1989 BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 8, Bild 1

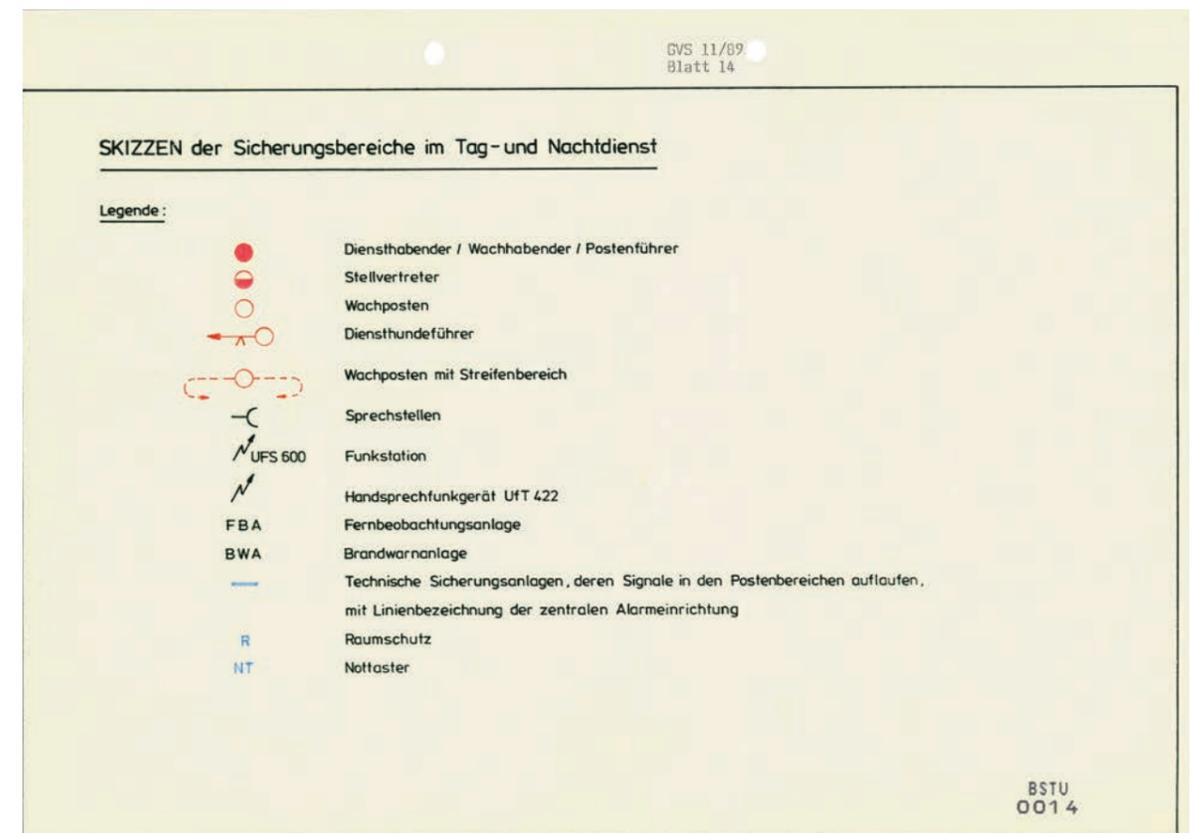
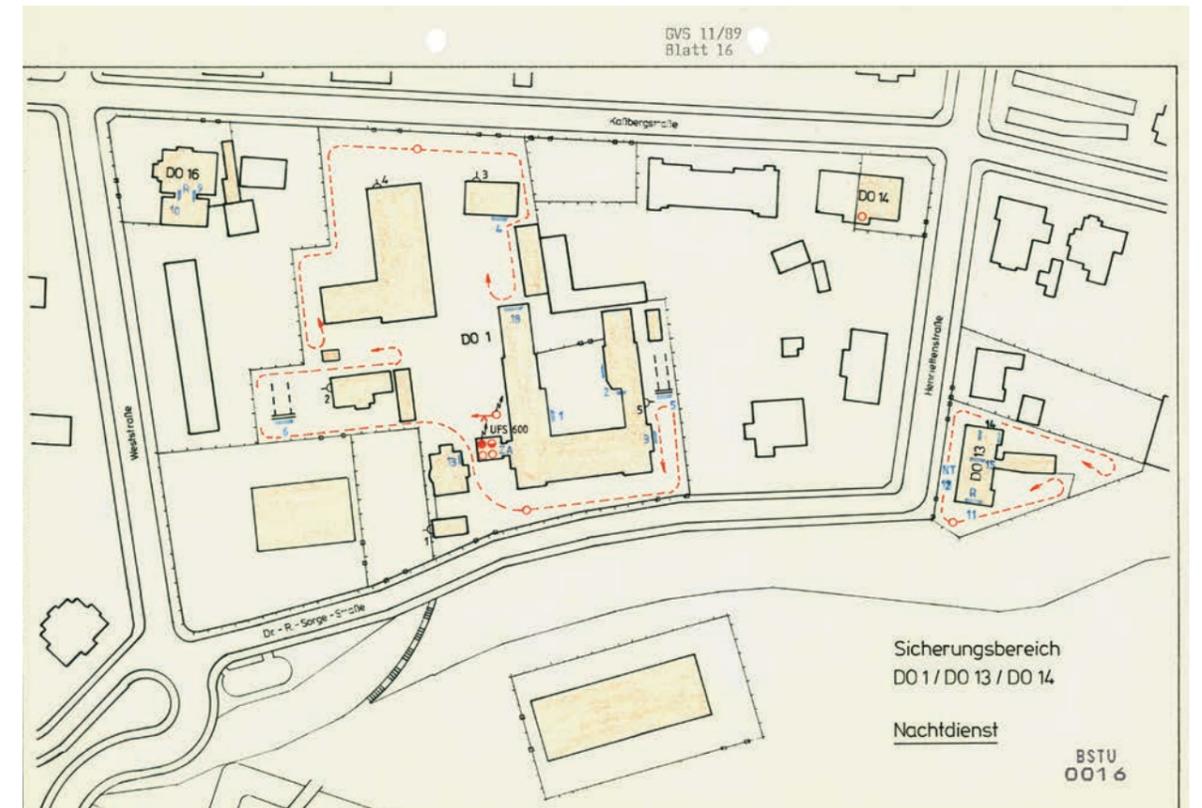
alles das, was wir euch mitteilen, genau befolgt, haben beide Seiten ihren Nutzen.«¹²⁵ Über Annoncen in der Sächsischen Zeitung sollte die Zusage des MfS erfolgen. Die Gruppe gab dafür sogar den genauen Wortlaut der Annoncen vor. Die Staatssicherheit ließ sich auf diese Forderung ein und gab in der Sächsischen Zeitung Anzeigen auf mit einer Telefonnummer, unter der die Gruppe sie hätte erreichen können.

Der Empfänger dieser Drohbriefe ist das Ministerium für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Dresden.

Parallel dazu liefen in der Bezirksverwaltung die Ermittlungen auf Hochtouren. Die Stasi eröffnete einen operativen Vorgang gegen »unbekannt« – Straftatbestand: »Androhung von Terrorakten«. Sie richtete unter der angegebenen Telefonnummer eine Fangschaltung ein. Auf diesem Weg hoffte sie, den oder die

Täter ausfindig zu machen. »Leopard« aber meldete sich nicht. Sie fahndete außerdem nach den Schreibmaschinen, mit denen die Drohbriefe geschrieben worden waren. Die Stasi erhielt den letzten Drohbrief Anfang April 1978. Über drei Jahre hinweg führte sie Vergleiche mit ca. 15 000 Schriftstücken durch. Am 14. Juli 1981 stellte sie ihre Ermittlungen trotz des hohen Gefahrenpotenzials, das sie in dieser Strafsache sah, mit der nüchternen Erkenntnis ein, dass eine Klärung des Falles nur durch einen Zufall möglich wäre.¹²⁶ Die Erpresser hatten sich aller Klischees aus Kriminalromanen bedient. Die absurden Forderungen, die sie gestellt hatten, lassen vermuten, dass es sich nicht um eine ernsthafte Erpressung handelte, sondern schlicht um eine Provokation.

Die Gebäudekomplexe der Bezirksverwaltungen waren zum Teil wie Kleinstädte ausgestattet. Auf dem Chemnitzer Kaßberg befanden sich der Hauptsitz und weitere Gebäudekomplexe der BV Karl-Marx-Stadt. Diese BV war für 33 Abteilungen und 22 Kreis-



> Auf dem Kaßberg wurden die Dienstobjekte (DO) der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt Tag und Nacht überwacht. Vor 1989 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AGL, Nr. 12, Bd. 1, Bl. 16 und 14

dienststellen (S. 155) zuständig mit insgesamt über 3 821 hauptamtlichen und knapp 12 000 inoffiziellen Mitarbeitern.¹²⁷ Auf dem Kaßberg verfügte die Stasi über Versorgungseinrichtungen wie Kaufhalle, Friseur, Sparkasse, Speisesaal und Sportplatz. Sogar für die Autos von Mitarbeitern wurde mit Garagen, Werkstatt, Tankstelle und Waschanlage gesorgt. In der angrenzenden Henriettenstraße übernahm die Staatssicherheit eine Kinderkrippe und richtete eine Krankenstation ein, »zur Vermeidung von Ausfallzeiten weiblicher Angehöriger«.¹²⁸ Die Mitarbeiter sollten während der Dienstzeit das Gelände nicht verlassen müssen. Die Staatssicherheit wollte so ihre hauptamtlichen Mitarbeiter von potenziell negativen Einflüssen der Außenwelt fernhalten.¹²⁹ Zentrales Anliegen aber war die lückenlose Wahrung der Konspiration gegenüber der Bevölkerung und den »Feinden«.

Wo genau die Stasi saß, war zumeist bekannt. Was sich hinter den vergitterten Fenstern abspielte, blieb hingegen verborgen. Durch Wach- und Kontrollposten wurde jedes Betreten der Areale streng kontrolliert. Fotos und Videoaufnahmen der Gebäude waren tabu, ein Zutritt ohne Erlaubnis unmöglich. Im Hauptsitz der BV Dresden an der Bautzner Straße wurden zum Beispiel Personen, die das Gebäude zufällig fotografierten, kurzerhand festgenommen und befragt. Oft behielt die Stasi den Film ein, obwohl laut Akten »kein Hinweisschild ›Fotografieren verboten‹ zu sehen war.¹³⁰ Der Umgang mit Besuchern war genau geregelt. Handwerker führten ihre Reparaturarbeiten unter ständiger Aufsicht aus. Über jeden von ihnen legte die Stasi eine Karteikarte an. Auch über jeden Besuch von Bürgern fertigte der zuständige MfS-Mitarbeiter einen Aktenvermerk. Der Besucherraum lag so, dass er keinen Einblick in weitere Teile des Gebäudes erlaubte.

Die Gründe für ein »freiwilliges« Aufsuchen der Staatssicherheit waren vielfältig. Einige Besucher kamen, um über die Schwierigkeiten bei der Arbeits- oder Wohnungssuche zu klagen. Manche Bürger beschwerten sich, dass ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik verwehrt wurde. Fast immer erklärten die Stasi-Mitarbeiter, dass das MfS für solche Klagen nicht zuständig sei. Wenn aber über den Besucher bereits eine Akte geführt wurde, ging eine Information über die Beschwerde an die zuständige Dienststelle, die dann gegebenenfalls eine bereits laufende Überwachung verschärfte. Es gab aber auch solche Besucher,

die Beschwerden und Denunziationen über Kollegen oder Nachbarn zu Protokoll gaben, woraufhin die Stasi Überprüfungen einleitete. Am Dittrichring 24 war der Hauptsitz der Leipziger BV. Sie war für 32 Abteilungen und 13 Kreisdienststellen zuständig (S. 156). Sie zählte zuletzt über 2 440 hauptamtliche und knapp 10 000 inoffizielle Mitarbeiter.¹³¹ Am 11. Juli 1981 sprach eine Bürgerin in der BV vor. Sie teilte der Staatssicherheit mit, dass der Freund ihrer Tochter plane, in die Bundesrepublik zu fliehen. Sie befürchtete daher auch »eine Republikflucht« ihrer Tochter. Die Stasi leitete umgehend Überprüfungen ein und informierte den BV-Leiter Hummitzsch.¹³²

Schließlich gab es auch sogenannte »Selbstbewerber«, die eine Mitarbeit beim MfS anstrebten. Sie meldeten sich bei der Bezirksverwaltung und gaben mitunter eine schriftliche Begründung für ihre Bewerbung ab. Die Auskunft lautete, dass »im Falle eines bestehenden Interessens Kontakt aufgenommen wird«. Wenn dies nicht geschehe, müsse der Bewerber sich als abgelehnt betrachten. Erfolgsaussichten hatten sie zumeist nicht, Selbstanbieter waren nicht erwünscht.

ECa



> Die vorbereitete Falle schnappt zu: Fahrzeug Nr. 21 der amerikanischen Militärverbindungsmission wird auf sowjetischem Militärgelände von Kamenz blockiert. 5.8.1983
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12990, Bl. 27 (o.)

Auf der Spur des Taxi-Agenten – Kalter Krieg in Kamenz

Die sowjetische Militärabwehr im Bereich Königsbrück in der Oberlausitz zeigte sich im November 1985 alarmiert. Bei der Überwachung der Straßen, die am Militärobjekt »Altes Lager« entlangführten, bemerkte sie einen Kraftfahrer, der sich auffällig verhielt: »Das Fahrzeug bewegte sich mit geringer Geschwindigkeit. Der Fahrer beobachtete den Park mit Kampftechnik.«¹³³ Der Alarmruf der sowjetischen Freunde erreichte die Staatssicherheit und der Kraftfahrer war schnell ermittelt: Gerhard Sonntag (Jg. 1946), Fuhrunternehmer und Familienvater.

Oberleutnant Günter Arnold (Jg. 1951) von der MfS-Kreisdienststelle Kamenz (S. 157) hatte den Verdächtigen bereits 1984 unter Beobachtung gestellt, denn damals glaubten die sowjetischen Abwehrspezialisten gesehen zu haben, wie aus dem Haus von Sonntag in den Nachtstunden der Truppenübungsplatz fotografiert wurde. Für den MfS-Offizier lag es auf der Hand, dass hier wahrscheinlich ein vom Westen

bezahlter Agent Militärgeheimnisse ausspionierte. Für Arnold, der Gerhard Sonntag die Deckbezeichnung »Unternehmer« gab, galt es nun, den Agenten seiner Taten zu überführen. Zunächst sollten die Bewegungsabläufe von Sonntag festgestellt und Stützpunkte im »Alten Lager« der Sowjets geschaffen werden, um den Verdächtigen zu beobachten. Außerdem waren mobile



> Sowjetische Offiziere und das MfS protokollieren den amerikanischen Regelverstoß. 5.8.1983
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12990, Bl. 32 (o.)

Bericht

Am 05.08.1986, Einsatz Königsbrück (F 97 / 97a)

in der Zeit von 08.00 - 20.00 Uhr .

Lagefilm

Wetter: leicht bewölkt

Standort: F97 /97a

11.04 YK 29-89 B1000 Taxi Richtung " Neues Lager "

12,35 YK 29-89 B1000 Taxi Richtung Schwepnitz

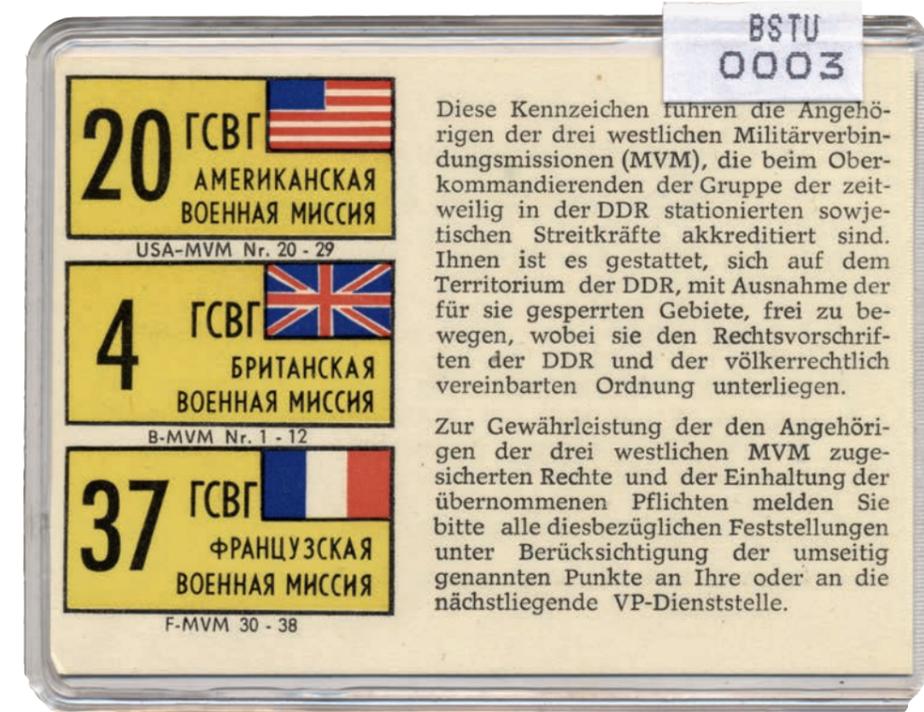


12.48 YK 29-89 B1000 Taxi Richtung K ' brück



77
BStU
000079

> Unter ständiger Beobachtung: Der vermeintliche Agent »Unternehmer« ist per Taxi unterwegs. 5.8.1986
BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 557/88, Bl. 79



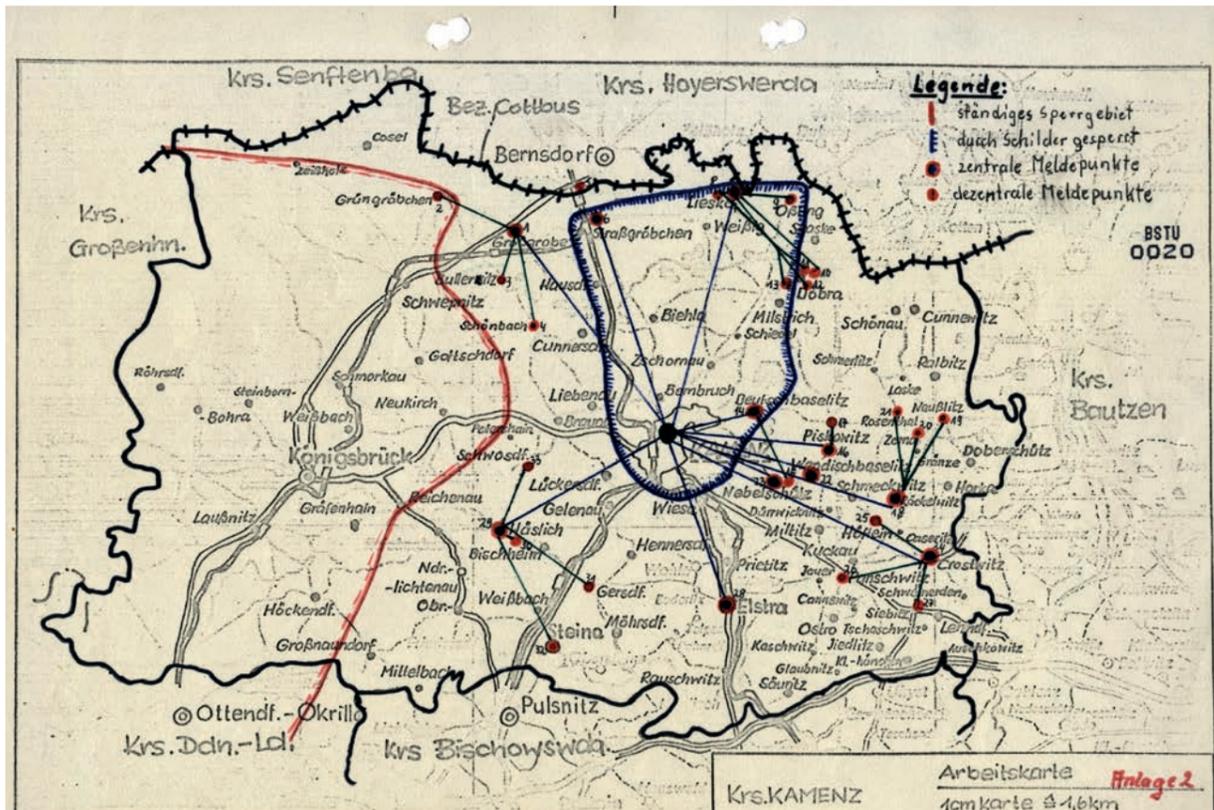
> Merkblatt für Beobachtungskräfte: Hinweise zu Fahrzeugen der Militärverbindungsmissionen. Vor 1987
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 11741, Bl. 3

Beobachtungsstützpunkte einzurichten. Sonntag sollte abgehört, seine Wohnung konspirativ durchsucht und seine Post kontrolliert werden. Der auf Sonntag angesetzte IM »Nelke« fand keinen Hinweis, dass dieser seine Filme selbst entwickelte, wies jedoch in seinem Beobachtungsbericht darauf hin, dass Sonntag »besonderes Interesse für Kraftfahrzeuge«¹³⁴ zeige. Für einen Fuhrunternehmer war das wenig verwunderlich, die nächtliche Fotoaktion aber blieb rätselhaft.

Eine »operative Kombination« schließlich sollte den Agenten in eine Falle locken. Gemeinsam mit den sowjetischen Freunden wurde an drei Tagen militärische »Scheintechnik« aufgebaut, um Taxifahrer Sonntag anzulocken. Dazu wies IM »Richter«, ebenfalls ein Taxifahrer, seinen Kollegen Sonntag beiläufig darauf hin, dass neue Technik in der sowjetischen Kaserne angekommen sei und diese offenbar gewartet werde. Sonntag aber zeigte kein Interesse, sodass die aufwendige Aktion ohne Ergebnis blieb.

Unklar war Arnold aber auch, wie Sonntag die vermeintlichen Militärgeheimnisse nachrichtendienstlich in den Westen übermittelte. Dies konnte nach Lage der Dinge nur auf dem Postweg geschehen, sodass von Sonntag genutzte Briefkästen einer »Sonderkastenleerung« unterzogen wurden. Dabei leerte die Stasi selbst den ganzen Postbriefkasten und kontrollierte die Sendungen. Doch so einfach ließ sich der vermeintliche Agent nicht überführen. Die Genossen entwickelten daher eine weitere »operative Kombination«. IM »Oscar« von der Kreisdienststelle Kamenz sollte bei Sonntag eine Taxifahrt nach Karl-Marx-Stadt bestellen. Das Kalkül der Stasi: Es sei wahrscheinlich, dass Sonntag »die außerbezirkliche Fahrt dazu nutzen könnte, um einen Briefwurf zu realisieren«.¹³⁵ Doch auch diesmal Fehlanzeige: Sonntag warf keinen Brief ein.

Mittlerweile wurden auch Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Dresden an mehreren Beobachtungspunkten



> Übersichtskarte des Kreises Kamenz mit Sperrgebieten. Um 1978
BSTU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 11808, Bl. 20

eingesetzt und monatelang Hunderte Fahrten von »Unternehmer« minutengenau protokolliert. Die Beobachtungsergebnisse waren nicht selten belanglos – »Witterungsbedingungen: ganztägig Regen« – und der Eifer der Tschekisten mitunter etwas gebremst. Wenn die »operative Technik« ausfiel, brachen sie die Beobachtung auch schon mal ganz ab.

Schließlich entschloss sich Arnold, den Verdächtigen direkt zu befragen. Allerdings endete auch dieses Gespräch ohne weitere Anhaltspunkte, die gegen Sonntag hätten verwendet werden können. Vier Jahre nach Eröffnung der »operativen Personenkontrolle« (OPK) gegen den Taxiunternehmer verfügte die Stasi noch immer über keine belastbaren Beweise. Allerdings wuchs bei den Tschekisten eine nicht unwichtige Erkenntnis: »Ausgehend von der territorialen Lage des Grundstückes des S. und der Dislozierung der militärischen Objekte der GSSD [Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland] in diesem Raum passieren die Fahrzeuge der Firma auf den öffentlichen Verkehrswegen zwangsläufig Objekte und Transportkolonnen.«¹³⁶ Mit anderen Worten: Sonntag hatte seinen Fuhrbetrieb und Wohnsitz neben dem Truppenübungsplatz und

kam dort eben regelmäßig vorbei. Arnold stellte die OPK gegen »Unternehmer« ein und Sonntag blieb von weiteren Nachstellungen verschont.

Flächendeckend überzog das Ministerium für Staatssicherheit die Bezirke mit einem Netz von Kreisdienststellen, die den Bezirksverwaltungen unterstellt waren. Die Leiter der Kreisdienststellen wurden vom Minister direkt eingesetzt. Größe und innere Organisation der KD waren abhängig von der wirtschaftlichen Struktur und z. B. von dem Umstand, ob es sich um einen Grenzkreis handelte. In der Regel gab es ein Referat für Auswertung und Information und Referate mit speziellen operativen Zuständigkeiten wie Spionageabwehr, Sicherung der Volkswirtschaft und Überwachung des lokalen Staatsapparates. Die Kreisdienststellen waren insbesondere auch für die Sicherheitsüberprüfung eines immer größeren Personenkreises zuständig, etwa für Bewohner im Grenzgebiet, Reisekader, Leistungssportler und Personen, die in sogenannten dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik reisen wollten. Dabei ging es vor allem um die Überprüfung einer loyalen Einstellung zur DDR. Rund 60 Prozent

aller operativen Vorgänge wurden von den Kreisdienststellen bearbeitet. Die Aufgaben der KD konnten nur mit einem engen Netz von inoffiziellen Mitarbeitern bewältigt werden: Nahezu die Hälfte aller IM wurde in den Kreisdienststellen geführt.

Eine dieser KD lag in Kamenz im Bezirk Dresden. Zwei Drittel des Kreisgebietes von Kamenz hatte die DDR zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Für die örtliche MfS-Kreisdienststelle mit ihren 43 Mitarbeitern unter Leitung von Oberstleutnant Horst Kubel (Jg. 1933) war es eine der wichtigsten Aufgaben, die Militäranlagen der Nationalen Volksarmee und die des sowjetischen Bündnispartners vor Agenten zu schützen. Insbesondere die Abwehr der Militärverbindungsmissionen (MVM) der Amerikaner, Briten und Franzosen war eine zentrale Herausforderung. Deren Offiziere fuhren mit ihren Geländefahrzeugen, ausgewiesen mit Sonderkennzeichen, kreuz und quer durch die DDR und sammelten Informationen.

**Militärspionage dient dazu,
»die imperialistische Rüstungspolitik
zu forcieren, Aggressionsakte
und Aggressionskriege vorzubereiten
und durchzuführen«¹³⁷
(MfS-Definition)**

Rechtliche Grundlage für die MVM war ein Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland, das die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich gegen Ende des Zweiten Weltkriegs unterzeichnet hatten. Offiziell waren die westlichen MVM beim sowjetischen Oberkommando akkreditiert und durften sich frei in der DDR bewegen, allerdings Sperrgebiete nicht betreten. Das MfS stellte Ende der 1980er-Jahre fest, dass die Westalliierten täglich durchschnittlich 30 MVM-Aufklärer mit zehn bis zwölf Fahrzeugen in der DDR einsetzen. Regelmäßig steuerten einige davon den Kreis Kamenz an.¹³⁸ Die MVM, so hielten die Genossen der Kreisdienststelle resignierend fest, stellten »im Gesamtsystem der gegnerischen Spionage eine der wenigen legalen Möglichkeiten der imperialistischen Geheimdienste, besonders der militärischen,

zur Erlangung geheim zu haltender Nachrichten und Gegenstände dar«.¹³⁹

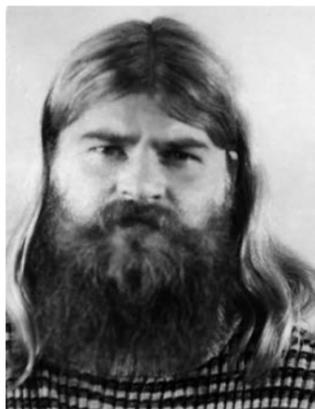
Intensiv wappneten sich die Genossen der KD Kamenz und der Abteilung VIII (S. 154) der Bezirksverwaltung Dresden gegen die westalliierten Spähtrupps. Sie richteten im Kreis ein personalintensives Meldesystem für MVM-Fahrzeuge unter Einbeziehung von Betriebsangehörigen, Bürgern und öffentlich Bediensteten ein, schulten die Mitarbeiter der Volkspolizei und deren freiwillige Helfer und sammelten Hinweise von inoffiziellen Mitarbeitern. Doch der Handlungsspielraum der Stasi gegenüber den MVM blieb begrenzt. Die Angehörigen der Militärmissionen fuhren oft nachts, teilweise mit überhöhter Geschwindigkeit, übernachteten in ihren Fahrzeugen an versteckten Orten im freien Gelände oder bewegten sich zu Fuß zu den Beobachtungsobjekten. Grundsätzlich war es der Stasi untersagt, Schusswaffen gegen Angehörige der MVM zu richten, provokant aufzutreten, körperliche Gewalt anzuwenden oder die MVM-Fahrzeuge zu durchsuchen. Hingegen galt eine Blockierung der MVM-Fahrzeuge innerhalb der Sperrgebiete als gerechtfertigt. Spionagehandlungen sollte das MfS mit Fotos dokumentieren. Bei der erfolgreichen Blockade eines Fahrzeugs war im nächsten Schritt der örtliche Kommandant der sowjetischen Truppen einzuschalten, weil die MVM keine offiziellen Kontakte zu den DDR-Behörden unterhielten.

Anfang 1989 stellte die Presseabteilung des MfS fest: »Die Tätigkeit der drei westlichen Militärverbindungsmissionen heute steht im vollen Gegensatz zu der von den Siegermächten der Antihitlerkoalition diesen Organen damals übertragenen Verbindungsfunktion. Ihre Tätigkeit offenbart schon lange einen Anachronismus, da die Voraussetzungen für ihre Existenz und die von ihnen ursprünglich zu lösenden Aufgaben praktisch längst nicht mehr bestehen.«¹⁴⁰ Im Kern stimmte das natürlich, zugleich wurde aber über die Einsätze der sowjetischen Militärverbindungsmission in West-Berlin und in der Bundesrepublik kein Wort verloren. Der Anachronismus des Kalten Krieges hingegen sollte noch im gleichen Jahr ein Ende haben – aus ganz anderen Gründen.

Die Stasi-Kreisdienststelle Leipzig-Stadt und die Zerschlagung des »Gohliser Kreises«

Frank Bartsch (Jg. 1962) entsprach als junger Mann mit langen Haaren und Vollbart ganz und gar nicht den Vorstellungen des MfS von einem vorbildlichen sozialistischen Jugendlichen. Er war unangepasst, aufsässig, dickköpfig und übte offen Kritik am Staat. Durch sein Verhalten eckte er oft an und geriet schon in jungen Jahren mehrmals mit dem Gesetz in Konflikt. Er fiel unter anderem dadurch »negativ« auf, dass er den Aufnäher »Schwerter zu Pflugscharen« auf seiner Jacke trug.¹⁴¹

Mit 18 Jahren hatte er bei einer durch massives Polizeiaufgebot beendeten Schlägerei auf der Kleinmesse¹⁴² »1-2-3 – Knüppelpolizei« gerufen. Aus diesem Grund wurde er wegen »Rowdytums und öffentlicher Herabwürdigung« (im Schnellverfahren und ohne Anwalt, wie Bartsch erzählt) zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt.¹⁴³ Manch einer hätte sich vielleicht nach derartigen Vorkommnissen mit Vater Staat arrangiert. Nicht so Frank Bartsch – die ungerechte Bestrafung rumorte in ihm und brachte ihn im Frühjahr 1984 dazu, einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik zu stellen. Die Ablehnung seines Antrages ließ Bartsch eine Reihe weiterer Anträge stellen. Er schrieb sogar an Erich Honecker. Seine Bemühungen blieben jedoch erfolglos.



> Frank Bartsch geriet ab Anfang der 1980er-Jahre ins Blickfeld der Leipziger Staatssicherheit. Vor 1989
BStU, MfS, BV Leipzig, AU 571/85 UV, Bl. 35



> Das Tragen des Aufnehmers »Schwerter zu Pflugscharen« war in der DDR verboten. Vor 1989
BStU, MfS, BV Leipzig, KD Döbeln, Nr. 483

Viele seiner Freunde teilten Bartschs Lebensauffassung und stellten ebenfalls Anträge auf Ausreise. Es dauerte nicht lange, bis auch die Stasi feststellte, dass sich mittlerweile eine ganze Gruppe von »rechtswidrig Ersuchenden« gebildet hatte, die sich untereinander gut kannten und in regem Briefwechsel mit bereits ausgereisten Freunden standen. Sie nannte diesen »Zusammenschluss übersiedlungswilliger Jugendlicher/Jungerwachsener« kurzerhand »Gohliser Kreis«, da die »Verdächtigen« im Stadtbezirk Leipzig-Gohlis wohnten.¹⁴⁴ Aus Frank Bartsch und seinen Freunden waren inzwischen »hartnäckige Antragsteller« geworden. Die KD Leipzig-Stadt (S. 161) traf eine Reihe von Maßnahmen gegen die Gruppe, um »Provokationen« zu verhindern.

Bei Frank Bartsch sorgte das MfS dafür, dass er von mehreren Stellen Druck bekam. Die Volkspolizei bestellte ihn zu einem sogenannten Vorbeugungsgespräch am 5. Juni 1984 ein und verwehrte ihm ohne Begründung die Reise nach Berlin zum Pfingsttreffen der FDJ. Ziel war es, ihn zu schikanieren und zu entmutigen. Auch in seinem Betrieb, dem Kraftwerk Eutritzsch (VEB Verlade- und Transportanlagen), wo er als Reparaturschlosser arbeitete, zog seine Haltung Konsequenzen nach sich. Vorgesetzte und der Parteisekretär führten mit ihm mehrere Aussprachen, um ihn zur Rücknahme seines Ausreiseartrags zu bewegen.

Die KD Leipzig-Stadt beauftragte mehrere IM damit, Bartsch auszuspionieren. Sie sollten über seinen Freundeskreis berichten. Die Stasi kontrollierte die



> Die Kreisdienststelle Leipzig-Stadt fotografierte politische Losungen im gesamten Stadtgebiet, wie hier am Kino Schauburg. 10.6.1987
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. IX, Nr. 443, Bl. 3, Bild 1

ihm zugänglichen Telefonanschlüsse (Bartsch selbst hatte kein Telefon) und beschattete ihn, als er sich mit anderen Antragstellern auf Ausreise traf. Sie beschaffte Fotos von ihm sowie Proben seiner Handschrift. Sie traf Maßnahmen, um seine Kontakte zu unterbinden. Am 8. August 1984 zog sie seinen Personalausweis für die Dauer eines Jahres ein, um zu verhindern, dass er sich mit bereits übergesiedelten Freunden in der ČSSR treffen konnte.¹⁴⁵ Inzwischen war der KD Leipzig-Stadt auch aufgefallen, dass er im Betrieb mit zwei weiteren Übersiedlungersuchenden zusammenarbeitete und sie veranlasste daher, dass er vom Kraftwerk in die Abteilung Kranreparatur versetzt wurde.

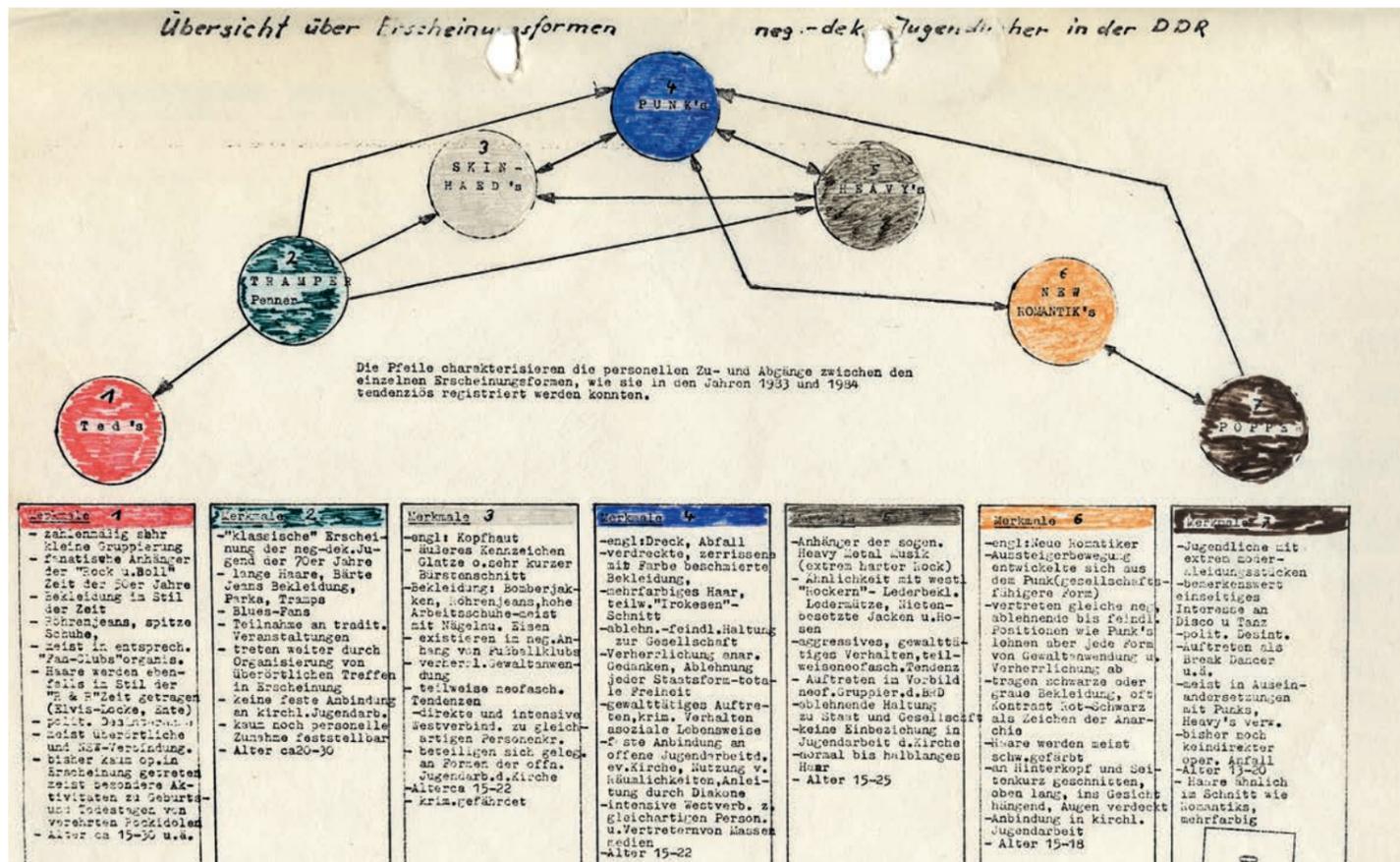
Frank Bartsch ließ sich nicht einschüchtern und blieb bei seiner Entscheidung, die DDR auf legalem Weg verlassen zu wollen. Als er in Briefen an öffentliche Stellen damit drohte, zur Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) Kontakt aufzunehmen und sich an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Berlin zu wenden, verschärfte die Stasi ihre Überwachung. Sie leitete am 8. September 1984 offiziell die OPK »Mähne« wegen des Verdachtes der »ungesetzlichen Verbindungsaufnahme und des Zusammenschlusses zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele« ein sowie gegen einen seiner Freunde die OPK »Motte« wegen des gleichen Verdachtes.

Zur Durchsetzung ihrer Ausreisearträge planten Mitglieder des »Gohliser Kreises« einen Lampionumzug während der Leipziger Herbstmesse bzw. am Nationalfeiertag der DDR. Durch konfiszierte Briefe und

IM-Berichte erfuhr die Stasi von diesem Vorhaben und nahm dies zum Anlass, gegen die Ausreiseartragsteller am 11. September 1984 den Operativen Vorgang (OV) »Lampion« zu eröffnen.¹⁴⁶ Um die Protestaktionen zu verhindern, plante sie die Verhaftung von Mitgliedern des »Gohliser Kreises«. Der verantwortliche Offizier forderte: »Zielstellung: Alle weg bis 7. Oktober/Disziplinierung«¹⁴⁷.

Am 4. Oktober 1984 wurden Frank Bartsch und sein Freund durch Stasi-Mitarbeiter vorläufig festgenommen und in die Untersuchungshaftanstalt des MfS eingeliefert. Einen Tag später erließ der Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig den Haftbefehl und erhob am 11. Dezember 1984 Anklage wegen »Beeinträchtigung der staatlichen Tätigkeit und ungesetzlicher Verbindungsaufnahme«. Das Urteil des Kreisgerichtes Leipzig-Süd fiel am 10. Januar 1985: Frank Bartsch hatte ein Jahr und elf Monate Freiheitsstrafe in der Strafvollzugseinrichtung Naumburg zu verbüßen. Seine Berufung gegen das Urteil wurde verworfen.¹⁴⁸ Oft war es so, dass Personen mit derartigen Urteilen aus der Haft in den Westen abgeschoben wurden, so auch Frank Bartsch. Nach einem Jahr, am 31. Oktober 1985, wurde er aus der Haft entlassen und der Rest seiner Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Am gleichen Tag noch wurde er in die Bundesrepublik überstellt und fand sich am Abend im Aufnahmelager Gießen wieder.

Leipzig hatte als Großstadt mit mehr als 550 000 Einwohnern¹⁴⁹ und international renommierten



> Die klischeehafte Übersicht sollte der Stasi dazu dienen, potenzielle Unruhestifter besser zu erkennen. 11.2.1985
BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 40, Bd. 1, Bl. 5

Kultureinrichtungen wie dem Thomaner-Chor und dem Gewandhaus sowie ihren bedeutenden Messen die personell größte KD im Bezirk. 1989 verfügte die KD Leipzig-Stadt über 17 Referate mit 188 Mitarbeitern; das war ein Drittel der gesamten KD-Mitarbeiter des Bezirks.

Die Überwachung junger Dissidenten wie Bartsch gehörte grundsätzlich zu den Aufgaben der Kreisdienststellen. Um die »operative Bearbeitung« von unangepassten und renitenten Jugendlichen zu verbessern, entwickelte die Stasi »Anschauungsmaterialien« für die Mitarbeiter, in denen typische Kennzeichen dieser Zielgruppe beschrieben wurden.

In den 1980er-Jahren stand die Stasi in Leipzig allerdings Entwicklungen gegenüber, die sie in diesem Umfang bisher nicht kannte. Die Zahl der Ausreiseartragsteller stieg ständig und die Stasi registrierte eine stetige Zunahme von Protesten.¹⁵⁰ Die KD Leipzig-Stadt kam kaum nach, die vielen »Schmierereien« und Parolen im Stadtgebiet zu fotografieren und zu dokumen-

tieren. Neben der Überwachung von Andersdenkenden war die KD für die »Sicherung der Volkswirtschaft« in den zahlreichen Industriebetrieben des Stadtgebiets zuständig. Der VEB Verlade- und Transportanlagen, in dem Bartsch arbeitete, sowie das »Kombinat Gießereianlagenbau und Gusserzeugnisse« (GISAG) mit über 4 800 Beschäftigten gehörten beispielsweise dazu.¹⁵¹

Ein besonderes Augenmerk legte die KD auf das Stadtgebiet Grünau. Im zweitgrößten Neubaugebiet der DDR lebten 85 000 Menschen.¹⁵² Ziel der KD war auch hier eine »politisch-operative Durchdringung des Wohn- und Freizeitbereichs«.¹⁵³ Am Ende unterhielt die KD Leipzig-Stadt im September 1989 ein Netz von insgesamt 749 Informanten, die Informationen aller Art aus dem Berufs- und Privatleben der Leipziger Bevölkerung lieferten. Der Untergang des SED-Regimes war aber natürlich auch durch umfangreiche Berichtserstattung nicht zu verhindern.

SKK

Feind ist, wer anders denkt – die Kreisdienststelle Plauen und die Verfolgung des Künstlers Klaus Hopf

Klaus Hopf (Jg. 1961) geriet Anfang der 1980er-Jahre in das Visier der Staatssicherheit. In jungen Jahren hatte Hopf dem sozialistischen Ideal eines DDR-Jugendlichen entsprochen. So hatte er 1978 als 17-Jähriger in seinem Lebenslauf geschrieben, dass er sich aktiv in der Freien Deutschen Jugend engagiere, mit 18 Jahren in die SED eintreten wolle und dass er eine Offizierslaufbahn bei der NVA anstrebe: »Ich glaube, mit dem Beruf eines Jagdfliegers mein Vaterland am besten schützen und die Errungenschaften verteidigen zu können, die gerade uns Jugendlichen im besonderen Maße geboten werden.«¹⁵⁴ Dieses ehrgeizige Ziel hatte er zunächst in die Tat umgesetzt. Doch schon 1981 berichtete die Hauptabteilung I (zuständig für die Abwehrarbeit in der NVA und den Grenztruppen der DDR), Hopf habe sich dazu entschlossen »die Heranbildung zum Flugzeugführer/Offz. abzubrechen. Trotz mehrerer Aussprachen verfestigte sich seine Meinung. [...] Offensichtlich unterliegt er der PID [Politisch-ideologischen Diversion] und wird schlecht beraten.«¹⁵⁵

Mitte der 1980er-Jahre beteiligte sich Hopf an der Jungen Gemeinde (JG) der Markuskirche in Plauen



> Klaus Hopf. Um 1985
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Reg.-Nr. XIV 102/89, Ordner 1, Bl. 48

und betätigte sich dort auch künstlerisch. Aus diesem Grund eröffnete die Kreisdienststelle Plauen (S. 159) am 8. November 1985 die OPK »Komet«. Hopf versuche, »die gesamte Jugendarbeit dieser Gemeinde auf eine reaktionäre, gegen die staatliche Kirchenpolitik gerichtete Linie festzulegen«.¹⁵⁶ Außerdem sehe er die kirchliche Jugendarbeit als Alternative zur offiziellen Jugendpolitik. Hopf gestaltete »offene Abende«, bei denen er mit den Jugendlichen über die Umwelt- und Verteidigungspolitik der DDR diskutierte. Er organisierte Umweltaktionen und richtete Fußballspiele gegen andere Kirchengemeinden aus. Das MfS versuchte, »seine reaktionären, öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Rahmen der Arbeit der JG der Markuskirche umfassend aufzuklären und vorbeugend zu verhindern sowie den Personenkreis um Hopf [...] zielgerichtet und systematisch zu zersetzen.«¹⁵⁷ Das MfS bespitzelte die Gemeinde jahrelang mit inoffiziellen Mitarbeitern. Die IM »Anne« und »Hartmann« berichteten im Februar 1987, Hopf habe seine frühere Zugehörigkeit zur SED als Jugendirrtum bezeichnet. Vor allem die Militarisierung in der DDR missfalle ihm. Er wolle seine Energie dafür nutzen, »die Jugendlichen wieder für die kirchliche Arbeit zu gewinnen und zu begeistern«.¹⁵⁸

Schon ein Jahr später konstatierte die KD Plauen im Abschlussbericht zur OPK »Komet«, sie habe ihr Ziel erreicht. Durch den IM »Hartmut Spindler« sei »auf Hopf ständiger Einfluss genommen [worden], um die Wahrung der staatlichen Interessen zu garantieren.«¹⁵⁹ Das MfS erreichte, dass Hopf seine Jugendarbeit in der Markuskirche aufgab und nahm an, dass er diese auch in Zukunft nicht wieder aufnehmen werde. In einem Sachstandsbericht vom 6. April 1988 wird deutlich, dass das MfS Klaus Hopf im Verteidigungsfall in ein Isolierungslager bringen wollte.¹⁶⁰ Als Künstler ließ sich Hopf nicht in seiner Meinungsfreiheit einschränken. So bestand er laut einem IM-Bericht vom August 1988 darauf, sein im Malzirkel des Plauer Theaters entstandenes Bild »Politik die alte Hure« nicht umzubenenen und riskierte damit, dass es in der Galerie »Vogtland« nicht ausgestellt werden durfte. Das MfS wertete seine Weigerung als politische Provokation.¹⁶¹

Im Dezember 1988 fiel der KD eine Gruppe auf, die sich regelmäßig in einer Gaststätte in Plauen traf und über die bevorstehende Kommunalwahl diskutierte. Durch IM erfuhr das MfS, dass die Gruppe bei den Kommunalwahlen eine staatliche Wahlfälschung nachweisen



> Klaus Hopf weigerte sich, sein Kunstwerk »Politik die alte Hure« umzubenennen. 1988
120x120 übermalte Zeitungscollage, Künstler: Klaus Hopf

wollte. Am 2. Januar 1989 eröffnete die KD Plauen den Operativen Vorgang »Lunte«. Neben einem Hauptverantwortlichen erfasste die KD zunächst noch zwölf andere Personen im Vorgang. Das MfS beabsichtigte die »Schaffung und Dokumentation von Beweisen zum Nachweis, dass dieser Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele im Sinne des § 218 StGB erfolgt«. ¹⁶² Außerdem sollten weitere Mitglieder identifiziert werden und »alle feindlich-negativen sowie öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der Gruppierung in Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7.5.1989« ¹⁶³ verhindert werden. Nachdem der in die Gruppe eingeschleuste IM »Johannes Ring« (Jg. 1955) von einem Treffen der Gruppe am 25. April 1989 in Klaus Hopfs Wohnung berichtete, stuft das MfS Hopf im Mai 1989 als zweite hauptverantwortliche Person im OV »Lunte« ein. Bei einem weiteren Treffen in Hopfs Wohnung verteilte dieser Zettel, auf denen die Wahlergebnisse eingetragen werden sollten. Die Gruppe wollte die Regelung im § 37 des Wahlgesetzes der DDR nutzen, um den öffentlichen Auszählungen der Stimmen in den Wahllokalen beizuwohnen und anschließend ihre Ergebnisse mit den öffentlichen Resultaten zu vergleichen, um einen möglichen Wahlbetrug aufzudecken. Es gelang ihr, die Stimmauszählungen in 50 von 90 Wahllokalen zu kontrollieren. Zum Sonderwahllokal im

Rathaus erhielt sie jedoch keinen Zutritt. ¹⁶⁴ In Sonderwahllokalen konnten Bürger aus verschiedenen Bezirken, die zur Wahl verhindert waren, ihre Stimme bereits vor der Wahl abgeben. ¹⁶⁵ Das MfS stellte fest: »Der vergebliche Versuch der Gruppe, in das Sonderwahllokal zu gelangen sowie die getroffenen Feststellungen beflügelten Hopf dazu, perspektivisch eine Aktionsgruppe gegen demokratische Ungerechtigkeit zu gründen.« ¹⁶⁶ Hopf und sechs weitere Mitglieder der Gruppe reichten am 15. April 1989 einen Einspruch gegen das offizielle Wahlergebnis bei der Nationalen Front und bei der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) des Kreises Plauen ein. ¹⁶⁷

Ab Januar 1989 kam bei über 20 Mitgliedern der Gruppe um Hopf ein detaillierter operativer Maßnahmenplan zum Einsatz. Dieser beinhaltete unter anderem den Einsatz zahlreicher inoffizieller Mitarbeiter in allen Lebensbereichen der Bespitzelten, Telefonüberwachungen durch die Abteilung 26, Postkontrollen durch die Abteilung M und Beobachtungen durch die Abteilung VIII der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt (S. 155). ¹⁶⁸ Bis Ende Oktober 1989 stand die Gruppe um Klaus Hopf unter Beobachtung des MfS. So informierte beispielsweise das MfS die SED-Bezirksleitung über die Gründungsversammlung des »Neuen Forums« in Plauen am 12. Oktober 1989, an der auch Klaus Hopf beteiligt war. ¹⁶⁹ Die Genossen hatten einen erstaunlichen Weitblick bewiesen, als sie dem Operativen Vorgang die Deckbezeichnung »Lunte« verliehen hatten. Am Ende wurde Hopf mit seinen Aktionen tatsächlich zu einer »Lunte« am implodierenden System des SED-Staats.

Oberst Friedrich Steudel (Jg. 1929) hatte als Leiter der KD Plauen die Verantwortung für 58 hauptamtliche Mitarbeiter (Stand 1983) und 483 inoffizielle Mitarbeiter (Stand 1988). ¹⁷⁰ Neben der Stadt Plauen umfasste das Territorium der KD Plauen 41 Gemeinden mit insgesamt 102 400 Einwohnern. Die sechs Referate der Kreisdienststelle befassten sich neben den üblichen Bereichen wie zum Beispiel Medizin, Volksbildung und Staatsapparat unter anderem auch mit der Absicherung der 8,2 Kilometer langen Staatsgrenze des Kreises Plauen zur Bundesrepublik, mit der Spionageabwehr und dem Wehrkreiskommando Plauen. Ein wichtiger Sicherungsbereich war auch die Volkswirtschaft, da es in Plauen mehrere Betriebe gab, die für die Versorgung



> Demonstranten am 7. Oktober 1989 am Otto-Grotewohl-Platz (heute Tunnel) in Plauen
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 2733, Bl. 2, Bild 54

der Bevölkerung über den Kreis Plauen hinaus von Bedeutung waren wie der VEB Milchhof Plauen und die Konsumgroßbäckerei. In den »Bereich zur Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit« fielen oppositionelle Kirchenkreise, Jugendeinrichtungen wie das »Malzhaus« in Plauen und Kunst- und Kultureinrichtungen wie das Theater. Im Rahmen des »Sicherungsbereiches zur Klärung besonderer Vorkommnisse« versuchten die Hauptamtlichen, Antragsteller auf Ausreise einzuschüchtern, überwachten den internationalen Zeltplatz an der Talsperre Pöhl und bekämpften die »offene Feindtätigkeit«. Dazu zählten sie etwa das Verbreiten von »Hetzschriften«, »Republikflucht« und Demonstrationen. Am Ende der 1980er-Jahre wurde dieser Bereich immer wichtiger. So sah sich die Kreisdienststelle mit offenen Protesten gegen die Kommunalwahlfälschung und immer häufiger auch

mit Demonstrationen gegen die DDR konfrontiert. ¹⁷¹ Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR, gingen über 1 000 Menschen in Plauen auf die Straße – eine der ersten Großdemonstrationen im Herbst 1989. ¹⁷² Die Kreisdienststelle Plauen versuchte mit altbewährten Methoden die Situation zu beruhigen – und scheiterte.

KRI

»Keine fertigen Tschekisten von der Straße« – die hauptamtlichen Mitarbeiter

Jeden Montagnachmittag in der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt: In den Dienstgebäuden der BV spielten nicht die dienstlichen Aufgaben der Mitarbeiter die Hauptrolle. Die Hauptamtlichen fanden sich als Parteigenossen zusammen. Sie studierten im Parteilehrjahr die Beschlüsse der Partei oder nahmen an Parteiversammlungen der Grundorganisationen (GO) oder der Abteilungsparteiorganisationen (APO) teil. Aber am 13. November 1978, ebenfalls ein Montag, fand eine besondere Versammlung der Parteiorganisation statt. An der als erweiterte Leitungssitzung deklarierten Zusammenkunft der APO der Abteilung Kader und Schulung durfte nur ein enger Personenkreis teilnehmen. Welchen Grund gab es für eine solche Zusammenkunft ausgewählter Parteigenossen?

Diskutiert wurde das »Verhalten des Genossen L[...] zu Fragen der Offenheit, Ehrlichkeit sowie zu Problemen, die während der vergangenen Monate auftraten«¹⁷³. Gerhard L. (Jg. 1936), seit 1956 Mitglied der SED, wurde ein Verhalten vorgeworfen, das sich »gegen das Statut«¹⁷⁴ der Partei richte. Innerhalb des MfS war er bis zu diesem Zeitpunkt die Karriereleiter hochgestiegen. 1955 wurde er am Ende seiner Schulzeit als hauptamtlicher Mitarbeiter für das MfS rekrutiert. In den ersten beiden Jahren absolvierte er einen Zwei-Jahres-Lehrgang an der Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche. Als operativer Mitarbeiter in den Kreisdienststellen Hohenstein-Ernstthal und Freiberg (☞ S. 159) wurde er von seinem Vorgesetzten als »entwicklungsfähiger Genosse«¹⁷⁵ eingestuft. Mit seiner Versetzung zur Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle und seinem Aufstieg zum stellvertretenden Arbeitsgruppenleiter in Karl-Marx-Stadt stand ihm eine Karriere auf der Leitungsebene der BV offen. Gerhard L. erledigte seine Aufgaben gut, sodass ihn das MfS für höhere Führungspositionen einplante. Die formale



> Besuch des Leiters der BV Karl-Marx-Stadt Gehlert und des Vorsitzenden der SED-Bezirksleitung in der Wacheinheit »Fritz Schmenkel« der BV. Vor 1989
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo, Nr. 9, Bd. 1, Bild 32



> Fahneneid der MfS-Mitarbeiter. Vor 1989
BStU, MfS, HA KuSch, Nr. 33038, Tafel 7

Qualifikation dazu legte er in einem Fernstudium an der Juristischen Hochschule des MfS, das er MfS-typisch mit einer nichtöffentlichen Diplomarbeit abschloss. Anfang 1971 wurde er stellvertretender Leiter in der Abteilung Kader und Schulung (☞ S. 155), zuständig für die Gewinnung neuer Mitarbeiter, deren Weiterbildung sowie für Versetzungen und Entlassungen.

Den Erwartungen des MfS entsprechend erklärten sich die beiden älteren Söhne von L. ebenfalls bereit, in den Dienst des MfS zu treten. Jedoch verliefen ihre Dienstverhältnisse sehr unterschiedlich. Während der älteste Sohn »einen geraden Weg gegangen« sei und nach dem Besuch der Offiziershochschule Plauen in der Auswertungs- und Kontrollgruppe tätig wurde, habe sich der Jüngere, so die Einschätzung seines Vaters, schon im Vorfeld »mehr an den negativen Kern seiner Mitschüler gehalten«.¹⁷⁶ Die Disziplinarprobleme setzten sich bei der Staatssicherheit fort, sodass das MfS

mit ihm Aussprachen führte. Ihm wurde »aufgezeigt, dass er es nur seinem Vater zu verdanken hat, dass er [...] als SaZ [Soldat auf Zeit] in die Wacheinheit des MfS eingestellt wurde. Sein in der Vergangenheit gezeigtes Auftreten und Verhalten rechtfertigen seine Einstellung in unser Organ nicht.«¹⁷⁷ Es blieb jedoch nicht bei den Aussprachen mit dem Sohn selbst. Auch sein Vater, der in seiner Funktion als stellvertretender Leiter der Abteilung Kader und Schulung auch für die Rekrutierung der Wachsoldaten zuständig war, wurde ebenfalls zur Verantwortung gezogen. In der Leitungssitzung der Abteilungsparteiorganisation wurde ihm von den Parteigenossen zur Last gelegt, dass er als Verantwortlicher die Einstellung seines Sohnes in die Wacheinheit hätte verhindern müssen.¹⁷⁸ Zudem wurde ihm vorgeworfen, er habe eine gut bezahlte Planstelle für seine in der Abteilung Rückwärtige Dienste der BV Karl-Marx-Stadt tätige Ehefrau geschaffen.¹⁷⁹ In den Augen seiner Genossen wurde er seiner besonderen

Vorbildrolle als Führungskader in dieser Position nicht mehr gerecht. Ihrer Ansicht nach war Gerhard L. von der Parteilinie abgekommen und sollte nun durch eine parteierzieherische Maßnahme wieder auf den rechten Weg zurückgeführt werden. Der Vorschlag der Parteilinie, »Genossen L[...] aufgrund seiner vorhergehenden guten Arbeit nicht mit ›Schimpf und Schande‹ davonzujagen«, sondern ihn stattdessen »entsprechend seinen Fähigkeiten [...] als komm. Stellvertreter in der Kreisdienststelle Plauen einzusetzen«¹⁸⁰, wurde zum 6. Dezember 1978 umgesetzt. Nach einem Jahr als kommissarischer Stellvertreter des Leiters der KD Plauen (S. 159) hielt ihn sein Vorgesetzter für geeignet, die stellvertretende Leitung einer kleinen KD zu übernehmen. Gerhard L. wurde daraufhin als Stellvertreter in die KD Klingenthal versetzt. Als der bisherige Leiter der KD aus Altersgründen aus dem MfS ausschied, stieg Gerhard L. 1980 zum Dienststellenleiter auf.

Die 23 hauptamtlichen Mitarbeiter¹⁸¹ hatten mit ihm einen Vorgesetzten, der nunmehr als äußerst disziplinierter, der SED treu ergebener Genosse galt.

Der Beschluss in der Leitungssitzung der Abteilungsparteiversammlung hatte offenbar seine beabsichtigte Wirkung erreicht. Gerhard L. fiel in seiner gesamten Dienstzeit nie wieder durch Verfehlungen auf. Ganz im Gegenteil: Ein halbes Jahr nach seiner Ernennung zum KD-Leiter bescheinigte ihm das MfS »hohe persönliche Einsatzbereitschaft, militärische Disziplin und ein konsequentes parteiliches Auftreten«.¹⁸² Sein Verhalten im Sinne von Partei und MfS wurde honoriert: Zum 31. Jahrestag der Gründung des MfS 1981 erfolgte seine Beförderung zum Oberstleutnant und 1986 die Auszeichnung mit dem Vaterländischen Verdienstorden.



> Dienstausschreiben des MfS und der Deutschen Post. Hauptamtliche Mitarbeiter erhielten je nach Einsatzort auch Ausweise anderer Einrichtungen. Foto: BStU/M. Müller-Witte

Im Herbst 1989 verrichteten 91 015 Mitarbeiter ihren Dienst im Ministerium für Staatssicherheit. Betrachtet man das Verhältnis von hauptamtlichen Mitarbeitern zur Zahl der überwachten Einwohner, zeigt sich eine enorme Dichte des mit geheimpolizei- und geheimdienstlichen Aufgaben und Befugnissen betrauten Apparates. Bei einer Bevölkerung von 16,5 Millionen Einwohnern kam auf 180 Einwohner ein hauptamtlicher Mitarbeiter.¹⁸³ Die entstehenden Personalkosten belasteten den Staatshaushalt zuletzt jährlich mit fast 2,4 Milliarden DDR-Mark.¹⁸⁴

Am 31. Oktober 1989 waren im Bezirk Karl-Marx-Stadt 3 821 hauptamtliche Mitarbeiter tätig; im Bezirk Dresden waren es 3 591 und in Leipzig 2 440. Von 1951 bis 1982 existierte zudem territorial übergreifend die Objektverwaltung Wismut, die für die Überwachung des Uranbergbaus zuständig war und in der zum Zeitpunkt ihrer Auflösung 669 Mitarbeiter arbeiteten.¹⁸⁵ Die Mitarbeiter verpflichteten sich bei Dienstantritt in der Regel für eine lebenslange Tätigkeit im MfS. Der Dienstherr entließ die Hauptamtlichen zumeist nur bei Invalidisierung, Verrentung oder nach schwerwiegenden dienstlichen Verfehlungen.

Um die Zahl späterer Entlassungen aufgrund disziplinarischer Probleme von vornherein gering zu halten, wurden potenzielle Mitarbeiter und deren Familienangehörige während der Rekrutierungsphase überprüft. Die Biografie des Kandidaten wurde auf Westkontakte, politische Unzuverlässigkeit oder charakterliche Schwächen durchleuchtet. Dazu wurden Auskünfte sowohl im familiären, beruflichen als auch im Wohnumfeld eingeholt. Nur wenn der Kandidat allen Anforderungen entsprach, ergriff das MfS die Initiative¹⁸⁶ und nahm Kontakt zu ihm auf. Die Mitarbeiter der dafür zuständigen Abteilung Kader und Schulung führten mehrere »Aussprachen« mit dem Kandidaten, um seine Eignung zu prüfen.

Mit dem Dienstantritt erhielten die meisten Mitarbeiter militärische Dienstgrade. Neueingestellte Mitarbeiter begannen ihren Dienst als Soldat, sofern sie vorher keinen Wehrdienst abgeleistet hatten oder beispielsweise von der Polizei zum MfS versetzt wurden. Während der beruflichen Laufbahn beförderte das MfS turnusmäßig seine Hauptamtlichen in höhere militärische Ränge, wenn sie nicht disziplinarisch bestraft worden waren. Die oberen Ränge bekleideten jedoch fast

ausschließlich Männer. Nur 16 Prozent des gesamten Personals von 1988 waren weiblich. Frauen arbeiteten im MfS als Sekretärinnen, Krankenschwestern, Verkäuferinnen oder Köchinnen, mithin überwiegend in typischen »Frauenberufen«. Zudem wurden sie in der Abteilung M (S. 155) im Bereich der Postfahndung eingesetzt. Operative Tätigkeiten führten Frauen nur äußerst selten aus.¹⁸⁷

Die hauptamtlichen Mitarbeiter verstanden sich in der Nachfolge der ersten sowjetischen Geheimpolizei, der sogenannten Tscheka, als Tschekisten. Ihre Handlungsmaxime entsprang der Forderung des ersten Leiters der Tscheka, Feliks E. Dzierzynski: »Tschekist sein kann nur ein Mensch mit kühlem Kopf, heißem Herzen und sauberen Händen. Ein Tschekist muss sauberer und ehrlicher als irgendwer, er muss so klar wie ein Kristall sein.«¹⁸⁸ In allererster Linie galt dies für die Durchführung des Dienstes. Aber auch im Privatleben hatten die Mitarbeiter Regeln einzuhalten. Zur auferlegten strengsten Konspiration gehörte es, die Tätigkeit für das MfS in der Nachbarschaft oder in der Verwandtschaft geheim zu halten. Im Privatleben wie auch bei ihren Einsätzen tarnten sich die Mitarbeiter mit Legenden, beispielsweise gaben sie vor, sie seien Mitarbeiter im Ministerium des Innern, der Polizei, der Post oder in den Räten der Kreise. Falls es im Alltag zu unvorhergesehenen Kontakten mit Bürgern aus dem sogenannten kapitalistischen Ausland (Westkontakte) kam, etwa bei Familienfeiern oder beim Erhalt von Post, waren diese unverzüglich zu melden. Auch auf die Partnerwahl der Mitarbeiter wurde durch das MfS Einfluss genommen. Neue Partnerschaften mussten frühzeitig gemeldet werden. Nur wenn der neue Partner den Anforderungen des MfS entsprach, war es dem Mitarbeiter erlaubt, die Beziehung zu vertiefen. Ansonsten war die Beziehung unter einem Vorwand abzubrechen. Zudem wurde von allen Mitarbeitern eine permanente Versetzungs- und Umzugsbereitschaft erwartet. Das Privatleben war also eindeutig den beruflichen Erfordernissen unterzuordnen.

Dafür wurden Mitarbeitern aber auch zahlreiche Privilegien gewährt. Diese reichten von einem weit überdurchschnittlichen Verdienst über Studienmöglichkeiten an internen und externen Hochschulen, der bevorzugten Versorgung mit Wohnraum und begehrten und raren Konsumgütern wie Autos oder Urlaubsreisen. Im Laufe ihrer Karriere im MfS wurden



> Auch um den sowjetischen Agenten Richard Sorge betrieb das MfS Personenkult, wie hier am Sorge-Denkmal in Dresden. Nach 1978
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10078, Bild 70

sie zudem mit Medaillen und Orden ausgezeichnet, die teilweise mit hohen Prämien verbunden waren. Ab dem 25. Dienstjahr wurde ihnen alle fünf Dienstjahre eine Ehrenurkunde zusammen mit 5 000 DDR-Mark überreicht.

Feliks E. Dzierzynski, erster Leiter des sowjetischen Geheimdienstes, war stets zitiertes Vorbild und Ehrenname der MfS-Mitarbeiter.

Der Zugang zu Privilegien stand vor allem zukünftigen und schon bestätigten Führungskadern offen. An diese Mitarbeitergruppe wurden erhöhte Anforderungen gestellt. Stärker als bei Mitarbeitern ohne Führungsaufgaben erwartete das MfS von ihnen sowohl im dienstlichen als auch im privaten Bereich eine Vorbildwirkung für die Mitarbeiter. Dies erstreckte sich auch auf die Familienangehörigen. Bei Führungskadern wurde besonders auf geordnete Familienverhältnisse, die Mitgliedschaft des Ehepartners in der SED und die Erziehung der Kinder nach den Regeln der »sozialisti-

schen Moral und Ethik« Wert gelegt. Die Bereitschaft der Kinder zum Eintritt in die Wacheinheit bzw. das Wachregiment des MfS und später in den operativen Dienst wurde erwartet. Die Überwachung dieser ungeschriebenen Gesetze oblag der SED-Parteiorganisation im MfS. Da spätestens mit dem Eintritt ins MfS jeder hauptamtliche Mitarbeiter einen Aufnahmeantrag in die SED stellen musste und nach der Kandidatenzeit als Mitglied aufgenommen wurde, war jederzeit die zusätzliche Möglichkeit der Disziplinierung durch die Parteiorganisation gegeben.

Mit dem Zusammenspiel von gezielter Bestrafung bei Fehlverhalten und gleichzeitiger Förderung von erwünschtem Verhalten gelang es dem MfS, die Mitarbeiter in seinem Sinne zu prägen. Günter Möller, Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung, brachte es im Jahre 1983 auf den Punkt: »Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir keine fertigen Tschekisten von der Straße einstellen können, sondern geeignete und bewusste Genossen im Dienst zu Tschekisten formen müssen.«¹⁸⁹ Der Karriereverlauf des Genossen Gerhard L. ist ein anschauliches Beispiel dafür.

AZs

Augen und Ohren immer offen halten – das Spitzelnetz der Staatssicherheit

»Ich verpflichtete mich, über die mit mir geführten Gespräche mit dem Mitarbeiter des MfS strengstes Stillschweigen zu wahren.« Mit diesen Worten willigte Ende Oktober 1985 »Kersten« (Jg. 1943) in die inoffizielle Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit ein.¹⁹⁰ Die Mitarbeiter der Dresdner Kreisdienststelle (S. 157) hatten zuvor festgestellt, dass ihr inoffizielles Netz im Hauptpostamt unzureichend war. Wie in anderen Betrieben hatte die Staatssicherheit Interesse an einem gut funktionierenden IM-System, um sogenannte negative Elemente verdeckt zu überwachen. Dazu zählte sie beispielsweise Personen, die einen Antrag auf Ausreise gestellt hatten. Auch im Hauptpostamt Dresden gab es unter den Mitarbeitern Ausreiseantragsteller, die vom MfS überwacht wurden. Deshalb machte sich das MfS auf die Suche nach geeigneten inoffiziellen Kräften. IM-Kandidat »Kersten«, von Beruf Betriebselektriker, schien dafür geeignet: Er sei im Hauptpostamt allgemein bekannt, habe einen guten Ruf und verfüge über umfangreiche Kontakte, vor allem zu »negativen Personen und Antragstellern auf Übersiedlung«.¹⁹¹

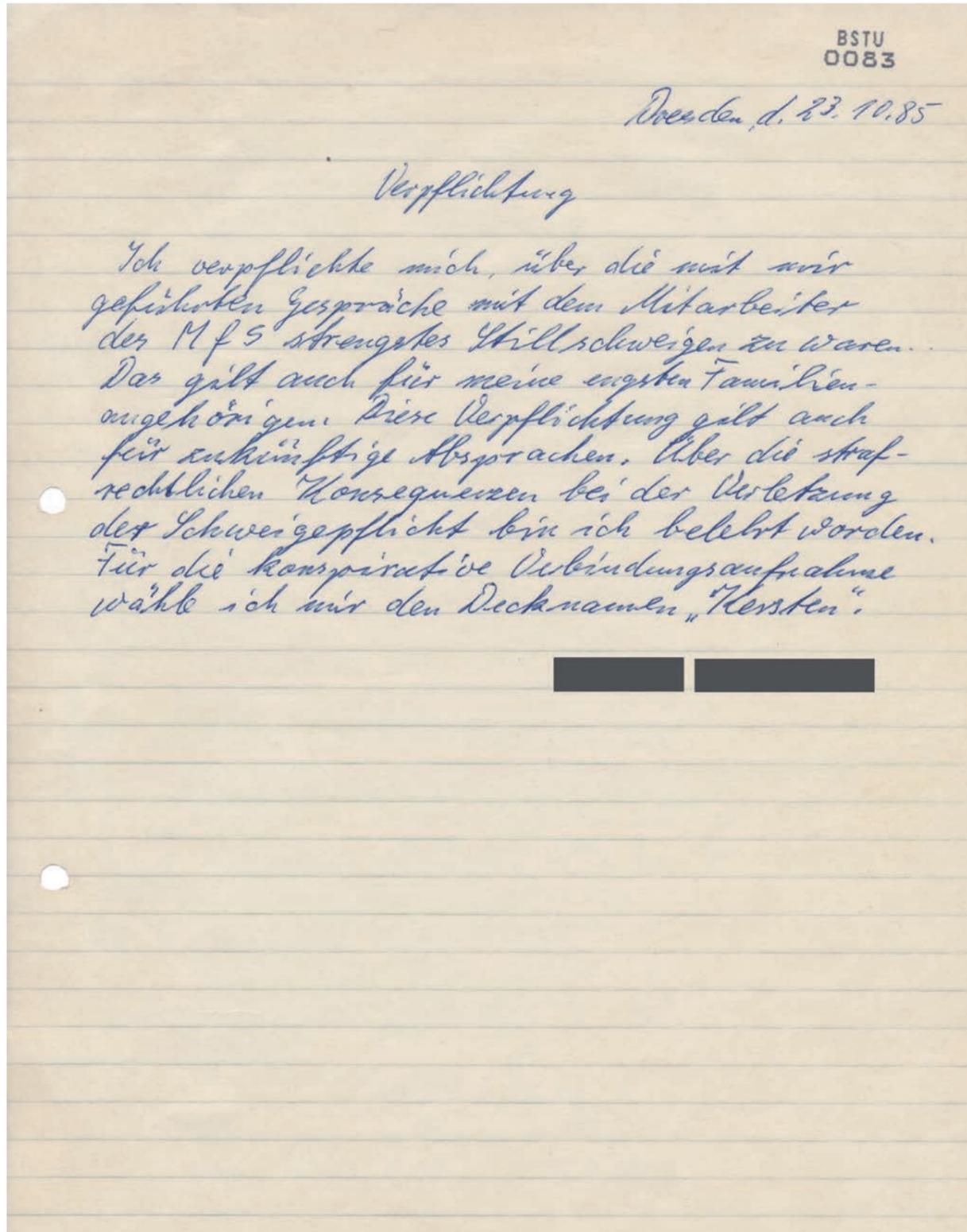
Die Anwerbung von »Kersten« verlief zügig. Am 2. Oktober 1985 nahm die Staatssicherheit zum ersten Mal mit ihm Kontakt auf. Am 12. Februar 1986 registrierte sie ihn als IM. Bereits beim ersten Gespräch zeigte sich, dass die Staatssicherheit mit ihrer Auswahl richtig lag. »Kersten« gab beim Gespräch an, er sei ein »absoluter« DDR-Bürger, der das MfS gerne unterstütze. Bereitwillig teilte er erste Informationen über Antragsteller mit und erbat von den MfS-Mitarbeitern konkrete Fragen, da er bereit sei, »über alles Auskunft zu geben«.¹⁹² Trotz hoher Motivation verzeichnete das MfS dann aber Startschwierigkeiten in der Zusammenarbeit, weil »Kersten« ungerne schriftliche Berichte verfasste. Das MfS ließ sich auf den Kompromiss ein, dass der IM einen Bericht pro Treffen übergab und die übrige Berichterstattung auf Tonband erfolgte. Im Laufe der Zeit stieg die Zahl seiner handschriftlichen Berichte.

Ein- bis zweimal im Monat trafen sich IM und Führungsoffizier. Dabei wurde »Kersten« auf bestimmte

Personen, vorwiegend Ausreiseantragsteller aus dem Kollegenkreis, angesetzt. Das MfS beauftragte ihn, ausgewählte Kontakte zu reaktivieren oder auszubauen. So lieferte »Kersten« Informationen über die Motive für eine Ausreise, über getroffene Vorbereitungen und die mentale Verfassung der Ausreisewilligen. Auf diese Weise konnte die Staatssicherheit schon im Vorfeld feststellen, ob jemand vorhatte, seinen Unmut zum Ausdruck zu bringen. Auch über andere Kollegen und ihre Arbeitsleistungen fällte »Kersten« Urteile. Er übergab seinem Führungsoffizier auch Informationen aus der Privatsphäre seiner Gesprächspartner. Es gelang ihm jedoch nicht immer, die vom MfS geforderten Angaben zu beschaffen. So äußerte er zum Beispiel, dass er über einen Kollegen und sein privates Umfeld kaum etwas in Erfahrung bringen konnte, weil dieser sehr zurückgezogen lebe und kontaktarm sei.¹⁹³

»Kersten« lieferte darüber hinaus auch Stimmungsberichte über die Reaktionen von Postmitarbeitern auf bestimmte Ereignisse wie im Fall Frank Lippmann. Der Dynamo-Spieler hatte sich im März 1986 bei einem Fußballspiel gegen FC Bayer 05 Uerdingen in Nordrhein-Westfalen abgesetzt. Über seine Flucht wurde in der westdeutschen Presse umfassend berichtet, nicht zuletzt auch in mehreren Interviews der Bild-Zeitung.¹⁹⁴ Die DDR-Nachrichtenagentur, sonst sehr schweigsam bei Fluchten von Sportlern, startete eine Kampagne gegen Lippmann. Der Fall wurde unter den Postangestellten diskutiert und »Kersten« gab ein Küchengespräch aus dem Amt wieder: »Lippmann wird von allen als Verräter hingestellt. Die Mitarbeiter distanzieren sich von seiner Tat und bezeichnen ihn als »Schwein.«¹⁹⁵ Der IM meldete ebenso Vorfälle aus dem Amt wie beispielsweise Einbrüche, aber auch Sachverhalte, die er für verdächtig hielt. So berichtete er über einen SED-Sekretär, der nach einer Parteiversammlung eine Zustellerin fragte, ob seine Pakete schon angekommen seien. Er brachte in Erfahrung, dass dieser einmal pro Woche größere Pakete aus der Bundesrepublik erhalte, was sich für einen guten Genossen nicht gehöre.¹⁹⁶

Bis in den Herbst 1989 hinein arbeitete »Kersten« mit der Staatssicherheit zusammen. Er informierte über die Umbruchstimmung im Betrieb. Die Stasi beauftragte ihn, an den Demonstrationen teilzunehmen und Veranstaltungen des »Neuen Forums« zu besuchen. Bei einem der letzten Treffen am 27. Oktober 1989



> Bereits beim ersten Gespräch erklärte sich »Kersten« bereit, mit der Staatssicherheit inoffiziell zusammenzuarbeiten. 23.10.1985
BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil 1, Bl. 83



> Das Hauptpostamt 6 auf der Königsbrücker Straße in Dresden. 1965
SLUB/Deutsche Fotothek

beteuerte er erneut seine Treue: »Der IM brachte zum Ausdruck, dass er weiterhin zum MfS stehe, auch wenn er mit einigen Entwicklungen in der DDR nicht einverstanden ist und jetzt aus dem FDGB ausgetreten ist. Er ist weiterhin bereit mit dem MfS inoffiziell zusammenzuarbeiten und auch Aufträge entgegenzunehmen.«¹⁹⁷

Die Gewinnung von Personen für die inoffizielle Tätigkeit war von der Staatssicherheit genau geregelt und verlief weitgehend formalisiert. Ausgehend von ihrem Informationsbedarf suchte sie geeignete »Kandidaten« aus und überprüfte diese mit Akribie auf ihre Charaktereigenschaften und Zuverlässigkeit, auf ihr privates und berufliches Umfeld. Nach mehrmaliger Kontaktaufnahme und der Bereitschaftserklärung des zukünftigen IM wurde die Zusammenarbeit in der Regel mit einer schriftlichen Verpflichtungserklärung besiegelt. Die Zusammenarbeit konnte aber auch mündlich und per Handschlag vereinbart werden. Bei der Verpflichtung wählte sich der inoffizielle Mitarbeiter zumeist selbst einen Decknamen, mit dem er von nun an seine Berichte unterschrieb. Das oberste Gebot war stets die »Wahrung der Konspiration«. Seine Tätigkeit für die Staatssicherheit musste der IM gegenüber Dritten konsequent geheim halten.

Die Zusammenarbeit verlief in der Regel so, dass sich der betreuende Offizier, der Führungsoffizier, regel-

mäßig mit dem IM in einer sogenannten konspirativen Wohnung traf. Bei der Zusammenkunft übergab der IM seine Berichte und erhielt neue Aufträge. Die Themen der Berichterstattung waren vielfältig: von der Weitergabe von Informationen und Einschätzungen über Betriebe und Einrichtungen bis hin zur schonungslosen Preisgabe privater Details über Kollegen, Freunde oder die eigene Familie.

Das Spektrum an Aufträgen, die die Staatssicherheit den IM erteilte, war umfangreich. Es gab das traditionelle Aufgabenfeld des Bespitzelns, die Stasi warb aber auch inoffizielle Mitarbeiter für andere Aufgaben an. Zum einen ging es um die Übernahme logistischer Aufgaben. Personen, die der Staatssicherheit ein Zimmer ihrer Wohnung für Treffen mit anderen IM zur Verfügung stellten, wurden selbst als inoffizielle Mitarbeiter angeworben. In der Regel handelte es sich um politisch besonders zuverlässige Personen, um »gute Genossen«, denen für das bereitgestellte Zimmer Mietzuschüsse gezahlt wurden. Sie verpflichteten sich, Stillschweigen über die Nutzung ihrer Räumlichkeiten zu wahren und lieferten nur manchmal eigene Berichte.¹⁹⁸

Zum anderen waren die inoffiziellen Mitarbeiter auch für die Gewinnung fachlicher Informationen wichtig. Die Stasi erhielt durch sie Zugang zu Expertenwissen, sodass sie die Lage zum Beispiel in Betrieben oder an Hochschulen beurteilen konnte. Die Staatssicherheit

Tschekistischer Kampf gegen »Terrorverbrechen« – die Grenzübergangsstelle Gutenfürst

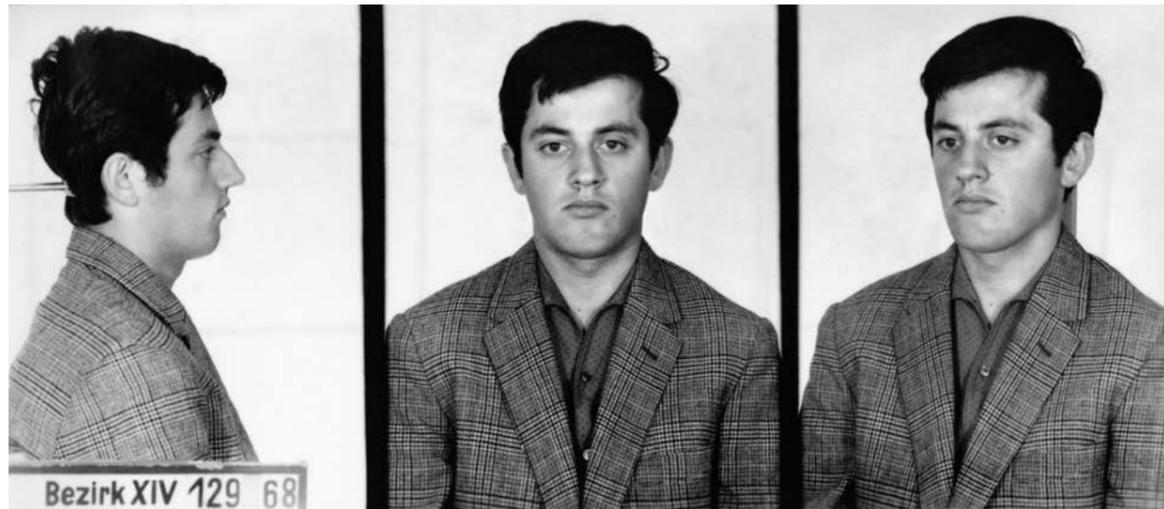
Gerhard Winkler (Jg. 1946) aus Oelsnitz war spurlos verschwunden. Der Lehrling war am 9. September 1965 weder in der Schule erschienen noch später zuhause. Im Bahnhof von Karl-Marx-Stadt hatte Gerhard Winkler, der zu seiner Mutter in Göppingen fliehen wollte, den Interzonenzug Dresden – Nürnberg bestiegen und zunächst vergeblich ein Versteck gesucht. Kurzentschlossen stieg er auf der anderen Seite des Zuges wieder aus und kletterte unter dem Waggon auf eine Achse. Bestürzt sah er, wie gefährlich nah die Radreifen der Bahn rotierten, als der Zug sich in Fahrt setzte. Entscheidend aber war, dass er auf der Grenzübergangsstelle Gutenfürst unentdeckt blieb. Schließlich gelang ihm etwas, was kaum möglich schien. Er erreichte auf diesem lebensgefährlichen Fluchtweg Hof in Bayern.

Die Freiheit von Gerhard Winkler währte indes nur kurz. »Ich beging einen fatalen Fehler«, sagt er heute. Bei einer Abschlussreise der Berufsschulklasse nach West-Berlin 1966 fährt der frisch gebackene Geselle über den Ost-Berliner Bahnhof Friedrichstraße, der von West-Berliner U- und S-Bahn-Strecken gekreuzt

wird. Dort wird der mit Haftbefehl Gesuchte überraschend festgenommen. Geistesgegenwärtig behauptet er, er habe gerade in die DDR zurückkehren wollen. MfS und Gericht glauben ihm und der reuige Republikflüchtling wird nur zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. 1968 wagt er eine zweite Flucht nach bewährtem Muster. In Ungarn versteckt er sich unter einem Waggon des »Orientexpresses« Budapest – Wien, wird aber am Grenzübergang nach Österreich entdeckt. In der DDR verurteilt ihn das Kreisgericht Stollberg zu 27 Monaten Zuchthaus. Erst 1987 kann er mit seiner Familie in die Bundesrepublik übersiedeln.²⁰³

Gutenfürst war für den normalen DDR-Bürger das Ende der Welt. Der Bahnhof an der historischen Verbindung Leipzig – Hof oberhalb der kleinen Ortschaft und etwa 1 600 Meter entfernt vom Eisernen Vorhang war nur für Transitreisende passierbar.²⁰⁴ Das Bahnhofsareal wurde mit alarmgesicherten Zäunen und vier Beobachtungstürmen gesichert und verfügte über acht Flutlichtmasten, jeweils 32 Meter hoch, die in der Nacht alles taghell erleuchteten. Der Bahndamm war vermint und die militärischen Sicherungsanlagen wurden laufend verstärkt.

Jeder Zug musste hier stoppen und konnte erst nach einer intensiven Kontrolle passieren. An den Grenz-



> Untersuchungshäftling Gerhard Winkler. 1968
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 299/70, Bd. 1, Bl. 111–113



> Von Gerhard Winkler für die Stasi-Kamera nachgestellte Fluchtsituation. 15.4.1968
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 299/70, Bd. 1, Bl. 32



> Sein Versteck neben dem Radreifen des Waggons (rechts im Bild). 15.4.1968
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 299/70, Bd. 1, Bl. 33

übergangsstellen für Fußgänger, Kraftfahrzeuge, Schiffe und Bahnen hatte die Stasi mit ihren Passkontrolleneinheiten (PKE) das Sagen. Jeder Zug wurde innen und außen von Bediensteten der Passkontrolle, des Zolls und der Transportpolizei untersucht, vorzugsweise mit Spürhunden. Für den Blick in Güterwagen und auf Waggondächer wurde die über den Gleisen liegende Beschaubrücke genutzt. Sie verband Dienstgebäude und das Bahnhofsgebäude miteinander, war mit Schießscharten und Suchscheinwerfern ausgestattet.

Dem langjährigen Leiter der Passkontrolle in Gutenfürst, Stasi-Major Lothar Schultheiß (Jg. 1937)²⁰⁵, dem Vorgesetzte eine »hohe revolutionäre Wachsamkeit« bescheinigten, unterstanden 68 Genossen. Damit hatte seine Truppe die Größe einer mittelgroßen Kreisdienststelle. Hinzu kamen 52 Genossen vom Zoll und die Grenztruppen mit einem Sicherungszug von 21 Mann. Daneben waren rund 100 zivile Angestellte eingesetzt, etwa Bedienstete der Deutschen Reichsbahn, der Staatsbank der DDR, der Mitropa, der Deutschen Post, des Roten Kreuzes der DDR, des Veterinärhygienischen



> Die Grenzübergangsstelle Gutenfürst. Das Dienstgebäude der Stasi befand sich links, der Bahnhof rechts. 1991
Foto: Burkhard Wollny

Verkehrsüberwachungsdienstes, des Pflanzenquarantänedienstes und des staatlichen Speditionsunternehmens Deutrans.

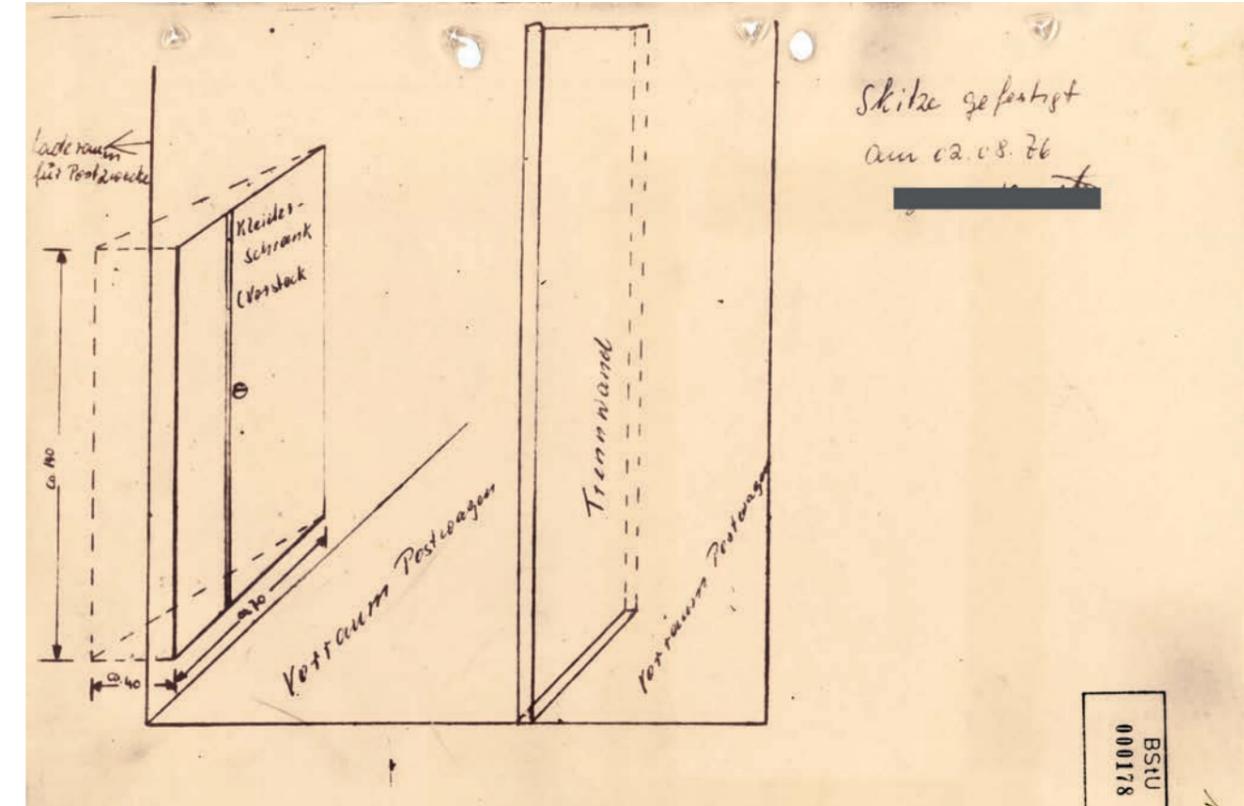
Terror: Wesensäußerung des Imperialismus und der aggressiven Politik imperialistischer Staaten (MfS Definition)

Die sogenannte Passkontrolle der Stasi war lediglich ein Euphemismus und kaschierte ihr eigentliches politisches Ziel. Tatsächlich war es ihre Aufgabe, »jegliche Angriffe des Gegners auf die Grenzübergangsstelle bzw. den Reise- und Güterverkehr unter allen Umständen abzuwehren und ein ungesetzliches Verlassen der DDR zu verhindern«. ²⁰⁶ Dabei sollte die vorbeugende und unmittelbare Abwehr von »Terrorverbrechen« im Vordergrund stehen, zugleich waren Mittel und Methoden geheim zu halten. »Auf alle Fälle Zeit gewinnen,

um die Heranführung von Kräften zur Liquidierung der Terroristen zu ermöglichen«, lautete der Befehl. ²⁰⁷ Dafür standen in der Waffenkammer der Grenzübergangsstelle in großem Umfang Waffen zur Verfügung: 76 Maschinenpistolen mit Panzerbrandmunition, sieben Scharfschützengewehre, eine Panzerbüchse und drei leichte Maschinengewehre.

Auch »Gasspray« gehörte zur Bewaffnung, darunter vier 3-Liter-Gebinde, die als »Vorstufe für den Einsatz von Schusswaffen« einzusetzen waren. ²⁰⁸ Das Gas enthielt hochwirksame Reizstoffe auf der Basis von Chloracetophenon ²⁰⁹, das ein starkes Brennen auf Haut und Schleimhäuten verursacht und besonders die Augen angreift. PKE und Zoll wurden mit dem Kampfgas, das mit Geräten ähnlich Feuerlöschern eingesetzt werden konnte, ausgestattet. ²¹⁰ Jeder Mitarbeiter war entsprechend auszurüsten und hatte das Gas griffbereit, aber verdeckt in der Bekleidung zu tragen.

Auf Grundlage eines Befehls des Leiters der Zollverwaltung bildeten sich seit 1980 an den Grenzübergängen



> Skizze eines von der Stasi entdeckten Verstecks im Interzonenzug. 2.8.1976
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 416/77, Bl. 178

sogenannte »Spezialistengruppen für Terrorabwehr« mit ausgewählten Angehörigen der Passkontrolle und des Grenzzollamts. Die Spezialisten standen unter der Führung der Passkontrolle. In Gutenfürst hatte die Spezialistengruppe eine Stärke von 19 Genossen: darunter neun Scharfschützen, vier mit Berechtigung für militärisches Sprengen, alle Mitglieder hatten eine Zweikampfausbildung ²¹¹, fünf davon waren Zweikampfausbilder. Regelmäßig trainierten die Spezialisten Varianten von Zwischenfällen und entsprechende Abwehrmaßnahmen, etwa das Anlegen von Hinterhalten. Für theoretische Schulungen stand ein Modell der Grenzübergangsstelle zur Verfügung, praktische Kampfübungen fanden in bereitgestellten Güter- und Reisezugwaggons statt, Karate- und Judo-Training im Wohnheim des Zolls. Dennoch war das Zusammenwirken von MfS und Zoll nicht ganz reibungslos. Absprachen und Übungen stockten zunehmend, da das Grenzzollamt personell unterbesetzt war. Dies hatte auch Auswirkungen auf die täglichen Kontrollen. Die Stasi bemängelte zuletzt, dass das Grenzzollamt im Sommerreiseverkehr mit bis zu 13 Reisezugwagen nur

zwei Personenkontrollen einsetzte und »die Mindesthandlungen, insbesondere im Ausreisezug (Sitzbankkontrollen), nicht voll durchgesetzt werden«. ²¹²

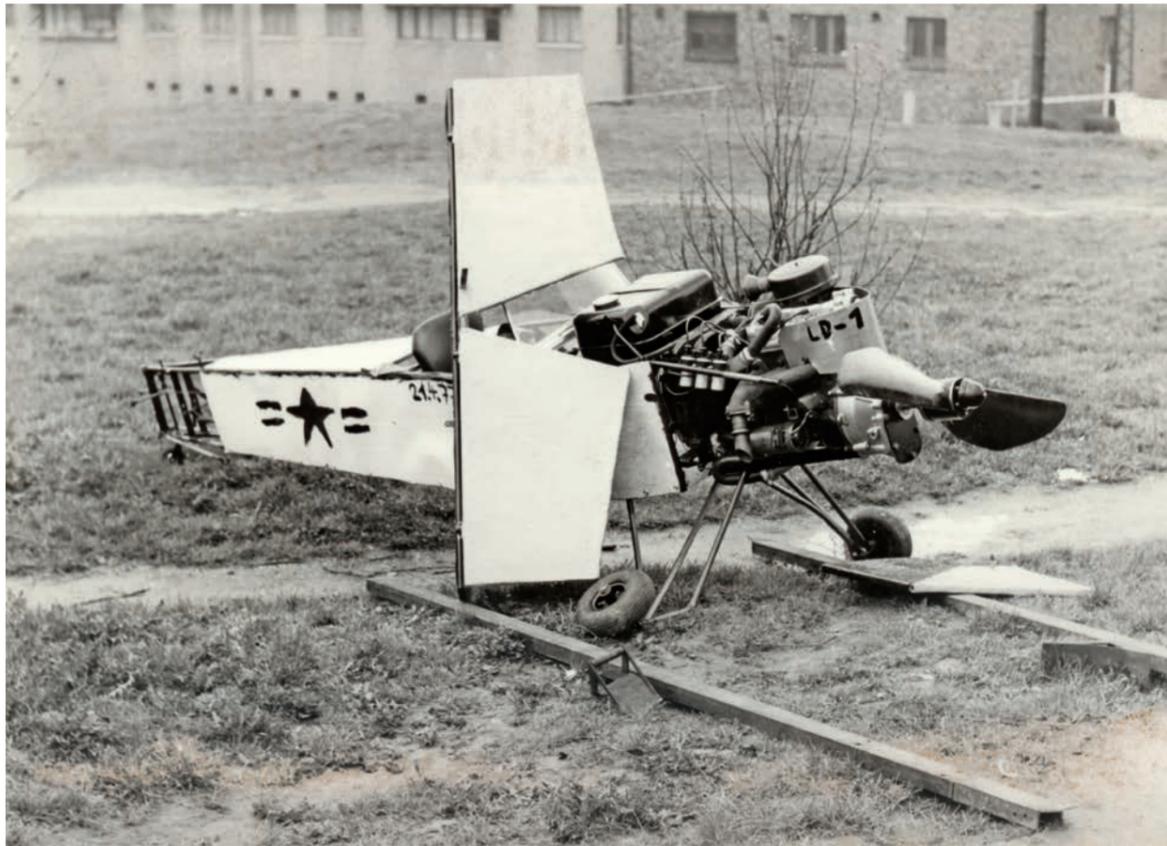
Im Oktober 1989 wurde Gutenfürst durch 14 mit Prager Botschaftsflüchtlingen vollbesetzte Sonderzüge weithin öffentlich bekannt. Zugleich büßte die militärische Festung von Gutenfürst ihren Nimbus der Unüberwindbarkeit ein. Heute ist der einstige Grenzbahnhof weitgehend vergessen und verfällt. ²¹³

PBo



Die Methoden und ihr Einsatz

> Zu Beobachtungszwecken baute die Staatssicherheit, wie hier in Dresden, versteckte Kameras in Autos ein. Markierung im Foto nahm das MfS vor. 29.8.1984
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12373, Bl. 93 oben (Ausschnitt)



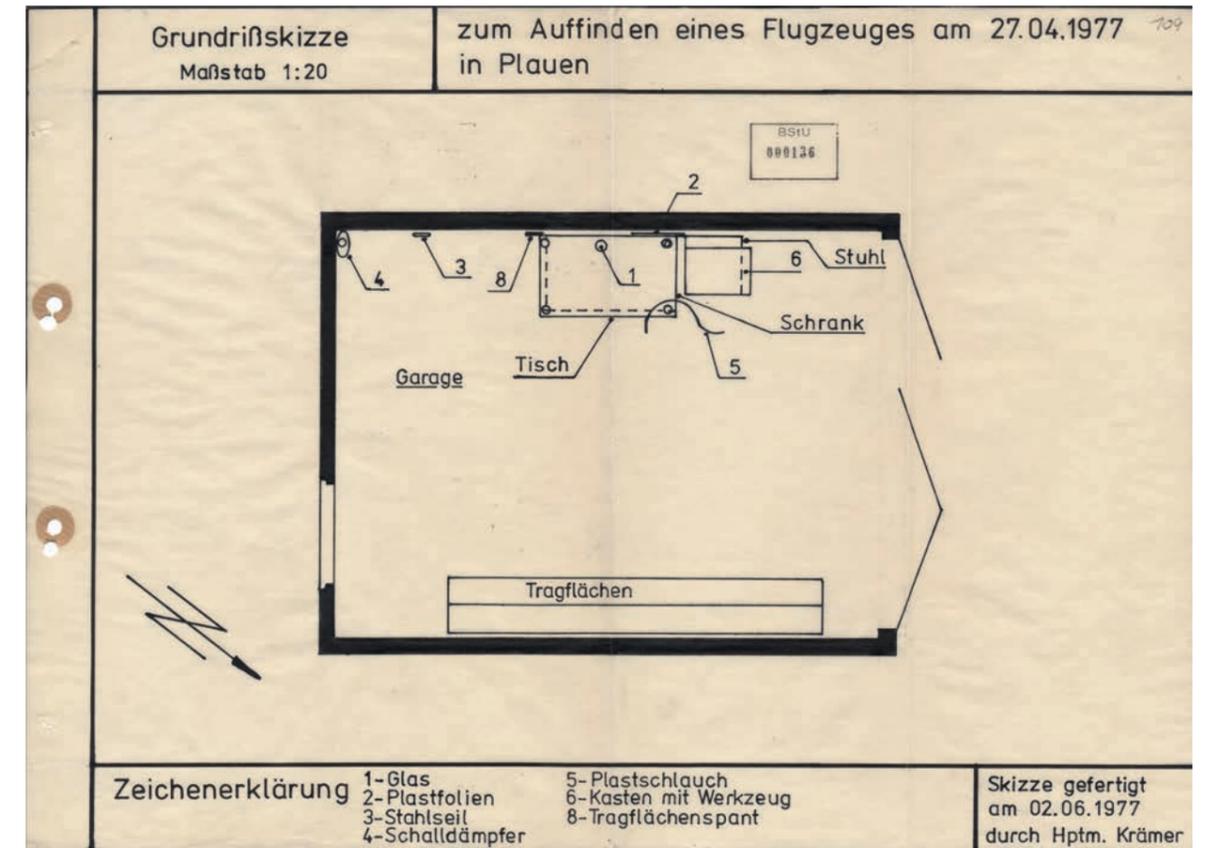
> Wenige Stunden nach der Festnahme von Lutz Donnerhack stellte das MfS sein Flugzeug in einer Gartenanlage in Plauen sicher. 1977
BStU, MfS, HA IX, Nr. 796, Bl. 3, Bild 2

Überprüfen – überwachen – »zersetzen«: Im Mahlwerk der »operativen Bearbeitung« des MfS

Eine misslungene Flucht – ein typischer Fall für das MfS, der Ende April 1977 bei der BV Karl-Marx Stadt landete. Der passionierte Segelflieger Lutz Donnerhack (1954–2012) war bei der Überwindung der Grenze nicht gescheitert, weil das MfS seine Pläne im Vorfeld entdeckt hatte, sondern weil ein Angehöriger der Grenztruppen ihn am frühen Morgen in Schönberg im Kreis Oelsnitz kurz vor der Grenze zur ČSSR kontrollierte und dabei Konstruktionspläne für ein Flugzeug und Landkarten fand. Der junge Mann aus Plauen hatte ein Fluggerät gebaut, um in die Bundesrepublik zu fliehen, es aber beim nächtlichen Verladen auf einen Transporter versehentlich stark beschädigt. Um einer Festnahme zu entgehen, versuchte er anschließend, mit dem Auto in die ČSSR zu fahren, um sich von dort in den Westen abzusetzen.²¹⁴

Aus Sicht der BV Karl-Marx-Stadt schien die Beweislage eindeutig, sodass sie direkt ein Ermittlungsverfahren (EV) wegen versuchter Republikflucht gegen Donnerhack einleitete. Die MfS-Mitarbeiter versuchten, in kürzester Zeit, möglichst viele Belege für die Tat und andere Delikte zu sammeln. Nur wenige Stunden nach dem misslungenen Fluchtversuch durchsuchten sie die Wohnung von Donnerhacks Familie und die Garage, in der er das Flugzeug gebaut und versteckt hatte. Das Fluggerät wurde dann – abgedeckt – nach Karl-Marx-Stadt transportiert.²¹⁵

Während das MfS viele Personen bereits überwachte, bevor ihm genügend Anhaltspunkte für ein EV vorlagen, war dies bei dem gelernten Schlosser nicht der Fall. Er war weitgehend unter dem Aufmerksamkeitsradar der Staatssicherheit geblieben. Von 1967 bis 1975 konnte Donnerhack seinem Hobby Segelflug bei der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) auf dem Flugstützpunkt Auerbach nachgehen. Dann wurde ihm auf Geheiß der Sicherheitsbehörden allerdings eine Flugsperrung erteilt, weil bei einer Sicherheitsüberprüfung die



> Skizze der Garage, in welcher Donnerhack das – nach Angaben der staatlichen Luftfahrtinspektion flugfähige – Fluggerät konstruierte. 1977
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 466/78, Bd. 1, Bl. 136

Kontakte seiner Eltern in die Bundesrepublik aufgefallen waren. Solche Verbindungen galten dem MfS als bedenklich, weil es von einer höheren Fluchtgefahr bei Bürgern mit persönlichen Beziehungen ins westliche Ausland ausging. Donnerhack stand zwar manchen Erscheinungen in der DDR – etwa der Bevorzugung von SED-Mitgliedern gegenüber Parteilosern – kritisch gegenüber, aber erst das ohne Angabe von Gründen erteilte Flugverbot motivierte ihn zu seinem Fluchtversuch. Nachdem mehrere Eingaben an staatliche Behörden mit der Bitte um eine Aufhebung der Sperre unbeantwortet geblieben waren, entschloss er sich im Oktober 1976, die DDR zu verlassen.

Dass die Staatssicherheit Donnerhacks Vorhaben nicht im Vorfeld entdeckte, war auf dessen Vorsicht zurückzuführen: Er weihte weder seine Familie noch Freunde oder Kollegen in seine Pläne ein. Stattdessen gab er vor, ein Auto zusammenzubauen. Die Unzufriedenheit über seine persönliche und die gesellschaftliche Lage äußerte er kaum noch in seinem Umfeld. Der Kauf der Bauteile für das Flugzeug – u. a. ein alter Wartburg-

Motor, die Räder einer Sackkarre, das Verdeck eines Seitenwagens für Motorräder – und die Ausleihe von Werkzeug erregten kein Aufsehen. Das MfS konnte die Umstände des Vorhabens nur aufgrund der Aussagen Donnerhacks in den zahlreichen Vernehmungen rekonstruieren. Er zeigte sich auskunftsbereit, da er auf eine baldige Abschiebung in die Bundesrepublik hoffte.²¹⁶

Die missglückte Flucht per Flugzeug wertete die Staatssicherheit als gewaltsamen Angriff auf die Staatsgrenze und damit als »Terror«. Den Zeitpunkt kurz vor der Einziehung Donnerhacks in die NVA stufte das MfS als Beleg für versuchte Wehrdienstverweigerung ein. Zudem betrachtete es den Umstand, dass der junge Mann bei der Festnahme Unterlagen zur GST, vor allem zu seiner Ausbildung dort, mit sich führte, als versuchte Sammlung von Daten für gegnerische Geheimdienste. Bis auf den letzten Punkt folgten der Staatsanwalt und das Gericht den Argumenten der Stasi, sodass Lutz Donnerhack zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde.²¹⁷

4

**MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK**
Ministerium für Staatssicherheit

Karl-Marx-Stadt, den 27. 4. 1977

Verfügung

BStU
000015

Gemäß § 98 der Strafprozeßordnung wird gegen den/

Name Donnerhack

Vorname Lutz

geboren am 12. 01. 1954 in Plauen

Beruf Stahlbauschlosser zuletzt Betriebsschlosser

Wohnanschrift 99 Plauen, Comeniusstraße 16

aus den unten angeführten Gründen die Einleitung/~~Erweiterung~~ eines/~~des~~ Ermittlungsverfahrens angeordnet.

Gründe:

Der Beschuldigte DONNERHACK ist dringend verdächtig versucht zu haben, mit einem selbstgebautes Fluggerät die DDR ungesetzlich nach der BRD zu verlassen, um dort ständigen Aufenthalt zu nehmen.

Strafbar nach § 213 (1) (2) 1 (3) StGB



Siegel

Leiter des Untersuchungsorgans

*) Nichtzutreffendes streichen

Form 502 808 1175 20.0

> Einleitung des Ermittlungsverfahrens durch die BV Karl-Marx-Stadt, 27.4.1977
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 466/78, Bd. 1, Bl. 15

Mit dem Antritt seiner Haftstrafe im Zuchthaus von Brandenburg endete zwar das Ermittlungsverfahren, aber die Staatssicherheit beschäftigte sich auch in den folgenden Jahren weiterhin mit Donnerhack und seiner Familie. So fing das MfS ein von seinem Bruder vorbereitetes Schreiben mit der Bitte um Begnadigung ab, das dieser zur Sammlung von Unterschriften an Kollegen gesandt hatte und veranlasste eine Kontaktsperre zwischen den Brüdern. Im Gefängnis stellte Lutz Donnerhack wiederholt Anträge auf Übersiedlung. Anfang Oktober 1980 kaufte die Bundesrepublik ihn frei, sodass er in die Bundesrepublik ausreisen konnte. Einfluss auf sein Leben nahmen die Sicherheitsbehörden der DDR allerdings auch danach: Sie verwehrten ihm die Einreise zur Beerdigung seines Vaters und überwachten den intensiven Briefkontakt zu seinem Bruder. Als dieser es ablehnte, sich öffentlich von Lutz Donnerhack zu distanzieren, wurde er aus der SED ausgeschlossen, im OV »Blitz« erfasst und Zersetzungsmaßnahmen gegen ihn eingeleitet – so durfte er 1987 beispielsweise nicht zur Hochzeit seines Bruders in die Schweiz reisen.²¹⁸

Bei der geheimpolizeilichen Verfolgung von Bürgern – intern »Bearbeitung« genannt – unterschied die Staatssicherheit zwischen verschiedenen Verfahren, die sich hinsichtlich ihrer Intensität und ihrer Ziele unterschieden. Das MfS konnte das Ausmaß der Überwachung jederzeit verstärken oder verringern, wenn es dies aufgrund neuer Informationen für notwendig hielt.

Die niedrigste Eskalationsstufe im System der »Bearbeitung« stellten Sicherheitsüberprüfungen von Bürgern dar, die bis Mitte der 1970er-Jahre Operative Personenaufklärung (OPA) genannt wurden. Sie waren das häufigste Tagesgeschäft des MfS. Diesem Prozedere wurden beispielsweise Reiskader aus der Volkswirtschaft unterzogen, die beruflich in die Bundesrepublik fuhren. Ziel war es, wichtige Genehmigungen oder Vollmachten nur solchen Bürgern zu erteilen, die den sicherheitspolitischen Anforderungen des MfS gerecht wurden. Fand das MfS Versagungsgründe, musste der Betrieb, die öffentliche Einrichtung oder der Sportclub darauf achten, den überprüften Bürger nicht in dem als sensibel geltenden Bereich einzusetzen.

Die Operative Personenkontrolle (OPK) lag in der Bedeutungshierarchie eine Stufe unter dem Operativen Vorgang (OV), konnte aber zum Einsatz der gleichen

geheimdienstlichen Mittel führen. Eine OPK wurde eröffnet, wenn das MfS eine »operative Bearbeitung« des Bürgers für notwendig hielt, auch ohne dass Hinweise auf strafwürdiges Verhalten vorlagen. Hier reichten bloße Verdachtsmomente einer politischen Straftat aus, eine unterstellte »feindlich-negative« Grundhaltung oder auch nur ein beruflich bedingter Kontakt zum »Klassenfeind«.

Der Operative Vorgang war die aufwendigste Bearbeitungsform von einzelnen Bürgern oder Personengruppen, die vom MfS als »feindlich-negativ« eingestuft oder als schwerwiegendes Sicherheitsrisiko betrachtet wurden. Für die Eröffnung eines OV reichten Verdachtshinweise auf eine politische Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches der DDR oder Straftaten der allgemeinen Kriminalität, denen eine politische Bedeutung zugemessen wurde. Sie zielte auf die Eröffnung eines Strafverfahrens, wenn auch die strafrechtliche Verfolgung aus politischem Ermessen gelegentlich unterbleiben konnte. Mit Blick auf die internationale Reputation der DDR griff die Staatssicherheit seit den 1970er-Jahren verstärkt auf sogenannte Zersetzungsmaßnahmen gegen die »bearbeiteten« Bürger zurück. Diese waren für Außenstehende weniger sichtbar als offene Gewaltanwendung.²¹⁹ Die Stasi griff dabei tief in die Privatsphäre der betroffenen Bürger ein, ohne dass diese das Gespinnst aus IM-Einsatz, manipulierten Freunden oder vermeintlich schicksalhaften Ereignissen erkennen konnten. OPK und OV versah das MfS in der Regel mit Decknamen, die häufig Anspielungen auf persönliche Besonderheiten der bearbeiteten Personen waren oder bereits einen indirekten Hinweis auf das von der Stasi verfolgte Ziel gaben. Im Fall des OV »Blitz« ließ sich die Staatssicherheit offensichtlich vom Familiennamen ihrer Zielperson inspirieren.

Ermittlungsverfahren schließlich waren Teil rechtsförmiger Strafverfahren, bei denen aus Sicht des MfS Beweismittel für Straftaten vorlagen wie im Fall Donnerhack. Die Beschuldigten waren in der Regel bereits inhaftiert. Wenn dem Ermittlungsverfahren »gefährliche, oft konspirativ vorgetragene Angriffe des Feindes oder andere Straftaten von politisch-operativer Bedeutung zugrunde liegen«, schaltete sich das MfS als Untersuchungsorgan ein.²²⁰ Das EV endete häufig mit einer Anklage vor Gericht und einer Verurteilung.

SSc/PBo

»Im Interesse und zum Schutz der Bürger?« – die Postkontrolle der Stasi

Mit kaum einer Überwachungsmaßnahme kam die Stasi den Gedanken der Menschen so nah wie mit der Postkontrolle. Diese zielte auf die »Erarbeitung und Zusammenführung von operativ-bedeutsamen Informationen über Einstellung, Verhaltensweisen, Handlungen und Verbindungen von Personen und Sachverhalten, die von Bedeutung für die politisch-operative Arbeit des MfS sind bzw. sein können.«²²¹ Da nur wenige DDR-Bürger über einen privaten Telefonanschluss verfügten und Telefonate in den Westen zudem zeitlich limitiert waren, bildeten Briefe, Karten und Pakete wichtige Kommunikationsmittel. Für die Kontrolle der Postsendungen war die Abteilung M (S. 154) der Stasi zuständig, die es in der Berliner Zentrale und in jeder MfS-Bezirksverwaltung gab, nicht jedoch in den Kreisdienststellen. Nach interner Vorgabe bestand die »wichtigste Kampfaufgabe für die Abteilung M darin, mit kurzen Bearbeitungsfristen Feinde im Postverkehr aufzuspüren.«²²²



> 1986 entwickelte das MfS ein halbautomatisches Gerät zum Verschließen geöffneter Postsendungen. »Die »HSM 86« wird unseren Anforderungen gerecht«, befanden die sächsischen Postkontrolleure. 1987
BSTU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. M, Nr. 4, Bl. 20

Zwar ahnten die Menschen in der DDR, dass die Stasi in den Postverkehr eingriff, doch viele glaubten, sie könnten die Kontrollen umgehen: Sie schrieben falsche Absender auf ihre Briefumschläge, nutzten Adressen von Angehörigen, legten Blaupapier oder Alufolie gegen das Durchleuchten in die Briefe, verklebten die Kuverts mit Klebestreifen oder Siegellack oder warfen die Briefe in wohnortferne Briefkästen ein. Andere nummerierten ihre Briefe, um so ein »Verschwinden« von Postsendungen nachzuvollziehen. Genau jene markierten und damit auffälligen Briefe waren es allerdings, welche die Aufmerksamkeit der Stasi auf sich zogen. Einen Teil dieser Briefe behielt die Stasi ein, andere lichtete sie ab, verschloss sie wieder und leitete sie im normalen Postverkehr weiter.

Als ein Ehepaar aus der Judenbergsstraße in Meißen aus dem Ungarn-Urlaub im Sommer 1986 an Verwandte im Westen schreibt, bekommt das MfS den Brief durch das »ungarische Bruderorgan« zur Kenntnis. Die Eheleute schreiben, sie dürften keine Kontakte in den Westen, ins »nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet« (NSW),

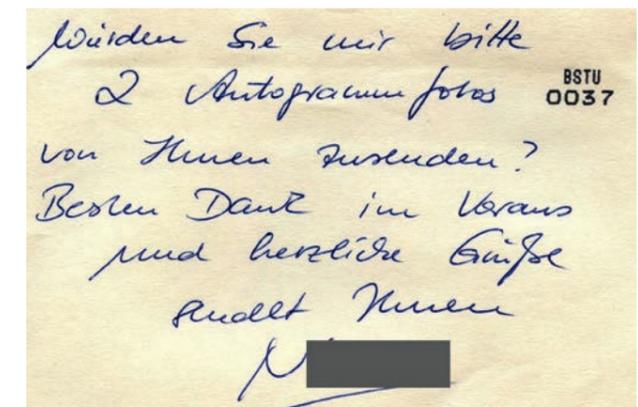
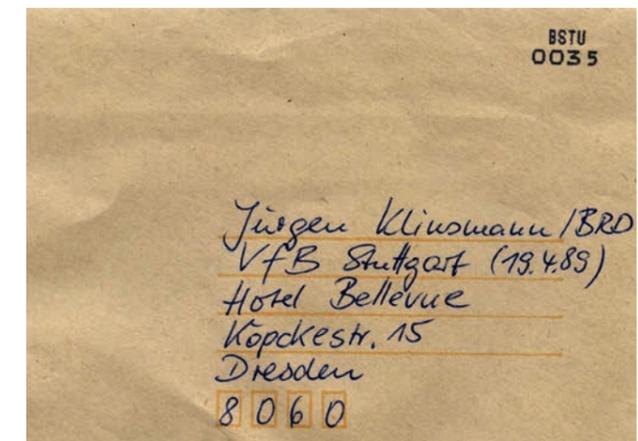
unterhalten: »Darum mussten wir warten, bis wir in Ungarn sind. Da wir [...] weiter mit euch in Verbindung bleiben wollen, werden wir über die Schwiegereltern schreiben. Die Adresse lautet: [...] Dresden.« Die Stasi stellt nach dem Erhalt des Briefes fest: »Der [Name] ist Spitzengeheimnisträger und NSW-Reisekader; die [Namen] unterhalten intensive, über Deckadresse laufende Verbindungen in das NSA [nichtsozialistische Ausland], womit sie bewusst ihre Abgrenzungserklärungen unterlaufen und damit dem Gegner Ansatzmöglichkeiten bieten.«²²³ Umgehend wird eine Fahndung zur Deckadresse, der Adresse der Schwiegereltern, ausgelöst: Die Abteilung M durchsucht fortan die Post nach dieser Adresse, um die Briefe zu kontrollieren.

Täglich gingen Tausende Postsendungen durch die Hände der Stasikontrolleure, die direkt in den Hauptpostämtern, Briefverteilzentren, Bahnpostämtern und Postzollämtern tätig waren. Diese MfS-Mitarbeiter erhielten zur Tarnung Dienstaussweise der Deutschen Post beziehungsweise der DDR-Zollverwaltung. Die Räume des MfS waren in den zentralen Gebäuden der Deutschen Post als »(Dienst-)Stelle 12«, beim Zoll als »Postzollfahndung« getarnt. Im Jahr 1985 verfügte die Postkontrolle im Bezirk Dresden über 142 Mitarbeiter, nebst dem Abteilungsleiter, Oberstleutnant Günter Richter (Jg. 1936), seinen beiden Stellvertretern und einem Beauftragten des Leiters. In Leipzig waren im Jahr 1989 für die Abteilung M 133 hauptamtliche Mitarbeiter tätig, während es in der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt Mitte der 1980er Jahre über 160 Mitarbeiter, darunter 35 Frauen, waren.²²⁴

Das MfS »bearbeitete« die Postsendungen in unterschiedlicher Intensität. Besonderes Augenmerk galt den Telegrammen, Briefen und Paketen im Auslandsverkehr, ab den 1970er-Jahren kam die systematische Kontrolle des Postverkehrs innerhalb der DDR hinzu. Die Kontrolleure wählten Briefe und Pakete mit bestimmten Adressen oder besonderen Merkmalen, beispielsweise aufwendig zugewinkelte Postsendungen, für eine gründliche Kontrolle aus. Die ausgewählten Postsendungen wurden konspirativ in die Bezirksverwaltung gebracht, weiter untersucht und inhaltlich ausgewertet. Das Spektrum der Bearbeitung reichte von der bloßen äußeren Überprüfung über die inhaltliche Analyse, die Adress- und Absenderüberprüfung bis zur Speichelanalyse an Kuverts und Briefmarken.

Bei vielen Briefen führte die Stasi einen Schriftenvergleich durch »mit der Zielstellung, unterschiedliche Absender gleicher Schrifturheberschaft« festzustellen.²²⁵ Zudem suchten die Mitarbeiter der Abteilung M nach Geheimschriften und mikroskopisch verkleinerten Nachrichten. Briefe mit »feindlich-negativen« Briefmarken, etwa mit Motiven der Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« oder des Reichstagsgebäudes in West-Berlin, wurden von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.

Von Januar bis September 1978 untersuchte die Dresdner Staatssicherheit mehr als 800 000 Briefsendungen nach äußeren Merkmalen und wertete sie auch inhaltlich aus. Dies war eine Steigerung von mehr



> Abgefangen von der Postkontrolle: Autogrammwunsch einer Dresdnerin an den Fußballer Jürgen Klinsmann. Anfragen von DDR-Bürgern an Musiker, Schauspieler, Sportler oder Politiker erreichten häufig nicht den Empfänger. 1989
BSTU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 463, Bl. 35 und 37

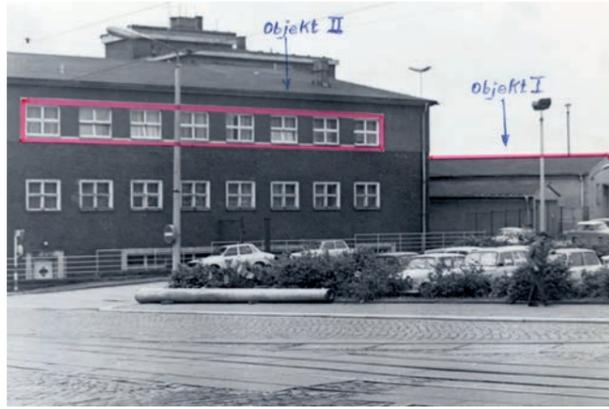


> Getarnt als »Außenstelle A« (»Stelle 12«): Die Dresdner Postkontrolle der Stasi befand sich im Leitbriefverteilamt 810, Bayrische Straße 8 (Postamt 24). Nach 1982
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XIX, Nr. 20486, Teil 1, Bl. 25, Bild 3

als 50 000 gegenüber dem Vorjahr. Die Abteilung M leitete mehr als 25 000 Hinweise an andere MfS-Dienst-einheiten weiter. Die Hälfte dieser Hinweise bezog sich auf »Rückverbindungen« ausgereister DDR-Bürger zu Freunden und Verwandten in der früheren Heimat, auf Ausreiseartragsteller, Treffvereinbarungen mit westlichen Angehörigen in Ost-Berlin oder im sozialistischen Ausland und auf den allgemeinen Besucher- und Reiseverkehr.²²⁶

Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzbar – Artikel 31, Absatz 1 der Verfassung der DDR

Die Dresdner Postkontrolleure schätzten ihre Tätigkeit Anfang 1989 positiv ein und betonten, dass »die Kampfaufgaben gute Ergebnisse brachten«.²²⁷ Auf der Suche nach Geheimschriften analysierten sie im Januar und Februar mehr als 1 600 Briefsendungen, fast 150 davon bedurften einer »Spezialöffnung«, mehr als 200 der »Spezialschließung«. Im gleichen Zeitraum nahm die Dresdner Stasi für fast 13 000 Postsendungen eine Identitätsprüfung von Absender und Empfänger in den MfS-Speichern vor. Die Post von Ost-Berlin nach Dresden untersuchte sie gesondert, weil westliche Tagesbesucher ihre Post im Ostteil Berlins eingeworfen haben konnten, sodass diese nicht als »Westpost« erkennbar war. Zum Jahresbeginn 1989 wurden 683 000 Sendungen aus der Hauptstadt in den Bezirk Dresden kontrolliert. »Das Kampfziel, insgesamt täglich 130 Materialien herauszuarbeiten und einer nachrichten-

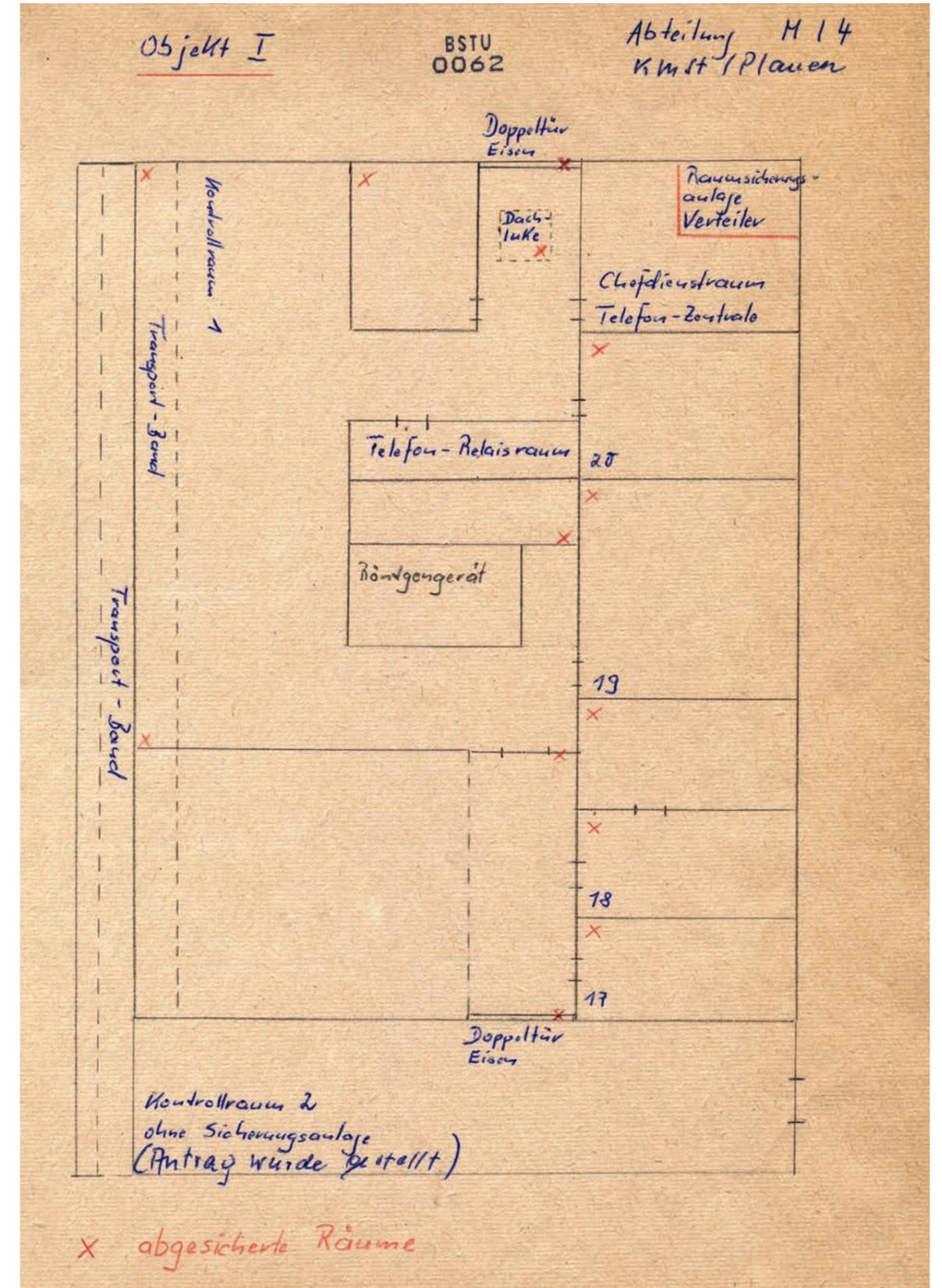


> Paketkontrollstelle der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt in Plauen. Um 1984
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. M, Nr. 3, Bl. 59

dienstlichen Wertung zu unterziehen, konnte realisiert werden.«²²⁸ Damit wird der enorme Aufwand im Verhältnis zum relativ geringen Ertrag sichtbar.

Den Inhalt einiger Briefkästen im Dresdner Stadtgebiet untersuchte das MfS gesondert: Aus den »Schwerpunkt-kästen des Hauptbahnhofes und des Neustädter Bahnhofes« entnahm es »36 000 BRD-Abgangsbriefe«. DDR-Bürger, die ihre Post nicht in den »Heimatbriefkasten« einwerfen wollten, benutzten diese zentralen Kästen teilweise bei einem Zwischenstopp während einer Reise.

1985 bemerkte die Stasi hinsichtlich der Abteilung M in Dresden, dass »das Bestreben vorhanden [ist], den gesamten Postein- und -ausgang zu befahnden, was teilweise zu einer Überbelastung [...] führt«.²²⁹ Der »Gesamtjahresverkehr« der DDR betrug 1985 rund 1,5 Milliarden Briefe und 82,8 Millionen Päckchen und Pakete im nationalen und internationalen Verkehr, wobei 96 Prozent der internationalen Post im »Verkehr mit der BRD und Berlin (West)« abgewickelt wurden.²³⁰ Die Postkontrolleure der Dresdner Stasi vermeldeten für die ersten zwei Monate des Jahres 1989: »Befahndetes Aufkommen, Kurzbriefe BRD/WB [West-Berlin], Nato-Staaten und Österreich, 1 071 319 Sendungen, Kartensendungen BRD/WB 372 760.«²³¹ Bei der hohen Zahl von Postsendungen war es für das MfS unmöglich, eine vollständige Überwachung des Postverkehrs zu organisieren – zumindest, was das tatsächliche Lesen und Auswerten der Postsendungen anbelangte. Deshalb erfolgte aus allen Postsendungen eine kriterienorientierte Auswahl. Lediglich bei Telegrammen erreichte die Postkontrolle eine vollständige Auswertung.



> Aufbau der Paketkontrollstrecke im Objekt 1 in Plauen in der sogenannten Fahndungsbaracke. Um 1984
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. M, Nr. 3, Bl. 62



> Auch in der Leipziger Hauptpost nutzte das MfS, getarnt als Zollverwaltung der DDR, Räume, um die Postkontrolle durchzuführen. Vor 1989
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. VIII, Nr. 779, Bl. 80

Das MfS entschied letztlich auch darüber, ob ein Brief oder ein Paket weitergeleitet wurde oder »verloren ging«. Die Mitarbeiter der Abteilung M entnahmen den Postsendungen Bargeld, Wertsachen und Briefmarken. 1984 bis 1989 wurden in der DDR 33 Millionen DM aus Briefen entwendet. Weitere 10 Millionen DDR-Mark nahm das MfS durch den Einbehalt und den Verkauf des Inhalts von Paketen ein.²³² In einem Vermerk des MfS heißt es unverblümt: »Mit der Einbehaltung von Geldbriefsendungen und fehlgeleiteter Kleingutsendungen wird ein Beitrag der Abteilung M zur Stärkung der DDR geleistet. [...] Die Einbehaltung von fehlgeleiteten Paketsendungen und Briefsendungen mit Zahlungsmitteln muss streng geheim bleiben.«²³³ Um Begehrlichkeiten der eigenen Mitarbeiter entgegenzuwirken, überwachte Abteilungsleiter Richter seine Postkontrolleure streng: »Allein im Februar 1989 fanden 182 interne Kontrollen statt – von der Taschenkontrolle bis hin zu vom MfS selbst versandten Briefen mit Geld, die die Mitarbeiter finden sollten [und] deren Inhalt abzugeben war.«²³⁴

Im Juli 1986 beschwert sich Johannes B. aus Weinböhla bei der Deutschen Post darüber, dass seine Briefe verspätet eingehen und Öffnungsspuren aufweisen würden. Es sei deutlich zu erkennen, dass die Briefe »geöffnet waren und dann relativ licherlich wieder verklebt wurden. Damit ist das laut Verfassung im Artikel 31 garantierte Postgeheimnis verletzt worden, wogegen ich mich hiermit nachdrücklich verwahren möchte.«²³⁵ Die Reaktion auf solche Vorhaltungen überließ die Stasi anderen: »Eine entsprechende Beantwortung mit der Zurückweisung derartiger Verdächtigungen [...] und

Entschuldigungen eingetretener Laufzeitverzögerungen erfolgte [...] durch die Deutsche Post«, schreibt die Stasi.²³⁶ Oberstleutnant Richter von der Abteilung M räumt intern allerdings ein, dass die »unsaubere operativ-technische Bearbeitung, Öffnung und Schließung angefallenen Materials durch fehlerhafte Bearbeitung« seiner Mitarbeiter entstanden sei. Um die »operative Bearbeitung der Person sowie Geheimhaltung [der] spezifischen Mittel und Methoden« nicht zu gefährden, werden die Briefe von Johannes – vorerst – nicht mehr kontrolliert.²³⁷

Auch andere Briefempfänger, so Wilhelm H. aus Radebeul, bemerken die Postkontrolle und schreiben darüber in ihrem nächsten Brief. Diesen liest die Stasi wiederum mit: »Aus dem Inhalt der Sendung geht hervor, dass der Schreiber des Briefes mögliche Öffnungsspuren analysiert und den Aussagen nach bereits Anzeige bei der VP gemacht hat.« Oberstleutnant Richter schlägt daher im Interesse der Einhaltung der Konspiration vor, »dass in einem [...] begrenzten Zeitraum die anfallenden Sendungen nur von außen dokumentiert werden.«²³⁸ Als ein Dresdner aus der Altenberger Straße bei der Post einen Nachforschungsantrag stellt, gelangt dieser Antrag auch zur Stasi. Die Deutsche Post weiß nicht, wo seine Briefe abgeblieben sind. Die Stasi weiß es: »Der Genannte ist Antragsteller. Aus diesem Grunde erfolgte die Einbehaltung der Sendungen.«²³⁹

Am 22. November 1989 informiert Generalmajor Horst Böhm (1937–1990), Leiter der Bezirksverwaltung Dresden, alle Dienststellen darüber, wie sie zu argumentieren haben, wenn Bürger das Thema Postkontrolle ansprechen. Die rhetorische Frage in dem Argumentationspapier, das nur bei Dekonspiration von Maßnahmen angewandt werden soll: »Verträgt sich Rechtssicherheit mit der Kontrolle von Postsendungen?« Die schlichte Antwort der zu diesem Zeitpunkt bereits zum Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umfirmierten Stasi: »Ja [...] im Interesse und zum Schutz der Bürger, sollte das auch weiterhin gewährleistet [...] sein.«²⁴⁰ Schließlich, so heißt es weiter, habe die Stasi ja durch die Postkontrolle »Terroranschläge mittels Bombenbriefen, [den] Handel mit Drogen auf dem Postweg sowie die Einfuhr von Waffen [...] verhindert.«²⁴¹ Belege dafür finden sich allerdings nicht.

RSi

Haft für Radeburger Familie – die Stasi und ihr Gefängnisystem

Als die Lichtkegel der Taschenlampen hektisch durch die Nacht flackerten, wurde Irene Schreiber bewusst, dass ihr Plan gescheitert war. Das Gebell kam immer näher. Und mit den Hunden näherten sich auch die Verfolger. An ein Entkommen war nicht mehr zu denken. Die erhoffte Freiheit, gerade noch zum Greifen nah, rückte in unerreichbare Ferne ...

Auch wenn Familie Schreiber die Entscheidung, eine Republikflucht zu wagen, spontan getroffen hatte, war sie dennoch das Ergebnis eines jahrelangen Prozesses. Vor allem die ungewisse Zukunft der beiden Söhne war es, die Irene Schreiber den Schlaf raubte. Im gemeinsamen Campingurlaub in Bulgarien im Sommer 1980 entschloss sich die Familie schließlich dazu, die Flucht über die Grenze in die Türkei zu wagen. Irene Schreiber selbst hatte sich »an den Vorbereitungen recht wenig beteiligt«, wie sie später in den Verhören erklärt. Vater und älterer Sohn hatten die Karte studiert und mögliche Szenarien durchexerziert. Spontan, ohne Ortskenntnisse, einzig gestützt auf das Kartenstudium sollte die Flucht in die Türkei gelingen. Sie konnten nicht wissen, dass der eingezeichnete Grenzverlauf etwa acht Kilometer ins Landesinnere verschoben war,

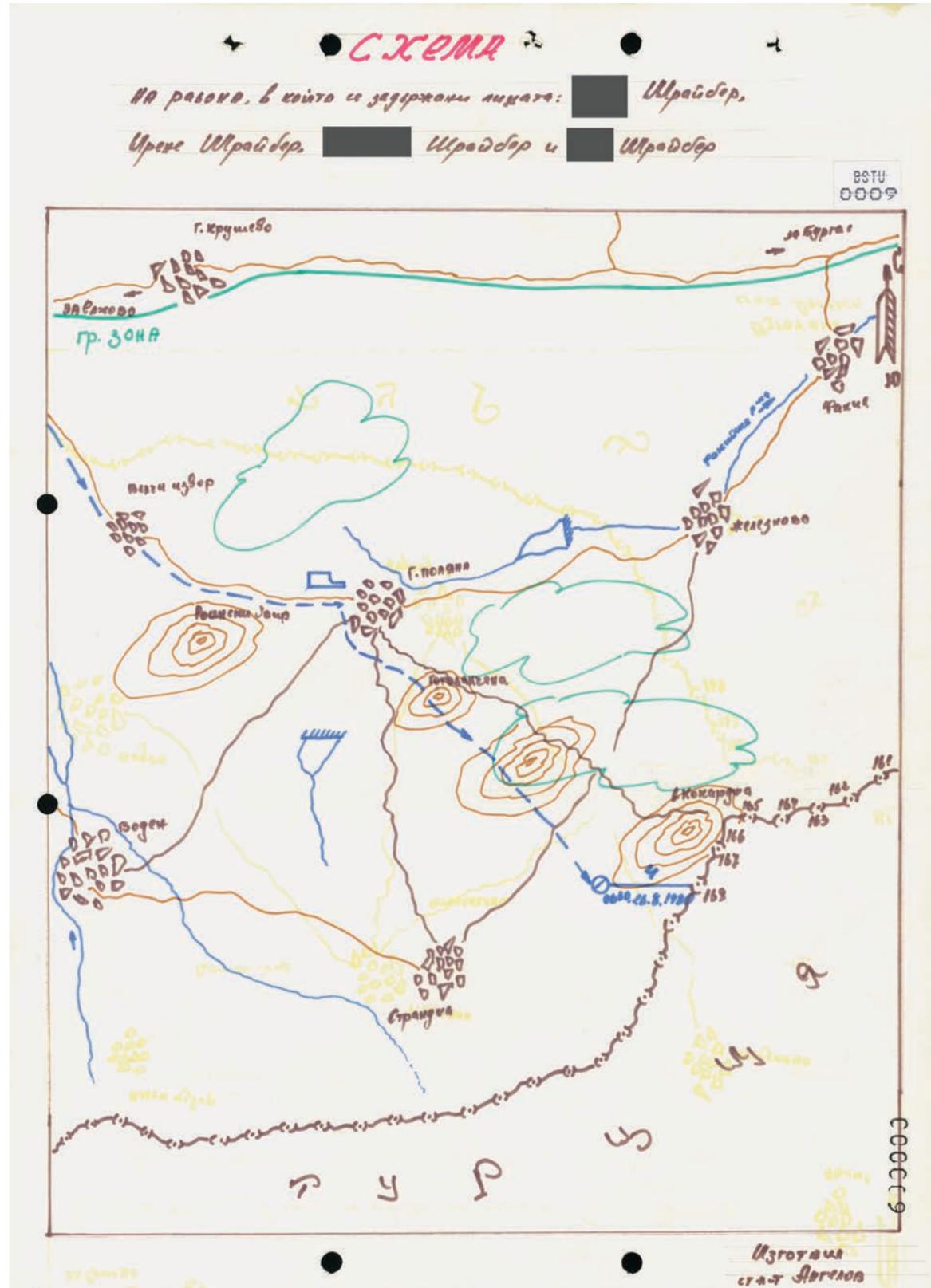
um etwaige Republikflüchtlinge zu täuschen – eine Finte, der auch Familie Schreiber aufsaß.

Als sich die vierköpfige Familie am 26. August 1980 im Schutz der Dunkelheit auf die bulgarisch-türkische Grenze zubewegte, überwand sie zwar die ersten beiden Grenzsicherungsanlagen, lösten dabei jedoch, ohne es zu bemerken, einen stillen Alarm aus, der die bulgarischen Grenzsoldaten auf ihre Spur brachte. Wegen des politischen Charakters der Straftat wurden Schreibers der bulgarischen Geheimpolizei übergeben und in die Hauptstadt Sofia gebracht. Die Bulgaren überantworteten die festgenommene Familie dort den Verbindungsoffizieren der Staatssicherheit, die sie nach Ost-Berlin ausflogen und schließlich nach Dresden brachten. Hier trennten sich die Wege der Familienmitglieder. Irene Schreiber wurde am 28. August 1980 in die Stasi-Untersuchungshaft Dresden eingeliefert,²⁴³ ihr Mann und ihr volljähriger Sohn eine Woche später. Die Männer waren separiert voneinander eingesperrt. Eine solche Isolierung von Untersuchungshäftlingen war beim MfS gängige Praxis.²⁴⁴ Der jüngere Sohn kam zunächst in ein Heim für schwer erziehbare Kinder, bevor ein Onkel die Vormundschaft übernehmen konnte.

Da die Sachlage klar und weitere Ermittlungen nur noch bedingt notwendig waren, beschränkte sich die Staatssicherheit auf wenige Verhöre und eine Durch-



> Irene Schreiber nach Einlieferung in die Stasi-Untersuchungshaft Dresden. 1980
BStU, MfS, BV Dresden, AU 385/81, Bd. 1, Bl. 153



> »Schema« des bulgarischen Geheimdienstes: Fluchtweg von Familie Schreiber in die Türkei (Nr. 4 ist der Ort der Festnahme). 1980
BSTU, MfS, BV Dresden, AU 385/81, Bl. 9

suchung der Wohnung. Irene Schreiber gab gegenüber dem Untersuchungsführer unumwunden zu, dass sie »eine von Grund her ablehnende Einstellung zu den gesellschaftspolitischen Verhältnissen in der DDR«²⁴⁵ habe. Trotz der eindeutigen Beweislage dauerte die Untersuchungshaft in Dresden vier Monate, ehe am 19. Dezember 1980 die Gerichtsverhandlung stattfand und sich die Familienmitglieder das erste Mal wiedersahen. Da die Straftat aus Sicht des Gerichtes als Gruppe begangen worden war, ein Umstand der strafverschärfend wirkte, orientierte sich der Richter am oberen Niveau des möglichen Strafmaßes. Familie Schreiber, so das Urteil, hatte sich des versuchten »ungesetzlichen Grenzübertritts« schuldig gemacht, strafbar nach § 213 des Strafgesetzbuches der DDR. Der Familienvater wurde als »Rädelsführer« zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft, der Sohn zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt, das Strafmaß für Irene Schreiber betrug zweieinhalb Jahre. Die Männer hatten ihre Haft in der Strafvollzugseinrichtung Brandenburg-Görden zu verbüßen, Irene Schreiber wurde nach Hoheneck in Stollberg überstellt, dem zentralen Frauengefängnis der DDR.

Nach ihrer Ankunft in Stollberg im Erzgebirge am 15. Januar 1981 und dem üblichen Aufnahmeverfahren war Irene Schreiber zunächst mit 23 anderen Frauen auf dem eisig kalten Dachboden der Anstalt untergebracht. Später teilte sie die Zelle mal mit zwölf, ein anderes Mal mit 18 anderen strafgefangenen Frauen. Im DDR-Strafvollzug herrschte ein strenges Regime mit militärischem Drill. In der Hierarchie der Strafgefangenen standen die politischen Gefangenen ganz unten. Etwa nach der Hälfte der Haftzeit wurde sie durch die Bundesrepublik freigekauft. Zur Entlassung in die Bundesrepublik wurde sie in die Stasi-Untersuchungshaft in Karl-Marx-Stadt verlegt, die Durchgangsstation aller »Freigekauften«, wo sie noch zwei Wochen »aufgepöppelt« wurde. Die schlechten Haftbedingungen in der DDR sollten verschleiert werden, um keine Angriffsfläche für Medien und Menschenrechtsorganisationen zu bieten.²⁴⁶

Die Kompetenzen des Ministeriums für Staatssicherheit waren nahezu unbeschränkt. Die Stasi war nicht nur ein Geheimdienst, sondern auch ein strafrechtliches Ermittlungsorgan und verfügte in jedem Bezirk über eine eigene Untersuchungshaftanstalt. Das größte

Gefängnis der Stasi lag in Karl-Marx-Stadt auf dem Kaßberg. Hier befand sich die zentrale Drehscheibe für alle von der Bundesrepublik Deutschland freigekauften Häftlinge.²⁴⁷ Mehr als 30 000 Häftlinge durchliefen diesen Ort, bevor sie von der chronisch devisenschwachen DDR an die Bundesrepublik verkauft wurden. In jeder Bezirkshauptstadt der DDR, so auch in Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt, verfügten die Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit über Zellenstrakte für Untersuchungshäftlinge.²⁴⁸ Grundsätzlich begann die U-Haft mit der Ausstellung des Haftbefehls und endete mit der Überstellung in den regulären Strafvollzug.

»Übersiedlungen Strafgefangener erfolgen ausschließlich auf der Grundlage meiner Entscheidungen.«²⁴⁹
(Erich Mielke)

Kernelemente der U-Haft bei der Staatssicherheit waren die Isolation des Gefangenen von der Außenwelt und die damit einhergehende Desorientierung. Verantwortlich für den Vollzug der Haft war die Abteilung XIV, wobei die Vernehmungen durch Mitarbeiter der Abteilung IX (S. 155) vorgenommen wurden. Der Haftalltag war geprägt von der Willkür der Stasi und der Ohnmacht der Häftlinge. Manchmal wurden Häftlinge auch nachts verhört. Selbst die Schlafposition war festgelegt, so wie der gesamte Ablauf in der Untersuchungshaft strikt durchorganisiert wurde. Für die Aufseher waren die Gefangenen nur noch Nummern. Alles Persönliche wurde getilgt, die Gefangenen ihrer Identität beraubt. Die psychologisch geschulten Vernehmer agierten während des Verhörs mal mit Zuckerbrot, mal mit der Peitsche. Die Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit diente vor allem dem Ziel, den Gefangenen ein Geständnis und weitere für das MfS bedeutsame Informationen zu entlocken. Die Ermittlungsergebnisse wurden der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt, welche die Anklage erhob, die fast zwangsläufig in eine Verurteilung mündete. Oft wich dabei die Anklageschrift kaum vom Schlussbericht der Stasi ab.

Auch nach der Überstellung in den regulären Strafvollzug, der dem DDR-Innenministerium unterstellt war, befanden sich die Gefangenen keineswegs außerhalb



> Drehscheibe für freigeverkaufte Häftlinge: Kaßberg-Gefängnis in Karl-Marx-Stadt. Vor 1989
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo, Nr. 607, Bd. 1

der Reichweite der Staatssicherheit. Denn auch im Strafvollzug unterhielt die Staatssicherheit Spitzelnetzwerke, die sich gleichermaßen aus Bediensteten und Strafgefangenen rekrutierten. In den größeren Strafvollzugsanstalten operierten sogenannte Operativgruppen der Stasi.²⁵⁰ Von den Strafgefangenen in Hoheneck scherzhaft »Daisy« und »James« genannt, angelehnt an die fiktive Kinofigur des britischen Geheimdienstagenten Bond, sollten die beiden Stasi-Offiziere der Operativgruppe direkt vor Ort die Einfluss-sphäre der Geheimpolizei sichern. Wer hatte mit wem Kontakt? Welcher Gefangene pochte unbeirrbar auf Ausreise? Gab es Strafgefangene, die sich um Gehör im Westen bemühten? Dies waren nur einige der Fragen, welche die Operativgruppe zu beantworten hatte. Hinzu kam die Aufklärung von weiteren politischen Straftaten, beispielsweise eine Verbindungsaufnahme in den Westen mithilfe von geschmuggelten Kassibern. Bestand ein hinlänglicher Verdacht wurde ein operativer Vorgang ausgelöst. Entsprechend ihrer Befugnisse waren es letztlich auch die Mitarbeiter der Operativ-

gruppe, die festlegten, wer nach seiner Haft weiterhin observiert werden sollte. Über die Jahre hatte die Staatssicherheit nicht nur das eigene System der Untersuchungshaftanstalten perfektioniert, sondern sich auch mehr und mehr Einfluss im Strafvollzug des Innenministeriums verschafft. Der lange Arm der Stasi reichte bis in die Gefängniszellen.

SLi

Flucht in die DDR – Anklage gegen den »Amerikaner von Karl-Marx-Stadt«

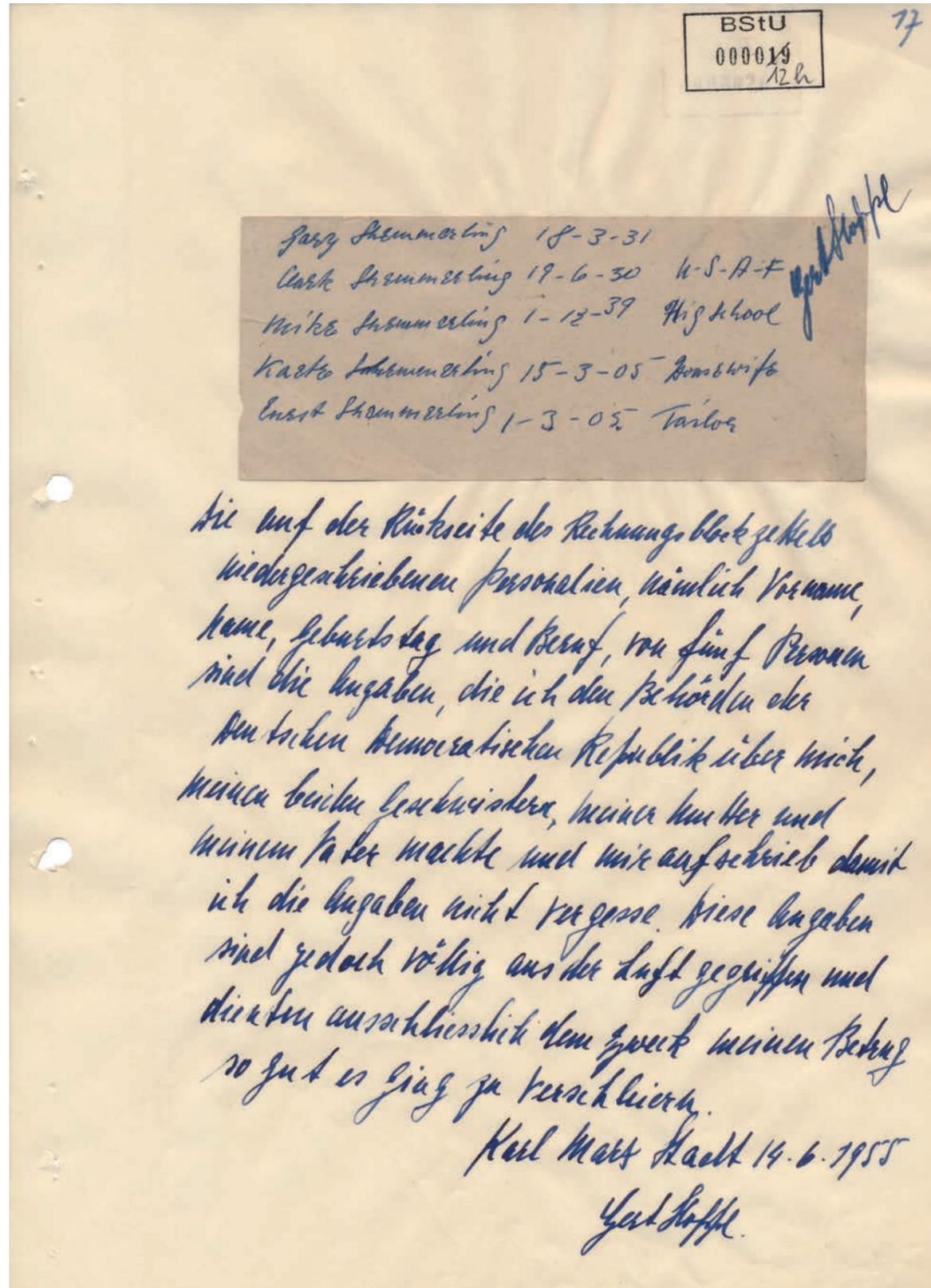
Inmitten des Kalten Krieges schien aus Sicht der DDR erneut der Beweis erbracht, dass das sozialistische Lager dem imperialistischen Klassegegner weit überlegen war. Der amerikanische Kunststudent Gary Shemmerling aus New Jersey, der angeblich, 1931 geboren zu sein, floh im Januar 1955 in die DDR und beantragte dort politisches Asyl. Er wolle nicht zum amerikanischen Militärdienst eingezogen werden und wünsche, fortan in der DDR zu wohnen und zu arbeiten. »So I think, I am a very bad soldier for Mr. Dwight Eisenhower«, erklärte er handschriftlich gegenüber den DDR-Behörden.²⁵¹ Umgehend wurde der Asylsuchende nach Karl-Marx-Stadt gebracht und für die nächsten Wochen im Hotel Chemnitzer Hof einquartiert. Die

Stasi blieb dem Amerikaner gegenüber skeptisch. Schließlich glaubte sich die DDR permanenten Spionageangriffen des Westens ausgesetzt und vermutete zunächst, Shemmerling sei Agent der Amerikaner. Um dies zu prüfen, wurde Shemmerling im Hotel mit dem ebenfalls übergelaufenen US-Amerikaner Jack Forster (Jg. 1930) zusammengebracht, der ihm angeblich bei der Eingewöhnung in Deutschland helfen sollte. Forster war als Geheimer Informator »James Duke« für die Hauptabteilung II der Stasi tätig und berichtete über seinen amerikanischen Landsmann. Der Stasi gegenüber bescheinigte »James Duke« schließlich, das Asyl-Ansinnen sei wohl echt und Shemmerling kein Agent: »Shemmerling is not, I think, an agent.«²⁵²

Weltweit berichtete die Presse über den amerikanischen Kunststudenten in der DDR.²⁵³ Das »Neue Deutschland« griff die Geschichte auf und titelte triumphierend: »Amerikanische Jugend will Eisenhowers



> Der West-Berliner Gerd Hoppe in seiner selbst gefertigten amerikanischen Uniform. Juni 1955
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, C AU 114/55, 2 (Beiakte 1), Bl. 4



> Merkzettel und Geständnis von Gerd Hoppe alias Gary Shemmerling zu seinem erfundenen familiären Hintergrund in den USA. Abweichende Angaben hätten ihn möglicherweise enttarnt. 14.6.1955

BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, C AU 114/55, 2 (Beil. 1), Bl. 19

Kriegsplänen keine Gefolgschaft leisten« und später »Amerikanischer Student dankt Präsident Pieck«. ²⁵⁴ Nachdem die Stasi keine Hinweise auf feindliche Absichten fand, wurde Shemmerling eine Arbeitsstelle in der HO Lebensmittel Karl-Marx-Stadt in der Abteilung Dekoration und Werbung zugewiesen. Irgendwann lernte er Sonja (Jg. 1932) kennen, eine Fotolaborantin im Konsum-Warenhaus von Karl-Marx-Stadt. Sie war unter dem Decknamen »Edesch« inoffiziell für die Stasi tätig, berichtete aber nicht über ihren Freund oder gar über Ungereimtheiten in seinem Verhalten, die ihr wohl durchaus aufgefallen waren. ²⁵⁵

Was niemand ahnte: »Shemmerling« kam aus West-Berlin, hieß eigentlich Gerd Hoppe und war ein Jahr jünger als angegeben (Jg. 1932). Dem familiär entwurzelten Jugendlichen war es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, seiner ausgewanderten Pflegemutter in die Vereinigten Staaten von Amerika zu folgen. An der Volkshochschule vertiefte er sein Englisch und belegte Zeichenstunden. Ansonsten war seine Lebenssituation prekär, er konnte mit Gelegenheitsarbeiten kaum überleben, ließ sich zwischenzeitlich aus Verzweiflung ins – wie er selbst formulierte – »Irrenhaus« von Berlin-Wittenau einweisen und lebte zuletzt in einer Obdachlosenunterkunft. Hier schmiedete er seinen Asyl-Plan, dem er offenbar keine weitreichenden Folgen oder gar politische Relevanz beimaß. Später erklärte er, sein Ziel sei es gewesen, »einmal als Mensch zu leben, ferner als Neugeborener, der eine Zukunft hat, die mir in Westdeutschland versperrt war«. ²⁵⁶

Sonja wusste um die Denk- und Vorgehensweise der Stasi und erzählte davon ihrem Freund. Die Stasi werde seinen Angaben nicht trauen und weiter versuchen, an Informationen über einen Bruder, der angeblich in Westdeutschland bei der US-Armee stationiert sei, zu gelangen. Gerd Hoppe alias »Shemmerling« sah sich plötzlich in Gefahr und wollte nun gemeinsam mit seiner Verlobten aus Karl-Marx-Stadt wieder in den Westen fliehen. Bei einem befreundeten Musiker gelangte er durch ein Täuschungsmanöver in den Besitz von dessen Personalausweis. Um bei Passkontrollen mit dem falschen Ausweisbild durchzukommen, verband er sich den Kopf mit Mullbinden. Doch es half nichts. Am 30. April 1955 wurden Gerd Hoppe und seine Verlobte in der Bahn von der Transportpolizei auf dem Weg nach Berlin festgenommen.

Die Stasi veranlasste, dass das Gerichtsverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Gründe wurden dafür nicht genannt, lagen aber auf der Hand: SED und MfS hatten sich bis auf die Knochen blamiert, was nunmehr nicht weiter öffentlich ausgebreitet werden durfte. Doch so ganz gelang es nicht, die Peinlichkeit zu vertuschen. Der »Telegraf« aus West-Berlin recherchierte den Fall Hoppe und titelte: »Ein Hochstapler bluffte Pankow.« ²⁵⁷

Die Stasi ging mit Hoppe, dem sie eine hohe Intelligenz bescheinigte, hart ins Gericht. Er hätte das Vertrauen der DDR auf das Schändlichste missbraucht. Es sei nicht abzusehen, welche internationalen Auswirkungen heraufbeschworen worden wären, wenn dem Beschuldigten sein Vorhaben, nach West-Berlin zu flüchten, gelungen wäre: »Seine Handlungsweise ist angetan, Konflikte im internationalen Maßstab zu verursachen.« ²⁵⁸ Hoppe hatte in einem ersten Geständnis erklärt, er habe »Theater gespielt«, es sei alles ein »Schildbürgerstreich« gewesen.

Zum Verhängnis wurde dem nach damaligem Recht gerade erst volljährigen Hoppe letztendlich seine ungebremste Amerika-Begeisterung, die er mit Millionen von westdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen teilte. Politische Absichten dürften kaum eine Rolle gespielt haben. Widersinnig war es auf jeden Fall, dass er ausgerechnet ins kommunistische Lager wechselte, um seinen unerfüllten amerikanischen Traum auszuleben. Den bestenfalls kleinkriminellen Charakter seiner Tat wollte nun aber niemand wahrnehmen, schon gar nicht die Stasi. Vor Gericht konnte allerdings Hoppe und seiner Freundin trotz aller Anstrengungen keine Agententätigkeit nachgewiesen werden. Er wurde zu sieben Jahren, seine Freundin zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt erklärte sich mit dem Strafmaß zunächst nicht einverstanden, merkte dann aber mit einer gewissen Genugtuung an: »Die Angeklagten werden die volle Strafhöhe zu verbüßen haben.« ²⁵⁹ 1960 wurde Hoppe vorfristig aus der Haft entlassen und verschwand spurlos von der zeitgeschichtlichen Bühne.

Zum keinen Zeitpunkt gab es in der DDR eine unabhängige Justiz. Handeln und Urteile der Rechtsprechung »im Namen des Volkes« waren den politischen Zielen der SED untergeordnet. Besonders in den



> HO-Hotel Chemnitz Hof: Hier wurden übergelaufene US-Soldaten einquartiert und von der Stasi auf mögliche Spionagetätigkeit überprüft. Vor 1967
Checkpoint Bravo e.V.

1950er-Jahren diente die Strafjustiz dazu, vermeintliche oder tatsächliche Regimegegner einzuschüchtern und auszuschalten. Die Justizpolitik der Machthaber und die Praxis des Justizapparates waren von Willkür und Unerbittlichkeit bestimmt. Als Untersuchungsorgan für politische Strafsachen führte die Staatssicherheit ihre Ermittlungsverfahren weitgehend unabhängig von den Staatsanwaltschaften. Das MfS entschied, welche Informationen die Staatsanwaltschaft erhielt und welche ihr vorzuenthalten waren. Vor allem in den frühen Jahren wurden Geständnisse erpresst, falsche Zeugenaussagen geliefert und Beweise manipuliert. Regelmäßig wurden die von der Staatssicherheit erstellten Schlussberichte von den Staatsanwälten nur geringfügig überarbeitet als Anklageschriften übernommen.

Meist beschwor die Stasi in ihren Untersuchungsberichten die Gefahren für den »Weltfrieden«, die von den Angeklagten angeblich ausgingen, die Beteiligung an der Vorbereitung eines »Dritten Weltkrieges« oder

den moralisch besonders verwerflichen Charakter der Tat. Die Verwaltung »W« des MfS, zuständig für die Sicherung des Uranbergbaus, verfolgte 1953 beispielsweise einen Vorgang in Johannegeorgenstadt, einer alten Bergstadt. Kurz nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 wurde dessen Bild mit Trauerflor in einem Korridor der Wismut AG beschädigt. Zeugenbefragungen führten schnell auf die Spur des Täters, eines Geophysikers (Jg. 1930) der Wismut AG, der umgehend verhaftet wurde. Im Schlussbericht zur Untersuchung stellte das MfS schon in den ersten Zeilen heraus, dass es sich bei der Tat nicht etwa um eine einfache Sachbeschädigung, sondern um ein politisches Staatsverbrechen von großer Tragweite handelt: »Der Beschuldigte [...] hat Kriegs- und Boykotttätigkeiten betrieben, indem er am 8.3.1953, zu einer Zeit, in der sich die gesamte friedliebende Menschheit der Welt aufgrund des Ablebens des Führers des Weltfriedenslagers in tiefer Trauer befand, das Bildnis des Generalissimus STALIN vorsätzlich zerstörte und besudelte und versuchte, das Vertrauen

und die Verbundenheit der Bergarbeiter zur friedliebenden Sowjet-Union zu untergraben.«²⁶⁰ Der Schlussbericht wurde zur Grundlage für die Anklage durch die Bergbaustaatsanwaltschaft Chemnitz. Antragsgemäß verurteilte das Bezirksgericht den Angeklagten zu vier Jahren Zuchthaus. Er wurde einem Haftarbeitskommando zugeteilt.

*Die politisch-operative Abwehrarbeit
»dient vor allem [...] der Festigung
der sozialistischen Gesetzlichkeit,
Rechtssicherheit und Rechtsordnung«.
(MfS-Definition)*

Politische Prozesse fanden häufig als Geheimverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. In anderen Fällen wurden Schauprozesse vor ausgewähltem Publikum abgehalten. Über Wochenschauen, Rundfunk und Zeitungen erreichte die Agitation der inszenierten Prozesse breite Bevölkerungsschichten. So wurde die von der Partei beabsichtigte politische Botschaft verbreitet: Innere und äußere Feinde greifen den friedlichen Aufbau des Sozialismus an, aber Partei und Arbeiterklasse sind wehrhaft. In enger Abstimmung zwischen Partei, Untersuchungsorgan, Justiz und Presse wurde der Prozessablauf vorab bestimmt, wobei allen Beteiligten festgelegte Rollen zugewiesen waren. Kaum etwas blieb dem Zufall überlassen, selbst die Angeklagten und Zeugen wurden zuvor unter Druck gesetzt und entsprechend präpariert.

Im Februar 1956 prangerte Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Verbrechen Stalins an und leitete damit eine Politik der Entstalinisierung ein. Dies hatte Folgen auch für die sowjetischen Satellitenstaaten. In der DDR bemühte sich Walter Ulbricht nach dem Moskauer Parteitag um innenpolitische Schadensbegrenzung und achtete strikt darauf, dass keine Diskussionen über Fehler der Vergangenheit aufkamen, die der stalinistisch geprägten DDR-Führung hätten gefährlich werden können. Er reagierte aber auf die allgemeine Erwartung nach Demokratisierung mit einigen unvermeidlichen politischen Zugeständnissen. Eine Kommission des Zentralkomitees, in der auch der

Minister für Staatssicherheit präsent war, verfügte die Entlassung von zahlreichen politischen Strafgefangenen. Auch in der Justiz galt es, »sozialistische Gesetzlichkeit« wiederherzustellen. Verfahren, die noch kurz zuvor zu hohen Strafen geführt hätten, wurden wegen Geringfügigkeit abgewiesen, anhängige Gerichtsverfahren durch niedrigere Strafmaße den neuen politischen Vorstellungen angepasst. Die SED verfügte die Entlassung von zahlreichen politischen Strafgefangenen. Doch das politische Tauwetter in Zeiten des Kalten Krieges währte nur kurze Zeit.

So passte es ins politische Gesamtklima, dass auch die Haftstrafen des falschen Amerikaners von Karl-Marx-Stadt und seiner Freundin überprüft wurden. Während die junge Frau 1957 aus der Haftanstalt Hoheneck freikam, musste Gerd Hoppe seine Strafe noch bis 1960 verbüßen. Der Staatsanwalt hatte zwar bereits ein Jahr zuvor eine bedingte Strafaussetzung befürwortet, aber das MfS sträubte sich dagegen – wegen »der schweren Schädigung des Ansehens der DDR«.²⁶¹

PBo

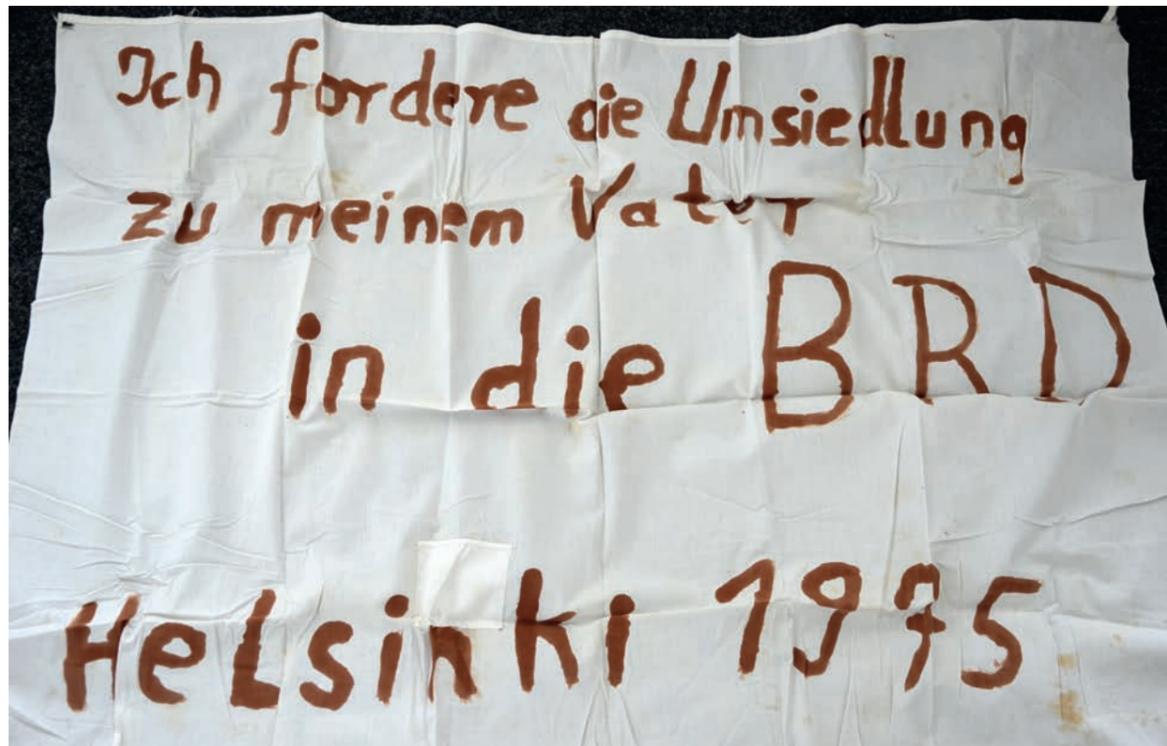
»Ich fordere die Umsiedlung!« – die Stasi bekämpft Ausreiseartragsteller

Nach mehreren vergeblichen Anträgen auf Ausreise aus der DDR beschriftete Claus-Hermann Dahl (Jg. 1943) am 14. Juni 1981 ein Tischtuch mit den Worten: »Ich fordere die Umsiedlung zu meinem Vater in die BRD / Helsinki 1975.« Am Morgen des Wahlsonntags befestigte er das Tuch von außen gut sichtbar am Fenster seiner Erdgeschosswohnung in der Siedlerstraße in Dresden. Nur zwei Stunden hing das Tuch dort, bis Dahl festgenommen wurde. Ein freiwilliger Helfer der Volkspolizei hatte Dahl gemeldet. Als Begründung für die Verhaftung führte die Stasi an: »Dahl ist dringend verdächtig, die staatliche Tätigkeit in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise beeinträchtigt zu haben.«²⁶²

Schon 1978 war Claus-Hermann Dahl mit seinem ersten Ausreiseartrag in den Fokus der Staatssicherheit

gerückt. Diesen zog er 1979 mit Rücksicht auf seine Familie zurück. Nach der Rücknahme des Reiseantrags informierte er sich im Westfernsehen über Ausreisemöglichkeiten und kritisierte offen die DDR. 1980 trat er aus dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) aus.

Den zweiten Ausreiseartrag stellte er im Oktober 1980. Im Folgemonat wurde dieser vom Rat des Stadtbezirkes Dresden-Ost, Abteilung Innere Angelegenheiten zurückgewiesen. Dahl gab sich damit nicht zufrieden. Er schrieb wiederholt an staatliche Organe der DDR und staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik, so auch an den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, den Bundesminister für innerdeutsche Angelegenheiten, Egon Franke, an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR und an den Generalsekretär der UNO (Organisation der Vereinten Nationen), Kurt Waldheim. Rund 30 Briefe verschickte er in dieser Zeit. Dahl trat immer fordern-



> Die Losung hing zwei Stunden am Fenster von Dahls Wohnung und war Anlass für seine Verhaftung am 14. Juni 1981. BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81; Foto: Herold/BStU



> Stasi-Häftling Claus-Hermann Dahl. 1981 BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Ermittlungsverfahren, Bd. 1, Bl. 62

der auf. Sein Ziel blieb die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Tod seiner Mutter hielt Dahl nichts mehr in der DDR. Er suchte die Hilfe seines Vaters in der Bundesrepublik. Mit dessen Unterstützung wollte er westdeutsche Behörden und Medien kontaktieren – das aber war nach den Gesetzen der DDR strafbar. Die Stasi bemerkte diese Aktivitäten, im Rahmen der Postkontrolle fielen ihr Briefe von Dahl, unter anderem an den Bundesminister für innerdeutsche Angelegenheiten, in die Hände.

Am 15. September 1981 verurteilte ihn das Bezirksgericht Dresden wegen »versuchter landesverräterischer Agententätigkeit« und wegen »Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit« zu zwei Jahren und vier Monaten Haft.²⁶³ Dahl konnte das Verfahren und die Verurteilung nicht nachvollziehen. Er widersprach vehement: »Ich sehe das alles ganz anders. Ich kann das nicht als Verbrechen ansehen. Ich habe keine ordentliche Antwort auf meine Ausreisearträge erhalten und wandte mich deshalb an meinen Vater in der BRD.«²⁶⁴

Am 19. August 1982 wurde Dahl aus der DDR-Haft im Wege des Freikaufs direkt in die Bundesrepublik entlassen. Der Freikauf bedeutete zugleich, dass er nicht wieder in die DDR einreisen konnte. Besuche bei seinen zurückgelassenen Familienangehörigen oder gar eine Rückkehr in die DDR wurden unmöglich.

Heute blickt Dahl auf die Ereignisse zurück: »Ursprünglich wollte ich nur meinen Vater im Westen besuchen. Aber das wurde mir von den Behörden verweigert. Diese Möglichkeit bestehe für mich nicht, wurde

mir erklärt. Was mich heute erstaunt, dass sich in den Stasi-Unterlagen dazu nichts findet. Dafür haben die Stasi-Offiziere das originale Tafeltuch mit meiner Losung archiviert sowie unzählige Vernehmungsprotokolle und dann noch meine Briefe in die Bundesrepublik.«²⁶⁵

Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 durch die DDR erwarteten viele Menschen verbesserte Ausreiseperspektiven, aber auch Reisemöglichkeiten. So berichtete der Leiter der Kreisdienststelle Bischofswerda (S. 157), Major Lehmann (Jg. 1929), in einem Telegramm an die Bezirksverwaltung Dresden vom 5. August 1975 über Erwartungen von Mitarbeitern im VEB Fortschrittswerk Bischofswerda und Bürgern der Stadt Großröhrsdorf, dass es mehr Reisemöglichkeiten in die Bundesrepublik geben werde. Antragsteller auf Ausreise aus der DDR beriefen sich nun häufig auf die von der DDR eingegangenen internationalen Verpflichtungen.²⁶⁶

Das Ministerium für Staatssicherheit versuchte auf unterschiedliche Weise, Ausreiseartragsteller von ihren Zielen abzubringen. Verstärkt wurden »operative« Maßnahmen eingeleitet, um Ausreisen zu kontrollieren und Fluchten zu verhindern. Dazu gründete die Stasi die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) mit Ablegern auf Bezirksebene – den Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) (S. 154). Mit dem Befehl 6/77 wurden die Ziele der ZKG konkretisiert. Die Aufgabe der neuen Abteilung war »die Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im

BStU
000004 1

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit

Dresden, den 14.6. 1981

Verfügung

Gemäß § 98 der Strafprozeßordnung wird gegen den/die

Name DAHL

Vorname Claus-Hermann

geboren am 23.12.1949 in Hemmingstedt/BRD

Beruf Betriebsschlosser zuletzt Lagerist

Wohnanschrift 8046 Dresden, Siedlerstraße 23

aus den unten angeführten Gründen die Einleitung/Erweiterung eines(des) Ermittlungsverfahrens angeordnet.

Gründe:

DAHL ist dringend verdächtig, die staatliche Tätigkeit in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise beeinträchtigt zu haben, indem er am 14.06.1981 aus einem Fenster seiner Wohnung für die Öffentlichkeit sichtbar ein Tafeltuch in den Maßen 0,90 m x 1,20 m mit dem Text "Ich fordere die Übersiedlung zu meinem Vater in die BRD Helsinki 1975", hing.

.....

strafbar gemäß § 214 Abs. 1 StGB




 Leiter des Untersuchungsorgans

*) Nichtzutreffendes streichen

> Verfügung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. 14.6.1981
BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Strafsache, Bd. 1, Bl. 4



> Immer mehr Antragsteller machten ihre Forderung nach Ausreise öffentlich: mit Aufklebern am Auto, hier sogar mit Transparenten.
Vor 1989
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 1839, Bild 1

Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zu erreichen.²⁶⁷

Die ZKG entwickelte auch Argumentationshinweise für hauptamtliche und für inoffizielle Mitarbeiter der Stasi, mit deren Hilfe die Antragsteller von ihrem Anliegen abgebracht und »Demonstrativhandlungen« unterbunden werden sollten. In der Argumentationshilfe stellte die ZKG klar heraus, dass dem Bürger die rechtliche Dimension aufgezeigt werden müsse. In Gesprächen mit Ausreisewilligen sollte darauf verwiesen werden, dass »jeder Versuch, durch die betreffenden Bürger oder im Zusammenwirken mit Einrichtungen, Organisationen und Personen des Auslandes in den verschiedensten Formen Druck auszuüben, unrechtmäßig [ist] und [...] zu strafrechtlichen Konsequenzen«²⁶⁸ führt.

In allen Bezirksverwaltungen wurden Statistiken über Anträge auf ständige Ausreise angelegt. Zwischen 1972 und 1986 stellten im Bezirk Dresden 35 300 Menschen

Anträge auf Ausreise, so viele wie in keinem anderen DDR-Bezirk.²⁶⁹ Jedes Jahr trugen mehr Menschen ihren Wunsch auf ständige Ausreise gegenüber den Behörden vor.

Ein Recht zur Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin ist nicht vorgesehen.²⁷⁰ (MfS-Befehl)

Die Verurteilung von Claus-Hermann Dahl war kein Einzelfall. Ausreiseantragsteller, die sich mit ihrem Anliegen an Einrichtungen der Bundesrepublik wandten, konnten wegen »landesverräterischer Agententätigkeit«, »landesverräterischer Nachrichtenübermittlung« oder »ungesetzlicher Verbindungsaufnahme« angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt werden.

CHe



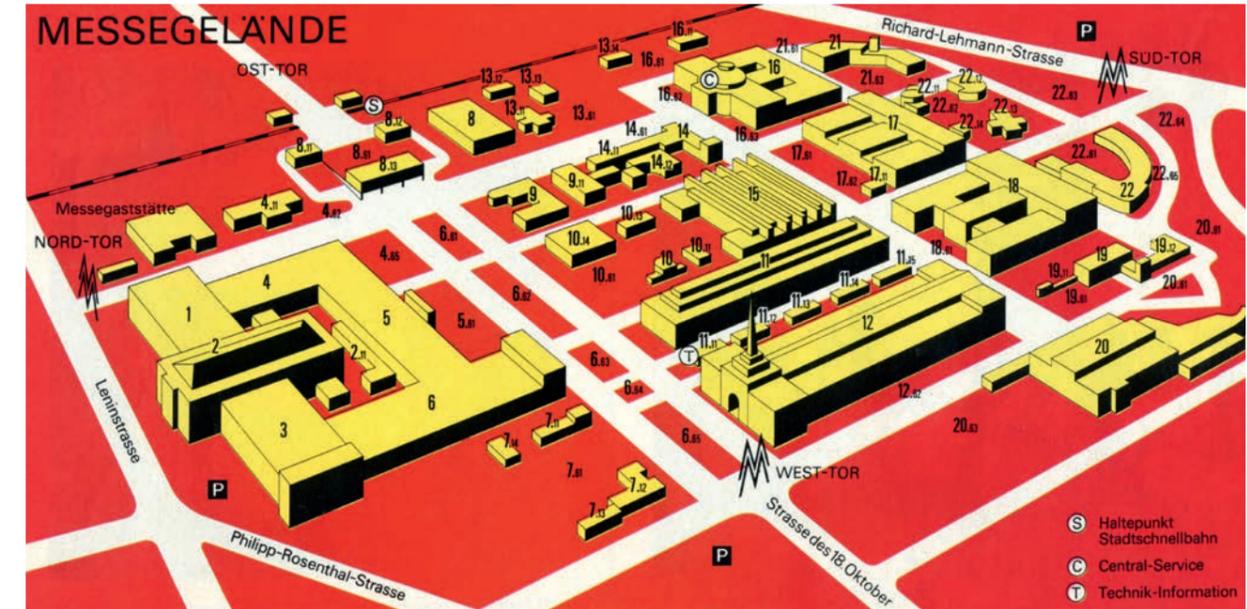
> Das doppelte »M«, Symbol für die Messestadt Leipzig, am Eingang des Messegeländes. 20.3.1988
Foto: picture alliance/ZB/ddrbildarchiv/Manfred Uhlenhuth

»Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt« – die Leipziger Messen

Zweimal im Jahr genoss die Stadt Leipzig eine internationale Aufmerksamkeit ohnegleichen. Zahlreiche Besucher aus der ganzen Welt und vor allem aus der Bundesrepublik strömten für einige wenige Tage zur Alten Messe unweit des Völkerschlachtdenkmal oder zu den 17 Messehäusern der Innenstadt. Zur Frühjahrsmesse 1969 waren es zum Beispiel fast 600 000 Besucher aus insgesamt 87 Ländern.²⁷¹ Für die Stasi stellten die Messen einen sicherheitspolitischen Ausnahmezustand dar. Die Bezirksverwaltung in Leipzig mobilisierte ihre inoffiziellen Kräfte und hauptamtlichen Mitarbeiter aus

allen Abteilungen und Kreisdienststellen. Sie forderte außerdem zusätzliche Verstärkung aus anderen Bezirksverwaltungen an. Im September 1989 kamen zum Beispiel 2 371 Offiziere zum Einsatz, das waren beinahe genauso viele, wie in der Bezirksverwaltung Leipzig selbst tätig waren.²⁷² Alle involvierten Dienststellen des MfS waren zu Messezeiten angehalten, ausführliche Tagesberichte zu liefern. Zudem gab es eine Spezialabteilung – die Arbeitsgruppe (AG) Messe –, die für die Organisation und die Koordinierung des Einsatzes zuständig war.

Die Frühjahrs- und Herbstmessen waren sowohl für die Stadt selbst als auch für die gesamte DDR eine Besonderheit. Der ökonomische Austausch sollte auch



> Das Leipziger Messegelände zählte 22 Hallen mit einer Ausstellungsfläche von 148 000 m². Vor 1989
BStU, MfS, BV Leipzig, BdL, Nr. 607, Bl. 12

propagandistischen Zwecken dienen und die politische Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland und durch westeuropäische Staaten forcieren.²⁷³ Dabei war die SED bestrebt, die DDR als innovativen, zuverlässigen und konkurrenzfähigen Wirtschaftspartner zu präsentieren. Deshalb kam den Messen eine Schau-fensterfunktion zu.²⁷⁴ Sie dienten als politische Bühne, auf der die Parteiführung internationale Delegationen empfing und mitunter Gespräche außerhalb des Protokolls führte.

Die Messen hatten international hohes Ansehen, auch wenn Ost- und Westpartner meist unterschiedliche Interessen verfolgten. So urteilte beispielsweise der Mitarbeiter einer bundesdeutschen Pharmafirma laut IM-Bericht: »Die Leipziger Messe [...] wäre äußerst wichtig. Hier müsse man sein, auch wenn auf der Messe selbst nicht immer das direkte Geschäft augenscheinlich wird. Aber hier würden Gespräche mit Partnern aus Ost und West geführt, die sich in späteren Geschäften indirekt auswirken. Außerdem müsste man sogar nach Leipzig kommen, auch wenn es sich geschäftlich gar nicht lohnt, weil in der internationalen Pharmaziebranche es sich keiner erlauben kann, dass sein Name nicht in Leipzig erscheint.«²⁷⁵

Leipzig galt DDR-weit als wichtigster Ort für den Ost-West-Handel. Die Geschäfte mit westdeutschen Partnern waren für die DDR von existenzieller Bedeutung, weil der Staat auf westliches Know-how im Bereich der Technologie und vor allem auf die im Export erwirtschafteten Devisen angewiesen war.²⁷⁶ Besonders zu Beginn der 1980er-Jahre, als die DDR kurz vor ihrer Zahlungsunfähigkeit stand, unternahm die Wirtschaftsverwaltung große Anstrengungen, die Ausfuhren in westliche Länder deutlich zu steigern. Im Westhandel sah die politische Führung das entscheidende Instrument für eine schrittweise Konsolidierung der staatlichen Finanzen.

Aufgrund dieser ökonomischen und politischen Relevanz legte die Staatssicherheit und ihre AG Messe auf die Vertragsverhandlungen zwischen ost- und westdeutschen Geschäftspartnern besonderes Augenmerk. Dabei sollten die sogenannte »wirtschaftliche Störtätigkeit des Gegners«²⁷⁷ oder eine potenzielle Wirtschaftsspionage rechtzeitig erkannt und verhindert werden. Den inoffiziellen Mitarbeitern kam dabei eine Schlüsselfunktion zu. Sie führten Kontrollgänge durch, verfassten Tagesrapporte, beobachteten Aussteller und Besucher und berichteten ausführlich über Gesprä-

Leipzig, den 10.03.85

MESSEBERICHT

BSIU

000024

Am 10.03.85 besuchte ich von 9.45 Uhr bis 10.30 Uhr das Mes-
sehaus "Handelshof". Dort war während dieser Zeit reger
Besucherverkehr zu verzeichnen. Alle Etagen waren mit Besuchern
gefüllt, so daß man nur langsam den Rundgang tätigen konnte.
Besonders großer Andrang herrschte auf der Etage der Rund-
funk und Fernsehausstellungen. An den Ständen der NSW Aus-
steller kam es zu Ansammlungen und Stau's. Vor allem konnte
man dort viele Jugendliche beobachten die dort standen und
vielleicht auf die Ausgabe von Prospekten warteten. Während
meiner Anwesenheit wurden aber dort keine Prospekte und Wer-
bematerialien verteilt. Auch an den Ständen von RFT standen
sehr viele Besucher. Zu Zwischenfällen und Auswertbaren Hand-
lungen kam es dabei nicht.

Vor und nach meinem Aufenthalt konnte ich feststellen, daß
in der Innenstadt ein großer Besucherverkehr herrschte.
Gegen 11.00 Uhr betrat ich das Gelände der technischen Mes-
se. Hier war ebenfalls reger Besucherverkehr zu verzeichnen.
Während meines Aufenthaltes besuchte ich die Hallen 1,5,11
und 15. Überall war starker Besucherverkehr wie auch auf
allen Freiflächen. Während meines Aufenthaltes fuhr die
Regierungs- und Parteidelegation an der Halle 4 vor. Um den
abgesperrten Flächen fanden sich viele Bürger ein, auch
schon lange vor den Eintreffen der Delegationen. Aus den Re-
aktionen der Bürger konnte ich entnehmen daß sie alle auf
diese Delegation neugierig waren und auf sie gespannt gewar-
tet haben. Zwischenfälle und auswertbare Handlungen konnte
ich dabei keine feststellen.

Von 15.20 Uhr bis 15.45 Uhr besuchte ich den "Dresdner Hof".
Besonders die Stagen vier und fünf für Aussteller der phar-
mazeutischen Industrie. Während dieser Zeit würde ich mitt-
leren Besucherverkehr einschätzen. Auf jeder Etage etwa
fünfzig bis sechzig Personen. Besonderer Andrang herrschte
bei Bayer Antibiotika, Hoechst, Boehringer Ingelheim und bei
der Haushaltchemie von Henkel. Dort kam es zu Gesprächen
zwischen Ausstellern und Besuchern. Nach meiner Auffassung
waren die Gespräche fachlicher Natur. Zu Verabredungen und
Austausch von Adressen kam es dabei nicht. Ein großer Teil
der Besucher waren jüngere Personen. Es könnten Studenten
gewesen sein. An anderen NSW Ständen kam es auch zu Gesprä-
chen zwischen Ausstellern und Besuchern. Dort war aber nicht
so ein Andrang zu verzeichnen wie bei oben genannten Firmen.
Weitere operativ auswertbare Handlungen konnten von mir keine
festgestellt werden.

Lohke

Lothar

> IM »Lothar« besuchte im Auftrag der Stasi Messehäuser in der Innenstadt und beobachtete Aussteller und Besucher
(RFT: Rundfunk- und Fernmelde-Technik). 10.3.1985
BSIU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX, Nr. 821, Bl. 24



> Das Leipziger Zentrum im Zeichen der Messe. 3.9.1955
BArch, Bild 183-32600-0034
Foto: Heinz Junge

che, die an den Messeständen zwischen westlichen
Geschäftsleuten und östlichen Verhandlungskadern
geführt wurden.²⁷⁸ Darüber hinaus gaben sie Gespräche
und Meinungen von internationalen Ausstellern – ins-
besondere aus der Bundesrepublik – wieder. So berich-
tete beispielsweise IM »Burk« über eine Mitarbeiterin
einer westdeutschen Laborfirma, »dass nach ihren Be-
obachtungen [...] die DDR in ihrem Gesamtbild außer-
lich bedeutend besser geworden und die Qualität der
angebotenen Waren ebenfalls besser geworden sei«.²⁷⁹

Des Weiteren leitete die Stasi umfangreiche Überprü-
fungen von ostdeutschen Messeteilnehmern ein. Nur
politisch zuverlässige Kader durften von den Betrie-



> Helmut Schmidt, zum damaligen Zeitpunkt Bundesfinanzminister,
besucht mit Ehegattin Loki die Leipziger Herbstmesse. Er wird vom
stellvertretenden Messedirektor Wolfgang Neupert (links) über das
Messegelände geführt. 7.9.1973
Foto: picture alliance/dpa/Chris Hoffmann

ben zur Messe geschickt werden. Ein Fachdirektor
für Beschaffung und Absatz aus den Leuna-Werken
wurde zum Beispiel im Vorfeld seines Einsatzes auf der
Leipziger Messe intensiv durchleuchtet. Dafür platzierte
die Staatssicherheit vier IM in seinem unmittelbaren
Umfeld. Sie berichteten über seine fachliche Qualifika-
tion, seine privaten Kontakte und seinen Umgang mit
Handelspartnern während der Messe.²⁸⁰

Neben der Überwachung von Handelsvertretern aus
Ost und West kontrollierte die Stasi auch das Messe-
personal. In den Fokus gerieten dabei mehr als 5 000
Personen – darunter das Auf- und Abbaupersonal,
Handwerker, Monteure, Standhilfen, Hostessen und



> Erich Honecker, begleitet von Horst Sindermann und weiteren Mitgliedern der Parteiführung, besucht einen Stand der Volksrepublik Polen auf der Frühjahrsmesse. 14.3.1976
Foto: picture alliance/akg-images

Dolmetscher. Das MfS befürchtete negative Einflüsse, da alle mit ausländischen und westdeutschen Bürgern in engem Kontakt standen.²⁸¹ Um diese Kontakte zu kontrollieren, überprüfte es die Messeausführungskräfte und rekrutierte unter ihnen zahlreiche IM. Diese erhielten sogenannte Komplexaufträge. »Wird vom Standpersonal der Firma politisch-ideologische Diversion betrieben bzw. Beeinflussung zum negativen Handeln ausgeübt?«, wurde dabei unter anderem gefragt, und: »Welche Aktivitäten werden unternommen, um geschaffene oder bereits bestehende Kontakte auszubauen und zu festigen? Gehen dabei die Aktivitäten vom DDR-Bürger oder NSW-Aussteller aus?«²⁸²

Schließlich war die Leipziger Messe auch ein zentraler Ort deutsch-deutscher Begegnungen auf privater Ebene. Vielen DDR-Bürgern bot ein Messebesuch die Möglichkeit, an Informationen und an Waren zu gelangen, die im Alltag kaum zu haben waren. Auch dies war Gegenstand der inoffiziellen Berichterstattung. IM »Kay« erhielt zum Beispiel zu Messezeiten den Auftrag, Informationen über neue Medikamente aus der Bundesrepublik zu liefern. Darüber hinaus sollte sie herausfinden, welche Präsente westdeutsche Firmen an Besucher verteilten: »Als die IM erklärte, sie interessiere sich für Psychopharmaka, bat [Name] sie einen Moment zu warten und ging nach hinten in seine Kabine. Nach etwa 3–5 Minuten kam er wieder und

überreichte der IM einen Beutel [...] Inhalt: Ein Stethoskop [...], eine große Packung Pralinen der Marke Mon Chéri, Oetker-Pudding, viel Literatur sowie die von ihr gewünschten Psychopharmaka.«²⁸³

Für ehemalige DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik ausgereist waren, stellte die Messe jahrelang eine der wenigen Gelegenheiten zur Einreise in die DDR dar. Sie kamen mit Freunden und Verwandten zusammen, die sie sonst nicht besuchen durften.²⁸⁴ Einige dieser Treffen wurden durch das MfS ebenfalls überwacht und beschattet.

Schließlich fanden Kontakte zwischen westdeutschen Händlern und ostdeutschen Bürgern auch außerhalb der Messehallen statt. Aufgrund der knappen Hotelkapazitäten begannen viele Leipziger, Zimmer in ihrer Wohnung an Messeaussteller zu vermieten.²⁸⁵ Aus diesen Begegnungen entwickelten sich oft langjährige freundschaftliche Beziehungen, die dem MfS ein Dorn im Auge waren: »Seit Jahrzehnten wiederholt sich dieser Prozess, sodass zwischen den Ausstellern und Standhilfen bzw. Quartiergebern Vertrauensverhältnisse entstanden, die teilweise den Charakter von Stützpunkten oder inoffiziellen Vertretungen bekannter Firmen und Konzerne tragen.«²⁸⁶ Dem MfS gelang es jedoch nicht, diese Beziehungen zu unterbinden.

»Den Leipziger Messen kommt die Aufgabe zu, die Stärke [...] des Sozialismus [...] überzeugend zu demonstrieren.«²⁸⁷

Zusätzlich zu den Messeteilnehmern legte die Staatssicherheit weitere sogenannte Risikogruppen fest. Wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen war die Überwachung der eigenen Bevölkerung dabei ein entscheidender Schwerpunkt. Besonders achteten die Offiziere hierbei auf potenzielle Unruhestifter. So galt es beispielsweise zu verhindern, dass unzufriedene DDR-Bürger wie Ausreisestellungsstellen während der Messe ihren Unmut öffentlich bekundeten. Die Stasi vermerkte immer wieder Einzelproteste. Sie schaffte es nichtdestotrotz, die eigene Bevölkerung unter Kontrolle zu halten.

ECa



> Das MfS fotografierte Abwässer, die in die Pleiße eingeleitet wurden. 30.1.1989
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XVIII, Nr. 673, Bl. 25, Bild 2

»Industrienebel« über dem »Rio Phenole« – Umweltverschmutzung in Leipzig

Der Naturschutz war in der DDR im Artikel 15 der Verfassung verankert: »Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur. Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheit der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers.«²⁸⁸ Mit dem Landeskulturgesetz vom 14. Mai 1970 wurde eine Reihe Bestimmungen zum Umweltschutz beschlossen, wofür die DDR auch internationale Anerkennung fand.

Das aber war nur die Theorie, die Praxis sah gänzlich anders aus. In einem Bericht vom November 1989 analysierte die Abteilung XVIII (S. 156) der BV Leipzig die Umweltsituation im Bezirk und bezeichnete die Stadt Leipzig und den Kreis Borna als »die großräumig am stärksten belasteten Gebiete der Republik und vermutlich auch Europas«²⁸⁹. Sie berichtete weiter, dass die Emissionsdichte der Stadt Leipzig im Vergleich zum Rest der DDR bei Schwefeldioxid um das 13-Fache und bei

Staub um das 10-Fache höher sei. Für Staatsfunktionäre und Betriebsleiter galt der Grundsatz: »Ökonomie vor Ökologie«²⁹⁰. Die größten Dreckschleudern im Süden von Leipzig, allen voran das Braunkohleveredlungskombinat Espenhain, mussten staatliche Kontrollen nicht fürchten, denn Planerfüllung ging vor Umweltschutz. Die Industrie bekam regelmäßig Ausnahmegenehmigungen zum Weiterbetrieb der veralteten Anlagen.²⁹¹

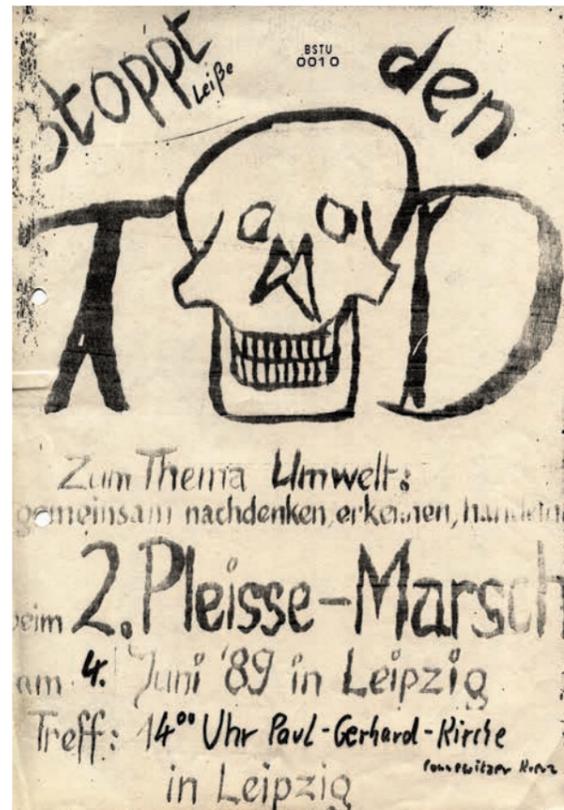
Die Folge war eine weiträumige Natur- und Landschaftszerstörung. Um kritische Diskussionen in der Bevölkerung zu verhindern und um sicherzustellen, dass Umweltdaten nicht in die Öffentlichkeit oder gar in den Westen gelangten, beschloss der Ministerrat der DDR 1982, alle Informationen über die Umwelt ab sofort geheim zu halten. Die Umweltverschmutzung war dennoch für jeden Leipziger sichtbar: Jeder spürte täglich mit allen Sinnen, dass es mit Wasser, Luft und Boden nicht zum Besten stand. Bei Smogwetterlagen war die Stadt in einen dichten braun-grauen Nebel gehüllt, verursacht durch Industrieabgase und Kohlefeuerung.²⁹² Dieser Nebel erschwerte das Atmen und war in Form von Niederschlägen als »saurer Regen« unter anderem verantwortlich für das Waldsterben und das Zerbröckeln historischer Bausubstanz.



> Mitglieder der Umweltgruppen verteilten selbst gemachte Anstecker zum ersten Pleißemarsch. 1988
BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 5310, Bd. 1, Bl. 189

Der wachsende Widerspruch zwischen den sozialistischen Erfolgsmeldungen und der geschundenen Natur weckte das Umweltbewusstsein vieler Menschen. Die Stasi registrierte eine steigende Anzahl von Eingaben zur Umweltpolitik der DDR und einen zunehmenden Unmut von Bürgern, die sich mit den hohlen Phrasen der SED-Funktionäre nicht mehr zufriedengaben.²⁹³ Mehr und mehr Menschen nahmen die Verfassung der DDR beim Wort und engagierten sich für den Schutz von Natur und Umwelt, misstrauisch beäugt von staatlichen Organen.

Ab Ende der 1970er-Jahre bildeten Bürger Umweltgruppen und Initiativen. Die 1981 beim Jugendpfarramt Leipzig gegründete »Arbeitsgruppe Umweltschutz« (AGU) war eine der ersten ökologischen Basisgruppen in der DDR. Sie gab das innerkirchliche Informationsblatt »Streiflichter« heraus, in dem Adressen von Ämtern und Behörden veröffentlicht wurden, an die Eingaben zur Umweltproblematik gerichtet werden konnten. Später veröffentlichte diese Untergrundzeitschrift auch die Eingaben selbst und die Antworten der staatlichen Institutionen.



> Mit dem Plakat »Stoppt den Pleiße-Tod« kündigten die Veranstalter den 2. Pleißemarsch an. 1989
BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 3612, Bd. 5, Bl. 10

Ein besonderes Engagement der Umweltgruppen galt der Pleiße. Die Pleiße, neben Elster und Parthe bestimmender Teil der städtischen Flusslandschaft Leipzigs und einst ein zauberhaftes Flüsschen mit vielen Badeanstalten, war durch die Einleitung von ungeklärten Industrieabwässern zu einer stinkenden Kloake verkommen und biologisch tot. Zwischen 1951 und 1956 ließen die Stadtoberen die Pleiße aus dem Stadtbild durch Einmauerung in eine Wölbleitung verschwinden, vermutlich verbunden mit der Hoffnung, sie verschwände so auch aus dem Gedächtnis der Stadt. Aber durch den Auenwald floss sie noch immer sichtbar und die im Wasser enthaltenen Schadstoffe bildeten an den Wehren riesige Schaumberge. In der Bevölkerung kursierte das bittere Bonmot, dass man, um einen Film zu entwickeln, diesen nur in die Pleiße – oder wie der Volksmund sagte – in den »Rio Phenole« halten müsse.

Anlässlich des Weltumwelttages am 5. Juni 1988 beschlossen Mitglieder der »Arbeitsgruppe Umweltschutz« und der »Initiativgruppe Leben« aus Leipzig, die verdreckte Pleiße ins Bewusstsein der Öffentlich-



> Rainer Müller geriet wegen seines Engagements für die Umwelt ins Visier der Staatssicherheit. Vor 1989
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. VIII, Nr. 1969, Bl. 21, Bild 1

keit zu rücken. Sie verteilten in der Stadt und in den Schaukästen verschiedener Kirchen Aufrufe für einen »1. Pleiße-Gedenk-Umzug«. Die Stasi reagierte umgehend. Zum einen übte sie Druck auf die Pfarrer der Kirchen aus, in Gottesdiensten Aufrufe zur Teilnahme am Pleiße-Gedenk-Umzug zu unterlassen. Zum anderen versuchte sie, durch Einflussnahme auf Vorgesetzte beziehungsweise durch Hausbesuche oder Vorladung von Oppositionellen, Teilnahmen zu verhindern.²⁹⁴ Trotz dieser Maßnahmen fand der Umzug statt und ca. 200 Männer, Frauen und Kinder liefen vom Sportplatz Rohrteichstraße entlang der Pleiße bis zum Clara-Zetkin-Park, permanent beobachtet von der Staatssicherheit, aber noch ungehindert.²⁹⁵

Dabei war auch Rainer Müller (Jg. 1966). Er brachte Plakate mit und rief seine Mitstreiter zu weiteren Aktionen wie der Teilnahme am Umweltgottesdienst in Deutzen am 12. Juni 1988 auf.²⁹⁶ Müller war schon als Jugendlicher in Konflikt mit dem Staat geraten. Er war aufgrund seines widerspenstigen Verhaltens zum Abitur nicht zugelassen worden. Zudem verweigerte er den Wehrdienst und fiel im Rahmen seines Studiums am

Leipziger Theologischen Seminar als »sehr von Umweltproblemen betroffen und [...] diesbezüglich engagiert« auf,²⁹⁷ wie ihm sein Rektor bescheinigte. Für die Stasi galt Rainer Müller als »Inspirator und Organisator öffentlichkeitswirksamer, gegen staatliche Interessen gerichteter Aktionen«²⁹⁸, wie Oberst Etzold (Jg. 1928) von der BV Leipzig im November 1988 urteilte. Auf das Engagement von Müller reagierte die Staatssicherheit mit Bespitzelung, stundenlangen Verhören und Ordnungsstrafen. Die Repressalien gegen seine Person liefen jedoch ins Leere. Bei den Vernehmungen sagte er kein Wort: »Der befragte Rainer Müller schweigt und ein Lächeln überzieht sein Gesicht.«²⁹⁹

Müller und weitere Mitglieder der Umweltgruppen ließen sich trotz Überwachung und Sanktionen nicht einschüchtern. Gestärkt durch den Erfolg des ersten Pleißemarsches planten sie weitere Aktionen für den Weltumwelttag 1989 unter dem Motto »Eine Hoffnung lernt gehen«. Die Stasi erfuhr von diesen Vorbereitungen erst im Januar 1989³⁰⁰, verbot den Pleißemarsch und traf eine Reihe Maßnahmen wie Disziplinierungsgespräche, Aussprachen und Befehlungen und sogar Festnahmen.³⁰¹ Sie richtete sogenannte »Beobachtungsstützpunkte« in der Nähe der Paul-Gerhardt-Kirche, Ausgangspunkt für den Pleißemarsch, im Stadtteil Connewitz ein. Dabei handelte es sich um die Wohnzimmer von »kooperationsbereiten« Anwohnern, aus denen die Aktion observiert und die Teilnehmer fotografiert werden konnten.³⁰² Trotz der staatlichen Einschüchterungsversuche versammelten sich am 4. Juni 1989 um 14.00 Uhr ca. 800 Menschen in der Paul-Gerhardt-Kirche und erfuhren dort vom Verbot des Pleißemarsches. Als nach Abschluss der Andacht ca. 150 Menschen Richtung Pleiße liefen, schritt die Volkspolizei ein. Sie löste den Demonstrationszug auf und nahm 74 Personen vorübergehend fest, die in Absprache mit der Staatssicherheit in der Nacht wieder entlassen wurden.³⁰³

Die Stasi verbuchte die Verhinderung des Marsches zwar als Erfolg. Doch ihr repressives und überzogenes Vorgehen offenbart eher, wie unsicher und nervös sie bereits im Frühsommer 1989 war.

Die »toten Helden der Arbeit« – das schwere Grubenunglück bei der Wismut AG 1955 in Niederschlema

Die meisten Bewohner des Dorfes Niederschlema im sächsischen Erzgebirge lagen am frühen Morgen des 16. Juli 1955 im tiefen Schlaf, als 480 Meter unter ihren Häusern ein Brand ausbrach.³⁰⁴ Ursache dafür war der Kurzschluss an einem Stromschalter im Schacht 250 der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut. Durch das Umschlagen der Wetter, also der Luftverhältnisse untertage, dehnte sich der Brand blitzschnell auf mehrere Sohlen des weitläufigen Schachtbereichs aus und konnte erst nach einer Woche vollständig gelöscht werden. Die Rettungsaktion beim Grubenbrand in Niederschlema wurde ein Desaster aus Fehlentscheidungen, Eigenmächtigkeiten und Fahrlässigkeiten.³⁰⁵

Drei Schweißer hatten den Brand um 1.00 Uhr morgens entdeckt und ihn zunächst mit Feuerlöschern zu bekämpfen versucht, die sich jedoch als defekt und unbrauchbar herausstellten. Die eilends informierte Schachtleitung sorgte nun dafür, dass alle Brigaden den Schacht verließen und das Einfahren der Fröherschicht verhindert wurde. Zehn Bergleute schafften es jedoch nicht rechtzeitig, ihre Arbeitsorte zu verlassen und wurden vom Feuer eingeschlossen. Fast drei Tage dauerte es, bis der sowjetische Einsatzleiter vom zentralen Bergrettungsdienst die Lage im Griff hatte. Zur Löschung des Brandes und zur Rettung der im Schacht gebliebenen Bergmänner waren insgesamt 639 Grubenrettungsleute, Feuerwehrmänner und Angehörige der Volkspolizei im Einsatz, der Großteil von ihnen wurde aus anderen Teilen der Republik und Ost-Berlin herangezogen.

Die Bilanz der Rettungsaktion waren am Ende 33 Tote und über 100 Verletzte. Nur fünf Todesopfer gehörten zu den Kumpeln, die es nicht rechtzeitig nach der Brandmeldung geschafft hatten, aus dem Schacht auszufahren. Die anderen fünf hatten sich in einem Querschlag einmauern und durch einen Pressluftschlauch mit Frischluft versorgen können. 56 Stunden lang harrten sie in ihrem selbst gebauten »Gefängnis« aus und wurden am 18. Juli 1955 lebend geborgen. Ihre »Mannhaftigkeit und ihr kluges Handeln« honorierte

der Generaldirektor Sergej Wolotschuk mit einer Prämie von jeweils 100 Mark.³⁰⁶ Die meisten Todesopfer waren Rettungskräfte, unter ihnen auch drei hochrangige Funktionäre der Wismut: der Leiter der Bergbauinspektion Karl-Marx-Stadt, Max Markstein, ein Mitglied des Kreisvorstandes der Industriegewerkschaft (IG) Wismut, Walter Brühl, sowie der Reviersteiger des Schachtes 250, Werner Fritzsche. Warum sie sich zur Unglücksstelle begeben hatten, noch dazu ohne Sauerstoffgeräte, blieb ungeklärt.

Die Wismut AG war von Anfang an berüchtigt für ihre Unglücks- und Todesfälle. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg und der Kapitulation Deutschlands von sowjetischen Geheimdienstoffizieren gegründet, förderte sie das im beginnenden Kalten Krieg für das nukleare Wettrüsten der Supermächte militärisch bedeutsame Uranerz. Nachdem die USA im August 1945 die zerstörerische Wirkung der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki unter Beweis gestellt hatten, sah sich Stalin unter Zugzwang – mit dem Abbau von Uranvorkommen in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR konnte er den Rohstoffmangel im eigenen Land kompensieren. 1947 offiziell als Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) gegründet, entwickelte sich das Unternehmen zu einem »Staat im Staate« mit einem umfassenden Netz von Transport- und Nebenbetrieben, Zulieferern, einem eigenen Gesundheitswesen und eigener Handelsorganisation.³⁰⁷ Zehntausende Menschen strömten in den Nachkriegsjahren in die Erzgebirgsregion Aue und Johanngeorgenstadt. Später dehnte sich der Uranabbau auch nach Ostthüringen um Gera und Ronneburg aus.

Auf dem Höhepunkt ihrer Arbeitskräfterekrutierung Anfang der 1950er-Jahre zählte die Wismut AG fast 200 000 Beschäftigte, zehn Jahre später pegelte sich das Personal auf rund 50 000 Personen ein und 1989 arbeiteten noch ca. 40 000 Männer und Frauen in dem Betrieb. Anfangs kamen viele der Nebergleute nicht freiwillig, sondern wurden von den Arbeitsämtern zwangsverpflichtet. Diese Praxis erwies sich als untauglich, da ein Großteil der Menschen aufgrund der miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Westen Deutschlands floh. Stattdessen lockte der Uranbergbau ab den 1950er-Jahren immer stärker mit hohen Löhnen und zahlreichen Vergünstigungen. Aus vormaligen »Zwangsarbeitern« wurden nun »privilegierte Kader-



> Produktionsziel vorfristig erfüllt: Die Brigade Hans Bleisch der Wismut-AG erfüllte den 5-Jahresplan in weniger als 21 Monaten. 23.9.1952
ADN Zentralbild, 183-16452-0001

arbeiter«³⁰⁸, deren Arbeitsfreude und Betriebstreue mithilfe neu gebauter Werkwohnungen, attraktiver Kultur- und Freizeitangebote, Qualifizierungsmaßnahmen und Treueprämien gefestigt wurden. Das Unternehmen avancierte zum sozialistischen Musterbetrieb, dessen Beschäftigte bald zu den privilegiertesten Industriearbeitern in der DDR gehörten.³⁰⁹ Waren die meist ungelernen Nebergleute in den ersten Jahren noch oftmals ohne Arbeitsschutzkleidung und Sicherheitsvorkehrungen eingefahren, um das »Erz für den Frieden« aus dem Gebirge zu holen, gab es 1955 schon Sicherheitsbestimmungen und Havariepläne.

Am 18. Juli 1955 rief die Regierung der DDR eine Sonderkommission ins Leben, die sich mit der Aufklärung der Havarie beschäftigen sollte. Ihr Leiter wurde Fritz Selbmann (1899–1975). Als Minister für Schwerindustrie zeichnete er für die deutsche Seite des 1954 in eine gemischte Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft umgewandelten Uranbetriebs verantwortlich. Parallel zu den Ermittlungen verfolgten die Funktionäre von Partei, Gewerkschaft und Geheimpolizei die Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung in der Region. Das Ministerium für Staatssicherheit besaß eine eigene Organisationseinheit im Urangebiet, die sogenannte

Objektverwaltung Wismut, und auch SED und Einheitsgewerkschaft FDGB unterhielten eigenständige Dependancen in der Wismut.

Die OV Wismut, 1951 gegründet, war die erste Dienst-einheit des MfS zur direkten Überwachung eines Wirtschaftsobjekts. Sie erhielt den Status einer Bezirksverwaltung. Ihre Zentrale lag in Karl-Marx-Stadt. Sie war bezirksübergreifend aufgebaut und besaß Objektdienststellen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden und Gera. Die OV Wismut wurde am 1. April 1982 aufgelöst und als Abteilung der BV Karl-Marx-Stadt angegliedert, mit einem deutlich schlankeren Personalbestand.³¹⁰

Das Berichtswesen lief auf Hochtouren, denn nichts fürchtete der SED-Staat mehr als den kollektiven Unmut seines Volkes. Vor allem der Ruf der Uranbergarbeiter als rauflustige und obrigkeitshassige Gemeinschaft war den Mächtigen aus den wilden Aufbaujahren noch gut in Erinnerung. Zwar hatte man die Bergleute durch die Bildung von Stammebelegschaften sowie durch ihre sozialpolitische Privilegierung (hohe Löhne und Prämien, attraktive Konsumgüterversorgung, ein umfangreiches Urlaubs- und Erholungsangebot) befrieden können. Doch das spezifische



> Ein Kurzschluss in einem Stromkasten verursachte den Grubenbrand, der sich blitzschnell verbreitete. 1955
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AS 7/56, Bd. 8, Bl. 16 und 55

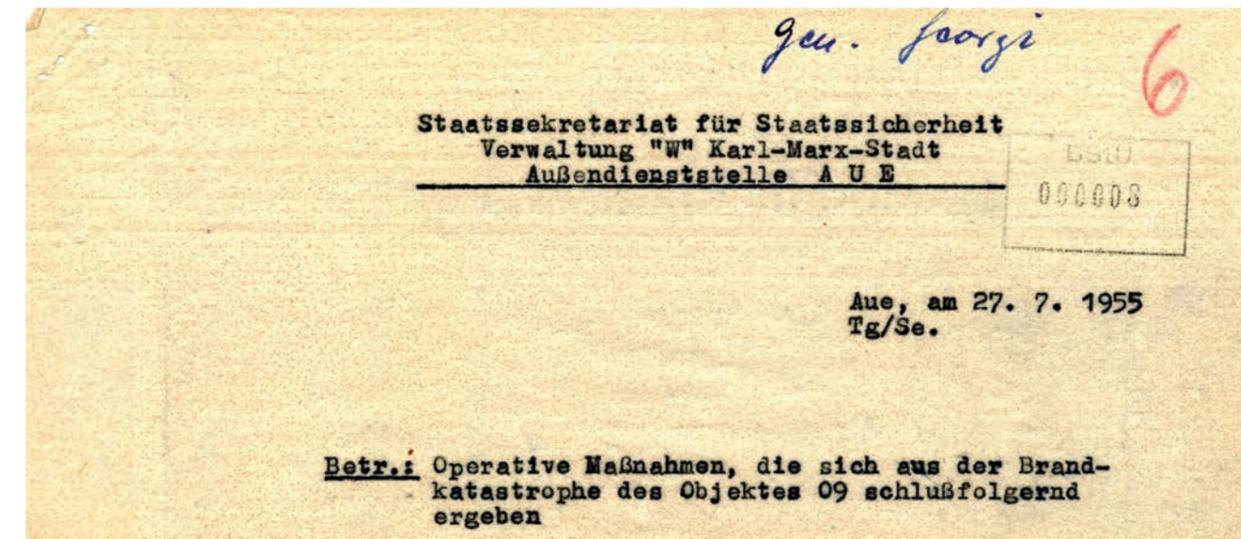
Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl einer Bergarbeiter-Gemeinschaft konnte nach Logik der Machthaber besonders schnell in Opposition zum Staat umschlagen – vor allem nach einem solchen traumatischen Ereignis mit mehreren Dutzend Toten.

Mangelhafte Berichterstattung und die in der DDR fehlende Öffentlichkeit behinderten eine umfassende Aufklärung der Ereignisse. So erschien erst am 19. Juli 1955, also drei Tage nach dem Ausbrechen des Grubenbrandes, eine fast beiläufige Pressemeldung in der »Volksstimme« mit dem nüchternen Titel »Unglück in der Grube Niederschlema«. Zahlreiche Bergarbeiter empörten sich, dass darin nur die geglückte Rettungsaktion sowie die tatkräftige Unterstützung der Regierung zur Sprache kamen. Der Mangel an Informationen ließ die Gerüchteküche brodeln, wie der Zuträger »Casino« dem MfS berichtete.³¹¹ So erzähle man sich, dass Rettungsmannschaften aus der Bundesrepublik zu Hilfe geholt worden seien, deren Sauerstoffmasken weitaus länger funktionieren würden als die 2-Stunden-Geräte der DDR. Vor allem aber fürchteten die Kumpel, der Sabotage verdächtigt zu werden, denn dieser in den 1950er-Jahren weit verbreitete und meist von den Funktionsträgern lancierte Universalvorwurf bei Störungen im Arbeitsablauf konnte die Freiheit oder gar das Leben kosten. Besonders in den Nachkriegsjahren verfolgten die sowjetischen Geheimdienstabteilungen im Urangebiet unnachgiebig

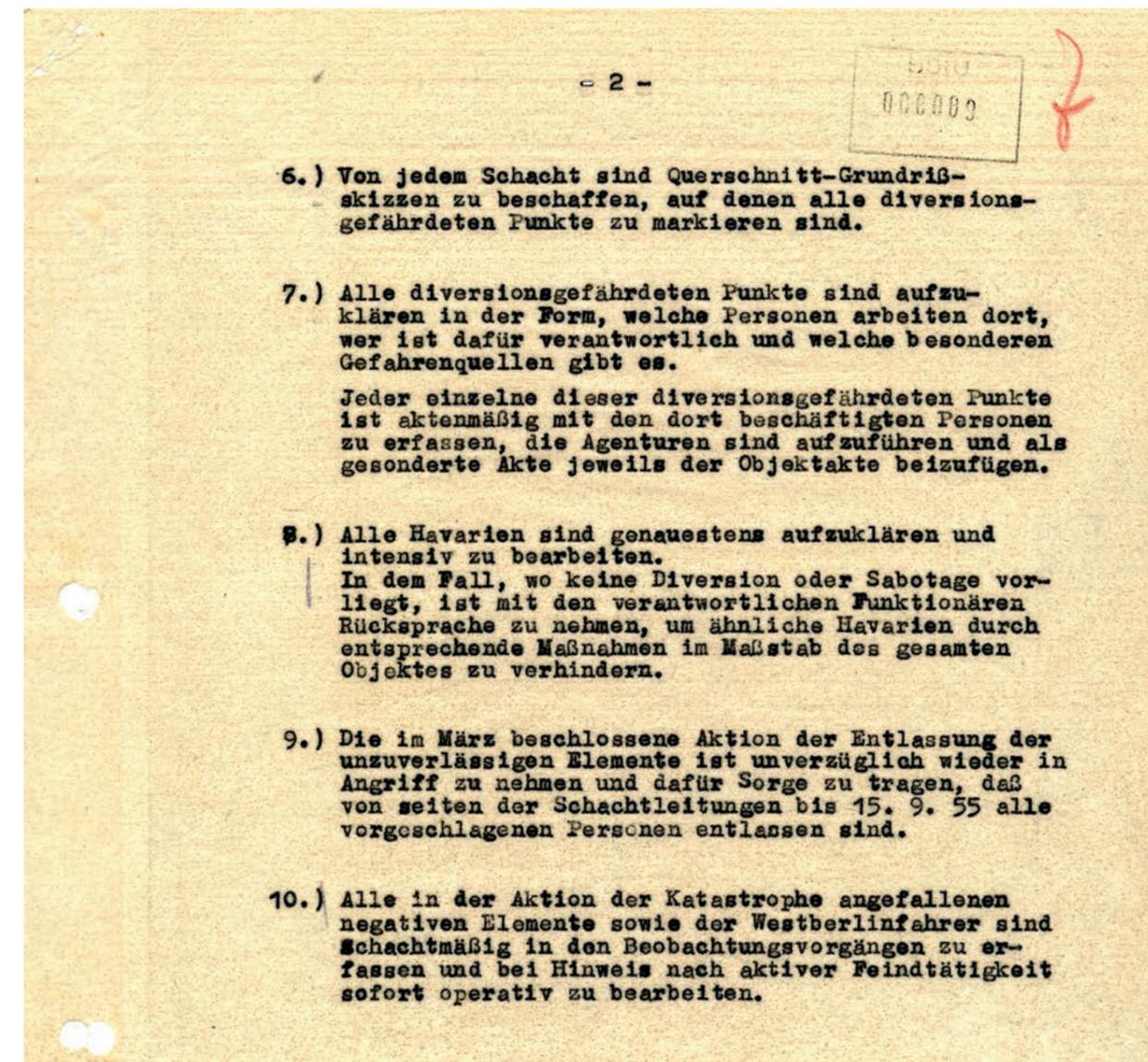
vermeintliche oder tatsächliche Saboteure und Spione. So hatte das Sowjetische Militärtribunal 1947 fast 50 Bergarbeiter wegen »antisowjetischer Untergrundtätigkeit« festnehmen lassen. Einige von ihnen wurden zu Haftstrafen von acht bis 25 Jahren verurteilt, ein Großteil der Angeklagten kam in die berüchtigten Speziallager der sowjetischen Geheimpolizei NKWD.³¹² Bis Mitte der 1950er-Jahre wurden mehr als 900 Deutsche u. a. wegen des Verdachts auf Spionage vom sowjetischen Geheimdienst nach Moskau verschleppt und ohne Prozess erschossen. Unter ihnen befanden sich mindestens 72 Beschäftigte der Wismut AG.³¹³ Daher konnte es nicht verwundern, dass nach dem Grubenunglück unter den Bergarbeitern Gerüchte von verhafteten Steigern und Kumpeln die Runde machten. Von einer Arbeiterin hatte »Casino« erfahren, dass der Parteisekretär verboten habe, von Kabelbrand zu reden; offizielle Unglücksursache sei Sabotage. Und wenn jene von den Kumpeln als »Geheime« bezeichneten Kundschafter die Schichtbusse betraten, verstummten schlagartig alle Gespräche. Wer wollte schon wegen leichtfertiger Äußerungen zur Vernehmung geladen werden?

Stalins Atomindustrie basierte in der UdSSR auf der Zwangsarbeit Zehntausender im Uranbergbau.

Besonders argwöhnisch aber wurden die Gedenk- und Beileidsaktionen der Bergarbeiter von den Kontrollorganen beobachtet. In einer »durchherrschten Gesellschaft«, die jeden Winkel des sozialen Lebens von oben durchleuchten und steuern wollte, trug ein solidarisches Gemeinschaftsgefühl den Keim der Systemdestabilisierung in sich. Ob Spendensammlungen für die Hinterbliebenen, Ehrenschilder oder Schweigeminuten – die Funktionäre waren wochenlang bemüht, derlei Aktivitäten der Bergleute zu unterbinden, wobei sie immer wieder in die propagandistische Zwickmühle gerieten. Denn die Solidaritätsaktionen der Arbeiter entsprachen durchaus den Postulaten der Partei. Solidaritätsspenden waren gewissermaßen obligatorisch im sozialistischen Betrieb und die sogenannten Stoß- oder Ehrenschilder, also unbezahlte zusätzliche Arbeitszeiten, stellten eine übliche Form der Produktionssteigerung in den 1950er- und 1960-Jahren dar.



Betr.: Operative Maßnahmen, die sich aus der Brandkatastrophe des Objektes 09 schlußfolgernd ergeben



- 6.) Von jedem Schacht sind Querschnitt-Grundriss-skizzen zu beschaffen, auf denen alle diversionsgefährdeten Punkte zu markieren sind.
- 7.) Alle diversionsgefährdeten Punkte sind aufzuklären in der Form, welche Personen arbeiten dort, wer ist dafür verantwortlich und welche besonderen Gefahrenquellen gibt es.
Jeder einzelne dieser diversionsgefährdeten Punkte ist aktenmäßig mit den dort beschäftigten Personen zu erfassen, die Agenturen sind aufzuführen und als gesonderte Akte jeweils der Objektakte beizufügen.
- 8.) Alle Havarien sind genauestens aufzuklären und intensiv zu bearbeiten.
In dem Fall, wo keine Diversion oder Sabotage vorliegt, ist mit den verantwortlichen Funktionären Rücksprache zu nehmen, um ähnliche Havarien durch entsprechende Maßnahmen im Maßstab des gesamten Objektes zu verhindern.
- 9.) Die im März beschlossene Aktion der Entlassung der unzuverlässigen Elemente ist unverzüglich wieder in Angriff zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, daß von seiten der Schachtleitungen bis 15. 9. 55 alle vorgeschlagenen Personen entlassen sind.
- 10.) Alle in der Aktion der Katastrophe angefallenen negativen Elemente sowie der Westberlinerfahrer sind schachtmäßig in den Beobachtungsvorgängen zu erfassen und bei Hinweis nach aktiver Feindtätigkeit sofort operativ zu bearbeiten.

> Die Staatssicherheit ging von einem Sabotageakt aus. 27.7.1956
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AS 7/56, Bd. 5, Bl. 8 f.



> Ministerpräsident Otto Grotewohl besucht Verletzte des Bergwerkunglücks von Niederschlema. 22.7.1955
ADN Zentralbild, 183-31881-003

Gingen diese Prozesse jedoch von den Arbeitern selbst aus, erweckten sie das Misstrauen der Funktionäre. Um die Kontrolle über diese Aktivitäten zurückzuerlangen, münzten sie die Solidaritätsaktionen der Arbeiter propagandistisch einfach um: Die Spendensammlungen wurden nun für den Ferientaufenthalt westdeutscher Kinder in den Erholungsheimen der IG Wismut verwendet; die Sonderschichten mussten zu Ehren der Genfer Konferenz gefahren werden, auf der die vier Siegermächte zu dieser Zeit über die Zukunft beider deutscher Staaten berieten.³¹⁴

Die Schwere des Grubenunglücks konnte allerdings letztlich weder verheimlicht noch relativiert werden. Da bald auch westdeutsche Zeitungen wie die »Welt«, die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« oder der »Tagespiegel« über den Brand in Niederschlema berichteten, gingen die Machthaber überraschend in die mediale Offensive. Das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« (ND) widmete sich dem Grubenunglück nun vier Tage hintereinander. Neben den Berichten gab es eine großformatige Traueranzeige mit namentlicher Nennung aller Todesopfer sowie Auszüge aus der Trauerrede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl beim offiziellen Trauerakt im Opernhaus Karl-Marx-Stadt, wo er die »toten Helden der Arbeit« ehrte.³¹⁵ Ende August lag der Untersuchungsbericht der Sonderkommission

vor, der auch auf dem Schreibtisch der Geheimpolizei landete.³¹⁶ Der Kurzschluss am Stromschalter konnte zwar, so deutete der Bericht an, durchaus absichtlich herbeigeführt worden sein. Doch Beweise für eine Sabotage gab es nicht. Im Wesentlichen hatten schadhafte Brandlöschgeräte, individuelle Fehlentscheidungen sowie die ungewöhnlich schnelle Ausbreitung des Feuers den Grubenbrand zu einer Katastrophe gemacht. Die meisten Todesopfer hätten vermutlich vermieden werden können, wenn die Betroffenen ihre mitgeführten Sauerstoffgeräte benutzt hätten.

Die Verantwortlichen scheinen ihre Lehren aus dem Grubenunglück von Niederschlema gezogen zu haben. Auch wenn es bis zum Ende der Uranerzförderung im Jahre 1990 immer wieder zu schweren und tödlichen Unfällen kam, so gingen die Zahlen doch stets weiter zurück. Die Sicherheitsvorkehrungen wurden verbessert, ihre Einhaltung strenger kontrolliert. Während 1960 das schwerste Grubenunglück der DDR im Steinkohlerevier von Zwickau/Oelsnitz mit über 100 Toten die Republik erschütterte, hat es ein ähnlich traumatisches Ereignis bei der Wismut nie mehr

Jsc



> Stasi-Häftling Gerhard Vahldiek. 1983
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 2447/84, Bd. 2, Bl. 97

Maschinengewehrfeuer auf »Grenzverletzer« – Flucht über Tschechien

Zwischen 1949 und 1961 flüchteten ca. 2,7 Millionen DDR-Bürger aus politischen, wirtschaftlichen oder privaten Gründen in den Westen. 1952 schloss die DDR die Westgrenze und baute sie schrittweise zu einem unüberwindlichen Bollwerk aus. Der wichtigste Faktor zur Absicherung der Grenze war neben den Sperranlagen der offene und verdeckte Einsatz von Angehörigen der Grenztruppen, der Volkspolizei und des MfS. Eine wichtige Rolle spielten die freiwilligen Helfer der Volkspolizei und Grenztruppen sowie Hinweise aus der Bevölkerung. Auch fernab der Grenzen ging die Stasi allen Hinweisen nach, die auf Vorbereitungen zur Flucht deuteten. Die Grenzen der sozialistischen Bruderstaaten zu westlichen und neutralen Ländern, etwa auf dem Balkan oder in der Tschechoslowakei, galten für viele DDR-Bürger als aussichtsreiche Möglichkeit für eine Flucht. Das erwies sich oftmals als folgenschwerer Irrtum, den viele mit ihrem Leben bezahlten.

1983 versuchte der Zwickauer Gerhard Vahldiek (Jg. 1952) mit zwei Freunden aus der DDR zu fliehen. Heute lebt er in Nordrhein-Westfalen bei Detmold. In der Nähe befindet sich das monumentale Hermannsdenkmal, das für den DDR-Bürger Vahldiek ein Sehensort war.³¹⁷

Im August 1983 stellten Sie und Ihre Frau mit dem Kleinkind einen Ausreiseantrag. Die Stasi zeigte sich erstaunt, denn Sie hatten erst eine Woche zuvor geheiratet. Was trieb Sie zu dieser Eile?³¹⁸

Ein Jahr zuvor war unser Sohn auf die Welt gekommen. Wir suchten eine größere Wohnung und bekamen nur katastrophale Angebote. Einmal wurde uns sogar eine baupolizeilich gesperrte Wohnung angeboten – und ich ließ mich auf diese Ruine sogar ein. Eine verrückte Entscheidung! Die Wohnungsgesellschaft gab uns für den Ausbau freie Hand. In der neuen Nachbarschaft freundeten wir uns mit Klaus und seiner Frau an. Wir verbrachten viel Zeit miteinander, tauschten uns gedanklich aus und stellten fest, wir hatten die gleichen Ziele und Ideale.

Meine Frau und ich waren fest entschlossen, die DDR zu verlassen. Wir befürchteten aber, man könnte uns ohne Trauschein auseinanderdividieren. Unseren gemeinsamen Ausreiseantrag legte ich in der Abteilung Inneres vor, wo mir die zuständige Angestellte mit tiefem Unverständnis und bohrenden Nachfragen begegnete. Sie verabschiedete sich mit den Worten: »Hier kommen Sie nie raus!« Ausgerechnet in diesen Tagen fragte mich Klaus völlig unverhohlen, ob ich bei einem illegalen Grenzübertritt mitmachen würde. Seine Frage verunsicherte mich einerseits, andererseits wollte ich ja weiterhin per Antrag in den Westen gelangen.



> Nachgestelltes Beweisfoto: Blick der Flüchtlinge aus ihrem Versteck heraus auf die Grenzpatrouille der ČSSR. 1983
BStU, MFS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 2447/84, Bd. 1, Bl. 56 unten

Und Sie entschieden sich ...

... für den Ausreiseantrag. Diesem wollten wir größeren Nachdruck verleihen und suchten zu dritt die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin auf. Dort wurde ich von den Volkspolizisten am Eingang zwar durchgelassen, meine Frau und das Kind mussten aber quasi als Pfand zurückbleiben. Im Wartezimmer hatte ich eine Begegnung mit einem Phantom: einem Abdruck der Schlussakte von Helsinki, den ich ehrfürchtig in die Hand nahm! Ein mir überaus zugewandter Beamter hörte sich schließlich mein Anliegen an, notierte sich Namen und Daten. Wieder auf der Straße wurde ich erneut in schikanöser Form kontrolliert. Aber wir hatten das Gefühl, das richtige Signal an diesen Staat gesendet zu haben und fühlten uns plötzlich irgendwie frei!

Sie warteten aber die Reaktion der Behörden auf Ihren Antrag nicht ab und entschlossen sich kurz darauf zur Flucht.

Ja, es traf alles zur selben Zeit zusammen. Ich fand in meinem Briefkasten eine Aufforderung zur Musterung bei der Nationalen Volksarmee vor und war ziemlich schockiert. Eine Weigerung konnte mich zwei Jahre ins Gefängnis bringen. Ich wollte dem irgendwie entgehen und war damit schnell bei der Flucht-Idee von Klaus. Damit fing der gemeinsame Plan an zu reifen. Im Sinne des Strafgesetzes hatten wir uns spätestens jetzt strafbar gemacht. Nach der Logik der DDR begann eine Flucht mit der Planung. Größte Vorsicht war also geboten! Wir wussten beispielsweise nicht, ob wir belauscht

wurden. So stiegen wir ins Auto von Klaus und fuhren an einen Ort außerhalb von Zwickau, um ungestört zu planen und bezogen schließlich auch Rolf als dritten Mann in die Flucht mit ein.

Sie hatten ja bereits einen gescheiterten Fluchtversuch hinter sich und wollten es nun erneut wagen?

Da hatte ich einen kleinen Vorsprung in puncto Fluchterfahrung. Zehn Jahre zuvor musste ich für diesen planlosen Fluchtversuch ein Jahr Gefängnis absitzen. Danach galt ich als vorbestraft und glaubte mich daher eine Zeit lang vor der Wehrpflicht sicher. Diesmal sollte die Flucht besser vorbereitet sein. Allerdings wussten wir nicht, wie die Grenze der ČSSR beschaffen sein würde. Wir wussten nur, dass es dort keine Minenfelder und keine Selbstschussanlagen gab.

Und Ihre Ehefrauen wollten Sie zurücklassen?

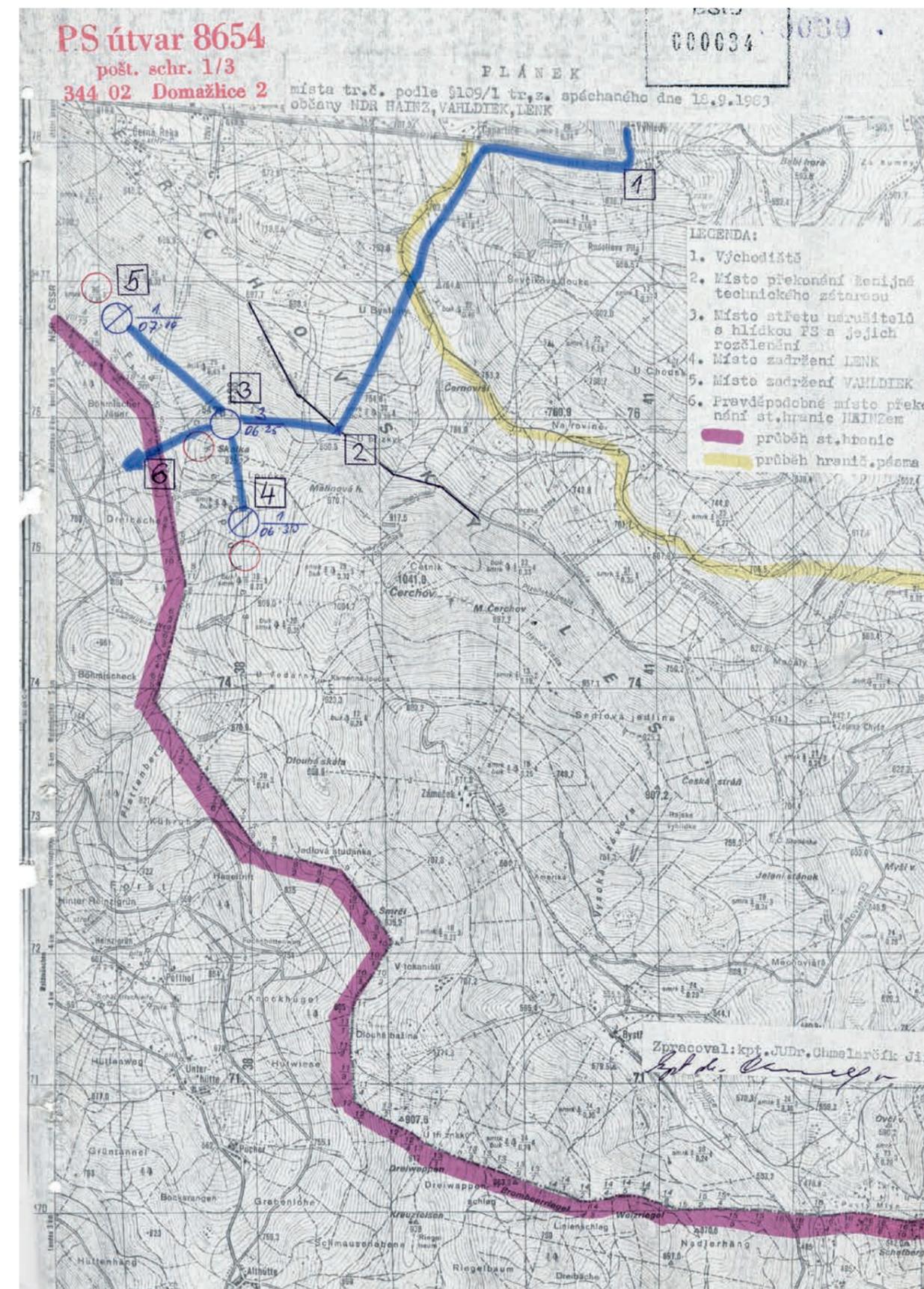
Gemeinsam mit unseren Familien trauten wir uns die gefährliche Flucht nicht zu. Wir setzten entschlossen auf eine spätere Familienzusammenführung – nach unserer geglückten Flucht. Von Anfang an waren wir uns darin einig, dass wir unseren Frauen nichts erzählen würden. Dennoch waren sie ungefragt Beteiligte bei der Vorbereitung. Wir wollten nämlich alle gemeinsam mit zwei Autos unseren Urlaub auf dem tschechischen Campingplatz »Babylon« bei Domažlice verbringen. Der lag nahe genug an unserer ersehnten Grenze zur Freiheit, um es mal so auszudrücken. Das Ziel hatte ich vor Augen, zugleich fürchtete ich die abrupte und möglicherweise längere Trennung von meiner Frau und meinem Sohn.

Aber zunächst mussten Sie sich ja unbemerkt auf den Fluchtweg begeben!

»Wir wollen Pilze suchen«, behaupteten wir gegenüber unseren Frauen und hatten damit den Tag für uns allein. Eine Landkarte und der im Wetterbericht angekündigte Westwind halfen uns, die Richtung einzuhalten. Dabei hatten wir natürlich ein Pilzmesser, aber auch einen Bolzenschneider.

Den Beutel mit Pfeffer nicht zu vergessen. Was wollten Sie denn damit anfangen?

Den Pfeffer kaufte ich in verschiedenen Geschäften von



> Skizze der ČSSR-Organen: Fluchtwege der drei Männer nach ihrer Entdeckung. 1983
BStU, MFS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 2447/84, Bd. 1, Bl. 34

Zwickau. Ich wollte damit die Hunde an der Grenze abwehren und in die Irre leiten. Auf eine Hand voll Pfeffer reagiert noch jeder Hund allergisch!

Wir bewegten uns durch Waldgebiet, durch offenes Gelände, überstiegen Koppelzäune und Bäche. Die Dunkelheit der Mondnacht schützte uns einerseits, andererseits raubte sie uns Orientierung. Einmal traf Klaus die schreckliche Feststellung: »Hier waren wir schon!« Wir hatten uns also im Kreis bewegt. Als wir uns kurz vor den Grenzanlagen glaubten, gönnten wir uns völlig ermattet eine Pause. Die Freunde schliefen ein und ich wachte. Am nächsten Morgen sahen wir erstmals die Grenze, beobachteten die Kontrollgänge der Grenzer und ermittelten die zeitlichen Abstände der Kontrollgänge, die regelmäßig alle drei Stunden stattfanden. Vor uns lag nun eine Grenze, über die wir bislang nur spekuliert hatten, wie sie aussieht. Nur sah jetzt alles viel schlimmer, viel unüberwindlicher aus! Geschützt vom Morgennebel durchschnitten wir die Zäune und Stacheldrähte, überwandten Stolperdrähte, geharkte Sandstreifen. Als plötzlich Motorengeräusche und Stimmen zu hören waren, verbargen wir uns hinter Büschen. Wir wussten nicht: Hatten wir stillen Alarm ausgelöst? Oder hatten wir gar schon die Bundesrepublik erreicht? Flüsternd machte ich einen absurden Vorschlag. Ich wollte den einen Posten fragen, ob er Deutsch spreche. Rolf zeigte mir einen Vogel – nicht ganz zu Unrecht. Als ich den Posten aus meiner Deckung heraus zaghaft anrief mit »Sprechen Sie deutsch?«, schrie dieser sofort »Stoi!«. Unter Salven von Maschinengewehrfeuer rannten wir in verschiedenen Richtungen davon. Plötzlich war mir, als würde mir jemand einen Topf mit kochendem Wasser an die rechte Körperseite schütten.

Sie wurden angeschossen ...

Können Sie sich das vorstellen? Ich war unfähig zu laufen, geschockt und versteinert. Die Grenzer holten mich sofort ein, schlugen mit Gewehrkolben zusätzlich auf mich ein und transportierten mich ab. Im Krankenhaus von Domažlice wurde ich einer Operation unterzogen und stand anschließend in meinem Zimmer unter Dauerbewachung. Später wurde ich der Staatssicherheit der DDR übergeben und kam zunächst ins Haftkrankenhaus Berlin-Hohenschönhausen. Die Schussverletzung machte mir gesundheitlich lange zu schaffen.

Und was widerfuhr den Freunden?

Klaus hat es geschafft. Er sah als Erstes das grüne Nummernschild eines Treckers, das ihm verriet, dass er Bayern erreicht hatte. Rolf wurde ebenfalls festgenommen und später per Flugzeug in die DDR zurückgebracht. Wir trafen uns im Stasi-Gefängnis wieder, in Bautzen II, und wurden in einer Zelle zusammengelegt.

*»Grenzprovokationen sind Teil der aggressiven Politik des Imperialismus und werden [...] im Interesse bzw. Auftrag des Feindes [...] begangen.«
(MfS-Definition)*

Das Kreisgericht Karl-Marx-Stadt verurteilte Sie im Januar 1984 in einer nicht öffentlichen Verhandlung zu zwei Jahren und vier Monaten Haft wegen Republikflucht. Wie gingen Sie mit dieser Perspektive um?

Ich sagte mir, im kommenden Winter werde ich im Teutoburger Wald unterm Hermannsdenkmal Ski laufen. Das war mein meditativer Gedanke, mein jahrelanger Traum. Ich hoffte nun auf einen Freikauf durch Bonn. Und so kam es auch. Rolf und ich wurden im Juni 1984 zeitgleich mit einer Reihe anderer Häftlinge mit Bussen aus der DDR ins Notaufnahmelager Gießen gebracht. Die Busse kamen aus der Bundesrepublik und hatten Wechselkennzeichen, also in der DDR Ostkennzeichen und im Westen Homburger Kennzeichen. Begleitet wurden wir von DDR-Rechtsanwalt Dr. Vogel und seinem legendären goldenen Mercedes. Zu mir sagte er: »Ihre Familie wird spätestens zu Weihnachten bei Ihnen sein.« Er behielt Recht.

Noch 1985 heißt es in einem Stasi-Vermerk über Sie: »Vahldiek besitzt eine negativ-feindliche Einstellung zur DDR.«³¹⁹ Einen abschließenden Kommentar?

Ade, du grausames, du schönes Land!

PBo



> Feierstunde im Rahmen einer Jugendweihe in Dresden. 22.3.1955
BArch, Bild 183-29545-0002

»Nazischwein« und »Adenauer-Spion« – Pfarrer im Kampf gegen die Jugendweihe

Im Juni 1953 entschied die SED-Führung – gedrängt von der sowjetischen Führung, die mit dem bisherigen harten Kurs nicht mehr einverstanden war –, auch ihren Umgang mit den Kirchen einer Korrektur zu unterziehen. An die Stelle von Repressionen sollte eine intensive Aufklärungs- und Kulturarbeit im Sinne des Sozialismus treten. Im März 1954 beschloss das Politbüro der SED, die alte »antiklerikale« Tradition der Jugendweihe aufzugreifen und propagandistisch zu nutzen. Bereits die Jugendweihen der freireligiösen Bewegungen, der Freidenker und der sozialdemokratischen Organisationen im 19. Jahrhundert waren gegen die Kirchen gerichtet gewesen. Im November 1954 trat nun die SED-Führung mit einem Jugendweihaufruf an die Öffentlichkeit. Vor allem die Tatsache,

dass sich dieser Aufruf an alle, auch an die christlichen Jugendlichen wandte, führte zu heftigen Reaktionen der Kirchen. Dass christliche Mädchen und Jungen an einem Ritus teilnehmen sollten, der als antikirchlich verstanden werden musste, führte zu Spannungen zwischen Staat und Kirchen und konterkarierte das ursprüngliche Korrekturvorhaben der SED hinsichtlich ihrer Kirchenpolitik. Nichts hat die Kirchen in der DDR so sehr belastet, nichts das Fortschreiten der Entchristlichung so vorangetrieben wie die Einführung der Jugendweihe.

In weniger als fünf Jahren gelang es dem SED-Staat, den neuen Ritus zu etablieren: Im Frühjahr 1955 fanden die ersten Jugendweihen statt, 1959 nahmen an ihnen bereits weit über 80 Prozent der Jugendlichen teil. Nur noch kleine Randgruppen entzogen sich der Feier. Diese Durchsetzung der Jugendweihe konnte in einer noch weitgehend christlich geprägten Gesell-

schaft nur mit Zwang erreicht werden. Jugendliche, die nicht an der Feier teilnahmen, wurden benachteiligt und eingeschüchtert, Eltern unter Druck gesetzt. Niemand wusste, ob ihm bei Ablehnung der Jugendweihe berufliche Nachteile entstünden. Besonders die Geistlichen, die öffentlich gegen den Ritus auftraten, sahen sich unterschiedlichen Repressionen ausgesetzt. Der Staatssicherheitsdienst wirkte bei der Durchsetzung des neuen Ritus nachhaltig mit. Schon bald begannen seine Mitarbeiter Informationen über Jugendweihegegner zu sammeln. Besonders im industrie- und bevölkerungsreichen Süden der DDR entbrannte ein harter Kampf um die Einführung der Jugendweihe. Geistliche wurden bespitzelt und durch Einschüchterung, Verbreitung von Lügen und Pressekampagnen mundtot gemacht. In Einwohnerversammlungen wurden Seelsorger öffentlich angegriffen und nicht selten deren Versetzung gefordert. Man versuchte, einen Keil zwischen die Geistlichen und die Gläubigen zu treiben. Verängstigt, oft alleingelassen oder eingeschüchtert zogen sich so angegriffene Seelsorger zurück und äußerten sich nicht mehr kritisch zur Jugendweihe.



> Pfarrer Martin Zunkel versuchte auf einer vom Rat des Kreises Schmölln einberufenen Versammlung am 25. Juni 1955 die Haltung der Kirche zur Jugendweihe zu begründen. Ihm wurde jedoch das Wort entzogen.

BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 54/59, Bl. 121

kittelhure« und »Faschistenweib« beschimpft. Die Versammlung forderte die Absetzung des Geistlichen. Dem Pfarrer wurde durch den Rat des Kreises eröffnet, dass er den Bezirk Leipzig binnen 72 Stunden zu verlassen habe. Landesbischof Mitzenheim, durch den Rat des Kreises informiert, legte gegen die Ausweisung des Geistlichen beim stellvertretenden Ministerpräsidenten Nuschke Beschwerde ein und beantragte eine Ministerratsentscheidung. Gemeindeglieder sammelten Unterschriften für den Verbleib des Pfarrers. Die Stasi versuchte vergeblich, die Unterschriftenlisten einzuziehen und führte Vernehmungen der Initiatoren durch. Doch jedes Mal waren zahlreiche Einwohner vor Ort, sprachen Drohungen gegen die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes aus und forderten die Freilassung der Festgenommenen. Die Arbeitsleistung in den örtlichen Betrieben in der Gemeinde ließ nach, Arbeitsniederlegungen drohten. Der Kampf der Einwohner um ihren Pfarrer hatte schließlich Erfolg und Martin Zunkel durfte bleiben.³²¹

Im Kampf um die Einführung der Jugendweihe stand auch der evangelische sächsische Landesbischof Gottfried Noth (1905–1971) im Visier des MfS. Im Januar 1955 legte die Stasi gegen ihn einen Überprüfungsvorgang an und begründete diesen Schritt u. a. damit,

Ein bewegendes Beispiel von Zivilcourage und Stärke des Zusammenhalts zeigte sich in den Orten Lumpzig und Dobitschen im Kreis Schmölln. Dort geriet Pfarrer Martin Zunkel (1925–1994) ins Blickfeld des Staatssicherheitsdienstes. Er ermahnte im Februar 1955 die Pädagogen der Grund- und Oberschule, jegliche Werbung für die Jugendweihe an der Schule zu unterlassen, weil von staatlicher Seite stets die Nichtstaatlichkeit des Ritus betont worden war. Da seine Mahnung unbeachtet blieb, berief er eine Kirchgemeindeversammlung ein, um den Standpunkt der Kirche zur Jugendweihe darzulegen. Auf der Versammlung, an der ca. 500 Einwohner teilnahmen, wurde die Jugendweihe von den Anwesenden entschieden abgelehnt. Nun schaltete sich die Staatsmacht in das Geschehen ein.³²⁰ Der Rat des Kreises »inszenierte« eine neue Versammlung. Nur wenige Gemeindeglieder waren geladen, als dem Pfarrer von ausgewählten SED-Mitgliedern haltlose Vorwürfe gemacht und schließlich die Möglichkeit einer Widerlegung verwehrt wurde. Als der Pfarrer die Versammlung verließ, wurde er als »Nazischwein«, »Saboteur«, »Verbrecher« und »Adenauer-Spion« verunglimpft. Manche riefen: »Schlagt ihn tot« oder »Hängt ihn auf, aber möglichst verkehrt herum«. Eine Frau aus der Kirchengemeinde, die ihm folgte, wurde als »Schwarz-



> Landesbischof Moritz Mitzenheim legte mit einem Telegramm beim stellvertretenden Ministerpräsidenten Beschwerde über die geplante Ausweisung Pfarrers Zunkels ein. 24.7.1955

BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 54/59, Bl. 190

dass sich der Bischof in seinen Kanzelabkündigungen gegen die »demokratischen Erneuerungen« in der DDR, zu denen auch die Jugendweihe gerechnet wurde, wandte.³²² Noth setzte sich mit aller Kraft für den »Entweder-Oder-Standpunkt« ein, also für das Prinzip, dass Konfirmation und Jugendweihe strikte Alternativen waren und sich christliche Jugendliche letzterer nicht unterziehen durften. Die Stasi unternahm mehrere Versuche, Informanten in seinem Umfeld anzuwerben. Schließlich gelang es ihr, den Oberlandeskirchenrat Dr. Konrad Müller (1900–1977) für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.³²³ Bis zu seiner Versetzung im Jahr 1959 berichtete der Kirchenmann über alle Kircheninterna. Dadurch war der Staatssicherheitsdienst über die wesentlichen Schritte Noths gegen die Jugendweihe informiert.

Auch der katholische Bischof des Bistums Meißen, Otto Spülbeck (1904–1970), trat entschieden dagegen auf, dass christliche Jugendliche zur Teilnahme an der Jugendweihe genötigt wurden. Selbst promovierter Naturwissenschaftler kritisierte er das Jugendweihegeschenkbuch »Weltall, Erde, Mensch«, das die Jugendlichen von der Richtigkeit des Atheismus überzeugen sollte. Seine Ergebnisse, die er in Referaten bekanntgab, wurden allgemein verbreitet. So wurde ein dreiteiliger Vortrag Spülbecks auf Tonband aufgenommen und

in verschiedenen Kirchen Sachsens vorgespielt. Ein Informant des Staatssicherheitsdienstes berichtete, der Bischof habe das Buch Abschnitt für Abschnitt zerpfückt und teilweise ins Lächerliche gezogen, sodass »unzählige Male von der gesamten Zuhörerschaft Beifall gegeben wurde und man auch auf dem Tonband das laute Lachen der Menschen« hören konnte. Der Informant sei über das Gehörte so empört gewesen, dass er »nachts kaum schlafen« konnte. Er forderte die Beschlagnahme der Tonbänder und eine Bestrafung des Bischofs.³²⁴

Für die Kirchenoberen hatte ihr Eintreten gegen die Jugendweihe kaum Folgen, es waren die Geistlichen vor Ort, die die Repressionen des Staatssicherheitsdienstes ertragen mussten. Die Benachteiligungen der Jugendlichen und der Eltern, die den sozialistischen Ritus ablehnten, lassen sich aus den MfS-Unterlagen nur selten nachweisen, da hier häufig andere Instanzen tätig wurden. Das Leid und die Ungerechtigkeit, die daraus erwachsen, wirken bis heute spürbar nach.³²⁵

MAn



> Inszenierung der Macht: die politische Prominenz auf dem Balkon. 13.2.1985
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 9

Staatsaffäre Opernpremiere – die Wiedereröffnung der Semperoper unter Stasi-Kontrolle

Am 13. Februar 1985 genoss die Stadt Dresden internationale Aufmerksamkeit wie kaum seit der Gründung der DDR. 200 Journalisten aus der Bundesrepublik und Westeuropa sowie 180 Journalisten aus der DDR waren angereist, um über die feierliche Wiedereröffnung der Semperoper zu berichten.³²⁶ Die SED hatte nicht ohne Grund dieses Datum für das Ereignis festgelegt. Genau 40 Jahre zuvor hatten vor allem britische Bomben weite Teile der Stadt Dresden und die Semperoper zerstört. Auch die Entscheidung für den »Freischütz« als Eröffnungsvorstellung traf die SED bewusst: Carl Maria von Webers Oper war das letzte Stück, das vor Schließung des Opernhauses im August 1944 aufgeführt worden war.

Die neue Semperoper sollte als Glanzstück der »sozialistischen Kunstpflege« einen Beitrag zum internatio-

nen Ansehen der DDR leisten.³²⁷ 265 Millionen DDR-Mark hatte der Staat in den Wiederaufbau investiert.³²⁸ Dass es sich beim 13. Februar um einen besonderen Tag handelte, war für alle Dresdner augenfällig: »Das Warenangebot in der Dresdner Innenstadt sowie die Ausgestaltung der Schaufenster sei so gut wie noch nie gewesen«, so ein Stimmungsbericht der Staatssicherheit.³²⁹

Die Staatspartei forderte einen reibungslosen Ablauf der Eröffnungsfeier – die Staatssicherheit hatte diese Forderung umzusetzen. Die Aktion »Semperoper« bedeutete für das MfS einen Großeinsatz, in den beinahe alle Abteilungen der Bezirksverwaltung einbezogen wurden. Die Überwachung erstreckte sich über mehrere Bereiche. Zum einen ging es darum, die obersten Funktionäre der SED wie Erich Honecker und Willi Stoph und die politische Prominenz aus der Bundesrepublik wie Helmut Schmidt und Ernst Albrecht zu schützen. Schon Wochen im Voraus plante die Staatssicherheit zum Beispiel die Protokollstrecke bis

ins kleinste Detail. Dabei traf sie sogar Vorkehrungen gegen mögliche Terrorangriffe.³³⁰

Am meisten befürchteten die Verantwortlichen Zwischenfälle während der großen Kundgebung nachmittags auf dem Theaterplatz oder bei der Eröffnungsveranstaltung in den frühen Abendstunden. Protestierende Bürger hätten dem Image der DDR schaden können. Aus diesem Grund nahm die Staatssicherheit potenzielle »Unsicherheitsfaktoren« unter die Lupe. Sie überprüfte Antragsteller auf Ausreise, Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen und generell diejenigen, die für ihre regimekritische Haltung bekannt waren. Über 700 Personen wurden im Vorfeld zu einem sogenannten Vorbeugungsgespräch vorgeladen. Dabei handelte die Staatssicherheit nicht allein, sondern Hand in Hand mit der Volkspolizei und dem Rat der Stadt.³³¹ Es galt, diesen Personenkreis von den Feierlichkeiten fernzuhalten. Bei der Deutschen Reichsbahn wurden zum Beispiel Antragsteller auf Ausreise für Sonderschichten eingeplant, um ihre Teilnahme an der Eröffnung zu verhindern.³³² Auch die Korrespondenten aus der Bundesrepublik hielt die Staatssicherheit unter Kontrolle, um schon vor Veröffentlichung der Artikel zu erfahren, was diese Journalisten über die Eröffnung geschrieben hatten. Dafür hörte sie sogar Telefongespräche in den Hotelzimmern ab.³³³

Am Tag nach der Eröffnung zeigte sich Horst Böhm (1937–1990), Leiter der BV Dresden, in einem Dankeschreiben zufrieden mit seinen Diensteinheiten – die Eröffnung war ohne »Vorkommnisse« verlaufen. Bei ihrer Abschirmung hatte die Staatssicherheit mit der Volkspolizei und den öffentlichen Stellen intensiv zusammengearbeitet.³³⁴ Auch vor Ort in der Semperoper war das MfS gut vernetzt. Der Sicherheitsverantwortliche des Opernhauses arbeitete parallel als Offizier im besonderen Einsatz (OibE). Gewürdigt wird auch das »enge kameradschaftliche Zusammenwirken« mit der staatlichen Leitung der Oper: Die Staatssicherheit verfügte dort über zahlreiche offizielle und inoffizielle Kontakte.³³⁵

An der Semperoper besaß die Staatssicherheit zweifellos wichtige Quellen vor allem mit dem Intendanten Gerd Schönfelder alias IM »Hans Mai« (1936–2000). Der Staatssicherheit war er zum Zeitpunkt seiner Anwerbung am 3. Februar 1983 kein Unbekannter.



> Erich Honecker wird bei seiner Ankunft an der Semperoper von Horst Böhm, BV-Leiter und Hans Modrow, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Empfang genommen. 13.2.1985
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 28



> Politische Prominenz aus der Bundesrepublik: Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Ehefrau Loki bei der Wiedereröffnung. 13.2.1985
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 51



> Zur Wiedereröffnung der Semperoper fand am Nachmittag eine Kundgebung auf dem Theaterplatz statt. 13.2.1985
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 7005, Bild 41

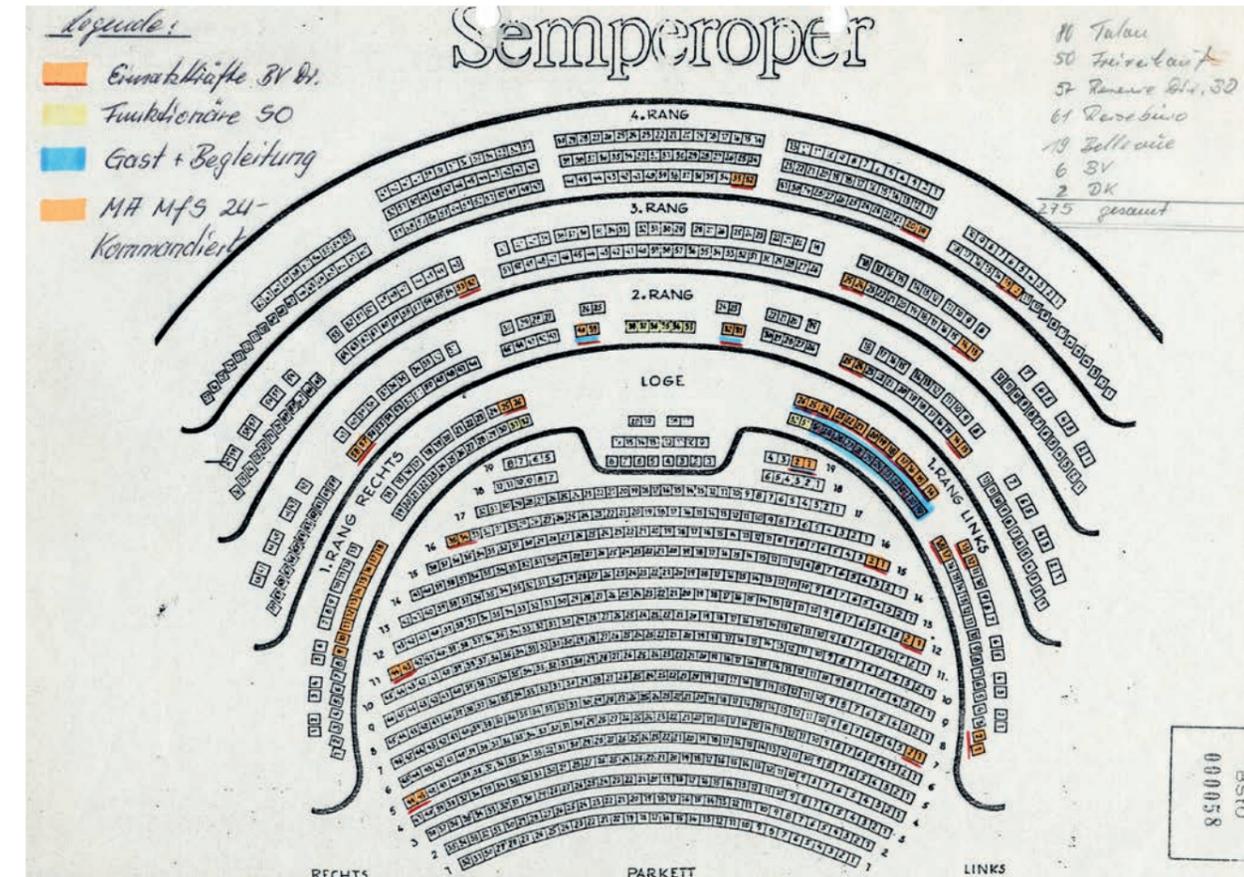
Der promovierte Musikwissenschaftler arbeitete seit 1972 an der Hochschule für Musik, deren Rektor er 1980 wurde. Seitdem bestand zwischen MfS und »Hans Mai« ein offizieller Kontakt. Die Staatssicherheit schätzte ihn als »aufgeschlossen, ehrlich, konsequent, einsatzbereit und zuverlässig«³³⁶. Sie hatte außerordentliches Interesse an seiner Nominierung als Intendant. Lange war nicht klar, ob diese erfolgen würde – SED-Bezirksleitung und das Ministerium für Kultur waren sich uneinig. Im November 1984 bat ein Offizier der Staatssicherheit »Hans Mai« ausdrücklich, die Berufung als Intendant anzunehmen, worauf er erwiderte: »Wenn wir – gemeint war das MfS – daran interessiert sind, gibt es für ihn kein Zögern und er wird seine Entscheidung so treffen, wie wir es von ihm als Kommunisten erwarten.«³³⁷

Am 4. Dezember 1984 wurde »Hans Mai« zum Intendanten berufen. Damit hatte die Staatssicherheit eine wichtige Stütze, auf die sie jederzeit – auch schon im Vorfeld der Eröffnung der Semperoper – zurückgreifen konnte. Der IM informierte das MfS regelmäßig über den Stand der Vorbereitungen. Er berichtete über technische Schwierigkeiten und Probleme in der Organisation. Dabei benannte er auch Verantwortliche und bemängelte den Arbeitsstil mancher Kollegen. »Hans Mai« leistete außerdem logistische Unterstützung für das MfS. In der Nacht vor der Eröffnung organisierte

die Stasi eine umfassende sicherheitspolizeiliche Absicherung der Oper. Der IM sollte dafür sorgen, dass sich zu diesem Zeitpunkt kein künstlerisches Personal im Haus befand.³³⁸

»Neuer Auftrag und Verhaltenslinie – Reibungslose Eröffnung der Oper durchsetzen«

So reibungslos »Hans Mai« mit der Staatssicherheit zusammenarbeitete, so konfliktträchtig war sein Verhältnis zur Partei, vor allem zur Bezirksleitung der SED, die direkt gegenüber der Oper ihren Hauptsitz hatte. Einem Journalisten der »Zeit« gegenüber soll er geäußert haben: »Das ist unser Parteihaus. Der Weg ist zwar kurz, aber belastend. Die wollen immer mitregieren, und da sie so nah sind, spüre ich sie immer zuerst. Die haben schon mehrmals versucht, an mich heranzukommen, aber ich habe ordentlich um mich gebissen und mir somit die Leute vom Halse geschafft.«³³⁹ Wohlwissend, dass die SED am längeren Hebel saß, versuchte die Staatssicherheit den IM zu mäßigen und wies ihn öfter darauf hin, dass er es unter keinen Umständen zu einem Bruch im »Vertrauensverhältnis« zur Bezirksleitung kommen lassen dürfe.



> Zur »Absicherung« der Wiedereröffnung saßen Mitarbeiter der Staatssicherheit an strategischen Plätzen im Publikum, wie zum Beispiel hinter Helmut Schmidt und anderen westdeutschen Politikern (1. Rang links). 1985
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 9471, Bl. 58

Bis zum Ende der DDR arbeitete der IM mit der Staatssicherheit zusammen. Er berichtete über Künstler und Mitarbeiter der Oper und beurteilte ihre Leistungen. Er bemängelte zum Beispiel bei einem Kollegen der Staatskapelle die Leistungsfähigkeit und fügte hinzu: »In politisch-ideologischer Hinsicht ist er kein Gewinn für Kapelle und Oper, er ist und bleibt bürgerlich eingestellt und ist bestrebt, die Semperoper als Sprungbrett für sich selbst zu nutzen.«³⁴⁰ Der IM übergab auch regelmäßig interne Dokumente wie Konzeptionen zur Gestaltung der Spielpläne und zur künstlerischen Ausrichtung des Hauses. »Hans Mai« besaß umfangreiche Kontakte zu Kultureinrichtungen in der Bundesrepublik und im Ausland wie zur schwedischen Akademie. Auch in diesem Rahmen berichtete er über seine dienstlichen Reisen. Ein »kleines Licht« war »Hans Mai« definitiv nicht. BV-Leiter Böhm schaltete sich regelmäßig in die IM-Führung ein. Bei erfolgreich ausgeführten Aufträgen lobte er seine Arbeit. Zum Konflikt mit der SED warnte er: »Mit [Hans Mai] auswerten – So gräbt er sein Grab!«³⁴¹

Insgesamt gelang es der Staatssicherheit, ein ganzes Netz von inoffiziellen Mitarbeitern in der Semperoper aufzubauen. Mehrere Informanten, wie beispielsweise »Hans Mai«, befanden sich in Leitungspositionen. Auch unter Künstlern und im technischen Bereich rekrutierte die Staatssicherheit Mitarbeiter. Nicht durch die Quantität – es gab insgesamt über 1 000 Beschäftigte an der Oper – sondern durch seine Qualität zeichnete sich das IM-Netz aus und bewährte sich auch beim Parteauftrag an das MfS, die glanzvolle und von jedem Protest ungestörte Wiedereröffnung des Dresdner Opernhauses zu gewährleisten.

»Sportverräter« Kotte – die Stasi und der DDR-Fußball

Der Ball flog hoch in den Strafraum, wurde mit der Brust vom Stürmer gestoppt, dann zog er volley ab. »Tooooooor! Kotte, Kotte!«, tönte es aus Tausenden Kehlen. Für diese Tore verehrte das Publikum Peter Kotte (Jg. 1954). Und er liebte seinen Verein Dynamo Dresden und die Fans. Doch sollten weder seine Popularität noch die zahlreichen Tore in 21 Länder-, 166 Oberliga- und 36 Europapokalspielen Kotte vor dem eisernen Zugriff der Stasi bewahren.

Zwei Dynamo-Fans flohen im April 1980 über die innerdeutsche Grenze. Es liefen die üblichen Maßnahmen des MfS zur Kontrolle der »Rückverbindungen« an, um weitere »Republikfluchten« zu verhindern, Fluchtwege und -gründe zu erkennen und Helfer dingfest zu machen. Das MfS erfuhr später, dass ein Manager des 1. FC Köln über die beiden geflüchteten Dynamo-Fans den drei Spielern von Dynamo Dresden Peter Kotte, Matthias Müller und Gerd Weber anlässlich eines UEFA-Cup-Spiels am 22. Oktober 1980 in Enschede/Niederlande ein Angebot machte. Ihnen wurde ein Einsatz beim 1. FC Köln mit Jahresvertrag von jeweils 200 000 DM plus Spielprämie sowie die sofortige Übergabe von 50 000 DM pro Person angeboten. Die drei Spieler wollten jedoch Bedenkzeit für eine so schwerwiegende Entscheidung. Deshalb stellten die republikflüchtigen Dynamo-Fans später über Mittelsmänner in der DDR erneut Kontakt zu den drei Spielern her. Müller und Kotte lehnten das Angebot ab, aber Weber stimmte nach weiteren Gesprächen zu. Er sollte während eines Auslandsspiels im April 1981 in Italien die Mannschaft verlassen. IM »Klaus Ihle« (Jg. 1954), den das MfS angeworben hatte, um die »Rückverbindungen« der geflohenen Dynamo-Fans zu bespitzeln, meldete jedoch eine bevorstehende »Republikflucht« bereits für eine Trainings- und Wettkampfreise der DDR-Nationalmannschaft nach Argentinien. Am 24. Januar 1981 klickten auf dem Flughafen Schönefeld die Handschellen. Das MfS vermerkte dazu, dass die drei Fußballer »am 24.01.1981 als Mitglieder der Fußballnationalmannschaft der DDR am Abflug nach Argentinien gehindert und aus der Mannschaft herausgelöst«³⁴² wurden. Es folgten Verhöre, Erniedrigungen und Schikanen, die ihr weiteres Leben verändern sollten.



> Peter Kotte im Trikot der SG Dynamo Dresden, für die er von 1973 bis 1980 in der DDR-Oberliga spielte. Vor 1980
BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 1864/82, Bl. 313

Das Bezirksgericht Dresden verurteilte Weber am 4. Mai 1981 wegen landesverräterischer Agententätigkeit und versuchter »Republikflucht« zu 27 Monaten Haft. Am 22. Dezember 1981 wurde er vorzeitig auf Bewährung aus dem Strafvollzug entlassen.

Im Gegensatz zu Weber hatten sich Kotte und Müller lediglich der »Mitwisserschaft« schuldig gemacht. Dennoch leitete der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BdVP), ihr formaler Arbeitgeber, ein Disziplinarverfahren gegen beide ein, das mit der Entlassung Kottes und Müllers aus der Volkspolizei und damit aus dem Verein endete. Dynamo Dresden war organisatorisch ein Sportverein der Volkspolizei. Außerdem erhielt Kotte fünf Tage Arrest und durfte keinen Kontakt mehr zu Spielern und Funktionären seines Vereins aufnehmen. Das Dynamo-Station wurde für ihn zur Sperrzone.

Stasi-Chef Mielke gab dem Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) die Pressemitteilung



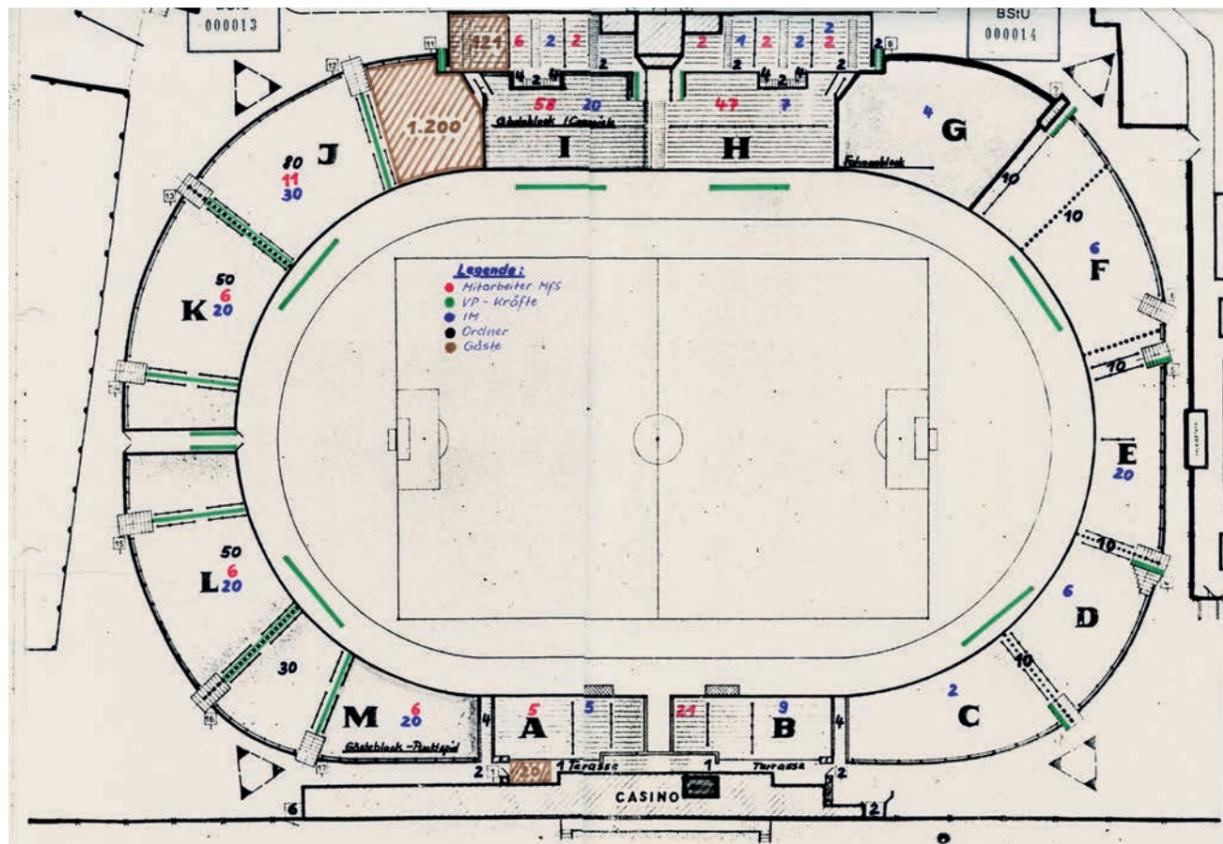
> Fußballfans im Block I des Dynamo-Stadions. Das MfS beobachtete sie im Rahmen der Aktion »Meister II«. 1977
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12294, Bl. 18

vor: »Peter Kotte und Matthias Müller werden in Übereinstimmung mit der Spielordnung des DFBV [Deutscher Fußball-Verband] der DDR für den Spielbetrieb in der Fußball-Oberliga und -Liga gesperrt.«³⁴³ So erfuhr die Öffentlichkeit nur durch eine knappe Notiz ohne genauere Begründung, dass Kotte nicht mehr für Dynamo Dresden und die Nationalmannschaft auflaufen durfte. Aus Torjägerlisten wurde Kottes Name entfernt, auf alten Fotos sein Kopf wegretuschiert. Beschweren sich Fans, lud das MfS sie vor,³⁴⁴ ihnen wurde mitgeteilt, »dass seitens des Genossen Mielke keine Möglichkeit besteht, Einfluss zu nehmen, dass der Sportfreund Peter Kotte eine Spielberechtigung für eine zentrale Spielklasse erhält.«³⁴⁵ Dies entsprach natürlich nicht den wirklichen Kräfteverhältnissen in der DDR-Sportpolitik. Kotte, inzwischen zum Fußballer bei der Betriebssportgemeinschaft (BSG) Fortschritt Neustadt degradiert, konnte diesem Verein überraschend zum Aufstieg in die DDR-Liga verhelfen. Oberstleutnant Tzschuschler (Jg. 1929), Leiter der Abteilung XX (S. 154) der Bezirksverwaltung

Dresden, war der Ansicht: »Ausgehend von seinem gegenwärtigen Verhalten und Auftreten im Kollektiv sowie im Freizeitbereich spricht nichts dagegen, dass Kotte mit der BSG Fortschritt Neustadt in der DDR-Liga Fußball spielen kann. Einer Spielerlaubnis für die Oberliga wird nicht zugestimmt. Gleiche Auffassungen werden vom Genossen Modrow vertreten.«³⁴⁶ Doch trotz dieser partiell nachgiebigen Haltung des MfS und des 1. SED-Bezirkssekretärs Hans Modrow blieb es bei der ausgesprochenen Sperre auch für die DDR-Liga. Kotte musste in die zweite Mannschaft von Fortschritt Neustadt ausweichen. Er sollte nie wieder für eine Liga- und Oberligamannschaft der DDR auflaufen.

Ist der Fall Kotte ein Einzelfall in der DDR oder doch ein Beispiel für eine systematische Einflussnahme des MfS auf den Fußball?

Die Furcht des MfS vor republikflüchtigen Fußballern, Fans und Funktionären war allgegenwärtig. Solche



> Einsatz von Hauptamtlichen und IM des MfS, Volkspolizei und Ordnern zur Absicherung des Europa-Cup-Spiels der SG Dynamo Dresden gegen den VfB Stuttgart. 1989

BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 9200, Bl. 13 f.

»Sportverräter« durfte es nicht geben. Die Angst der SED vor politischen Schäden und negativen Auswirkungen auf den Leistungssport bestimmte das Handeln des MfS. Deshalb waren Spieler und Anhänger der Fußballclubs ständig im Fadenkreuz der Stasi.

Die Überwachung der Spieler erfolgte durch hauptamtliche MfS-Mitarbeiter, getarnt als Funktionäre in den Vereinen, durch IM im Spielerkreis und dessen Umfeld, durch Briefkontrollen, durch Beobachtung und durch Abhörmaßnahmen.³⁴⁷ Das MfS konnte den Einsatz von Spielern im westlichen Ausland verhindern oder sie ganz aus den Liga- und Oberligavereinen ausdelegieren lassen. Das Umfeld jedes Spielers wurde nach Hinweisen für eine »Republikflucht« durchleuchtet. Um gezielt Einfluss auf die Spieler nehmen zu können, ermittelte das MfS ihre politische Einstellung, ihre Bindung an die DDR und »wesensbestimmende« Charaktereigenschaften.

Doch nicht nur die Spieler, auch die Fans und die Überwachung der Spiele standen im Fokus des MfS.

Deshalb wurden immer wieder Beratungen zu »Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit bei der Durchführung von Fußballspielen der Oberliga, der DDR-Liga und bei internationalen Cup-Spielen«³⁴⁸ zwischen Organen der SED, der Volkspolizei, der Feuerwehr, dem Strafvollzug, den Staatsanwälten, den Funktionären von DTSB, FDJ und Vereinen und dem MfS durchgeführt. Für das MfS kam es insbesondere darauf an, »unsere operative Arbeit in Fan-Clubs und unter negativen jugendlichen Personenkreisen weiter zu verstärken, um rechtzeitig vorher zu wissen, welche negativen Erscheinungen/Handlungen geplant sind, um diese vorbeugend zu verhindern«.³⁴⁹ Dafür wurden Dienstanweisungen erstellt, Befehle erteilt und Aktionen ins Leben gerufen. Allein für die Aktion »Vorstoß«, die Überwachung des Fußballspiels der Landesmeister zwischen Dynamo Dresden und Bayern München am 7. November 1973, wurde gegen 866 Fans ermittelt, um negative Schlagzeilen für die DDR auszuschließen.³⁵⁰ Nach Abstimmung mit der SED legte das MfS fest, wer zum Spiel nach München reisen durfte. Es kontrollierte auch die Zuteilung der Eintrittskarten für

das Heimspiel. Zudem galt es, Transitwege, Hotels und das Dynamo-Stadion zu überwachen. Wie bei jedem Spiel – diesmal jedoch in größerem Umfang – setzte das MfS in den Blöcken hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter ein. Prowestliche Sympathiebekundungen, Provokationen, »Hetze« und »Rowdytum« sollten unterbunden werden. Große Aufmerksamkeit schenkte das MfS dem Fußballfan und Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, den es von der An- bis zur Abreise lückenlos überwachte. Das MfS protokollierte 13 Kontakte zwischen DDR-Bürgern und BRD-Touristen bzw. -Journalisten sowie zwei Mitnahmen von BRD-Touristen in DDR-Pkw. Dreimal verhielten sich Personen verdächtig, ohne dass die Gründe dafür sofort aufgeklärt werden konnten. Einmal auf diese Weise ins Visier des MfS geraten, konnte das für Fans Ordnungsstrafen, Stadionverbote, sogenannte Zersetzungsmaßnahmen oder sogar Haft bedeuten.

Sportfunktionär Manfred Ewald nennt Mielke den »erfahrensten Mann auf dem Gebiet des Sports«.

Dieser Aufwand war kein Einzelfall, sondern die Regel. So wurde auch für das UEFA-Cup-Spiel Dynamo Dresden – VfB Stuttgart am 19. April 1989 akribisch festgelegt, welche Einsatzgruppen des MfS welche Hotelzimmer in den Interhotels in Dresden belegen und wie die einreisenden Fußballfans zu überwachen waren.³⁵¹ Die Staatssicherheit plante, fast 500 inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter anlässlich des Spiels in Dresden einzusetzen.³⁵²

Doch auch mit anderen heiklen Problemen sah sich das MfS konfrontiert. So kam es nicht selten zu Beschwerden über Schiedsrichterentscheidungen zugunsten des Berliner Fußballclubs (BFC) Dynamo, dem Verein des MfS, und gegen Mitkonkurrenten und Meisterschaftsanwärter wie Dynamo Dresden. In mindestens einem Fall führte der Protest eines Fans zu einer Vorladung beim MfS und der Aufforderung, Beschwerden künftig zu unterlassen.³⁵³

Ebenfalls informiert und beteiligt war das MfS am Einsatz von »unterstützenden Mitteln«, also Doping, in den Fußballvereinen. Dafür hatte die Stasi unter an-

derem den Doping-Koordinator Dr. Manfred Höppner (Jg. 1934) als IM »Technik« verpflichtet.³⁵⁴ Dieser verstieß 1983 auf Anweisung des MfS gegen seine Informationspflicht gegenüber dem Präsidenten des DTSB: Vor der Ausreise zu einem Europa-Cup-Spiel erwiesen sich bei einer Kontrolle 14 Spieler des BFC Dynamo als gedopt, aber der Arzt übergab das Protokoll nur dem MfS.³⁵⁵ Die Stasi wollte das Bekanntwerden des Dopings in der Öffentlichkeit, insbesondere im Ausland, und die Sperrung der gedopten Spieler verhindern.

Verfolgte die Stasi im Fall des Fußballers Kotte nur die Mitwisserschaft bei einer »Republikflucht«? Viele Fans sahen darin ein perfides Spiel: Das Verbot, Kotte, den besten Stürmer von Dynamo Dresden, weiter einzusetzen, schwächte den Rivalen des BFC. Mit der Beeinflussung der Meisterschaftsspiele durch zweifelhafte Schiedsrichterentscheidungen und mit der Verhinderung der Sperrung gedopter Spieler des BFC trug das MfS wesentlich dazu bei, dass der BFC – der Lieblingsverein von Erich Mielke – Serienmeister in der DDR wurde.

UDI



> Renate Vogel, Christine Herbst, Kornelia Ender und Roswitha Beier (v. l. n. r.) nach der Siegerehrung für das Finale der 4x100-m-Lagen-Staffel bei den Olympischen Spielen in München. September 1972
BArch, Bild 183-L0904-0201, Foto: Friedrich Gahlbeck

Kaderschmieden des Leistungssports – die Kinder- und Jugendsportschulen

Anfang der 1950er-Jahre erreichte der Systemkonflikt zwischen Ost und West auch den Leistungssport. Die SED-Führung drang darauf, dass die DDR bei sportlichen Wettkämpfen erfolgreicher als die Bundesrepublik Deutschland sein und auf internationaler Ebene mit der Weltspitze konkurrieren können sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, beschloss das Zentralkomitee 1951 die Errichtung spezieller Schulen zur Förderung sportlicher Talente. Von 1952 bis 1957 gründete das Ministerium für Volksbildung 23 Kinder- und Jugendsportschulen (KJS), unter anderem in Dresden, Karl-Marx-Stadt, Klingenthal und Leipzig. Im Jahr 1989 gab es nach einer Reihe von Schließungen und Neugründungen 25 dieser Bildungseinrichtungen, die von etwa 10 000 Kindern und Jugendlichen besucht wurden. Das KJS-Netz im heutigen Sachsen umfasste zu diesem Zeitpunkt neben den genannten Einrichtungen vier weitere Schulen in Altenberg, Karl-Marx-Stadt, Leipzig

und Oberwiesenthal. Als Spezialschulen mit angeschlossenen Internaten boten die KJS Sporttalenten die Möglichkeit, den obligatorischen Schulunterricht und das für den Leistungssport notwendige Training zu koordinieren.³⁵⁶

Das Training selbst fand im Rahmen der Sportclubs (SC) der Sportvereinigungen (SV) statt. Die SV Dynamo – die Sportvereinigung der Sicherheitsorgane der DDR – wurde vom MfS geleitet. Die Verbindungen zwischen den Sportschulen und dem Staatssicherheitsdienst waren aber nicht nur organisatorischer Natur. Das MfS wirkte bei Schulveranstaltungen und Wettkämpfen regelmäßig auf die Schüler und das Lehrpersonal ein.³⁵⁷ Das wesentliche Ziel dieser MfS-Öffentlichkeitsarbeit an den KJS bestand darin, eine »Festigung der politisch-ideologischen Grundüberzeugungen der Schüler«³⁵⁸ zu erreichen, da sie später als »Diplomaten im Trainingsanzug« die DDR bei internationalen Sportveranstaltungen repräsentieren sollten.³⁵⁹ Die Staatssicherheit nutzte ihre Einflussmöglichkeiten aber auch für die Anwerbung

von eigenen Nachwuchskräften. So gewann 1987 die KD Dippoldiswalde (S. 157) vier KJS-Schüler für eine künftige hauptamtliche Tätigkeit beim MfS.³⁶⁰

Um die von der SED angestrebte Entwicklung des Sports in der DDR geheimpolizeilich abzusichern, richtete das MfS 1964 ein spezielles Sportreferat ein.³⁶¹ Eine seiner Aufgaben bestand darin, die politische Zuverlässigkeit der Schüler- und der Lehrerschaft der KJS zu garantieren. Die Staatssicherheit durchleuchtete das Leben jedes Erziehers und jedes Schülers vor der Aufnahme in eine Sportschule. Sie befürwortete nur die Förderung von Kindern, die sie für ideologisch zuverlässig hielt und bei denen nicht die Gefahr bestand, dass sie von internationalen Sportereignissen nicht zurückkehren würden. Das MfS beäugte daher West-Kontakte von KJS-Kandidaten und deren Familien misstrauisch. Bewerber mit intensiven Westverbindungen verweigerte die Stasi die Aufnahme in die KJS mithilfe ihrer in den sportlichen Auswahlgremien tätigen Mitarbeiter. Genauso erging es Kandidaten, deren Familienverhältnisse die Staatssicherheit als zerrüttet einstufte, deren nächste Verwandte Anträge auf Ausreise gestellt hatten oder straffällig geworden waren.³⁶² Die Ablehnungen der KD Reichenbach

(S. 160) bei der Auswahl junger Eisschnellläufer für die KJS Karl-Marx-Stadt im Jahr 1975 zeigen weitere Ausschlusskriterien: Drei Kinder durften nicht an die Sportschule wechseln, weil die Eltern entweder Rückkehrer aus Westdeutschland waren, sie sich kritisch über die Regierungs- und Parteipolitik geäußert hatten oder den Zeugen Jehovas angehörten.³⁶³ Nach außen aber legte das MfS Wert darauf, dass »unser Organ nicht als Ablehner in Erscheinung tritt und in der Öffentlichkeit kein politischer Schaden entsteht«.³⁶⁴

Die Schwimmerin Renate Vogel (Jg. 1955) besuchte ab 1966 die KJS in Karl-Marx-Stadt und trainierte beim SC Karl-Marx-Stadt. Die Staatssicherheit beobachtete ihre Entwicklung zunächst genauso wie die anderer Schülerinnen, wobei sie sich vor allem auf Berichte von Trainern und Betreuern stützte. Nach Erfolgen bei den Bezirksmeisterschaften, der Spartakiade und den DDR-Meisterschaften nahm die 17-Jährige 1972 an den Olympischen Spielen in München teil. Mit der DDR-Staffel gewann sie dort die Silbermedaille über 4x100-Meter-Lagenschwimmen.³⁶⁵

Nach dem sportlichen Großereignis von 1972 verfolgte die DDR noch systematischer das Ziel, über den Sport politische Anerkennung zu erhalten und griff dabei auch zu unerlaubten Mitteln. Selbst minderjährigen Sportlerinnen und Sportlern wurden verstärkt Dopingmittel verabreicht, ohne dass diese oder ihre Familien darüber aufgeklärt wurden. Das MfS war aktiv an der Geheimhaltung dieser Praktiken beteiligt. Die Ärzte wurden zur Geheimhaltung gegenüber den Sportlern verpflichtet, denen sie – wie z. B. Renate Vogel – in der Regel sagten, dass es sich bei den verabreichten Medikamenten um Vitamine handeln würde. Das Gefühl, »Versuchskaninchen« zu sein, missfiel Renate Vogel ebenso wie die Vorgaben von Trainern und SED-Funktionären, worüber sie öffentlich sprechen durfte. Aufgrund ihres sportlichen Erfolgs überwachte die Staatssicherheit Renate Vogel besonders intensiv: Insgesamt elf inoffizielle Mitarbeiter setzte die Geheimpolizei auf sie an. Als sie bei der EM in Wien 1974 auf ihrer Paradedrecke »nur« den zweiten Platz hinter einer westdeutschen Schwimmerin belegte und dieser nach dem Rennen gratulierte, hatte sie in den Augen der DDR-Sportfunktionäre in ihrer Funktion als Vorzeigethletin versagt. Niemand beglückwünschte sie, stattdessen wurde moniert, dass sie sich gegenüber

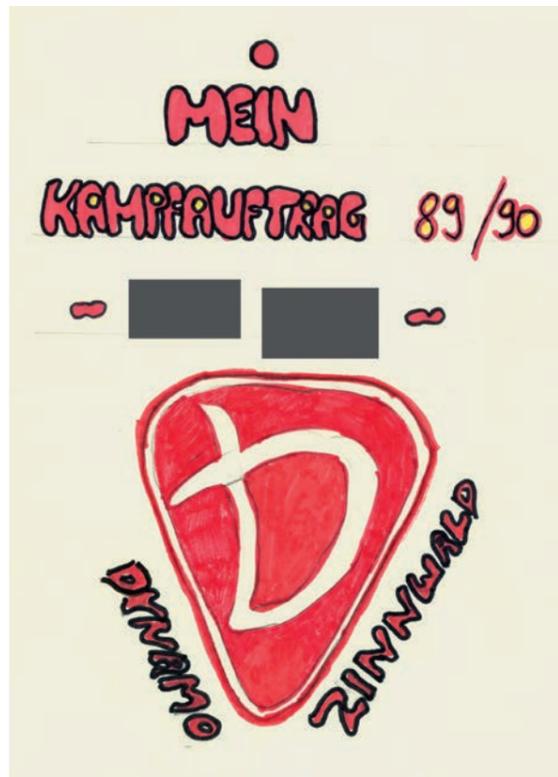


> Zeitungsausschnitt: Der BV-Leiter Rolf Markert (rechts) eröffnet eine von Schülern der KJS Altenberg erarbeitete Ausstellung über den sowjetischen Agenten Richard Sorge aus Anlass der Umbenennung in Richard-Sorge-Schule. 13.2.1980
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7931, Bl. 16

der »Klassenfeindin« zu freundlich gezeigt hätte. Dieser Vorfall gab den letzten Anstoß zu Renate Vogels Entscheidung, ihre sportliche Karriere zu beenden und die DDR zu verlassen. Zunächst legte sie allerdings noch das Abitur an der KJS ab und begann ein Studium. Da sie nicht mehr zu Wettkämpfen ins Ausland reiste, beobachtete die Staatssicherheit Renate Vogel nicht mehr intensiv. Für Mai 1979 beantragte sie ein Visum für Ungarn, reiste allerdings erst im Spätsommer des Jahres dorthin. Freunde hatten ihr zuvor einen bundesdeutschen Pass und Geld für ein Flugticket besorgt. Sie kam ohne Probleme durch die Kontrollen und gelangte mit einem Flug aus Budapest nach München.³⁶⁶

Gerade solche das Ansehen der DDR schädigenden Fluchten wollte die Stasi eigentlich verhindern und verfolgte deshalb den sportlichen und persönlichen Werdegang der KJS-Schüler aufmerksam. »Abwerbungen« von DDR-Sportlern sollten verhindert und Fluchtpläne schon im Vorfeld entdeckt werden. Dies geschah einerseits über offizielle Kontakte zu den Schulleitungen und den Sportclubs. Andererseits bediente sich die Staatssicherheit nun auch vermehrt inoffizieller Mitarbeiter, die das Leben der Schüler abseits des Sports im Auge behalten sollten. Im Jahr 1987 arbeiteten ein Internatsleiter und drei Lehrer der Leipziger Sportschulen inoffiziell mit der Staatssicherheit zusammen.³⁶⁷ Die IM schilderten die Stimmungslage an den KJS, thematisierten die Entwicklung von Schülern und lieferten Einschätzungen über die Schulleitungen und die Lehrkräfte.³⁶⁸

Die Stasi interessierte sich besonders für regelwidriges Verhalten von Schülern. Die IM informierten das MfS ebenso über den verbotenen Genuss von Alkohol wie über das Tragen westlicher Kleidung oder den Besitz westlicher Illustrierten. In der Regel ahndete die Schulleitung solche Vorkommnisse mit Aussprachen vor allen Schülern, der Benachrichtigung der Eltern und Verweisen. Das MfS wurde aktiv, wenn es Vorfälle als schwerwiegend einstufte, beispielsweise als einige Schüler der KJS Altenberg regelmäßig Westrundfunk hörten und die Lebensbedingungen in der DDR kritisierten. Die KD Dippoldiswalde wies den Direktor an, Disziplinarmaßnahmen einzuleiten und Maßnahmen zur »qualitativ höheren politischen Arbeit an der KJS« zu treffen. Darüber hinaus sollten einige IM die Schülerschaft zukünftig genauer beobachten.³⁶⁹



> »Kampfauftrag«: Ziele einer Schülerin der KJS Altenberg für das neue Schuljahr. 1989
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7535, Bl. 6

Wenn die kritisierten Schüler an ihrem Verhalten oder ihren Sichtweisen festhielten, erfolgte nicht selten eine Ausdelegierung, das heißt, sie mussten die Sportschulen verlassen und wurden aus dem Sportclub ausgeschlossen. Dies war auch der Fall, wenn sie sich nur ungenügend gesellschaftlich betätigten, die FDJ-Arbeit vernachlässigten oder nicht regelmäßig an Parteiveranstaltungen und Gedenkfeierlichkeiten teilnahmen. Junge Athleten mussten die KJS auch dann verlassen, wenn sie die sportlichen Anforderungen nicht erfüllten, das festgelegte Trainingspensum nicht absolvierten oder ihre Leistungen nicht wie geplant verbesserten. Auch wer intensiv nachfragte, welche Medikamente er verabreicht bekam, riskierte die »Ausdelegierung« aus der KJS und somit das Ende seiner sportlichen Karriere.³⁷⁰

SSc

Ich habe mir für das Schuljahr
1989 /90 folgendes vorgenommen:

Mein schulischer Auftrag:

Ich möchte mich in meinen schulischen Leistungen besonders in Geographie, Physik und Biologie auf Note 2 steigern.

Dann bemühe ich mich um mehr Mitarbeit und Disziplin.

Mein sportlicher Auftrag:

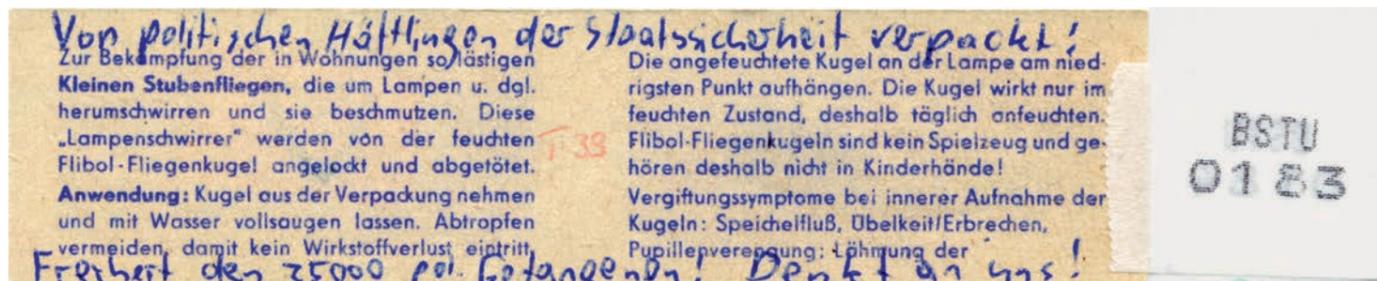
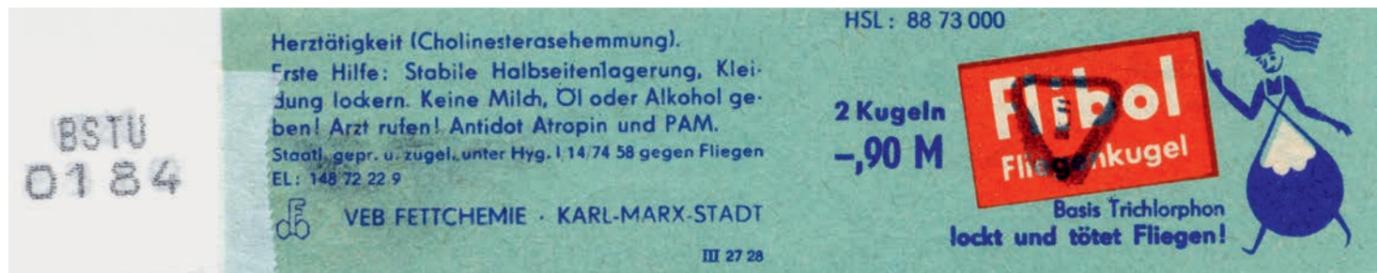
Im athletischem Bereich muß ich mich noch stark verbessern, sowie auch im Krafttraining.

Bei der Starttechnik habe ich ebenfalls meine Probleme, die ich abstellen muß. Mein Ziel ist, bei der DDR-Meisterschaft den 1. Platz im Einzel zu belegen.

Mein gesellschaftlicher Auftrag:

Als Verbindungsmann zur Patenbrigade möchte ich mich bemühen, daß es wirklich eine niveauvolle Patenschaft wird.

> Neben sportlichen und schulischen Leistungen erwartete die DDR auch gesellschaftliches Engagement von KJS-Schülern.
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7535, Bl. 6



> Beipackzettel mit politischen Parolen. Die Flibol-Zettel lösten bei der Staatssicherheit eine Reihe von Ermittlungen aus. BStU, MfS, AOP 7346/79, Bl. 183 f.

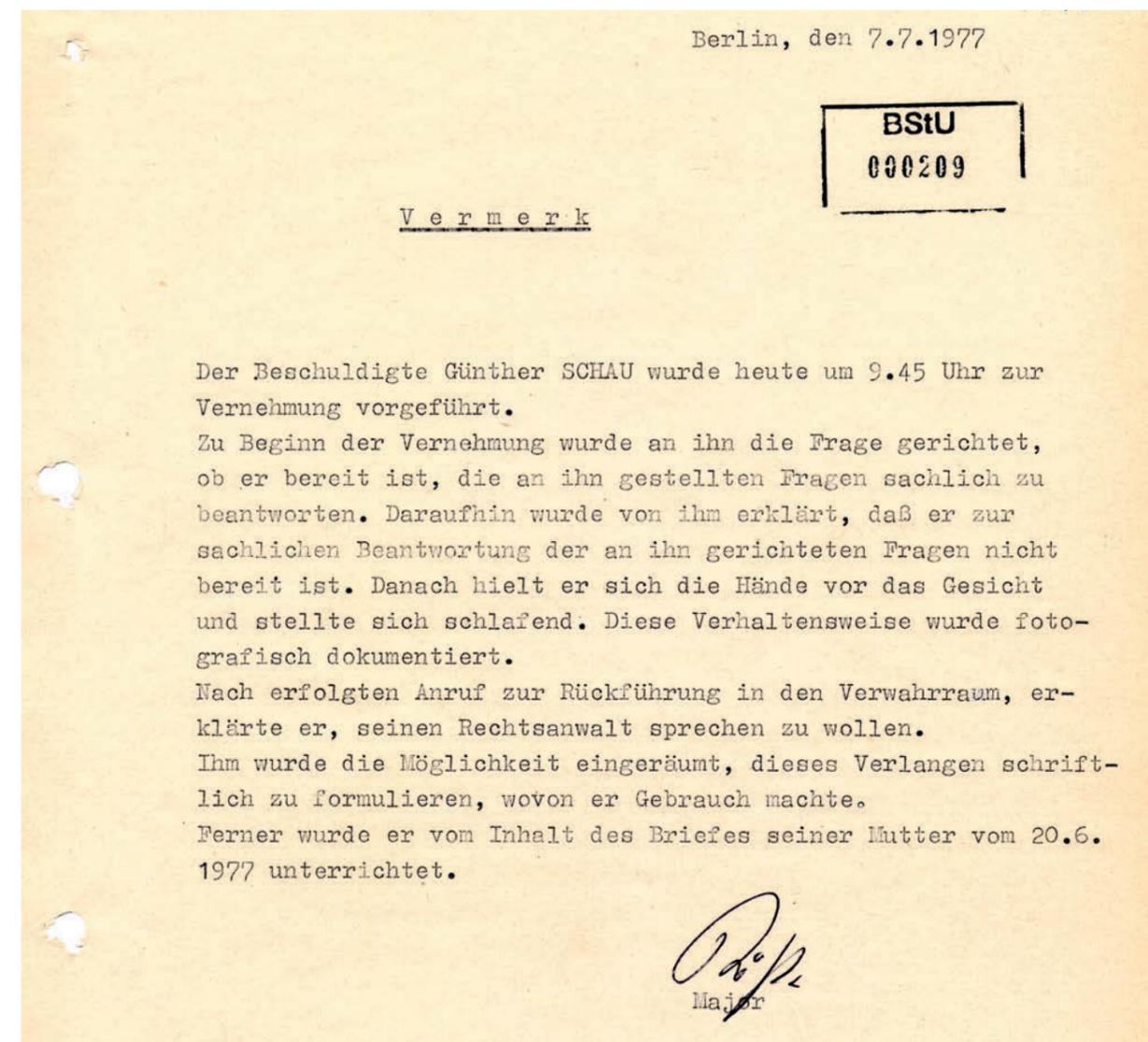
»Ich habe keine Angst vor euch« – Opposition aus Hainichen

K. rief am 8. Oktober 1977 beim Dresdner Hauptsitz der Staatssicherheit an. Seine Frau hatte einige Stunden zuvor Fliegenkugeln der Marke Flibol in der Drogerie an der Kreuzstraße gekauft. Zu Hause stellte sie fest, dass der Beipackzettel von Hand überschrieben war: »Von politischen Häftlingen der Staatssicherheit verpackt! Freiheit den 25 000 pol[itischen] Gefangenen! Denkt an uns!«³⁷¹ Die Stasi leitete sofort Maßnahmen ein, da sie diese Parole für geeignet hielt, »das MfS und den Strafvollzug der DDR zu verleumden, um damit die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR zu diskreditieren.«³⁷² Die Stasi ermittelte zunächst gegen unbekannt. Die Kreisdienststelle Dresden-Stadt (S. 157) überprüfte sämtliche Drogerien der Stadt und gab dem Auslieferer die Anweisung, alle Flibol-Schachteln zu kontrollieren. Mittlerweile waren bei der Stasi Meldungen eingegangen, dass überschriebene Gebrauchsanweisungen nicht nur in Dresden, sondern auch in Erfurt und Friedrichroda bei Gotha gefunden wurden. Häftlinge aus dem Leipziger Haftkrankenhaus Meusdorf hatten die Fliegenkugeln verpackt. Das MfS überprüfte 29 potenzielle »Täter«. Es führte Befragungen und Handschriftenvergleiche durch. Am 19. Juni 1978 kam der MfS-Kriminalist Schmieder zu dem Ergebnis, dass die 71 aufgefundenen »beschmierten« Gebrauchsanwei-

sungen von dem Häftling Günther Schau geschrieben worden waren.³⁷³ Die Stasi sah sich gezwungen, den OV »Flibol« abzuschließen, da Schau bereits seit September 1977 aus der Haft nach West-Berlin entlassen worden war.³⁷⁴

Häftling Schau (geb. 1948) war vor seiner Ausweisung in die Bundesrepublik ein letzter Coup gelungen. Der Vikar aus Hainichen hatte sich seit dem 25. März 1977 in Untersuchungshaft befunden. Um 2.15 Uhr war er von der Transportpolizei im Wartesaal des Erfurter Hauptbahnhofs verhaftet worden, da er eine Passkontrolle verweigert hatte. Bei der Durchsuchung machten die Polizisten einen beachtlichen Fund: das von ihm verfasste Manuskript »Ein Biermann ging, aber 13 Schriftsteller kamen, seine Freunde jedoch – ins Gefängnis.«³⁷⁵ Die Stasi übernahm den Fall. Nach der Entdeckung des Manuskripts ahnte sie, dass sie es mit einem »dicken Fisch« zu tun hatte. Sie veranlasste eine Wohnungsdurchsuchung in Hainichen und bei seiner Mutter in Dresden und machte auch hier die spektakuläre Entdeckung einer »weiteren Hetzschrift«. Für sein Manuskript »Eine Sommerreise durch eine Winterlandschaft« hatte Schau MfS-Untersuchungshaftanstalten und Strafvollzugsanstalten DDR-weit systematisch fotografiert.

Auslöser für diese Aktion war die Verhaftung seines engsten Freundes Bernd Lippmann im August 1974



> Die Stasi verfasste zahlreiche Vermerke über das widerständige Verhalten von Günther Schau während der Vernehmungen. 7.7.1977 BStU, MfS, AU 9272/78, Bd. 11, Bl. 209

gewesen. Ein halbes Jahr lang wusste weder Schau noch Lippmanns Familie, wo und aus welchem Grund dieser inhaftiert worden war. Nach der Ausbürgerung Biermanns im November 1976 engagierte sich Schau für Menschen, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Ausbürgerung verhaftet worden waren, und für deren Verwandte. Er führte viele Gespräche und sammelte Informationen über das DDR-Haftsystem. Sein Engagement kostete ihn im Februar 1977 seine Vikarstelle. Mit der Begründung, dass er sich seinen tatsächlichen Aufgaben nicht ausreichend widmen würde, entließ ihn die Kirche aus dem Dienst.

Die Gefängnisfotos, die Schau angefertigt hatte, beschäftigten die Stasi-Mitarbeiter intensiv. Wie konnte er all die Standorte herausgefunden und unbeobachtet fotografiert haben? Dass die Stasi erst bei der Hausdurchsuchung auf diese Aktivitäten aufmerksam wurde, war für sie eine schwere Niederlage. In der Haft verhörte sie ihn mehrmals am Tag – auch, um möglichst viel über seine Kontakte zu Oppositionellen zu erfahren. Schau blieb unbeeindruckt. Er weigerte sich, die Vernehmungsprotokolle zu unterschreiben. Er schwieg, stellte sich schlafend, provozierte. Damit brachte er seine Vernehmer an ihre Grenzen. Während



> Verweigerungshaltung von Günther Schau bei einer Vernehmung, fotografisch dokumentiert von der Stasi. 7.7.1977
Foto: Günther Schau

eines Verhörs sagte er sogar: »Räuber früherer Jahre waren edlere Menschen als Sie heute. Sie rauben meine Wohnung aus, beschlagnahmen alles, was ich habe und verlangen dann noch, dass ich mich mit Ihnen unterhalte und den Sinn der Untersuchung einsehe. Wenn ich nicht im Gefängnis säße und in Freiheit wäre, würde ich Sie glatt anspucken.«³⁷⁶

Die Stasi wies Günther Schau Anfang September 1977 nach West-Berlin aus. Eine Stelle als Vikar bekam er dort nicht. Dafür hätte er sein erstes theologisches Examen wiederholen müssen. Bis Ende Dezember 1977 versuchte er insgesamt neun Mal, wieder in die DDR einzureisen, was ihm verwehrt wurde. Ein Jahr nach seiner Übersiedlung meldete sich Schau an der Grenzübergangsstelle in der Berliner Friedrichstraße. Er bat um eine Rückübersiedlung in die DDR. Doch die Stasi sorgte dafür, dass sein Antrag abgelehnt wurde und drohte mit einer erneuten Verhaftung.³⁷⁷

Herr Schau, wie sind Sie von der Friseur-Ausbildung zum Theologiestudium gekommen?

Bevor mein Vater starb, musste ich in sein Zimmer kommen und ihm versprechen, Friseur zu werden. Er hatte einen kleinen Friseurladen und von Kindheit an stand ich im Laden und habe mitgeholfen. Mit dem

ersten Lehrjahr in Dresden bekam ich Ekzeme. Meine Haut war von Kopf bis Fuß total rot. Damit war für mich das Kapitel Friseur und Friseurlehre abgeschlossen.

Bevor mein Vater starb, trat er aus der Kirche aus. Die kirchlichen Vorschriften waren so: Wer aus der Kirche ausgetreten war, konnte keinen Pfarrer in Anspruch nehmen. Wir haben unseren Vater dann um 12.00 Uhr beerdigt, als die Glocken läuteten. Und ich musste den Teil übernehmen, den ein Pfarrer gemacht hätte. Das war im Grunde der Zugang zur Kirche für mich, ganz ungewollt, ganz ungeplant.

Was war der Auslöser für Ihr Engagement für Inhaftierte und ihre Familien?

Der Auslöser war, dass ich den Bernd Lippmann kennengelernt hatte. Und dann wurde Bernd im August 1974 verhaftet. Ich wusste genau, dass es keinen Haftgrund gab. Und das Schlimme war, dass bis Dezember niemand wusste, was mit Bernd los war. Es gab keine Haftmitteilung und keinerlei Informationen. Da konnte man sich sonst was vorstellen.

Dann kam endlich die Mitteilung, dass der Bernd in Chemnitz auf dem Kaßberg in Untersuchungshaft ist. Nach dem Prozess, der natürlich unter Ausschluss der

Öffentlichkeit stattfand, konnten einige Sachen, die beschlagnahmt worden waren, abgeholt werden. Wir hatten verabredet, dass ich mit der Mutter von Bernd hinfahre und ein paar Koffer mitnehme.

Ich bin dort sehr unhöflich gefragt worden, was ich denn hier wolle. Dann kam ein Typ auf mich zu und stellte mir die gleiche Frage. Es war der Vernehmer von Bernd. Und das Allermerkwürdigste ist: Als ich 1977 in Haft kam, war er in Chemnitz mein Hauptvernehmer. Inzwischen war Bernd in West-Berlin und hatte mir einige Sachen erzählt. Ich konnte deshalb das Verhalten des Vernehmers genau einschätzen.

War Ihnen damals bewusst, welches Risiko Sie durch das Fotografieren von Haftanstalten eingingen?

Dieses Risiko habe ich mir nie durch den Kopf gehen lassen. Für mich war das Risiko viel größer, zu Hause zu bleiben und Angst zu bekommen. Und je mehr ich Haftanstalten kennengelernt habe, desto deutlicher ist mir geworden, wie wenig ich wusste.

Meistens bin ich so vorgegangen: Ich bin dorthin gefahren, wo ich eine Adresse kannte. Ich habe schnell Fotos gemacht und ein paar Sachen aufgeschrieben.

Wie erging es Ihnen bei der Verhaftung?

Der Unterschied zu den Verhaftungen von Bernd oder Gerulf Pannach, Christian Kunert, Jürgen Fuchs und den Jena-Leuten war, dass ich ein halbes Jahr länger in Freiheit war. Ich wusste, dass ein Komitee »Freiheit und Sozialismus« in West-Berlin gegründet worden war, bei dem sehr viele bekannte Schriftsteller, Theologen und Philosophen waren. Ich wusste, dass sie Druck ausüben würden für die Entlassung von Inhaftierten. Und mit diesem Wissen bin ich rein und das war ein totaler Unterschied zu den Personen, die davor verhaftet worden waren und die dachten, dass ihnen so zwischen sechs und acht Jahren Haft bevorständen. Ich war völlig der Überzeugung, die können mir nichts und es wird zu keinem Prozess kommen.

Später haben Sie im Haftkrankenhaus die Flibol-Gebrauchsanweisungen beschriftet. Häftlinge durften keine Kugelschreiber besitzen. Wie war dies möglich?

Im Krankenhaus war nicht so ein Regime wie in Hohenschönhausen. Bei meiner Ankunft in Meusdorf kam ich, nachdem ich dort aus der Schleuse raus war, nicht sofort in die Zelle, sondern wurde dem Heimleiter vorgestellt. Das Gespräch mit ihm ist mir nicht mehr gegenwärtig. Das Einzige, was ich im Kopf absolut abgespeichert habe: Auf seinem Schreibtisch lag ein Kuli und leuchtete mir sofort ins Auge. Als sich der Leiter umdrehte und zum Fenster rausguckte, war für mich eine gute Möglichkeit, unauffällig dort hinzugreifen und den Kugelschreiber an mich zu nehmen. Und die Leibesvisitation war schon abgeschlossen. Ich wusste, ich werde nicht noch mal durchsucht. Dieser Kugelschreiber war und blieb bei mir.

»Bei Schau handelt es sich um einen absoluten Feind der DDR [...].«

Mir stellte, glaube ich, der Heimleiter selbst die Frage, ob ich Interesse hätte, irgendeine Arbeit zu machen. Ich sagte mir: »Warum nicht?« Wenn es etwas Sinnvolles ist, bin ich durchaus geneigt. Und ich dachte, ich komme in eine Werkstatt oder so etwas.

Die Arbeit erfolgte jedoch vom Zimmer aus?

Genau. Dann kam die Kiste in das Zimmer. Ich habe mir angesehen, was wir machen sollten. Und es waren kleine Zettel dort und ich habe überlegt, ich habe einen Kuli und einen Zettel. Das war die nächste Frage: Was kann ich Sinnvolles damit machen? Ich habe mir einen kleinen schönen Text überlegt. Viel Platz war nicht, es musste kurz, sinnvoll und bündig sein. Und dann kam eben dieser kurze Text zustande.³⁷⁸

Günther Schau arbeitet seit August 2015 ehrenamtlich in einer Berliner Flüchtlingsunterkunft. Er hilft jeden Tag in der Küche aus. Seine Geschichte ist ein Beispiel für politische Dissidenz in einer DDR der 1970er-Jahre, in der es noch keine in Gruppen organisierte Opposition gab. Schau hat allein gehandelt und wollte das staatliche Unrecht öffentlich machen. Dazu kam er aufgrund seiner Verhaftung jedoch nicht mehr.



Das Ende

> Demonstrationzug in Richtung »Runde Ecke«, Sitz der Leipziger Staatssicherheit.
4.12.1989
Foto: Eckhard Otto (Ausschnitt)



> Die Sicherheitskräfte riegelten die Leipziger Innenstadt ab. 9.10.1989
Foto: Eckhard Otto

»Schließt euch an!« – die Leipziger Montags- demonstrationen

Am 9. Oktober 1989 schlossen die Läden, Restaurants und Kneipen der Leipziger Innenstadt bereits um 15.00 Uhr. Mit Schlagstöcken ausgestattete Sicherheitskräfte und Kampfgruppen postierten sich u. a. in der Goethestraße und auf dem Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz).³⁷⁹ Die Leipziger wurden aufgefordert, an diesem Tag die Innenstadt zu meiden. Diejenigen, die nach Feierabend durch die Stadt liefen, hatten ein mulmiges Gefühl ...

Der 9. Oktober 1989 fiel auf einen Montag. An diesem Wochentag fand seit Anfang der 1980er-Jahre das Friedensgebet in der Nikolaikirche statt. Unter dem Dach der Kirche fanden sich immer mehr Menschen zusammen, die mit dem politischen System unzufrieden waren. Am 4. September 1989 hatten sich nach dem

Friedensgebet die Teilnehmer auf dem Nikolaikirchhof versammelt und für Meinungs- und Reisefreiheit demonstriert.³⁸⁰ Von nun an bildete sich Montag für Montag nach dem Friedensgebet ein Demonstrationszug.

Das Anwachsen der Opposition erhöhte den Druck auf die ohnehin in vielerlei Hinsicht angeschlagene DDR. SED und MfS reagierten auf den Unmut der Bürger zunächst mit Repressionen. Stasi-Mitarbeiter in Zivil besuchten die Friedensgebete und rissen die Transparente am Kirchenausgang herunter, die Polizei nahm Montag für Montag Personen fest. Die Einschüchterungsversuche hatten aber immer weniger Erfolg. Ironisch begrüßte Christian Führer (1943–2014), Pfarrer der Nikolaikirche, manchmal zum Beginn der Friedensgebete »die offiziellen und inoffiziellen Genossen«.³⁸¹ Anfang Oktober spitzte sich die Lage so zu, dass eine gewaltsame Repression als plausibles Szenario erschien. Mielke drohte nach der Montagsdemonstration am 2. Oktober 1989: »Und nun werde



> Wendepunkt der Geschichte: der friedliche Verlauf der Montagsdemonstration in der Leipziger Innenstadt. 9.10.1989
Foto: Eckhard Otto

ich am nächsten Montag erstmals und endlich auch meine Spezialtruppen einsetzen und werde denen zeigen, dass unsere Macht noch Zähne hat.«³⁸² Am 7. Oktober fanden die offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Gründungstag der DDR statt. Es kam zu Protesten in vielen Städten, darunter Arnstadt, Berlin, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Plauen, die die Sicherheitskräfte gewaltsam niederschlugen. »Wir bleiben hier«, »Keine Gewalt!« und »Gorbi hilft uns!« wurde überall skandiert. In Leipzig versammelten sich im Laufe des Tages immer wieder Menschen vor der Nikolaikirche und später vor dem Hauptgebäude der Universität. Die Sicherheitskräfte gingen gegen die Demonstranten vor, am Abend kamen Wasserwerfer zum Einsatz. Es gab 210 vorübergehende Festnahmen.³⁸³

In dieser höchst angespannten Lage begaben sich Bürger aus Leipzig und aus dem gesamten Bezirk zu den Friedensgebeten, die in der Reformierten Kirche, der Thomaskirche, der Michaeliskirche und der Niko-

laikirche stattfanden. Bereits zwei Stunden vor Beginn des Friedensgebets war die Nikolaikirche so voll, dass niemand mehr hineingelassen wurde. Während der Andachten forderten Repräsentanten von Kirche und Oppositionsgruppen die Teilnehmer zur Gewaltlosigkeit auf. Nach den Friedensgebeten setzte sich ein Demonstrationszug mit etwa 70 000 Menschen Richtung Hauptbahnhof in Bewegung. Die Menge zog über den Innenstadtring zum Roßplatz. Über die Lautsprecher der Stadt mahnte der Aufruf der »Leipziger Sechs« zur Besonnenheit. Seitens der Partei herrschte Konfusion, Honecker entschied sich schließlich für den Dialog. Die Sicherheitskräfte zogen sich nach 18.30 Uhr zurück, nachdem sie vergeblich auf Befehle aus Berlin gewartet hatten.³⁸⁴

Der friedliche Verlauf der Montagsdemo am 9. Oktober machte vielen Mut. In den Wochen danach gingen DDR-weit immer mehr Bürger auf die Straße und verlangten politische Veränderungen. Am 6. Novem-



> Dieses Plakat zeigte Gesine Oltmanns Ende Oktober 1988 nach einem Friedensgebet auf dem Nikolaikirchhof. Die Stasi beschlagnahmte es und unterzog es einer kriminaltechnischen Untersuchung.
BStU, MfS, BV Leipzig, AU 196/89, Bd. 1, Bl. 32

ber, kurz vor dem Mauerfall, erlebte die Stadt Leipzig ihre größte Demonstration mit etwa 500 000 Teilnehmern.³⁸⁵

Auch Gesine Oltmanns (Jg. 1965) beteiligte sich an den Leipziger Montagsdemonstrationen im Herbst 1989. Bereits 1983, als sie in die Bezirksstadt gezogen war, war sie in verschiedenen oppositionellen Gruppen aktiv und nahm an den Friedensgebeten teil. Zu Beginn engagierte sie sich für Umweltschutz. Ihr Kampf wurde im Laufe der Jahre zunehmend politischer. Als Mitbegründerin des »Arbeitskreises Gerechtigkeit« und der »Initiativgruppe Leben« organisierte sie ab 1988 verschiedene Aktionen mit.³⁸⁶ Sie arbeitete z. B. an einer Konzeption für ein Kommunikationszentrum und setzte sich für dessen Eröffnung ein. Das Kommunikationszentrum sollte eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der Leipziger Gruppen mit anderen Gruppen der DDR unter dem Dach der Kirche ermöglichen.³⁸⁷ In diesem Zusammenhang geriet sie ins Visier

der Staatssicherheit, die Oltmanns zu den Akteuren der sogenannten »Politischen Untergrundtätigkeit« zählte.³⁸⁸

Ende 1988 beschloss Gesine Oltmanns gemeinsam mit Michael Arnold und Uwe Schwabe, einen Aufruf zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 15. Januar 1989 in der Leipziger Innenstadt zu verfassen. Oltmanns und elf weitere Bürgerrechtler nahmen an der Flugblattaktion teil. In Zweiergruppen verteilten sie in der Nacht vom 11. zum 12. Januar etwa 6 000 Blätter in Briefkästen von Häusern mehrerer Leipziger Stadtgebiete. Eine Aktion dieses Ausmaßes hatte es bisher noch nicht gegeben. Und in der Tat versammelten sich am 15. Januar 1989 auf dem alten Markt in Leipzig ca. 200 Personen. Es gelang dem Demonstrationszug sogar, einige Hundert Meter weit zu gehen, bevor die Sicherheitskräfte ihn auflösten.³⁸⁹ Die Organisatoren selber befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Haft. Einige hatte die Volkspolizei auf frischer Tat bei der Flugblattaktion ertappt. Gesine Oltmanns und die



> Gesine Oltmanns bei ihrer Verhaftung nach der Flugblattaktion. 13.1.1989
BStU, MfS, BV Leipzig, AU 67/90, Bd. 1, Bl. 33

anderen Beteiligten wurden einen Tag später festgenommen und Haftbefehle wegen »Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit« erlassen.³⁹⁰ Zugleich versuchten Polizei und Staatssicherheit, möglichst viele Flugblätter einzusammeln. Etwa 1 500 trugen sie zusammen, viele davon hatten Bürger in ihren Briefkästen gefunden und abgegeben. Durch ihre Aktion riskierten die Organisatoren der Aktion eine mehrjährige Haftstrafe. Doch die DDR-weiten und die internationalen Proteste trugen dazu bei, dass sie nach ein paar Tagen wieder auf freiem Fuß waren. BV-Chef Manfred Hummitzsch erhielt die Anweisung aus Berlin, die Ermittlungen und Verfahren einzustellen – er notierte, diese Angelegenheit sei »schnell aus der Welt« zu schaffen.³⁹¹

»Keine Gewalt!«

Gesine Oltmanns war zwar aus der Haft entlassen, blieb jedoch unter Kontrolle des MfS. Sie organisierte weitere Protestaktionen und engagierte sich im Herbst für die Freilassung von Personen, die die Stasi im Zuge der Montagsdemos verhaftet hatte. Am 4. September 1989, dem Auftakt der Montagsdemonstrationen, stellte sie sich gemeinsam mit Katrin Hattenhauer nach dem Friedensgebet vor die Nikolaikirche und entfaltete ein Bettlaken mit der Aufschrift »Für ein offenes Land mit

freien Menschen«. Die Stasi-Mitarbeiter wandten eine bewährte Methode an, die Gesine Oltmanns folgendermaßen beschrieb: »Vor uns positionieren sich durchtrainierte Kerle in Zivil, solche 1,90-Leute, die rannten auf uns zu und rissen uns mit einer unheimlichen Aggressivität die Plakate runter.«³⁹² Katrin Hattenhauer, die das Laken festhielt, wurde sogar einige Meter mitgeschleift. Westdeutsche Medien filmten den Vorfall und strahlten die Bilder am gleichen Abend in der »Tagesschau« aus. Dadurch wurde nicht nur die Entschlossenheit Oltmanns und ihrer Mitstreiterin publik, sondern auch das gewalttätige Vorgehen der Staatssicherheit.

Im September 1989 war Gesine Oltmanns unter den Gründerinnen des »Neue Forum« in Leipzig. Sie beteiligte sich auch an der Auflösung der Staatssicherheit und der darauffolgenden politischen Aufarbeitung der Akten bis Mitte der 1990er-Jahre.

ECa



> Markus Rindt (im Fenster über dem DR-Enblem mit der Hand am Fensterrahmen) bei seiner Ankunft mit dem Botschaftszug in Hof. 5.10.1989
Foto: picture alliance/dpa/Wolfgang Eilmes

Prag – Dresden – Hof: Sonderzüge in die Freiheit

Am 3. Oktober 1989 reiste Markus Rindt (Jg. 1967) in die ČSSR. Er hatte ein Ziel: Er wollte in die bundesdeutsche Botschaft in Prag gelangen und so seine Ausreise durchsetzen. In die ČSSR gelangte er problemlos, vor dem Botschaftsgebäude musste er allerdings warten, bevor er hineinkam. Das gesamte Gelände war überfüllt mit Menschen. Schon am Folgetag aber war er am Ziel seiner Wünsche: DDR-Busse brachten die Ausreisewilligen zu Sonderzügen, mit denen diese über das Gebiet der DDR nach Hof in die Bundesrepublik fuhren. Markus Rindt erinnert sich: »Aber wir waren uns unserer Sache noch nicht sicher, als wir nachts durch Dresden und Karl-Marx-Stadt rollten. Die ganze Bahnstrecke war abgesperrt. Dass wir im Westen angekommen waren, merkte ich in der Dunkelheit nur daran, dass an einem Bahnübergang plötzlich keine Trabis mehr warteten, sondern andere Autos.«³⁹³ Die Stasi

registrierte seine Ausreise mit dem Stempelaufdruck »A[us]R[eise]. 5.10.89 Zug Pr[ag]« auf einer Karteikarte. Heute lebt Markus Rindt in Brandenburg. 1997 gründete er gemeinsam mit Sven Helbig die Dresdner Sinfoniker und ist deren Intendant.

»Liebe Landsleute, ich bin heute zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...«, der Rest des Satzes von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (1927–2016) ging im Jubel von über 6 000 Flüchtlingen auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag unter. Tagelang hatten diese DDR-Bürger hier ihrer Ausreise entgegengefeiert. Bereits im August 1989 hatten ausreisewillige DDR-Bürger die bundesdeutsche Botschaft in Prag besetzt. Am 11. September meldete der Botschafter Hermann Huber nach Bonn, dass 434 Menschen Zuflucht gesucht hätten. Es war nicht das erste Mal, dass Ausreisewillige in einer Botschaft um Unterstützung baten. Hermann Huber stellte jedoch eine wesentliche Veränderung

000002 BSTU
000001

EINGANG chiffriert **TELEGRAMM** offen AUSGANG
(Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit Fn. Fu/FS-Nr.: _____

Absender: BV Dresden, Leiter 211/706/89

Empfänger: Leiter der Struktureinheiten

Dresden, den 2.10. 19.89

Die bereits von mir informierte Situation in den BRD-Botschaften Prag und Warschau führte zu der bekannten politischen Entscheidung die DDR-Bürger aus den Botschaften über das Territorium der DDR mit Sonderzügen in die BRD auszuweisen.

Diese Maßnahme wird unter der Bezeichnung "Aktion Zug" geführt. Von allen im Rahmen dieser Aktion ausgewiesenen DDR-Bürger wurde bei einem Zwischenaufenthalt in der DDR der Personalausweis eingezogen. Die Ausreise erfolgte ohne Dokumente.

Zu aus ihrem Verantwortungsbereich ausgewiesene Personen werden Sie laufend durch die BKG informiert.

Aus dieser Gesamtlage ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Die Mitarbeiter Inneres/GA werden im Laufe des heutigen Tages zentral mit Fernschreiben informiert. Es ist notwendig, sofort auf die Organe Inneres/GA zuzugehen und über einzuleitende Sofortmaßnahmen Festlegungen zu treffen.
2. Da Entscheidungen zur Frage der Staatsbürgerschaft und Eigentumsverhältnisse der ausgewiesenen Personen noch nicht entschieden ist, sind diese Fälle zu registrieren und entsprechend der zu erwartenden Festlegung abzuarbeiten. Das trifft auch auf Vermögensfragen, Schulden und Ansprüche dieser Personen zu, welche durch die zuständigen Stellen zu klären sind.
3. Zu den ausgewiesenen Personen sind Nachfolgeschäden, besonders in Form von Auswirkungen auf bewaffnete Organe, MfS und andere bedeutsame Institutionen soweit als möglich

Durchgehende Durchschriften: _____ Stck. Geschrieben: _____ Gesehen: _____

Fingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____

> Aktion »Zug«: Instruktionen der MfS-Betriebsverwaltung Dresden (GA: Grenzabschnitt). 2.10.1989
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 9185, Bl. 1



> DDR-Flüchtlinge vor Zeltunterkünften im Garten der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland. 30.9.1989
Foto: Bundesregierung/Christian Seebode

unter den Flüchtlingen des Spätsommers fest: »Mehr und mehr zeigte sich eine qualitative Änderung in der Zusammensetzung der Flüchtlinge. Während früher bei vielen die Bereitschaft bestand, gegen Zusagen von Rechtsanwalt Vogel die Botschaft zu verlassen, zeigte sich jetzt mehr und mehr eine militante Haltung, die darauf abzielte, das DDR-Regime zu Zugeständnissen zu zwingen. Sie wollten unmittelbar in die Bundesrepublik ausreisen.«³⁹⁴

Die Belagerung der Botschaft in Prag durch DDR-Bürger war im Westen ein Medienereignis erster Güte, im Osten dagegen sprach das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« von einer »zügellosen Hetzkampagne der BRD«.³⁹⁵ Zur gleichen Zeit bereitete die DDR Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober vor und die Prager Ereignisse drohten diese zu überschatten. Außenpolitisch führte die Besetzung der Botschaft zu intensiven Gesprächen am Rande der UN-Vollversammlung im September 1989 in New York vonseiten des Außenministers Hans-Dietrich Genscher.

Vor diesem Hintergrund entschied sich Honecker, Tausende Botschaftsflüchtlinge aus Prag in Sonderzügen der Deutschen Reichsbahn in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen. Jedoch sollten diese »Botschaftszüge«, wie sie alsbald genannt wurden, über das Gebiet der DDR fahren. Die Bürger sollten direkt aus der DDR und nicht aus dem sozialistischen Bruderland ausreisen. Während der Zugfahrt wurden den Ausreisenden die Personaldokumente entzogen. Der erste Zug setzte sich am 30. September in Bewegung. Am gleichen Tag hatte Genscher die frohe Nachricht vom Balkon der Botschaft aus übermittelt. Zu diesem Zeitpunkt waren längst umfangreiche Vorbereitungen der SED-Partei- und Staatsführung und des Staatssicherheitsdienstes getroffen worden. An den Prager Bahnhöfen standen in der Nacht zum 1. Oktober 1989 mehrere Sonderzüge der Reichsbahn bereit, um über 6 000 Menschen in den Westen zu bringen.

Die Ausreise der Menschen motivierte erneut Tausende DDR-Bürger, Zuflucht in der bundesdeutschen Botschaft zu suchen. Die SED-Führung genehmigte auch deren Ausreise. Weitere Sonderzüge brachten in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1989 über 7 000 Botschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik. Das MfS konnte die neuen Entwicklungen nur registrieren und resignierend zur Kenntnis nehmen: »Vorliegenden letzten Meldungen zufolge sind mit Stand vom 5. Oktober 1989, 10.00 Uhr, erneut bereits wieder 40 DDR-Bürger in die BRD-Botschaft in Prag eingedrungen und versuchen ihre ständige Ausreise zu erpressen.«³⁹⁶

Die Staatssicherheit, die Deutsche Volkspolizei, die Transportpolizei, die Grenztruppen und die Zollverwaltung hatten die Aufgabe, die Fahrten der Botschafts-sonderzüge über das Gebiet der DDR abzusichern. Dabei eskalierte die Situation, wie ein Bericht des MfS festhält: »Im Zusammenhang mit der Fahrt der Sonderzüge [...] kam es nach den über die westlichen Medien verbreiteten Zeiten der Abfahrt der Sonderzüge der Deutschen Reichsbahn und beabsichtigten Streckenführung auf dem Dresdener Hauptbahnhof sowie auf dem Vorplatz bis in die Tiefe der Prager Straße nach Ansammlungen von bis zu ca. 20 000 Personen zu tumultartigen Ausschreitungen [...]. Gegen 20.00 Uhr waren ca. 2 500 Menschen im Bahnhof, von denen mindestens 1 000 durch Sprechchöre, Piffie u.Ä. versuchten, ihre sofortige Ausreise in die BRD zu erzwingen. [...] Unter Einsatz von Wasserwerfern



> Am 4. Oktober 1989 eskalierte die Situation am Dresdner Hauptbahnhof. Zahlreiche Polizisten waren schon in den Nachmittagsstunden im Einsatz. Abends wurden Wasserwerfer eingesetzt.
BStU, MfS, BV Dresden, OD TU/H, Nr. 5137, Bl. 8, Bild 34

und von Sonderausrüstung (Schilde, Schlagstöcke, Schutzhelme, Reizkörper) sowie durch Lautsprecher-einsatz gelang es, gegen 24.00 Uhr die Beräumung des Bahnhofs abzuschließen sowie in der Folge die sich zu diesem Zeitpunkt vor dem Bahnhof noch befindlichen ca. 10 000 Personen [...] auf ca. 2 000 bis 3 000 Personen zu reduzieren.«³⁹⁷ Filmaufnahmen der Stasi zeigen die nächtlichen Tumulte und Zerstörungen in einem Umfang, wie sie in der DDR bis dato unbekannt waren.³⁹⁸

Informationen über die weitere Fahrstrecke der Sonderzüge verbreiteten sich wie ein Lauffeuer. Plötzlich strahlten die Bahnhöfe von Freiberg, Karl-Marx-Stadt, Glauchau, Plauen, aber auch die freien Streckenabschnitte, darunter Langsamfahrstrecken der Reichsbahn, eine magische Anziehungskraft auf Neugierige und Fluchtwillige aus. Überall »rotteten sich Personen zusammen«, so die Stasi.³⁹⁹ Der erste Reichsbahn-Sonderzug traf am frühen Morgen des 1. Oktober 1989 in der bayerischen Stadt Hof ein. Beifall und eine Woge der Sympathie empfangen die ersten 1 200 übernäch-

tigten und von der Hilfsbereitschaft überwältigten Flüchtlinge aus der DDR.

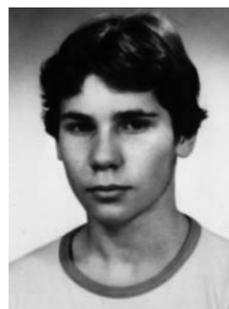
Familie Rohde hatte Verwandte in der Bundesrepublik. Sie hatte wiederholt versucht, auszureisen oder wenigstens besuchsweise in die Bundesrepublik einzureisen. Im Frühjahr 1989 genehmigte der Rat des Kreises Reichenbach Familienvater Lothar Rohde (Jg. 1948) eine Besuchsreise. Lothar Rohde kehrte von dieser Reise nicht in die DDR zurück. Nach seiner Republikflucht stellten die Ehefrau Monika (Jg. 1950) für sich mit ihren vier minderjährigen Kindern und die beiden erwachsenen Söhne Anträge auf Ausreise mit dem Ziel der Familienzusammenführung. Die Ausreisearträge wurden abgelehnt. Bis zum Herbst 1989 hatte die Familie noch keine Ausreisegenehmigung erhalten. In den Akten findet sich zu Jens Rohde, einem der beiden erwachsenen Söhne Rohdes, der Hinweis »vorg[esehener] AR-Termin 30.10.89«⁴⁰⁰. Rohde war über diesen geplanten Ausreisetern aber nicht informiert. Die



> In Reichenbach war die Grenze zur Bundesrepublik nicht mehr weit. Die Zuginsassen warfen alles, was sie an die DDR erinnerte, aus dem Zug. Oktober 1989
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, PI Nr. 518/89

Antragsteller wurden oftmals erst Stunden vor ihrer Ausreise in die Bundesrepublik über die vorliegende Genehmigung in Kenntnis gesetzt und mussten dann in aller Eile packen.

Jens Rohde (Jg. 1970) wollte auf eigene Faust zu seinem Vater in die Bundesrepublik ausreisen. Bereits am 26. September 1989 wurde die Stasi auf ihn aufmerksam. Er saß im D-Zug Leipzig – Karlovy Vary (Karlsbad). Wegen des Verdachts eines versuchten ungesetzlichen Grenzübertretts entzog ihm das Volkspolizeikreisamt



> Jens Rohde. Vor 1989
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KD Reichenbach, Nr. 116, Bl. 46

Reichenbach den Personalausweis. Schon zuvor hatte Jens Rohde mit seinem Bruder und zwei Freundinnen eine Reise nach Ungarn geplant. Diese Reise war ebenfalls wegen des Verdachts der Flucht abgelehnt worden.

Als Anfang Oktober die Botschaftszüge auch durch Reichenbach fuhren, erkannte er seine Chance: »Wir waren in der Disco, als ein Arbeitskollege uns erzählte, dass im Fernsehen die Nachricht von den Sonderzügen gebracht wurde. Sofort war uns klar, die Züge fahren über Reichenbach und dort musste zwangsläufig aus technischen Gründen ein Lokwechsel erfolgen. Die Züge müssen folglich in Reichenbach halten.«⁴⁰¹ Jens Rohde und seine beiden Freunde waren nicht allein an der Bahnstrecke. Allein 500 DDR-Bürger belagerten am Abend des 1. Oktober 1989 den Bahnhof von Reichenbach.⁴⁰² Die jungen Männer sprangen gemeinsam auf den ersten Sonderzug auf und gelangten auf diesem Wege in die Bundesrepublik. Dem MfS und seinem dichten Überwachungsnetz entging dies völlig. In den Stasi-Unterlagen deutet nichts auf diese spektakuläre Flucht hin – ein klares Anzeichen für die inzwischen eingetretene Erosion der Macht.

KFe/CHe

Das Ende der Stasi – Ein Zeitzeugenbericht zur Besetzung der Dienststelle in Siegmars

Lothar Raschker (Jg. 1954), einer der Akteure rund um die Schließung der Stasi-Dienststellen, war später als leitender Mitarbeiter maßgeblich am Aufbau der Außenstelle Chemnitz des Bundesbeauftragten beteiligt. Er berichtet als Zeitzeuge über die Ereignisse.

Der 4. Dezember 1989 in Karl-Marx-Stadt, Stadtteil Siegmars

Am 4. Dezember 1989 sah sich die Dienststelle des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS), wie die Stasi seit gut zwei Wochen hieß, in Siegmars plötzlich mit einer Form zivilen Ungehorsams konfrontiert, die gegenüber dem beinahe allmächtigen Apparat bis dahin kaum denkbar gewesen war: Ab 17.30 Uhr sperrten engagierte

Bürger – darunter auch ich – die Jagdschänkenstraße und begannen zu kontrollieren, ob in den von der Stasi-Dienststelle (S. 159) kommenden Autos Akten abtransportiert wurden.

Die Stasi reagierte schnell darauf: Um unsere Absichten herauszufinden, boten uns die Stasi-Offiziere an, dass sie einen Vertreter von uns hereinlassen würden. Die Vernichtung der Stasi-Akten lief ja, wie wir erst später erfuhren, auf hohen Touren und sollte weder gestört noch ruckbar werden. Einer aus unseren Reihen nahm allen Mut zusammen und ging mit in das Wachgebäude, um zu erklären, dass wir als Bürger – legitimiert durch uns selbst und den Aufruf der oppositionellen Gruppen – die Vernichtung und den Abtransport von Unterlagen stoppen bzw. verhindern würden. Auf seine Frage, ob Akten vernichtet würden, antwortete Oberst Peter Claus (Jg. 1933): »Die Genossen werden nichts Unrechtes und Falsches tun, Sie können ruhig nach Hause gehen« – eine Auskunft, die uns



> Die Bürger kontrollierten die Ein- und Ausfahrt auf dem Gelände der Stasi in Siegmars. 5.12.1989
Foto: Klaus Jedlicka



> Verkollerungsanlage zur Vernichtung von Akten in Leipzig, Hans-Driesch-Straße. 2.1.1990
Foto: Michael Kurt

nicht befriedigte. Deshalb bewachten wir die Kreisdienststelle der Stasi die ganze Nacht hindurch bis zum folgenden Abend.

Der 5. Dezember 1989 in Karl-Marx-Stadt, Stadtteil Siegmars

Um den öffentlichen Druck zu erhöhen, unterstützten uns am folgenden Tag viele Beschäftigte aus umliegenden Betrieben. Zeitweilig standen bis zu 150 Menschen vor dem Tor des Stasi-Objekts. Auf die provokative Frage von Oberst Claus gegen 9.00 Uhr, ob wir denn keine ordentlichen Arbeitsverträge hätten, antworteten wir, dass besondere Situationen besonderer Maßnahmen bedürften. Wir wollten weiterhin kontrollieren, ob Akten vernichtet bzw. abtransportiert würden.

Wenig später, nachdem Oberst Claus sich vermutlich mit seinen Vorgesetzten und der Dienststellenführung beraten hat, durften wieder zwei Vertreter, Joachim Heinik und ich, zu einem Gespräch in das Objekt. Die Offiziere warnten uns, dass ihre Mitarbeiter Waffen

trügen und unter großem psychischen Druck wegen der Ereignisse des vergangenen Tages stehen würden. Ob wir denn keine Angst hätten, dass die Situation eskaliere? Bei diesem Gespräch haben wir unsere Forderung nach dem Stopp der Vernichtung von Akten wiederholt und darauf verwiesen, dass die Waffen ja eingezogen werden könnten, wir seien mit friedlicher Absicht gekommen.

Anschließend wollten wir die Räume der Dienststelle und die Akten sehen. Man zeigte uns allerdings nur geschlossene Aktenkartons, sodass nicht zu erkennen war, ob sie Akten enthielten. Wir fanden die Anzahl von Kartons zwar beachtlich, konnten aber die ungeheure Menge an Stasi-Akten nur vermuten. Dass es noch wesentlich mehr Schriftgut gab, ist dann erst später bei der Auflösung der Staatssicherheit bekannt geworden. Das Ergebnis dieser ersten Begehung war für uns als Belagerer sehr unbefriedigend. Wie sollte es nun weitergehen? Wie konnten wir die Akten und die Räume sichern? Und wer sollte das Gelände weiter von außen bewachen? Nachdem wir die uns einigermaßen



> Halde mit den Überresten der verkollerten Aktenbestände in Leipzig, Hans-Driesch-Straße. 2.1.1990
Foto: Michael Kurt

kompetent erscheinende Staatsanwaltschaft und die Presse informiert hatten, waren wir entschlossen, bis zur Einstellung der Tätigkeit der Stasi vor dem Objekt zu bleiben. Auf die Polizei, die sich als Wache anbot, haben wir verzichtet.

»Alle Mitarbeiter sind zur unbedingten Geheimhaltung über die Vernichtung bzw. Auslagerung von registrierten Vorgängen und Akten [...] anzuhalten.«⁴⁰³ (Minister-Befehl)

Am späten Nachmittag erschienen dann auf unsere Veranlassung die Presse und der Staatsanwalt Siegfried Rümmler. Nach weiteren Verhandlungen mit der Leitung der AfNS-Dienststelle in der Jagdschänkenstraße durften die Presse, der Staatsanwalt und fünf Vertreter der vor dem Tor protestierenden Bürger, unter denen

auch ich mich befand, wieder in das Objekt hinein. Es folgte eine Begehung der Dienststelle, bei der uns noch mehr Zweifel kamen, dass die Stasi-Leute die Wahrheit sagten. Das Öffnen von Räumen erwies sich als schwierig, weil entweder der zuständige Mitarbeiter nicht da war oder Schlüssel fehlten. Die Räume wurden durch den Staatsanwalt versiegelt und ein Protokoll aufgesetzt.

Aus Sicht beider Seiten war die weitere Entwicklung schwer vorhersehbar. Wie würde das AfNS, noch unter Waffen, aber ohne klare Befehle von oben und damit de facto führungs- und orientierungslos, auf uns Bürger reagieren, die es wagten, sie, die Stasi, kontrollieren zu wollen? Und das auch noch öffentlich!

Der 9. Dezember 1989 in Karl-Marx-Stadt, Dittersdorfer Höhe

Mit der Versiegelung aller Schränke und Behältnisse und zuletzt der Archivräume war das Kapitel aber noch nicht zu Ende. Nachdem am 7. Dezember 1989 einige Bürger am Tor eines Stasiobjekts auf der Dittersdorfer



> Erste Begehung der Stasi-Dienststelle Jagdschänkenstraße in Karl-Marx-Stadt durch Mitglieder des »Neuen Forums«. 5.12.1989
Teilnehmer der Begehung (v. l.): Peter Claus (Leiter der Abteilung Wismut), Siegfried Rümmler (Staatsanwalt), Joachim Heinik (Kreisbeauftragter des »Neuen Forums«) sowie ein Archivar der Abteilung XII des Amts für Nationale Sicherheit
Foto: Klaus Jedlicka

Höhe bei Karl-Marx-Stadt den Zweck dieser Anlage hatten in Erfahrung bringen wollen und vom Wachpersonal keine Antwort erhalten hatten, versammelten sich am 9. Dezember 1989 gegen 9.00 Uhr wiederum Bürger aus der Umgebung von Karl-Marx-Stadt vor dem Objekt. Es waren etwa 100 Personen gekommen, die meisten von ihnen aus den Gemeinden Dittersdorf, Kleinolbersdorf-Altenhain und Einsiedel. Und diesmal waren auch gleich von Anfang an die SED-Bezirkszeitung, die »Freie Presse« und ein junger Staatsanwalt namens Börner dabei. Aber wie an den vorherigen Tagen war energischer Druck durch uns Bürger notwendig, um die Bewacher vom AfNS und von der Volkspolizei zum Öffnen des Tores zu bewegen.

Im größeren Raum einer Baracke stellte sich dann der verantwortliche Oberstleutnant Kratzer (Jg. 1943) den

Fragen der Bürger. Viel konnte oder besser durfte und wollte er allerdings nicht sagen. Die Bürger forderten nun Zugang zum Bunker, der schließlich geöffnet wurde. Wir fanden fast leere Räume vor, manche mit Resten von abgeschnittenen dicken Telefonkabeln. Verschlussene Räume konnten anfänglich nicht geöffnet werden, weil angeblich die Schlüssel fehlten; diese würden sich im Dienstzimmer Kratzers in Karl-Marx-Stadt befinden. Die von den Bürgern ebenfalls geforderten Bau- und Lagepläne des Objektes lagen auch dort. Nach einigen heftigen Debatten fanden sich dann überraschend sowohl Pläne und als auch Schlüssel im Objekt.

Die Situation ähnelte der vom 4. und 5. Dezember in der Jagdschänkenstraße und auf dem Kaßberg, dem Hauptsitz der Stasi. Weil das Verschweigen, Vertuschen und Verleugnen weiterging, versiegelte der Staats-

anwalt einige Räumlichkeiten mit seiner Petschaft, um die Beseitigung der Beweismittel und Spuren durch die Stasi zumindest zu erschweren.

Nachdem im Verlaufe des Dezembers weitere Geheimobjekte der Stasi besetzt worden waren und am 15. Januar auch die Stasi-Zentrale in Berlin erstürmt worden war, musste die Regierung Modrow zu Beginn des Jahres 1990 von ihrem Vorhaben, neue Geheimdienste mit altem Personal zu bilden, Abstand nehmen. Der Druck der Öffentlichkeit und der »Runden Tische« in Berlin und in den Bezirksstädten war für die alte politische Elite zu groß geworden. Im Ergebnis der Beschlüsse an den »Runden Tischen« gründeten sich Komitees zur Auflösung der Staatssicherheit. Deren Aufgaben waren Sicherung von Akten und Vermögen, Aufdecken von

Befehlsstrukturen und Wirkungsmechanismen sowie die komplette Auflösung der Geheimpolizei. Erst damit war das alte DDR-System überwunden und die »Friedliche Revolution« vollzogen.

LRa



> Feuerstelle mit Resten von verbranntem Papier im Kreisamt für Nationale Sicherheit in Großenhain. 5.12.1989
Foto: H.-D. Bierling

Anmerkungen

- 1 Liebing, Yvonne: All you need is beat. Jugendsubkultur in Leipzig 1957–1968. Leipzig 2005.
- 2 Einzelinformation Nr. 968/65 über erste Ergebnisse der Untersuchungen gegen die wegen Beteiligung an der Zusammenrottung in Leipzig festgenommenen Jugendlichen, 1.11.1965; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 1129, Bl. 6–8.
- 3 Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, AU 212/66.
- 4 http://digital.slub-dresden.de/fileadmin/data/425384225-19450522/425384225-19450522_tif/jpegs/425384225-19450522.pdf (letzter Aufruf 29.3.2017).
- 5 Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone – Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1998, S. 125–156, hier 136.
- 6 Schmeitzner, Mike: Formierung eines neuen Polizeistaates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945–1952. In: Behring, Rainer; Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952. Köln u. a. 2003, S. 201–267, hier 207.
- 7 Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=823> (letzter Aufruf 23.2.2017); Spors, Joachim: Der Aufbau des Sicherheitsapparates in Sachsen 1945–1949. Die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit unter den Bedingungen eines politischen Systemwechsels. Frankfurt am Main 2003, S. 30–38.
- 8 Zahlen zu hauptamtlichen Mitarbeitern beim MfS – auch die nachfolgend genannten – sind entnommen aus Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 552 f.
- 9 Engelmann, Roger: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe 1949–1959. In: Hilger, Andreas u. a. (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Dresden 2001, S. 55–64, hier 55.
- 10 Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990. München 2011, S. 40 f. u. Tantzsch: Vorläufer (Anm. 5), S. 142 f.
- 11 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003, S. 503.
- 12 Ebd., S. 502–504; Blecher, Jens: »... ab nach Sibirien«. Einschüchterungspolitik und Meinungsbildung durch Terror an der Universität Leipzig zwischen 1945 und 1955. In: Blecher, Jens; Wiemers, Gerald: Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945 bis 1955. Von der Universität in den GULAG. Studentenschicksale in sowjetischen Strafslagern 1945 bis 1955. Leipzig 2005, S. 42–57. Die Universität Leipzig verlieh Natonek 1992 den Titel eines Professors ehrenhalber.
- 13 Engelmann: Aufbau (Anm. 9), S. 56.
- 14 Chronologischer Lebenslauf, 12.4.1949; BStU, MfS, KS 163/64, Bl. 105 f.
- 15 BStU, MfS, HA IX/11, SV 295/87, Bl. 19. In: Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001, S. 13.
- 16 Schmeitzner: Polizeistaat (Anm. 6), S. 254.
- 17 Vernehmungsprotokoll, 29.6.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 139–141, hier 141 (Akte Staatsanwalt).
- 18 Urteil, 26.7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 156–186, hier 173.
- 19 Ebd., Bl. 4.
- 20 BStU, MfS, BV Dresden, KD Niesky, Nr. 6119, Bl. 6 sowie die Zeugenvernehmung im Ermittlungsverfahren; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 173.
- 21 Provokateure Victor Piegsa und [Name] aus Niesky, 5.8.1953; BStU, MfS, BV Dresden, KS 402/59, Bl. 65.
- 22 Dortiges Ersuchen vom 7.11.56 [Strafvollzugsanstalt Leipzig an Staatsanwalt des Bezirkes], 28.11.1956; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bl. 59 (Vollzugsakte), 73.
- 23 Abschrift Vernehmung eines Zeugen, KD Niesky, 26.6.1953; ebd., Bd. o. Nr., Bl. 23; vgl. Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Köln u. a. 1999, S. 297–299.
- 24 Gesamtübersicht über die Vorgänge vom 17.–19.6.1953 in Bezirk Dresden, 1.7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stellvertreter des Leiters, Nr. 4, Bl. 1–26, hier 6.
- 25 Roth: 17. Juni (Anm. 23), S. 300.
- 26 Vgl. <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/der-aufstand-des-17-juni-1953/154325/der-weg-in-die-krise> (letzter Aufruf 20.1.2017).
- 27 Die Kreisdienststelle Niesky befand sich 1953 auf der Karl-Marx-Straße 15, später hatte die Stasi ihren Sitz in der Gersdorfstraße 35. BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54 sowie Zeitzeugengespräch mit Christel Haude am 19.7.2016.
- 28 Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953. München 2013, S. 104.
- 29 Strafsache gegen Markwirth, 8.7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bd. o. Nr., Bl. 6.
- 30 Ebd., Bd. o. Nr., Bl. 26.
- 31 Kowalczyk: 17. Juni 1953 (Anm. 28), S. 105.
- 32 Roth: 17. Juni (Anm. 23), S. 314 f. u. BStU, MfS, BV Dresden, KS 91/73, Bd. o. Nr., Bl. 4.
- 33 Urteil, 18. 7.1953; BStU, MfS, BV Dresden, AU 237/54, Bd. o. Nr., Bl. 1–32.
- 34 Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 9.
- 35 Vgl. Engelmann, Roger [Bearb.]: Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2013, S. 12–21.
- 36 Aufklärung und Abwehr geplanter feindlicher Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1988; BStU, MfS, BdL/Dok Nr. 008643, Bl. 1–4; BStU, MfS, BV Halle, BKG, Nr. 1739; BStU, MfS, BV Schwerin, BdL, Nr. 400027.
- 37 Ulbricht, Walter: Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: Neues Deutschland v. 4.3.1956, S. 3 f., hier 4.
- 38 Stimmung zum XX. Parteitag der KPdSU [Information (Info) M65/56] v. 23.3.1956. In: Bispinck, Henrik [Bearb.]: Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2016. Hieraus auch alle folgenden zitierten Informationen.
- 39 Neue Argumente zum XX. Parteitag der KPdSU [Info M54/56] v. 14.3.1956.
- 40 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht und andere [Info M90/56] v. 25.4.1956.
- 41 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht [Info M88/56] v. 19.4.1956. Hieraus auch das folgende Zitat.
- 42 Lage in den Universitäten und unter den Studenten [Info M104/56] v. 18.5.1956. Hieraus auch die folgenden Zitate.
- 43 Hierzu und zum Folgenden: Studentendemonstrationen an der Musikhochschule Weimar und an der Technischen Hochschule Dresden [Info M109/56] v. 25.5.1956.
- 44 Studentendemonstration und Stimmung unter den Studenten [Info M114/56]. Siehe auch Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln, Weimar, Wien 2011, S. 85.
- 45 Hierzu und zum Folgenden: Sonderinformation – Betrifft: Professor Dr. Kockel, Direktor des Theoretisch-Physikalischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig [Info M122/56] v. 7.6.1956.
- 46 Zur Biografie vgl. Wappler, Karl: Bernhard Kockel. Zum 100. Geburtstag am 3. September 2009. In: Jubiläen 2009. Personen | Ereignisse. Hg. v. Rektor der Universität Leipzig. Leipzig 2009, S. 59–63.
- 47 Dieses und die folgenden Zitate aus: Anlage zur Info M122/56 (Anm. 45).
- 48 SED-BL Leipzig, Bericht über eine Aussprache zwischen Gen. Wetzel und Gen. Prof. Dr. Kockel, 12.6.1956 (Abschrift); BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1019/62, Bl. 43–45; MfS, BV Leipzig, Abt. VI/2, Betr. Leitungssitzung des Physikalischen Institutes der Karl-Marx-Universität mit Prof. Kockel, 19.6.1956; ebd., Bl. 46 f.
- 49 MfS, BV Leipzig, Abt. VI/2, Bericht betr. Bernhard Kockel, 18.6.1956; ebd., Bl. 38 f., hier 38.
- 50 Vgl. Herzberg, Guntolf: Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58. Berlin 2006, S. 340.
- 51 Vgl. Lienert: Zwischen Widerstand und Repression (Anm. 44), S. 107 f.
- 52 Info 285/56 – Betrifft: Lage an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik v. 28.10.1956. Für die Universität Leipzig: MfS, BV Leipzig, Leiter der Informationsgruppe Leubold, Personen aus dem Bezirk, die bei politischen Ereignissen

- im Jahre 1956 feindliche Diskussionen führten, 27.11.1956; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung, Nr. 573, Bl. 67–86.
- 53 MfS, BV Leipzig, Feindliche Diskussionen sowie bemerkenswerte Vorkommnisse an der Karl-Marx-Universität und anderen Hochschulen, 9.11.1956; BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung, Nr. 824/02, Bl. 41.
- 54 Info 348/56 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik v. 20.11.1956.
- 55 Info 303/56 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik v. 4.11.1956.
- 56 Info 313/56 – Betrifft: Die Lage in der Deutschen Demokratischen Republik v. 7.11.1956.
- 57 Info 307/56 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik v. 5.11.1956.
- 58 Info 285/56 (Anm. 52).
- 59 Mitteilungen des Leiters der BV Karl-Marx-Stadt, Oberstleutnant Gehlert an Mielke, 19.5.1960, 8.9.1960, 24.11.1960; BStU, MfS, AS 204/62, Bd. 12, Bl. 209, 99, 84.
- 60 Auskunft der Familienangehörigen Michaela Pätz, Reuth bei Plauen – Vgl. Renate Wöllner, Oktober 2012 – Vogtländischer Chronistentag erinnert an das Jahr 1952 und die Veränderungen danach <http://www.vogtlandkreis.de/shownews.php?id=2607> (letzter Aufruf 26.12.2016).
- 61 Landratsamt Vogtlandkreis, Außenstelle Oelsnitz, SG Archiv, RdK PL, VwA, Nr. 18359, S. 7.
- 62 Interview Peter Boeger mit Giesela Werner, geb. Günther, am 24.6.2016.
- 63 Ebd.
- 64 Die politisch-ideologische Situation im Grenzgebiet, 20.2.1961; BStU, MfS, AS 204/62, Bd. 12, Bl. 70–72, hier 70.
- 65 Vermerk (ohne Angaben der Provenienz), o. D. (nach 1960); BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, ZMA, Nr. 5597, Bl. 2 f.
- 66 Die politisch-ideologische Situation im Grenzgebiet, 20.6.1961; BStU, MfS, AS 204/62, Bd. 12, Bl. 52.
- 67 Vermerk (ohne Angaben der Provenienz), o. D. (nach 1960); BStU, MfS, Karl-Marx-Stadt, ZMA, Nr. 5597, Bl. 2 f.
- 68 Interview Peter Boeger mit Giesela Werner, geb. Günther, am 24.6.2016.
- 69 Ermittlungsbericht (KD Auerbach), 22.10.1969; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, ZMA, Nr. 5597, Bl. 8 f.
- 70 Bennewitz, Inge: Die beiden Zwangsaussiedlungen 1952 und 1961. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, S. 361–369.
- 71 Vgl. Oschlies, Johannes: Entrissene Heimat. Zwangsaussiedlungen an der DDR-Grenze 1952 und 1961 im Bezirk Magdeburg. Magdeburg 2006, S. 64 f.
- 72 Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Bremen 2001, S. 85.
- 73 Lage an der Staatsgrenze West, 10.10.61; BStU, MfS, AS 204/62, Bd. 12, Bl. 35–37, hier 35 f.; Dokumentation zur Aktion »Festigung« (Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze West), o. D.; BStU, MfS, HA VI, Nr. 16175, Bl. 2–46, hier 17.
- 74 Pfr. Friedemann Schubert: Was kann geschehen, das Unrecht wiedergutzumachen? In: Gemeindebrief Töpen – Issar – Münchenreuth. Juni 1990, S. 24–26.
- 75 Pfarrer Brunner, Mißlareuth, 2.10.1961; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, StOp, Nr. 2, Bl. 97.
- 76 Brunner, Werner, 6.9.1961; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, ZMA, Nr. 224, Bl. 5.
- 77 Lage an der Staatsgrenze West, 21.10.1961; BStU, MfS, AS 204/62, Bd. 12, Bl. 32–34, hier 33.
- 78 Ebd., Bl. 12.
- 79 Eisenfeld: 13. August 1961 (Anm. 72), S. 81.
- 80 Dokumentation zur Aktion »Festigung«, o. D.; BStU, MfS, HA VI, Nr. 16175, Bl. 2–60, hier 13.
- 81 Geschleifte Ortschaften ohne Höfe und Mühlen: Nach 1952 und 1961 entstandene Wüstungen entlang der sächsischen Westgrenze sind: Ebersberg; Gräben im Thale (verschwand 1974); Hammerleithen (verschwand 1974); Hasenreuth, OT von Sachsgrün (verschwand nach 1952); Markusgrün, OT/Streusiedlung von Heinersgrün (nach 1961 abgerissen); Pabstleithen (Ein Viertel des Dorfes blieb erhalten.); Stöckigt, gehörig zu Grobau (verschwand 1963); Troschenreuth, OT von Ebersberg (verschwand 1972); Wieden bei Oelsnitz (verschwand 1974); Wiedersberg, OT von Ebersberg. Angaben u. a. von Ronald Schrickler, Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth. – Vgl. auch Zwangsaussiedlungen: neuer Gedenk-Wanderweg im Vogtland, Sächsische Zeitung online, 7.7.2016, <http://www.sz-online.de/sachsen/zwangsaussiedlungen-neuer-gedenk-wanderweg-im-vogtland-3437604.html> (letzter Aufruf 5.1.2017).
- 82 Öffentliche Sitzung des 1. Senats des Bezirksgerichts Karl-Marx-Stadt, 8.5.1969; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, W AS 508/69, Bd. 2, Bl. 139–158, hier 143.
- 83 Strafsache, 28.8.1968; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, W AU 508/69, Bl. 13 f.; Befragungsprotokoll, 26.8.1968; ebd., Bl. 81–87.
- 84 Beurteilung, 4.11.1969; ebd., Bl. 342.
- 85 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, OV Wismut, W AS 508/69, Bd. 4, Bl. 54.
- 86 Kowalczyk, Ilko-Sascha: »Wer sich nicht in Gefahr begibt ...«. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln 1999, S. 257–274, hier 262.
- 87 Vgl. Wolle, Stefan: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Bonn 2008; Wenzke, Rüdiger: Sachsen als militärischer Aufmarsch- und Handlungsraum von NVA und Sowjetarmee im Sommer 1968. In: Hermann, Konstantin: Sachsen und der Prager Frühling. Beucha 2008, S. 89–126.
- 88 UAL, R 0124, Bd. 10, Bl. 21.
- 89 Kowalczyk: »Wer sich nicht in Gefahr begibt ...« (Anm. 86), S. 262.
- 90 Wenzke, Rüdiger: Sachsen als militärischer Aufmarsch- und Handlungsraum von NVA und Sowjetarmee im Sommer 1968. In: Hermann, Konstantin: Sachsen und der Prager Frühling. Beucha 2008, S. 89–126, hier 109.
- 91 ZAIG, Hinweise für Kollegiumssitzungen – Dienstbesprechungen, Anfang Oktober 1968; zit. nach: Tantzsch, Monika: »Maßnahme Donau und Einsatz Genesung«. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten. Berlin 1994, S. 35.
- 92 Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006.
- 93 »Die Ausbürgerung«. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., letzte Änderung September 2008, www.jugendopposition.de/index.php?id=178 (letzter Aufruf 20.1.2017); Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 361 f.
- 94 Keller, Dietmar; Kirchner, Matthias (Hg.): Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik. Berlin 1991, S. 136 f.
- 95 Walther: Sicherungsbereich (Anm. 93); Gieseke: Schild und Schwert (Anm. 15), S. 45, 63.
- 96 »Proteste im ganzen Land«. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., letzte Änderung September 2008, www.jugendopposition.de/index.php?id=16 (letzter Aufruf 20.1.2017); Grünbaum: Wolf Biermann (Anm. 92), S. 24.
- 97 Übersicht zu feindlichen Plänen, Absichten und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Vorgängen um Biermann, Havemann und andere feindliche Kräfte, ZAIG, 15.12.1976; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5525, Bl. 10–94, hier 73 f.
- 98 Siehe Walther: Sicherungsbereich (Anm. 93), S. 88 f.
- 99 Information über die Reaktionen der Bevölkerung des Bezirkes Karl-Marx-Stadt zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR für Wolf Biermann, BV Karl-Marx-Stadt, 19.11.1976; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 9734, Bl. 301–305.
- 100 Telegramm, Leiter der BV Karl-Marx-Stadt an Leiter der HA XX, 25.11.1976; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOP 993/82, Bd. 6, Bl. 27.
- 101 Auskunftsbericht, KD Glauchau, 9.2.1981; BStU, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 435, Bl. 177–183.
- 102 Bericht des IM »Bernhard Krause« vom 9.12.1976; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 2493, Bl. 138–141.
- 103 Zusammenfassende Darstellung zum OV »Spinne«, AIG, 1.12.1976; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 436, Bl. 65–74, hier 70.
- 104 Sachstandsbericht, KD Glauchau, 30.4.1977; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOP 993/82, Bd. 1, Bl. 85 f., hier 85.
- 105 Zeitzeugengespräch Elise Catrain mit Michael Wagner am 29.9.2016.

- 106 Nawrocki, Joachim: Zufrieden in die neue Etappe. In: Die Zeit v. 25.4.1986; Kaiser, Gari-Christian: Sachtes Zittern hinter den Fassaden. In: Die Zeit v. 25.4.1986, S. 9 f.
- 107 Information der KD Stollberg über die Stimmung unter der Bevölkerung, 2.2.1987; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3148, Bl. 219–222, hier 221; Bericht der BV Karl-Marx-Stadt zur Reaktion der Bevölkerung zu aktuell-politischen Fragen, 3.2.1987; ebd., Bl. 178–182.
- 108 Informationen der KD Stollberg über die Stimmung unter der Bevölkerung, 6.3.1987; ebd., Bl. 203–206; Berichte der BV Karl-Marx-Stadt zur Reaktion der Bevölkerung zu aktuell-politischen Fragen, 17.11.1987 und 1.12.1987; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3151, Bd. 1, Bl. 36–39, 48–54.
- 109 Das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« veröffentlichte ein Gespräch Kurt Hagers mit dem Magazin »Der Stern«, in welchem er sich abschätzig über die neue sowjetische Politik äußerte. Neues Deutschland v. 10.4.1987, S. 3.
- 110 Berichte der BV Karl-Marx-Stadt zur Reaktion der Bevölkerung zu aktuell-politischen Fragen, 10.2.1987, 24.3.1987 und 7.4.1987; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3151, Bd. 2, Bl. 104–107, 121–126, 172–176; Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990. 5. Aufl., Oldenburg 2012, S. 103. Operativinformation der BV Leipzig, 1987; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 851, Bl. 12–14; Information der BV Leipzig, 5.12.1987; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XV, Nr. 3211, Bl. 12. Lageeinschätzung über die Stimmung der Bevölkerung des Kreises Annaberg, 6.9.1988; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3158, Bd. 2, Bl. 35–38, hier 38; von zur Mühlen, Patrik: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegungen, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft. Bonn 2000, S. 19, 192.
- 111 Sofortmeldung des VPKA Leipzig, 15.2.1988; BStU, MfS, BV Leipzig, AU 2002/88, Bd. 1, Bl. 124 f., hier 125.
- 112 Erstmeldung der BV Leipzig, 16.2.1988, Verurteilung; ebd., Bl. 35–39, 350 f.; Vernehmungen von J. Tallig durch die Bezirksverwaltung Leipzig, 25.2.1988, 15.2.1988 und 16.3.1988, 23.3.1988; ebd., Bd. o. Nr., Bl. 40–46, 75–83, 85–92, 150–153; Mayer, Thomas: Helden der friedlichen Revolution. 18 Portraits von Wegbereitern aus Leipzig. Leipzig 22009, S. 118–125, hier 119–123.
- 113 Informationen des IM »Stahl«, 4.8.1988, 12.8.1988 und 16.12.1988, Monatsbericht November 1988; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM, 4006/92, Bd. 22, Bl. 114, 134–136, 235, 264–273; Einsätze des IM »Stahl«, 1989; ebd., Bd. 23, Bl. 6, 48, 57; Operative Informationen, 17.11.1988, 2.12.1988; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 918, Bl. 4–13; BStU, BV Leipzig, AKG, Nr. 3447; Dietrich, Christian: Fallstudie Leipzig 1987–1989. Die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Bd. VII/1, Baden-Baden 1995, S. 558–666, hier 612–614, 632 f.; Eckert, Rainer: Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert. Halle 2014, S. 161–163; Mayer: Helden (Anm. 112), S. 120–123.
- 114 Bericht der BV Karl-Marx-Stadt zur Reaktion der Bevölkerung zu aktuell-politischen Fragen, 10.3.1987; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3151, Bd. 1, Bl. 139–143, hier 140.
- 115 Eingabe an den Staatsrat, 20.11.1988; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 10423, Bl. 5; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2015, S. 76–87.
- 116 Operativinformation, 29.12.1988; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig Stadt, AGMS, 1396/92, Bl. 218–220.
- 117 Lageeinschätzung über die Stimmung der Bevölkerung des Kreises Annaberg, 22.11.1988; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3158, Bd. 2, Bl. 119–124, hier 120; Informationen des IM »Stahl«, 1988; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM, 4006/92, Bd. 22, Bl. 224 f., 239–250.
- 118 Kowalczyk: Endspiel (Anm. 115), S. 75 f.; Wolff, Franca: Glasnost erst kurz vor Sendeschluss. Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985–1989/90). Köln 2002, S. 203–210; Informationen der BV Dresden, 11.3.1988, 3.3.1988; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 10489, Bl. 1–25.
- 119 Timmer, Carsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Göttingen 2000, S. 94–96.
- 120 Information der BV Karl-Marx-Stadt, 12.1.1989, Bericht des Rats des Kreises Karl-Marx-Stadt, 27.1.1989; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOPK 1299/89, Bd. 1, Bl. 191–193; Eckert: Opposition (Anm. 113), Bl. 185–197.
- 121 Information der BV Karl-Marx-Stadt, 4.11.1988; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Leiter, Nr. 305, Bd. 2, Bl. 313–318, hier 313.
- 122 Ebd.; Einleitungsbericht zur OPK »Revier«, 1.9.1989, Informationen, 12.10.1989 und 13.10.1989; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Operative Hauptablage, Abt. XIV, Nr. 1807/89, Teil V, Bd. 1, Bl. 6 f., 46–49.
- 123 Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2016, S. 224 f.
- 124 Hauptamtliche Mitarbeiter, Stand v. 31.10.1989, in: Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 557; inoffizielle Mitarbeiter, Stand v. 31.12.1988, in: Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008, S. 387.
- 125 BStU, MfS, BV Dresden, AOP 1843/81, Bl. 48.
- 126 Abschlussbericht zur Ablage des OV »Farfisa«, 14.7.1981; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 10699, Bl. 15 f.
- 127 In: Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 557; inoffizielle Mitarbeiter, Stand v. 31.10.1989, in: Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 124), S. 575.
- 128 Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, OFS, Nr. 105, Bl. 1–3 u. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. RD, Nr. 4.
- 129 Halbrock, Christian: Das Areal der DDR-Staatssicherheit in Lichtenberg. In: Münkler, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 52–60.
- 130 Protokoll, AKG/ODH, 1.5.1987; BStU, MfS, BV Dresden, BdL, Nr. 4778, o. S.
- 131 Hauptamtliche Mitarbeiter, Stand v. 31.10.1989, in: Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 557; inoffizielle Mitarbeiter, Stand v. 31.10.1989, in: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 124), S. 607.
- 132 Tagesrapport Nr. 183/81 für den Zeitraum v. 30.9.81 bis 1.10.81 der AKG der BV Leipzig; BStU, MfS, BV Leipzig, BdL, Nr. 1806, Bl. 134–136.
- 133 Informationen zu Sonntag, G., 1.11.1985; BStU, MfS, BV Dresden, AOPK 557/88, Bl. 107 f.
- 134 Tonbandbericht (IM-Bericht vom 7.11.1983), 8.11.1983; ebd., Bl. 225 f.
- 135 Operative Kombination zur OPK »Unternehmer«, 6.2.1986; ebd., Bl. 101 f.
- 136 Abschlussbericht zur OPK »Unternehmer«, 2.2.1988; ebd., Bl. 280–286, hier 285.
- 137 MfS-Definition – auch die nachfolgend genannten – sind entnommen aus Suckut, Siegfried: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen« Arbeit. Berlin 1996.
- 138 Das MfS zählte im Kreis Kamenz 1983: 37; 1984: 51; 1985: 23 und 1986: 23 Fahrten der MVM. Vgl. BStU, MfS, BV Dresden, KD Kamenz, Nr. 8274, Bl. 100 f., 45 f., 25, 12.
- 139 Probleme der internationalen Entwicklung und das Wirken der westlichen MVM auf dem Gebiet der DDR, 12.11.1985 (Vortrag Klotzsch); BStU, MfS, BV Dresden, KD Kamenz, Nr. 8631, Bl. 6–16, hier 13.
- 140 Ministerium für Staatssicherheit, Presseabteilung (Hg.): Spionagetätigkeit der westlichen MVM/MI, 1/1989, Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit (36 S. + 16 Bl. Bildmaterial). Berlin 1989, S. 3.
- 141 Sofortmeldung des VPKA Leipzig-Stadt, 1.9.1982; BStU, MfS, BV Leipzig, AOPK 776/85, Bl. 37.
- 142 Die Kleinmesse war und ist ein temporärer Rummelplatz am Cottaweg in Leipzig.
- 143 BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 4216, Bl. 8.
- 144 Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 1122/87.
- 145 Der Personalausweis war für DDR-Bürger das einzige Personaldokument. Bei Entzug wurde ein sogenannter PM 12 ausgegeben, ein vorläufiger Personalausweis. Dessen Besitzer hatten sich regelmäßig auf den zuständigen Volkspolizeirevier zu melden, durften sich nur in bestimmten Gebieten aufhalten und nicht ins Ausland reisen.
- 146 BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 1122/87, Bl. 21.

- 147 Ebd., Bl. 171.
- 148 Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, AU 571/85.
- 149 Erhebungsprogramm für die Ermittlung von Planstellennormativen, 30.5.1983; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 3490, Bd. 3, Bl. 5 f.
- 150 Begründung der vorgeschlagenen Erweiterung der Struktur der KD Leipzig-Stadt, 24.2.1982; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 1137, Bl. 5–9.
- 151 Auskunftsbericht der Kreisdienststelle Leipzig-Stadt, 18.1.1982; BStU, MfS, KD Leipzig-Stadt, Nr. 3490, Bd. 1, Bl. 87–115, hier 89–98.
- 152 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%BCnau_%28Leipzig%29 (letzter Aufruf 20.1.2017); vgl. IM-Statistiken, 30.9.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 2930, Bl. 2 f.
- 153 Begründung der vorgeschlagenen Erweiterung der Struktur der KD Leipzig-Stadt, 24.2.192; BStU, MfS, KD Leipzig-Stadt, Nr. 1137, Bl. 5–9.
- 154 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Reg.-Nr. XIV 102/89, Ordner 1, Bl. 58–60.
- 155 Ebd., Bl. 148.
- 156 Ebd., Bl. 15.
- 157 Ebd., Bl. 15 f.
- 158 Ebd., Bl. 169.
- 159 Ebd., Bl. 17.
- 160 Laut Sachstandbericht wurde Hopf im Sicherungsvorgang XIV/1000/68 registriert. In der BV Karl-Marx-Stadt wurden im Sicherungsvorgang 1000/68 Personen erfasst, die im Verteidigungsfall nach Direktive 1/67 festgenommen und in Isolierungslager gebracht werden sollten. Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Reg.-Nr. XIV 102/89, Ordner 1, Bl. 17, 188.
- 161 Vgl. ebd., Bl. 26. Titel des Kunstwerkes vom IM in seinem Bericht fälschlicherweise als »Dir Hure Politik« zitiert.
- 162 Ebd., Bd. I, Bl. 244 f. §218 des StGB der DDR richtete sich gegen die »Vereinsbildung zur Verfolgung gesetzeswidriger Ziele«.
- 163 Ebd., Bl. 245.
- 164 Ebd., Bl. 254–258.
- 165 Marxen, Klaus; Werle, Gerhard (Hg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bd. 1. Berlin, New York 2000, S. 259.
- 166 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Reg.-Nr. XIV 102/89, Bd. I, Bl. 254–258.
- 167 Vgl. ebd., Bl. 259.
- 168 Vgl. ebd., Bl. 305–309.
- 169 Vgl. ebd., Bd. III, Bl. 254–256.
- 170 Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AGL, Nr. 65, Bd. 2, Bl. 115 u. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3226, Bl. 3.
- 171 Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AGL, Nr. 65, Bd. 2, Bl. 117, 158–172.
- 172 Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 5246, Bl. 29–33.
- 173 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KS II, Nr. 471, Bl. 185.
- 174 Ebd., Bl. 189.
- 175 Ebd., Bl. 40.
- 176 Ebd., Bl. 149, 187.
- 177 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKS II, Nr. 383/81, Bl. 184.
- 178 Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KS II, Nr. 471, Bl. 186.
- 179 Neben seiner Frau und seinen Söhnen hatte er weitere Verwandte im MfS: seinen Schwager und dessen Sohn. Vgl. ebd., Bl. 164.
- 180 Ebd., Bl. 195.
- 181 Zusammen mit den 154 inoffiziellen Mitarbeitern waren sie in den 1980er-Jahren vor allem für die Überwachung der exportrelevanten Musikinstrumentenindustrie, die Bearbeitung des »politischen Untergrundes« und der Ausreiseartragsteller und die Sicherung des Leistungssports (SC Dynamo Klingenthal mit Kinder- und Jugendsportschule) zuständig. Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Arbeitsgruppe des Leiters, Erhebungsprogramme für die Ermittlung von Planstellennormativen für Kreisdienststellen 1983, AGL, Nr. 65, Bd. 1, Bl. 225–250.
- 182 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KS II, Nr. 471, Bl. 98.
- 183 Nicht einmal in der Sowjetunion gab es eine solche Mitarbeiterkonzentration: Beim KGB kamen 1990 auf einen Mitarbeiter 595 Einwohner. Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 538. Vgl. auch <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/219122/auftraggeber-sed> (letzter Aufruf 3.2.2017).
- 184 Zur Gesamtmitarbeiterzahl sowie zu den entstehenden Kosten vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 557 f.
- 185 Alle Angaben zum regionalen Mitarbeiterbestand vgl. ebd., S. 557.
- 186 Selbstbewerber wurden grundsätzlich abgelehnt. Das MfS fürchtete bei ihnen, dass es sich um Mitarbeiter ausländischer Geheimdienste handeln könnte, die gezielt ins MfS eingeschleust werden sollten.
- 187 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1996, S. 54.
- 188 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Stellvertreter Operativ, Informationen des Leiters der BV Karl-Marx-Stadt zur Situation des MfS Herbst 1989, September 1989–November 1989, StOp, Nr. 68, Bl. 165.
- 189 Thesen zum Schlusswort des Leiters der HA Kader und Schulung auf der Dienstbesprechung des Leiters der BV Erfurt zu Problemen der Kaderarbeit am 20. Januar 1983; BStU, MfS, HA KuSch, Nr. 23118, Bl. 313, 326.
- 190 Verpflichtung vom 23.10.1985; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil I, Bl. 83.
- 191 Vorschlag zur Werbung als IM, KD Dresden-Stadt, 10.2.1986; ebd., Bl. 25–27, hier 26.
- 192 Bericht zur Kontaktierung, KD Dresden-Stadt, 4.10.1985; ebd., Bl. 75–77, hier 76.
- 193 Treffbericht, KD Dresden-Stadt, 13.1.1988; ebd., Teil II, Bl. 114 f., hier 115.
- 194 Vgl. Pleil, Ingolf: Mielke, Macht und Meisterschaft: Die »Bearbeitung« der Sportgemeinschaft Dynamo Dresden durch das MfS 1978–1989. Berlin 2001, S. 91–106.
- 195 Bericht des IM »Kersten«, 21.3.1986; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil II, Bl. 26.
- 196 Bericht des IM »Kersten«, 16.4.1986; ebd., Bl. 36.
- 197 Einschätzung zum IM »Kersten«, KD Dresden-Stadt, 15.11.1989; ebd., Teil I, Bl. 117.
- 198 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013, S. 225; Engelmann u. a.: MfS-Lexikon (Anm. 123), S. 174 f., 207.
- 199 Ebd., S. 96; Florath, Bernd: Die inoffiziellen Mitarbeiter. In: Münkler: Staatssicherheit (Anm. 129), S. 40–51.
- 200 Treffbericht, KD Dresden-Stadt, 9.7.1986; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 8064/90, Teil II, Bl. 49 f.
- 201 Florath: Die inoffiziellen Mitarbeiter (Anm. 199), S. 40–51.
- 202 Richtlinie Nr. 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS), 8.12.1979; BStU, GVS MfS 0008-1/79, Bl. 1–67, hier 7.
- 203 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU 299/70; BStU, MfS, C-SKS 82022. Vgl. Gabi Kretschmer, Freiheit kennt keine Grenzen, in: Frankenpost (Stadt und Landkreis Hof), 16.8.2011. – Vollert, Joachim: Über die Zonengrenze in die Freiheit: Fluchtfälle und Dienst eines Bayerischen Grenzpolizisten im Vogtland 1945–1990. Erlangen 2002, S. 79 f.
- 204 Vgl. Kuhlmann, Bernd: Deutsch-deutsche Grenzbahnhöfe. München 2005, S. 121 f.
- 205 Beförderung zum Oberstleutnant. 25.8.1986; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. VI, VI-388, Bd. 1, Bl. 48 u. BStU, MfS, C KS 1250.
- 206 Anweisung zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von Terrorverbrechen an der Grenzübergangsstelle Gutenfürst, 20.10.1981; BStU, MfS, HA VI, Nr. 1286, Bl. 17–60, hier 19.
- 207 Ebd., Bl. 30.
- 208 Weisung über die Anwendung, den Umgang und die Ausrüstung von Mitarbeitern der PKE mit Gasspray, 16.5.1983; ebd., Bl. 78–82, hier 78.
- 209 Auch bekannt unter den Bezeichnungen CN, chemische Keule, Weißkreuz. Das Gas kann auch letale Wirkung haben. <http://www.gifte.de/B-%20und%20C-Waffen/cn.htm> (letzter Aufruf am 22.1.2017).
- 210 Die benachbarte Eisenbahn-Grenzübergangsstelle Probstzella verfügte seit 1982 über zwei Großbehälter mit Reizgas R 2, die nach dem Prinzip von Handfeuerlöschern funktionierten. Die Postenbereiche waren mit Gasspray SV 2 000 ausgerüstet. BStU, MfS, BV Gera, Abt. VI, Nr. 5913, Bl. 30. – Hergestellt wurden die Zerstäuber vom VEB Feuerlöschgerätewerk Neuruppin. Der VEB Chemiewerk Münchritz, BT Dohna befüllte jährlich rund 1 000 dieser Zerstäuber

- für das MfS. BStU, MfS, BCD, Nr. 2877, Bl. 161 u. 178. – Weitere Angaben bei Goll, Jörn-Michael: Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die »politisch-operative Arbeit« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2011, S. 152.
- 211 Vgl. Goll: Kontrollierte Kontrolleure (Anm. 210), S. 150.
- 212 Überprüfungsbericht, 3.2.1989; BStU, MfS, HA VI, Nr. 1286, Bl. 193–198, hier 196.
- 213 Vgl. Boeger, Peter: »Stellt Gutenfürst unter Denkmalschutz!« (Gastbeitrag). In: Freie Presse v. 20.8.2011.
- 214 Information und Auskunftsbericht an die BV Karl-Marx-Stadt, 27.4.1977, Haftbeschluss der BV Karl-Marx-Stadt, 27.4.1977; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU, 466/78, Bd. 1, Bl. 8–15.
- 215 Verfügung der BV Karl-Marx-Stadt, 27.4.1977, Bericht der BV Karl-Marx-Stadt, 28.4.1977; ebd., Bl. 15, 40 f.
- 216 Vernehmung von Lutz Donnerhack, 27.4.1977, Auskunftsbericht der KD Plauen, 10.5.1977, Information des FIM »Karl Weber«, 14.5.1977, Niederschrift von Lutz Donnerhack 15.5.1977; ebd., Bl. 113–122, 188–190, 200 f., 202–217. Vernehmungen von Lutz Donnerhack, 24.5.1977, 6.6.1977; Berufung von Lutz Donnerhack, 4.10.1977; ebd., Bd. 2, Bl. 3–17, 33–47, 154–162. Sechs Jahre für Fluchtpläne mit Eigenbau-Flugzeug. In: Berliner Morgenpost v. 1.4.1979. Behrens, Lutz: Lutz Donnerhack – Der Flieger von Plauen ist tot. In: Vogtland-Anzeiger v. 3.1.2013, S. 6.
- 217 Mitteilungen der BV Karl-Marx-Stadt, 22.7.1977, Staatsanwalt des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, 20.7.1977; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AU, 466/78, Bd. 1, Bl. 19 f., 22. Schlussbericht zum EV, 27.7.1977, Anklageschrift des Staatsanwalts des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, 16.8.1977, Meldung der BV Karl-Marx-Stadt über den Abschluss des Strafverfahrens, 23.9.1977; ebd. Bd. 2, Bl. 172–187, 190–198, 202.
- 218 Behrens: Donnerhack (Anm. 216), S. 6. Stedinger, Claus (Hg.): OPK »Donner«, OV »Blitz«. Das Gewitter. Geschichte und Geschichten aus einem anderen Land. Berlin 2010, S. 21–25, 86 f., 94, 149–151, 460.
- 219 Pingel-Schliemann, Sandra: Zersetzen – Strategie einer Diktatur. Eine Studie. Berlin 2002, S. 86–108, 187–275.
- 220 Suckut, Siegfried: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen« Arbeit. Berlin 1996, S. 102–104.
- 221 Dienstanweisung Nr. 3/85 zur politisch-operativen Kontrolle und Auswertung von Postsendungen durch die Abteilungen M, 3.6.1985; BStU, MfS, Bdl./Dok. Nr. 5091, Bl. 4.
- 222 Auswertung einer zentralen Dienstkonferenz der Abteilung M in den Stasi-Bezirksverwaltungen im Jahr 1985: »Es wurde nochmals deutlich gemacht, dass die wichtigste Kampfaufgabe für die Abteilung M darin besteht, mit kurzen Bearbeitungsfristen Feinde im Postverkehr aufzuspüren.«; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 25, Bl. 3.
- 223 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, M-Kartei.
- 224 BStU, MfS, BStU, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. M, Nr. 5, Bl. 1 f.
- 225 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 12, Bl. 10 f.
- 226 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 178, Bl. 418.
- 227 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 12, Bl. 10 f.
- 228 Ebd.
- 229 Ebd.
- 230 Mitteilung der HA XIX, 10.12.1986; BStU, MfS, ZAIG, Nr. 14973.
- 231 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 12, Bl. 7.
- 232 Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M (MfS-Handbuch). Berlin 2005, S. 40.
- 233 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 25, Bl. 8.
- 234 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 11, Bl. 4.
- 235 BStU, MfS, BV Dresden, Abteilung M, Nr. 175, Bl. 13.
- 236 Ebd., Bl. 10.
- 237 Ebd.
- 238 Ebd., Bl. 15.
- 239 BStU, MfS, BV Dresden, Abteilung M, Nr. 178, Bl. 381.
- 240 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 24, Bl. 2.
- 241 Ebd.
- 242 Vernehmungsprotokoll, 28.8.1980; BStU, MfS, BV Dresden, AU 385/81, Sachakte, Bl. 116–123, hier 120.
- 243 Einlieferungsanzeige Irene Schreiber, 28.8.1980; ebd., Bl. 85 f.
- 244 Die Untersuchungshaftanstalt verfügte dafür insgesamt über 44 Zellen; vgl. Weinke, Annette; Hacke, Gerald: U-Haft am Elbhag.
- Die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Dresden 1945 bis 1989/90. Dresden 2004, S. 116.
- 245 Vernehmungsprotokoll, 2.9.1980; BStU, MfS, BV Dresden, AU 385/81, Sachakte, Bl. 124–128, hier 128.
- 246 Wölbern, Jan Philipp: Mit dem Wunderbus nach Gießen. Der Häftlingsfreikauf und die Stasi-U-Haftanstalt in Karl-Marx-Stadt. In: Aris, Nancy; Heitmann, Clemens (Hg.): Via Knast in den Westen. Das Kaßberg-Gefängnis und seine Geschichte. Leipzig 2013, S. 46–56, hier 51.
- 247 Aris, Nancy: Das Kaßberg-Gefängnis. Historischer Überblick und Verortung im Gefängnisystem der SBZ/DDR. In: Aris; Heitmann: Via Knast in den Westen (Anm. 246), S. 13–35, hier 25.
- 248 Beleites, Johannes: Abteilung XIV. Haftvollzug. Berlin 2009, S. 3.
- 249 GVS o008 Nr. 43/86, 5.5.1986, Dienstanweisung Erich Mielkes zur Übersiedlung von Strafgefangenen in die BRD; BStU, MfS, Bdl./Dok Nr. 8273, Bl. 1–3, hier 1.
- 250 Wunschik, Tobias: Der DDR-Strafvollzug unter dem Einfluß der Staatssicherheit in den siebziger und achtziger Jahren. In: Engelmann, Roger; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteierrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 467–493, hier 470.
- 251 East German asylum (Gary Shemmerling), 18.1.1955; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, C AU 114/55, 2 (Beiakte 1), Bl. 6.
- 252 Köpf, Peter: Wo ist Lieutenant Adkins? Das Schicksal desertierter Nato-Soldaten in der DDR. Berlin 2012, S. 216.
- 253 Reno Gazette-Journal from Reno (Nevada, USA), 27.1.1955, S. 25, <https://www.newspapers.com/newspage/148580687> (letzter Aufruf 28.12.2016); Spion (Meldung). In: Harlem Dagblat (Niederlande), 28.1.1955, <http://nha.courant.nu/issue/HD/1955-01-28/edition/null/page/2> (letzter Aufruf 28.12.2016); The Morning News from Wilmington (Delaware USA), 28.1.1955, S. 15, <https://www.newspapers.com/newspage/155545668/> (letzter Aufruf 28.12.2016); Egy amerikai katona menedéjogot kért az NDK-ban. In: Somogyi Néplap (Ungarn), 28.1.1955, S. 2, https://library.hungaricana.hu/hu/view/SomogyiMegyeiHirlap_1955_01/?pg=105&layout=s (letzter Aufruf 30.12.2016).
- 254 Neues Deutschland v. 27.1.1955 u. 13.4.1955; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, C AU 114/55, 2 (Beiakte 1), Bl. 16 (12 e) u. 18 (12 g).
- 255 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, C AIM 651/56.
- 256 An die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, 1.5.1955; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, C AU 114/55, Bd. 1, Bl. 103.
- 257 Ein Hochstapler bluffte Pankow. Komet Gary Shemmerling erwies sich als blamables Irrlicht. Telegraf v. 16.8.1957; ebd., Bl. 304.
- 258 Schlussbericht (Staatssekretariat für Staatssicherheit BV Karl-Marx-Stadt), 22.7.1955; ebd., Bl. 312–323, hier 320.
- 259 Verhandlungsbericht (Staatsanwalt), 21.9.1955; ebd., Bl. 287.
- 260 Schlussbericht, 30.3.1953; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, OV Wismut, AU 44/53, Bl. 53–55, hier 53.
- 261 Strafsache Hoppe, 8.5.1959; BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, C AU 114/55, Bd. 1, Bl. 324.
- 262 Verfügung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens; BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Strafsache Bd. 2, Bl. 4.
- 263 Vgl. Urteil; BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Strafsache, Bd. 1, Bl. 53–60.
- 264 Stellungnahme von Claus-Hermann Dahl zur Strafsache; BStU, MfS, BV Dresden, AU 2576/81, Ermittlungsverfahren, Bd. 1, Bl. 24.
- 265 Gespräch Cornelia Herold mit Claus-Hermann Dahl am 9.5.2016.
- 266 Vgl. Informationen zur Aktion »Delphin«; BStU, MfS, BV Dresden, KD Bischofswerda, Nr. 50153.
- 267 MfS-Befehl 6/77 vom 18.3.1977.
- 268 Vgl. Argumentationshinweise der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG); BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XVIII, Nr. 13655, Bl. 2–24, hier 3.
- 269 Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike u. a.: Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 192–223.
- 270 MfS-Befehl Nr. 6/77 vom 18.3.1977.
- 271 Die Aufgaben zur Qualifizierung der Leitung und Organisation der Abwehrarbeit der selbständigen Arbeitsgruppe Messe der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig, zur Gewährleistung

- des koordinierten Zusammenwirkens der operativen Kräfte und der anderen an der Sicherung der Messen beteiligten Dienstleistungen und Institutionen, am Beispiel der Phase der Vorbereitung der Messen, Diplomarbeit, Fritz Jaeger, 26.11.1969; BStU, MfS, BV Leipzig, Bdl., Nr. 1813, Bl. 1–61, hier 50.
- 272 Rudolph, Karsten; Wüstenhagen, Jana: Große Politik – kleine Begegnungen. Die Leipziger Messe im Ost-West-Konflikt. Berlin 2005, S. 154.
- 273 Beier, Achim: Die Stellung der Leipziger Messe in der DDR bis zum Mauerbau (1949 bis 1961). In: Zwahr, Hartmut; Topfstedt, Thomas; Bentele, Günter (Hg.): Leipzigs Messen 1497–1997. Gestaltwandel – Umbrüche – Neubeginn. Teilbd. 2: 1914–1997. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 655–665, hier 664.
- 274 Karlsch, Rainer; Schäfer, Michael: Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter. Leipzig 2006, S. 257.
- 275 Bericht des IM »Gerhard«, 9.9.1981; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3561/92, Teil II/1, Bl. 158.
- 276 Schreibe, Carsten: Die Inszenierung des Erfolgs. Zur Funktion der Leipziger Messen in den 1970er Jahren. In: Zwahr u. a.: Leipzigs Messen (Anm. 273), S. 667–677.
- 277 Konzeption über die politisch-operativen Aufgaben der Arbeitsgruppe Messe zur Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Messe und zur Organisation der politisch-operativen Abwehrarbeit im Leipziger Messeamt, BV Leipzig, AG Messe, 3.9.1982; BStU, MfS, BV Leipzig, AKG, Nr. 1460, Bl. 3–17, hier 7.
- 278 BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XVIII, Nr. 450.
- 279 Bericht IM »Burk«, 5.9.1985; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX, Nr. 821, Bl. 80.
- 280 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Reg.-Nrn. VIII 151/74, VIII 2613/81, VIII 1104/85 u. VIII 743/86.
- 281 Vgl. Jaeger: Aufgaben zur Qualifizierung (Anm. 271), Bl. 20.
- 282 Komplexauftrag für IM/GMS, welche als Messehilfskräfte bei Firmen/Konzernen des NSW zum Einsatz kommen, BV Leipzig, AG Aktionen und Einsatz, o. D.; BStU, MfS, BV Leipzig, AG A u. E, Nr. 29, Bl. 10 f., hier 11.
- 283 Treffbericht IM »Kay«, 14.3.1978; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 4516/92, Teil II/1, Bl. 191–193, hier 191.
- 284 Rudolph: Große Politik (Anm. 272), S. 12.
- 285 Ebd., S. 132.
- 286 Jaeger: Aufgaben zur Qualifizierung (Anm. 271), Bl. 20.
- 287 Konzeption über die politisch-operativen Aufgaben der Arbeitsgruppe Messe zur Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Messe und zur Organisation der politisch-operativen Abwehrarbeit im Leipziger Messeamt, BV Leipzig, AG Messe, 3.9.82; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. AKG, Nr. 1460, Bl. 3–17, hier 4.
- 288 <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html> (letzter Aufruf 20.1.2017).
- 289 Information Nr. 855/89 der Abt. XVIII der BV Leipzig zur Situation auf dem Gebiet des Umweltschutzes im Bezirk Leipzig, 6.11.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XVIII, Nr. 27, Bl. 1–13.
- 290 Ebd.
- 291 Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XVIII, Nr. 269.
- 292 Die Bezeichnung »Smog« war in der DDR nicht zulässig. Entsprechende Erscheinungen wurden Industrienebel genannt.
- 293 Information Nr. 865/89 der Abt. XVIII der BV Leipzig zur Situation auf dem Gebiet des Umweltschutzes im Bezirk Leipzig, 6.11.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XVIII, Nr. 27, Bl. 1–13.
- 294 Information über die vor dem »Pleißer-Gedenkumzug« zum Weltumwelttag am 5.6.1988 in Leipzig realisierten Maßnahmen zur Einflussnahme auf kirchliche Amtsträger, deren Wirksamkeit und die sich daraus ergebenden weiterführenden Maßnahmen, 14.6.1988; BStU, MfS, BV Leipzig, AKG, Nr. 970, Bl. 1–8.
- 295 Operativinformation Nr. 123/88, 7.6.1988; ebd., Bl. 12–18.
- 296 Information über die vor dem »Pleißer-Gedenkumzug« zum Weltumwelttag am 5.6.1988 in Leipzig realisierten Maßnahmen zur Einflussnahme auf kirchliche Amtsträger, deren Wirksamkeit und die sich daraus ergebenden weiterführenden Maßnahmen, 14.6.1988; ebd., Bl. 1–8.
- 297 Beurteilung von Rainer Müller, 20.01.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, AU 681/90, Bd. 11, Bl. 47.
- 298 Vorschlag zum Abschluss des zur Untersuchung des Vorkommnisses am 24.10.1988 auf dem Leipziger Nikolaikirchhof gem. §§ 92 ff.
- StPO eingeleiteten Prüfungsverfahren, 10.11.1988; BStU, MfS, BV Leipzig, AU 195/89, Bl. 59–67, hier 63.
- 299 Vgl. BStU, MfS, BV Leipzig, AU 195/89.
- 300 Information Nr. 34/89 über die Verhinderung des sog. »II. Pleißer-marsches«/»Pleißerpilgerweges« am 4.6.1989, 5.6.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, AKG, Nr. 4209, Bl. 9–14.
- 301 Ebd., Bl. 21–23.
- 302 Bericht über die Schaffung eines Stützpunktes im Bereich der Paul-Gerhardt-Kirche, 2.6.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. VIII, Nr. 2094, Bl. 1–4.
- 303 Information des Leiters der BV Leipzig über die Verhinderung des sog. »II. Pleißer-marsches«/»Pleißerpilgerweges« am 4.6.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 3694, Bl. 3–5.
- 304 Das vorliegende Kapitel ist die verkürzte und überarbeitete Version eines bereits veröffentlichten Beitrags d. Verf.; vgl. Schütterle, Juliane: Die toten Helden der Arbeit. Das Grubenunglück auf Schacht 208 im Uranerzbergbau Wismut am 16. Juli 1955. In: Muhle, Susanne u. a. (Hg.): Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch. Berlin 2008, S. 51–58.
- 305 Die Berichterstattung zum Hergang des Unglücks befindet sich in den Unterlagen der SED-Gebietsparteileitung Wismut in Chemnitz sowie in den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, Objektverwaltung Wismut. SächsStAC, 32301, GL Wismut der SED, IV 2/3/380. »Meine Eindrücke und Aufgaben beim Brandeinsatz auf Schacht 250 (208 b)« [o. Verf.], 31.7.1955 sowie BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AS, Nr. 7/56 »W«, Bd. 9, Bl. 3–28.
- 306 Vgl. SächsStAC, 32301, GL Wismut der SED, IV 2/3/380. Ergänzungsbericht über den Grubenbrand in Aue/Oberschlema [an Fritz Selbmann], 20.7.1955.
- 307 Zur Geschichte der Wismut AG z. B. Karlsch, Rainer: Uran für Moskau. Eine populäre Geschichte. Berlin 2007.
- 308 Niethammer, Lutz: Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR. In Kaelble, Hartmut u. a. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 101.
- 309 Vgl. Schütterle, Juliane: Kumpel, Kader und Genossen. Arbeiten und Leben im Uranbergbau der DDR. Die Wismut AG. Paderborn 2010.
- 310 Vgl. Barkleit, Gerhard: Sonderzonen. Das Sicherheitsregime bei der Wismut. In: Boch, Rudolf; Karlsch, Rainer (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Berlin 2011, Bd. 1, S. 158–227; Engelmann u. a.: MfS-Lexikon (Anm. 123), S. 247–248; Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1997, S. 87 ff.
- 311 Vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AS, Nr. 7/56 »W«, Bd. 3. Stimmungsbericht, 20.7.1955, Bl. 8.
- 312 Vgl. Karlsch, Rainer: Urangeheimnisse. Das Erzgebirge im Zentrum der Weltpolitik 1933–1960. Berlin 2002, S. 181.
- 313 Vgl. Rudolph, Jörg: »Verstorben auf dem Territorium der UdSSR«. Das lange Warten auf die Wahrheit. In: Roginskij, Arsenij u. a. (Hg.): Erschossen in Moskau. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–53. Berlin 2005, S. 82.
- 314 SächsStAC, 32301, GL Wismut der SED, IV 2/3/380. Einschätzung über die Lage der Parteiorganisation Wismut, 21.7.1955, S. 3.
- 315 Dem Andenken unserer toten Bergleute. Ministerrat der DDR ehrte die Opfer des Grubenunglücks in Niederschlema. In: Neues Deutschland v. 22.7.1955.
- 316 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AS, Nr. 7/56 »W«, Bd. 9, Bl. 3–28.
- 317 Vgl. Vahldiek, Gerhard: Abenteuer ausgeschlossen. Erlebnisbericht (unveröffentlichtes Manuskript).
- 318 Interview Peter Boeger mit Gerhard Vahldiek am 20.4.2016.
- 319 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XXII, Nr. 688, Bl. 8.
- 320 Pfarrer Zunkel wurde in einem Beobachtungsvorgang erfasst; BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 54/59.
- 321 Anhalt, Markus: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR. Göttingen 2016, S. 82–90.
- 322 Beschluss für das Anlegen eines Überprüfungsorgans über Gottfried Noth, 28.1.1955; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 241/56, Bl. 5.
- 323 Bericht zur Werbung, 11.04.1956; BStU, MfS, AIM 1822/64, Teil P, Bl. 13 f.
- 324 Bericht des Geheimen Mitarbeiters »Robert« über eine am 12. April 1956 vorgeführte Tonbandaufnahme zur Jugendweihe von Otto Spülbeck; BStU, MfS, BV Dresden, AOP 71/59, Bd. 4, Bl. 38 f.

- 325 Vgl. zur Durchsetzung der Jugendweihe: Anhalt: Die Macht (Anm. 321).
- 326 BStU, MfS, BV Dresden, SR PS, Nr. 88, Bl. 72.
- 327 Beschluss des Ministerrates über die Konzeption zur Wiedereröffnung der Semperoper Dresden, 9.3.1984; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7918, Bl. 5–14, hier 9.
- 328 Weckbrodt, Heiko: Punker, Umweltschützer und Pazifisten unerwünscht. Aktion »Semperoper«: Wie die Stasi 1985 die Wiedereröffnung der Semperoper in Dresden abschränkte. Dresden 2015. Kindle Edition, S. 4.
- 329 Information über Reaktionen der Bevölkerung Dresdens im Zusammenhang mit der Großkundgebung und der Eröffnung der Semperoper zum 40. Jahrestag der Zerstörung der Stadt vom 13.2.1985; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, PI Nr. 34/85, Bl. 3–5, hier 4.
- 330 Weckbrodt: Punker (Anm. 328), S. 9.
- 331 BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 9201.
- 332 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XIX, Nr. 21853, Bl. 3.
- 333 Pleil, Ingolf: Aktion »Semperoper«. In: Dresdner Neueste Nachrichten v. 10.2.2015, S. 13.
- 334 BStU, MfS, BV Dresden, BdL/Dok Nr. 401731, Bl. 1 f.
- 335 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 11987, Bl. 22.
- 336 Operativauskunft der Abteilung XX der BV Dresden, 18.10.1983; BStU, MfS, BV Dresden, AIM 3242/90, Teil I, Bd. 1, Bl. 204–207, hier 206.
- 337 Ebd., Teil I, Bd. 1, Bl. 408 f.
- 338 Bericht über den Treff mit dem IM »Hans Mai« am 21.12.1984; ebd., Teil II, Bd. 1, Bl. 246–248.
- 339 Information zum Intendanten der Semperoper Dresden, Abt. XX der BV Dresden, 17.8.1986; ebd., Teil I, Bd. 2, Bl. 165.
- 340 Bericht über den Treff mit dem IM »Hans Mai« am 21.12.1984; ebd., Teil II, Bd. 1, Bl. 246–248, hier 247.
- 341 Information zum Intendanten der Semperoper Dresden, Abt. XX der BV Dresden, 17.8.1986; ebd., Teil I, Bd. 2, Bl. 165.
- 342 Parteinformation des MfS an Genossen Modrow über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung gegen drei Mitglieder der Oberliga-Fußballmannschaft SG Dynamo Dresden, 05.02.1981; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, PI Nr. 11/81, Bl. 1–10, hier 4.
- 343 Ebd., Bl. 5.
- 344 Anweisung der Hauptabteilung XX zum Umgang mit einer Eingabe eines Fans, 27.8.1982; BStU, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 10898, Bl. 9.
- 345 Protokoll über eine Aussprache des MfS mit einem Fan wegen einer Eingabe, 20.9.1982; ebd., Bl. 6.
- 346 Einschätzung des Verhaltens von Kotte nach der Ausdelegierung aus dem Leistungssport, 1.4.1982; BStU, MfS, BV Dresden, Leiter der BV, Nr. 10909, Bl. 179.
- 347 Leske, Hanns: Erich Mielke, die Stasi und das runde Leder: der Einfluss der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Fußballsport in der DDR. Göttingen 2014, S. 328.
- 348 Beschluss des Sekretariats der SED-Bezirksleitung über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit bei der Durchführung von Fußballspielen der Oberliga, der DDR-Liga und bei internationalen Cup-Spielen, 31.7.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Stellv. Operativ, Nr. 93, Bl. 1–11, hier 1.
- 349 Ebd.
- 350 Aktenvermerk der Abt. VIII der BV Dresden zu Ermittlungen im Rahmen der Aktion »Vorstoß« (Absicherung des Spiels Dynamo Dresden gegen Bayern München), 18.10.1973; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII, Nr. 12535, Bl. 7.
- 351 Maßnahmeplan zur Überwachung des VfB Stuttgart und seiner Fans beim Spiel in Dresden, 17.4.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VI, Nr. 2280, Bl. 10–12.
- 352 Kräfteinsatz zur Absicherung des Europa-Cup-Spiels Dynamo Dresden gegen VfB Stuttgart im April 1989, 18.4.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX, Nr. 9200, Bl. 7, 13 f.
- 353 Meldung des Leiters der BV Dresden an die HA XX über den Brief eines Bürgers und die Reaktion der BV, 8.5.1984; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 8641, Bl. 9 f.
- 354 Spitzer, Giselher: Doping in der DDR: ein historischer Überblick zu einer konspirativen Praxis. Genese, Verantwortung, Gefahren. Köln 2012, S. 201 ff.
- 355 Ders.: Sicherungsvorgang Sport: das Ministerium für Staatssicherheit und der DDR-Spitzensport. Bonn 2005, S. 174 ff.
- 356 Wiese, René: Kaderschmieden des Sportwunderlandes. Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR. Hildesheim 2012, S. 28–37, 536, 595–624.
- 357 Vgl. z. B. die Aktivitäten der KD Dippoldiswalde oder der BV Dresden an der KJS Altenberg: BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XII, Nr. 359, Bl. 1 f.; BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7931, Bl. 17–21, 55 f., 74, 78, 89–95; BStU, MfS, BV Dresden, KD Dippoldiswalde, Nr. 17776, Bl. 8–11, 35–37, 49 f.
- 358 BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 7931, Bl. 71.
- 359 Ebd., Bl. 72. Siehe auch Wiese: Kaderschmieden (Anm. 356), S. 243–247.
- 360 Ebd., Bl. 101–103.
- 361 Wiese: Kaderschmieden (Anm. 356), S. 387 f.; Heinrich-Vogel, Renate: Mein Lebensweg vom sportbegeisterten Kind zur Hochleistungssportlerin der DDR. In: Ehrlich, Dieter; Heinrich-Vogel, Renate; Winkler, Gert: Die DDR. Breiten- und Spitzensport. München 1981, S. 49–59, hier 52.
- 362 Zur Auswahl der KJS-Schüler vgl. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 2090, Bl. 1–20 sowie BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX, Nr. 22, Bl. 1–13.
- 363 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 869, Bl. 1–3.
- 364 BStU, MfS, HA XX, AP, Nr. 26230/92, Bl. 1–17. Vgl. die Überwachung einer anderen Schwimmerin; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX, Nr. 22, Bl. 2.
- 365 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 1960. Heinrich-Vogel: Lebensweg (Anm. 361), S. 49–57.
- 366 Interview mit Renate Bauer (geb. Vogel) vom 9.4.2011, abrufbar auf der Beilage-CD zu Braun, Jutta u. a.: ZOV Sportverräter. Spitzenathleten auf der Flucht, Begleitbuch zur Ausstellung. Berlin 2011; Heinrich-Vogel: Lebensweg (Anm. 361), S. 57–59; Spitzer: Sicherungsvorgang (Anm. 355), S. 137–157; BStU, MfS, HA XX, AP, Nr. 26230/92, Bl. 19 f., 44–47, 72–79, 83–87.
- 367 Spitzer: Sicherungsvorgang (Anm. 355), S. 79 f., 454–467; BStU, MfS, BV Dresden, KD Dippoldiswalde, Nr. 17718, Bl. 5–7; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX, Nr. 966, Bl. 9.
- 368 Manchmal wiesen sie auch auf alltägliche Probleme hin. Als die BV Karl-Marx-Stadt im Jahr 1981 von kritischen Diskussionen an der KJS »Emil Wallner« wegen der schlechten Beheizung der Schulräume erfuhr, setzte sie sich für eine Verbesserung der Situation ein. BStU, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 12072, Bl. 33 f.
- 369 BStU, MfS, BV Dresden, KD Dippoldiswalde, Nr. 17162, Bl. 1–39.
- 370 Heinrich-Vogel: Lebensweg (Anm. 361), S. 52–54.
- 371 Sofortmeldung Nr. 112, 8.10.1997; BStU, MfS, AOP 7346/79, Bl. 25.
- 372 Sachstandsbericht zum OV »Flibol«, HA VII/8, 24.4.1978; ebd., Bl. 21–24, hier 21.
- 373 Untersuchungsbericht, Technische Untersuchungsstelle, 19.6.1978; ebd., Bl. 40 f.
- 374 Abschlussbericht, HA VII/8, 25.10.1978; ebd., Bl. 73–79.
- 375 Sofortmeldung, HA IX, 26.3.1977; BStU, MfS, AU 9272/78, Bd. 1, Bl. 32–36.
- 376 Aktenvermerk, 25.5.1977; ebd., Bd. 2, Bl. 123.
- 377 Abschlussbericht, HA VII/8, 25.10.1978; BStU, MfS, AOP 7346/79, Bl. 73–79, hier 76; Aktenvermerk, HA VII/8, 13.9.1978; ebd., Bl. 70 f.
- 378 Interview Elise Catrain mit Günther Schau am 10.11.2016.
- 379 Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen. Göttingen 2009, Bd. 1, S. 357–365.
- 380 »Leipzig«. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., letzte Änderung September 2008, www.jugendopposition.de/index.php?id=214 (letzter Aufruf 20.1.2017).
- 381 Interview Elise Catrain mit Christian Führer am 25.2.2005.
- 382 Schell, Manfred; Kalinka, Werner: Stasi und kein Ende. Die Personen und Fakten. Bonn ³1992, S. 298.
- 383 Richter: Friedliche Revolution (Anm. 379), S. 331; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. IX, Nr. 4/21, Bl. 91.
- 384 Ebd., S. 376–385.
- 385 Hollitzer, Tobias; Sachenbacher, Sven: Die Friedliche Revolution in Leipzig. Bilder, Dokumente und Objekte. Leipzig 2012, Bd. 2, S. 483.
- 386 Revolution ist weiblich. Ausstellung des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V.; <http://www.archiv-buergerbewegung.de/images/>

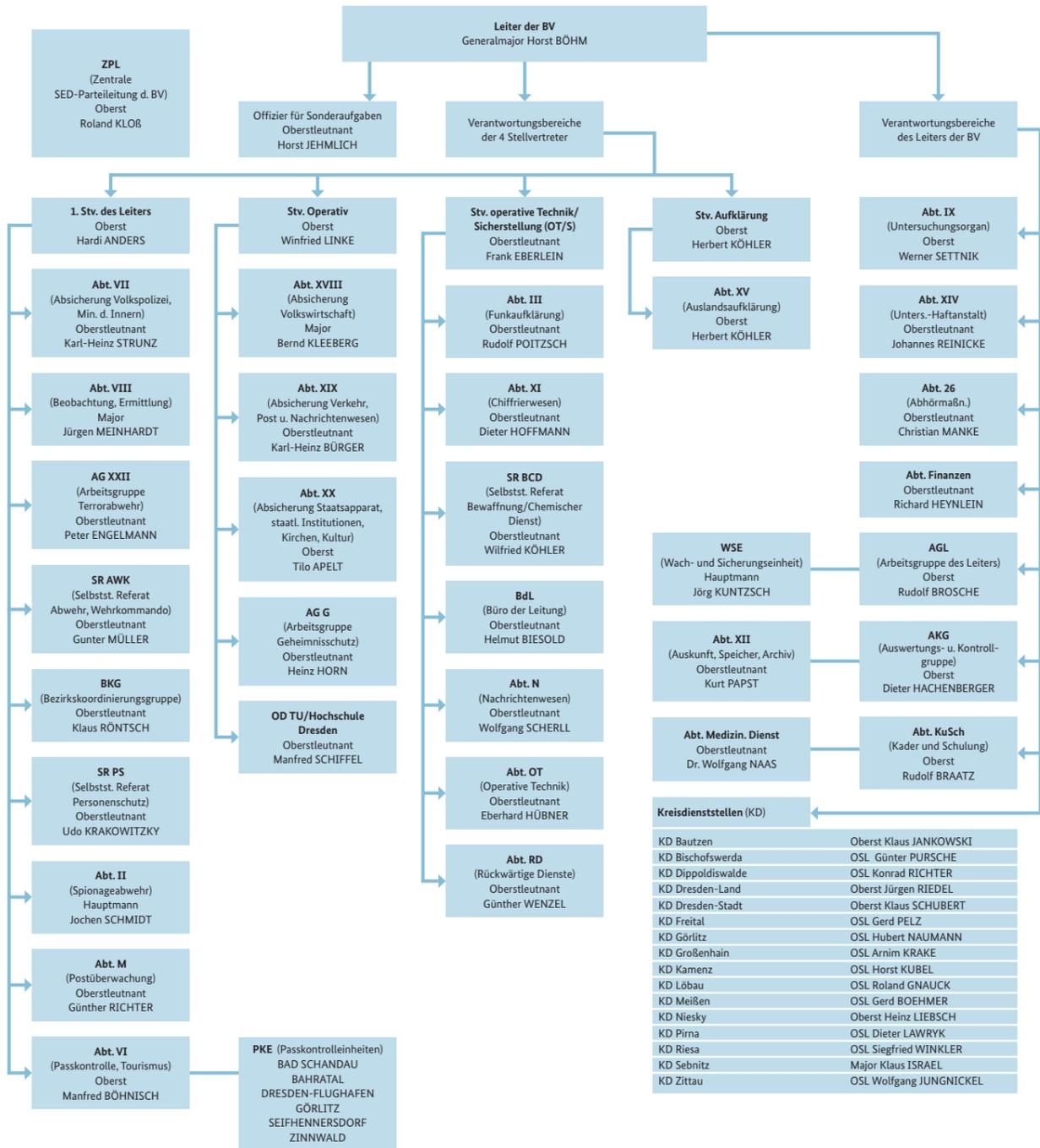
- stories/ausstellungen/revolution/tafel_9_gesineoltmanns-1.pdf (letzter Aufruf 20.1.2017).
- 387 Vgl. Rühle, Ray: Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig. Münster u. a. 2003, S. 114; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. IX, Op. E, Nr. 163/88.
- 388 Einleitungsbericht zur OPK »Madonna«, BV Leipzig, Abt. XX, 8.8.1988; BStU, MfS, BV Leipzig, AOPK 3927/92, Bd. 1, Bl. 4–15.
- 389 Revolution ist weiblich. Ausstellung des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V.; http://www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/ausstellungen/revolution/tafel_9_gesineoltmanns-2.pdf (letzter Aufruf 20.1.2017)
- 390 Schlussbericht, 31.1.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt, Nr. 3031, Bl. 3–16; Haftbefehl, 14.1.1989; BStU, MfS, BV Leipzig, AU 67/90, Bd. 1, Bl. 16.
- 391 Hollitzer; Sachenbacher: Friedliche Revolution in Leipzig (Anm. 385), Bd. 1, S. 61.
- 392 Kurht, Nicola; Wensierski, Peter: Die wahren Revoluzzer; www.spiegel.de/einestages/mauerfall-ddr-helden-die-den-sed-staat-stuerzten-multimediaspezial-a-1001458.html (letzter Aufruf 20.1.2017).
- 393 Interview mit Markus Rindt. In: DB mobil, Nr. 10, 2009.
- 394 DDR-Flüchtlinge in der Botschaft, Rede des Botschafters a. D. Hermann Huber; http://www.prag.diplo.de/contentblob/1796820/Daten/141437/erinnerungen_botschafterhuber_1989_d.pdf (letzter Aufruf 20.3.2017).
- 395 Zu einer zügellosen Hetzkampagne der BRD. In: Neues Deutschland v. 5.9.1989, S. 1.
- 396 Information über die Realisierung von Maßnahmen zur Ausweisung der Personen, die sich widerrechtlich in der Botschaft der BRD in Prag aufhielten am 4./5. Oktober 1989; BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 613, Bl. 22–27, hier 27.
- 397 Ebd., Bl. 24 f.
- 398 Die Ereignisse vom 4.10.1989 und die entstandenen Schäden am Hauptbahnhof Dresden; BStU, MfS, BV Dresden, Vi, Nr. 13.
- 399 Lageeinschätzung über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit der Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in der diplomatischen Vertretung der BRD in der ČSSR aufhielten; BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 613, Bl. 13–17.
- 400 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KD Reichenbach, Nr. 466, Bl. 143.
- 401 Gespräch Cornelia Herold mit Jens Rohde am 7.6.2016.
- 402 Lageeinschätzung über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit der Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in der diplomatischen Vertretung der BRD in der ČSSR aufhielten; BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 613, Bl. 13–17.
- 403 Reduzierung des Bestandes registrierter Vorgänge und Akten sowie weiterer operativer Materialien und Informationen, 22.11.1989; BStU, MfS, BdL/Dok Nr. 008996.
- 404 Vgl. Engelmann u. a.: MfS-Lexikon (Anm. 123); Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 2012 (MfS-Handbuch); Münkel: Staatssicherheit (Anm. 129); Neumann, Mario; Herbst, Andreas (Hg.): SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon 1946 bis 1989. Paderborn 2010; <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html> (letzter Aufruf 24.1.2017). Waibel, Harry: Diener vieler Herren. Ehemalige NS- Funktionäre in der SBZ/DDR. Frankfurt am Main 2011.

Struktur und Aufgaben der Stasi in Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig

Bezirksverwaltung (BV) Dresden

des Ministeriums für Staatssicherheit

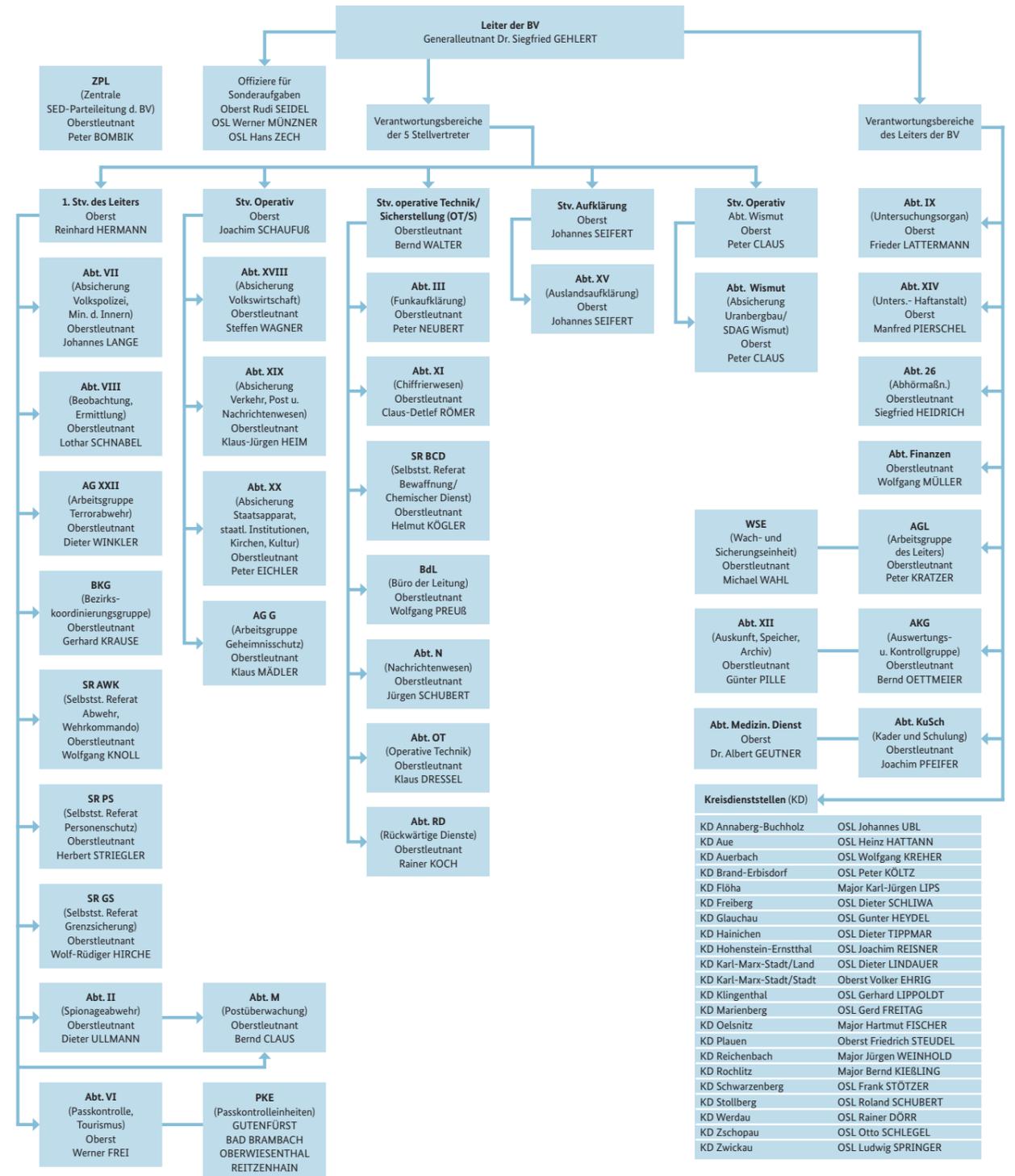
(Stand 11/89)



Bezirksverwaltung (BV) Karl-Marx-Stadt

des Ministeriums für Staatssicherheit

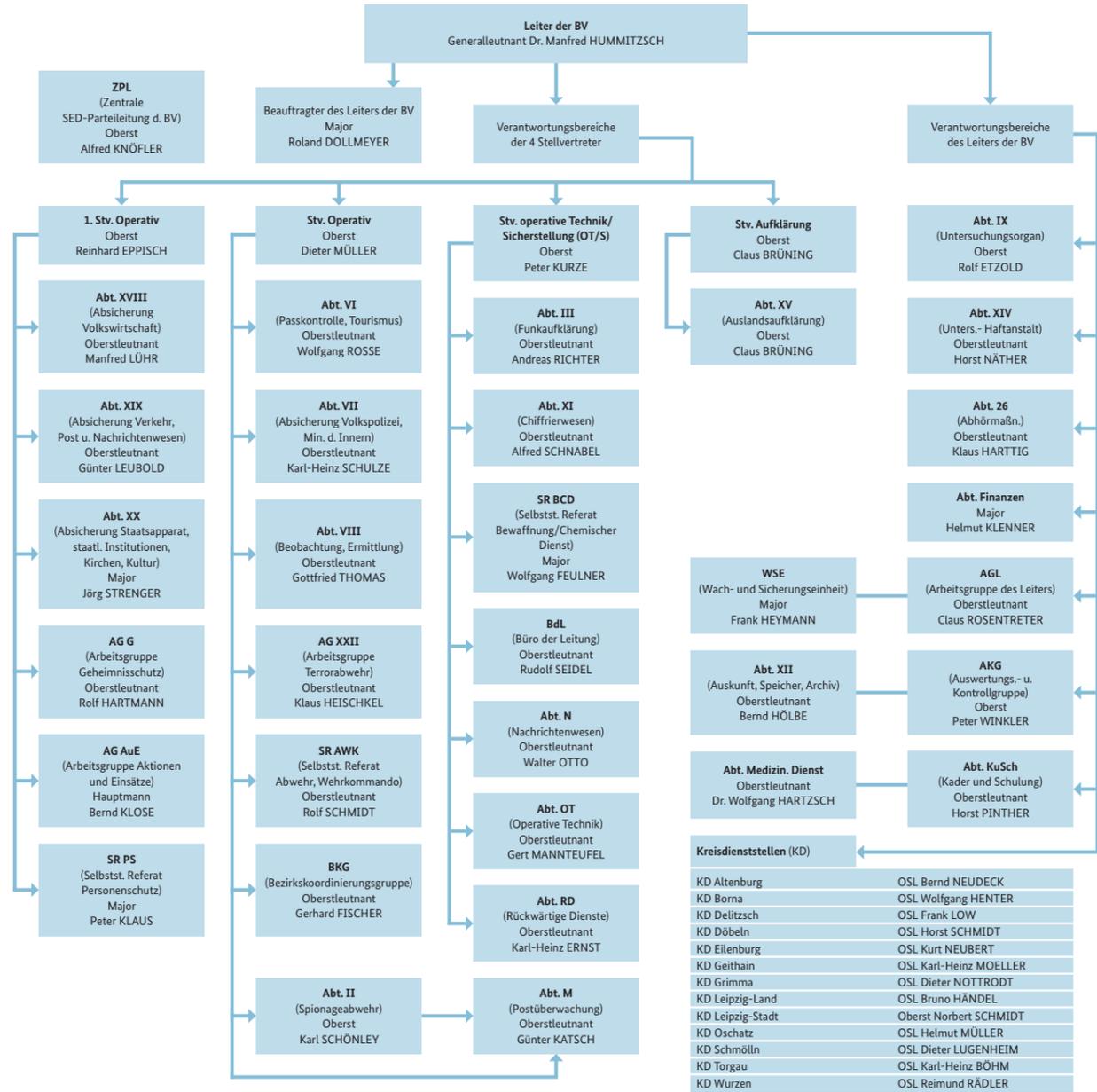
(Stand 11/89)



Bezirksverwaltung (BV) Leipzig

des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 11/89)



Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig

Bezirk Dresden



BV Dresden (1950-1953)
Königsbrücker Str. 125
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10220, Bl. 3



KD Dippoldiswalde
Rabenauer Str. 27
BStU, MfS, BV Dresden, KD Dippoldiswalde, Fo, Nr. 17866, Bild 12



KD Görlitz
Wilhelm-Pieck-Str. 112 (heute Reichertstr.)
Vor 1988 befand sich die KD in der Thälmannstr. 7 (heute James-von-Moltke-Straße).
BStU, MfS, BV Dresden, KD Görlitz, Nr. 70270, Bild 88



BV Dresden (ab 1953)
Bautzner Str. 111-116
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 8



KD Dresden-Land
Bautzner Str. 175
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. RD, Fo, Nr. 268, Bild 1/05



KD Großenhain
Alter Waidweg 1
BStU, MfS, BV Dresden, KD Großenhain, Fo, Nr. 10690, Bild 10



KD Bautzen
Mättigstr. 37
BStU, MfS, BV Dresden, KD Bautzen, Nr. 9542, Bild 1



KD Dresden-Stadt
Bautzner Str. 110
BStU, Außenstelle Dresden



KD Kamenz
Ernst-Thälmann-Str. 15 (heute Oststr.)
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10730, Bild 10



KD Bischofswerda
Bischofstr. 16
BStU, MfS, BV Dresden, KD Bischofswerda, Fo, Nr. 52451, Bild 1



KD Freital
Wilsdruffer Str. 23
BStU, MfS, BV Dresden, BdL, Fo, Nr. 7129, T 2/2, Bild 1



KD Löbau
Hartmannstr. 5
BStU, MfS, BV Dresden, KD Löbau, Fo, Nr. 18137, Bl. 6, Bild 1

Bezirk Karl-Marx-Stadt



KD Meißen
Dresdner Str. 42/44
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 10716,
Bild 27



KD Riesa
Lommatzcher Str. 3
BStU, MfS, BV Dresden, BdL, Nr. 2309, Bild 1



BV Karl-Marx-Stadt
Dr.-Richard-Sorge-Str. 35 (heute Hohe Straße)
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo,
Nr. 607, Bd. 1, Negativ 10



KD Niesky
Gersdorfstr. 35
BStU, MfS, BV Dresden, KD Niesky, Fo,
Nr. 6535, Bild 1/12



KD Sebnitz
Finkenbergstr. 13
BStU, MfS, BV Dresden, KD Sebnitz, Fo,
Nr. 4882, Bd. 1, Bild 2/1



KD Annaberg
Zick-Zack-Promenade 2
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KD Annaberg,
Nr. 224, Bl. 3



KD Pirna (vor 1958)
Postweg 64
BStU, MfS, BV Dresden, KD Pirna, Nr. 70261,
Bl. 6, Bild 1



KD Zittau
Straße der Einheit 30 (heute Bahnhofstr.)
BStU, MfS, BV Dresden, KD Zittau, Fo,
Nr. 7014, Bild 1



KD Aue
Gellertstr. 21
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo,
Nr. 513, Bd. 1, Bild 67



KD Pirna (ab 1958)
Seminarstr. 7
BStU, MfS, BV Dresden, KD Pirna, Nr. 70261,
Bl. 6, Bild 4



OD TU Dresden
befand sich im Gebäude der Universität.
Zugang über George-Bähr-Str. 7 oder
Salvador-Allende-Platz (heute Münchner
Platz)
Archiv der TU Dresden, Audiovisuelles
Medienzentrum, N 675-5



KD Auerbach
Friedrich-Naumann-Str. 12
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo, Nr.
513, Bd. 1, Bild 61



KD Brand-Erbisdorf
Dammstr. 12
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Hainichen
Gellertstr. 85
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Klingenthal
Kirchstr. 56
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Flöha
Waldsiedlung 13
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Hohenstein-Ernstthal
Schillerstr. 9
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Marienberg
Dörfelstr. 7
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Freiberg
Leipziger Str. 4
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Karl-Marx-Stadt/Land
Jagdschänkenstr. 56
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo,
Nr. 607, Bd. 1, Negativ 10



KD Oelsnitz
Melanchthonstr. 26
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Glauchau
Plantagenstr. 9
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Karl-Marx-Stadt/Stadt
Jagdschänkenstr. 56
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo,
Nr. 607, Bd. 1, Negativ 10



KD Plauen
Gabelsberger Str. 7
BStU, Außenstelle Chemnitz

Bezirk Leipzig



KD Reichenbach
Kneippstr. 3
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Werdau
Zwickauer Str. 34
BStU, Außenstelle Chemnitz



BV Leipzig
Dittrichring 24
BStU, MfS, BV Leipzig, BdL, Nr. 1700, Bl. 4



KD Rochlitz
Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 33
(heute Bahnhofstr.)
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Zschopau
Thumer Str. 428
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Altenburg
Clara-Zetkin-Str. 10
(heute Lindenastr.)



KD Schwarzenberg
Uferstr. 10
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Zwickau
Lessingstr. 4
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo,
Nr. 513, Bd. 1, Bild 59



KD Borna
Luckaer Str. 16
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. RD, Nr. 2060,
Bl. 19, Bild 1



KD Stollberg
Schillerstr. 3
BStU, Außenstelle Chemnitz



KD Delitzsch
Am Wallgraben 7
BStU, Außenstelle Leipzig



KD Döbeln
Reichensteinstr. 2-4
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. RD, Nr. 1958,
Bl. 252, Bild 2



KD Leipzig-Land
Käthe-Kollwitz-Str. 82-84
(vorheriger Sitz in der Friedrich-Ebert-
Str. 19 a)
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. RD, Nr. 457, Bl. 13



KD Torgau
Str. der OdF 4
(heute Bahnhofstr.)



KD Eilenburg
Gustav-Raute-Str. 6



KD Leipzig-Stadt
Friedrich-Ebert-Str. 19 a und b
(Eingang Gustav-Mahler-Str. 1)
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. RD, Nr. 2059, Bl. 48



KD Wurzen
Dehnitzer Weg 4 a
BStU, Außenstelle Leipzig



KD Geithain
Schillerstr. 8



KD Oschatz
Freiherr-vom-Stein-Promenade 11
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. RD, Nr. 1880, Bl. 2,
Bild 1



KD Grimma
Nordstr. 19
BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. RD, Nr. 2062, Bl. 58
(oben)



KD Schmöln
Lindenberg 23
BStU, MfS, BV Leipzig, KD Schmöln, Bl. 1,
Bild 1

Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen

Die Minister für Staatssicherheit

Wilhelm Zaisser

(* 1893, Rotthausen, † 1958, Berlin)



BArch, Bild 183-08749-0001

Volksschullehrer
1923–1926 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet bzw. Oberbezirksleitung West
1927–1932 Mitarbeiter der Komintern (Moskau)
1932 Eintritt in die KPdSU
1932–1936 Leiter einer militärpolitischen Schule bei Moskau
1936–1939 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg
1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen
1947 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED
1947–1948 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt
1948–1949 Innenminister des Landes Sachsen
1950–1953 Minister für Staatssicherheit, Mitglied des SED-Parteivorstandes/ZK und des Politbüros
1953 Absetzung nach dem Aufstand vom 17. Juni wegen »partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit«
1954 Parteiausschluss

Ernst Wollweber

(* 1898, Hannoversch Münden, † 1967, Berlin)



BArch, Bild 183-26755-001

Seemann
1919 Eintritt in die KPD
1923 Leiter von Militärorganisationen der KPD
1933 Emigration nach Kopenhagen
ab 1936 Aufbau eines illegalen Apparates zur weltweiten Schiffssabotage gegen sogenannte faschistische Staaten
1940 Verurteilung in Schweden wegen Sabotage
1944 Ausreise in die UdSSR
1946 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED
1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen
1953–1955 Staatssekretär für Staatssicherheit
1955–1957 Minister für Staatssicherheit
1954–1958 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer
1957 nach Meinungsverschiedenheiten mit Walter Ulbricht und Erich Honecker »auf eigenen Wunsch« pensioniert
1958 Ausschluss aus dem ZK der SED; zwangsweise Rückgabe seines Volkskammermandats

Erich Mielke

(* 1907, Berlin, † 2000, Berlin)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Speditionskaufmann
1924 Jugendorganisation des Roten Frontkämpferbundes
1927 Eintritt in die KPD
1931–1935 Flucht in die UdSSR nach der Ermordung von zwei Polizisten, Besuch der militärpolitischen Schule in Moskau
1936–1939 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg
1940–1943 Mitarbeit in der illegalen KPD-Leitung in Frankreich
1945 Rückkehr nach Berlin
1949–1950 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft
Mitglied des ZK der SED
1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit
1953–1955 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit
1955–1957 stellv. Minister im Ministerium für Staatssicherheit
1957–1989 Minister für Staatssicherheit
1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer
1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK
1980 Armeegeneral
Nov. 1989 Rücktritt als Minister und Politbüro-Mitglied
Dez. 1989 Ausschluss aus ZK und SED
1993 Verurteilung wegen der Polizistenmorde von 1931

Die Leiter der Bezirksverwaltung Dresden

Josef Gutsche

(* 1895, Grädlitz/Krs. Schwiebus, † 1964, Berlin)



BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 5, Bild 1

Buchbinder
1917/1918 Rotgardist bei den revolutionären Kämpfen in Russland
1920 Eintritt in die KPD
1930 Emigration in die UdSSR, Mitglied der KPdSU
1931–1942 Regimentskommissar in der Roten Armee
1945 Rückkehr nach Deutschland
1946 Eintritt in die SED
1947–1949 Präsident des Landeskriminalamts Sachsen in Dresden
1949–1950 Leiter der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)
1952 Leiter der BV Dresden
1953–1955 Leiter des Informationsbüros des MfS bzw. der Abteilung zur besonderen Verwendung (Untergrundaktionen in Westdeutschland), Generalmajor
1955–1957 Leiter der Kontrollinspektion des MfS
1957 Rentner

Gerhard Harnisch

(* 1916, Pirna, † 1996)



BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 5, Bild 3

Buchdrucker
1933 illegale Tätigkeit für den KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) und die KPD, KZ Hohenstein
1938–1942 Reichsarbeitsdienst, dann Wehrmacht
1942 vier Monate Haft wegen Wehrkraftzersetzung
1945–1948 Sowjetische Gefangenschaft, Antifa-Schüler
1949 Organisations-Sekretär der SED-Kreisleitung Pirna
1949 Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen in Pirna (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)
1953 Leiter der BV Dresden, Oberst
1953–1959 Leiter der Schule (ab 1955 »Hochschule«) des MfS Potsdam-Eiche
1959–1962 Leitende Tätigkeit für die Hauptabteilung Kader und Schulung in Berlin
1962–1977 Leiter des Büros der Leitung des MfS in Berlin
1977 Rentner

Rolf Markert

(eigentlich Helmut Thiemann)
(* 1914, Werdau, † 1995, Berlin)



BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Fo, Nr. 10225, Bl. 8, Bild 3

Klavierbauer und Maurer
1934 Besuch der Kommunistischen Jugendinternationale Chotkowa (UdSSR)
1934–1937 Rückkehr nach Berlin, Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«
1937 KZ Esterwegen/KZ Aschendorfer Moor
1938–1945 KZ Buchenwald, Mitglied der illegalen Parteiorganisation der KPD
1945 Einstellung bei der Polizei in Chemnitz, Annahme des Namens »Rolf Markert«
1948 Leiter des Dezernats K 5 (politische Polizei) des Landeskriminalamtes Sachsen
1949–1950 Amt zum Schutz des Volkseigentums in Sachsen (ab Okt. 1949 Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, ab Feb. 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)
1951 Leiter der Länderverwaltung Brandenburg des MfS
1952 Leiter der Spionageabwehr des MfS Berlin
1953–1981 Leiter der BV Dresden
1969 Generalmajor
1981 Rentner

Horst Böhm

(* 1937, Zwickau, † 1990, Dresden)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Dipl.-Lehrer für Marxismus-Leninismus
1954 Eintritt in die SED
1955 Abitur, Einstellung beim MfS
1961–1962 Stellvertretender Leiter der KD Stolberg und der KD Hohenstein
1962–1967 Studium an der Universität Leipzig
1966–1981 BV Karl-Marx-Stadt, ab 1974 Stellvertreter Operativ des Leiters
1981–1989 Leiter der BV Dresden
1982 Generalmajor
1989 Entlassung
1990 Suizid

Die Leiter der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

Leander Kröber

(* 1902, Schnauderhainichen, † 1980, Erfurt)



BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo, Nr. 227, Bd. 2

Bergarbeiter

1921–1923 Eintritt in die USPD, dann SPD
 1923 Eintritt in die KPD
 1932–1933 Abgeordneter der KPD im Thüringer Landtag
 1933–1934 Inhaftierung in den KZ Nohra und Bad Sulza
 1935–1942 Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«
 1942–1945 »Schutzhaft« im KZ Buchenwald, ab 1943 Außenkommando Schönebeck
 1945–1946 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Thüringen
 1945–1947 Polizeidirektor in Eisenach
 1948–1949 Leiter der Volkspolizei-Landesbehörde Thüringen
 1949–1950 Sonderlehrgang in der UdSSR
 1950 Einstellung beim MfS, stellvertretender Leiter der Länderverwaltung Thüringen
1951–1953 Leiter der Länderverwaltung Thüringen des MfS, ab 1952 Leiter der BV Chemnitz
 1953–1955 Adjutant des Innenministers
 1955–1960 Kommandeur der Offiziersschule der Deutschen Grenzpolizei, dann der 3. Grenzbrigade in Erfurt
 1958 Oberst
 1960 Rentner

Hans Schneider

(* 1914, Oberlosa/Krs. Plauen, † 1972)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Schlosser

1936–1940 Wehrmacht
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1945 Einstellung bei der Polizei, Kreis Plauen
 1949–1951 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS), Leiter der KD Plauen leitende Funktionen bei der KD Leipzig und der Länderverwaltung Sachsen
 1952 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Karl-Marx-Stadt
1953–1958 Leiter der BV Karl-Marx-Stadt, Oberst
 1958/59 Besuch der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
1959–1966 Leiter der BV Leipzig
 1966 aus gesundheitlichen Gründen von seiner Funktion entbunden
 1968 Rentner

Siegfried Gehlert

(* 1925, Raschau/Sachsen, † 2010, Chemnitz)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Jurist

1943 Mitglied der NSDAP, Reichsarbeitsdienst
 1944/45 Wehrmacht, sowjetische Gefangenschaft
 1948 Einstellung bei der Volkspolizei
 1949 Eintritt in die SED
 1950–1952 Einstellung beim MfS
 1952–1953 Leiter der KD Auerbach, Schwarzenberg und Zwickau leitende Funktionen bei der BV Karl-Marx-Stadt, ab 1955 stellvertretender Leiter
1958–1989 Leiter der BV Karl-Marx-Stadt
 1960–1965 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
 1973 Promotion zum Dr. jur. an der JHS
 1987 Generalleutnant
 1990 Entlassung

Die Leiter der Bezirksverwaltung Leipzig

Kurt Rümmler

(* 1911, Taura, † 1958, Leipzig)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Maschinenschlosser

1931 Eintritt in die KPD
 1933 Reichsarbeitsdienst
 1935–1936 Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«
 1943–1945 Wehrmacht
 1945–1947 sowjetische Gefangenschaft
 1947–1949 Einstellung bei der Polizei, Personalleiter im Kreisamt Rochlitz
 1950 Einstellung beim MfS, Leiter der KD Rochlitz
 1951 Leiter der KD Oelsnitz
1952–1959 Leiter der KD Leipzig des MfS, ab Juli der BV Leipzig
 1953 Oberst

Hans Schneider**1959–1966 Leiter der BV Leipzig** (siehe BV-Leiter Karl-Marx-Stadt)**Manfred Hummitzsch**

(* 1929, Limbach, † 2015, Berlin)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Kaufmännischer Angestellter und Jurist

1949 Eintritt in die SED
 1950 Einstellung beim MfS
 1951–1955 Länderverwaltung Sachsen des MfS, Abteilung III (Volkswirtschaft), dann HA III des MfS Berlin
 1955–1956 Lehrgang an der Bezirksparteischule Berlin
 1957–1965 leitende Funktionen bei der BV Leipzig, ab 1962 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1960–1965 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
1966–1989 Leiter der BV Leipzig
 1975 Promotion zum Dr. jur. an der JHS
 1989 Generalleutnant
 1990 Rentner

Die Leiter der Objektverwaltung »W« Wismut

Karl Kleinjung

(* 1912, Remscheid, † 2003, Berlin)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Friseur

1931 Eintritt in die KPD
 1933–1935 Emigration nach Holland, Abschiebung nach Belgien
 1936–1939 Interbrigadist in Spanien
 1939–1945 Aufenthalt in der UdSSR, u. a. Partisan, Parteschule der KPdSU bei Moskau
 1946 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED
 1947–1949 stellv. Leiter der Volkspolizei Thüringen, dann Volkspolizei Mecklenburg
 1949–1950 Lehrgang an der Militärakademie der UdSSR in Priwolsk
 1950 Einstellung beim MfS, Leiter der Verwaltung Groß-Berlin
1951–1955 Leiter der OV Wismut
 1955–1981 Leiter der HA I
 1974 Generalleutnant
 1981 Rentner
 Nach 1990 mehrere Ermittlungsverfahren u. a. wegen Totschlags, eingestellt wegen Verhandlungsunfähigkeit

Ernst Zuschke

(* 1910, Kreuzburg, † 1970)



BStU, MfS, KS, Nr. 491/70, Bl. 262

Buchdrucker und Gesellschaftswissenschaftler

1927 Eintritt in die KPD
 1933–1936 »Schutzhaft« und Haft in Breslau
 1939–1944 Wehrmacht
 1944–1948 sowjetische Gefangenschaft
 1948 Eintritt in die SED
 1949–1951 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS), Leiter der KD Bergen und KD Wismar
 1952–1955 Stellvertretender Leiter OV Wismut
1955–1957 Leiter der OV Wismut
 1957–1960 Stellvertretender Leiter der OV Wismut
 1959–1964 Fernstudium an der Parteihochschule der SED
1960–1970 Leiter der OV Wismut
 1962 Oberst

Otto Last

(* 1906, Gustow/Rügen, † 1990)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Stellmacher

1929	Eintritt in die KPD
1935–1939	Verhaftung und Verurteilung wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, dann KZ Sachsenhausen
1943–1945	Soldat im Strafbataillon 999
1945	2. Sekretär der KPD-, ab 1946 der SED-Kreisleitung Randow
1947–1948	Parteihochschule der SED
1949–1950	Einstellung als Leiter bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS)
1951–1957	stellvertretender Minister für Staatssicherheit bzw. stellvertretender Staatssekretär für Sicherheit
1953	Generalmajor
1957–1960	Leiter der OV Wismut
1960–1966	Degradierung zum Oberst, OibE
1966	Rentner

Rudolf Mittag

(* 1929, Kamenz, † 2012, Großröhrsdorf)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Jurist

1945	Reichsarbeitsdienst
1946	Eintritt in die KPD, dann SED
1947–1949	Einstellung bei der Volkspolizei, Übernahme in die K 5 (politische Polizei)
1949–1951	Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)
1951–1962	Tätigkeit in verschiedenen Dienststellen der OV Wismut, ab 1955 leitende Tätigkeit
1960–1965	Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
1962–1970	Stellvertreter Operativ des Leiters der OV Wismut
1970–1975	Leiter der OV Wismut
1975–1989	Leiter der BV Rostock
1989	Generalleutnant
1990	Entlassung

Herbert Hentschke

(* 1919, Oberseifersdorf, † 1991)



BStU, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 1141, Bild 1

Schlosser und Jurist

1934–1943	nach »illegaler Arbeit« für die KPD Emigration in die CSR, dann in die UdSSR, Besuch einer Komintern-Schule
1944	Partisan in Weißrussland
1945	Rückkehr nach Deutschland
1946–1950	Referent/Hauptreferent beim Zentralkomitee der KPD bzw. SED
1950	Einstellung bei der Volkspolizei
1951–1959	Einstellung beim Außenpolitischen Nachrichtendienst (ab 1953 HA XV, ab 1956 Hauptverwaltung Aufklärung des MfS)
1959–1968	Leitende Tätigkeiten für andere Abteilungen des MfS
1965–1966	Besuch der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
1966–1968	Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
1968–1975	für Sonderaufgaben zum 1. stellvertretenden Minister kommandiert, dann Verbindungsoffizier der HV A
1975–1981	Leiter der OV Wismut
1980	Generalmajor
1981	Rentner

Manfred Pierschel

(* 1931, Oberneuschönberg, † 2001)



BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KS, Nr. 991, Bd. 1, Bl. 5

Verwaltungsangestellter und Jurist

1949	Eintritt in die SED
1952	Einstellung beim MfS
1952–1953	Lehrgang an der Schule des MfS Potsdam
1953–1981	BV Leipzig, ab 1960 leitende Funktionen, ab 1975 Stellvertreter Operativ des Leiters
1963–1968	Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
1981–1982	Leiter der OV Wismut (1982 verlor die OV Wismut aufgrund struktureller Veränderungen den Status einer BV)
1982–1986	Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Karl-Marx-Stadt und Leiter der Abteilung Wismut
1986–1989	Leiter der Abt. XIV der BV Karl-Marx-Stadt
1990	Entlassung

Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen**SED-Bezirksleitung Dresden****Hans Riesner**

(* 1902, Schneeberg, † 1976, Berlin)



Foto: Berliner Verlag/Archiv

Lehrer

1923	Eintritt in die KPD
1932	Mitglied der Stadtteilleitung Chemnitz-Bernsdorf der KPD
1933	»Schutzhaft« in den KZ Colditz und Sachsenburg
1937–1945	Hilfsbuchhalter in einer Textilfabrik in Rodewisch
1945	Mitglied der KPD, ab 1946 SED
1945–1950	Stadtrat, zunächst stellvertretender, ab 1948 erster Bürgermeister in Chemnitz
1951–1952	Minister für Kultur und Volksbildung in Sachsen
1952–1957	1. Sekretär der SED-BL Dresden
1957–1962	Leiter der Abteilung Volksbildung und Kultur beim ZK, anschließend wechselnde Tätigkeiten für den Auswärtigen Dienst
1963	Professor und Prorektor der Akademie für Rechts- und Staatswissenschaften Potsdam
1965	Rentner
1967–1976	Mitglied der SED-BL Karl-Marx-Stadt

Fritz Reuter

(* 1911, Berlin, † 2000, Berlin)



SLUB/Deutsche Fotothek/Erich Höhne/Erich Poh

Maurer

1927–1933	Mitglied und-Funktionär des KJVD
1930	Eintritt in die KPD
1933	Verhaftung
1934–1938	KZ Esterwegen/KZ Sachsenhausen
1939–1945	Verurteilung wegen fortgesetzter Tätigkeit für die KPD, KZ Sachsenhausen, Flucht und erneute Tätigkeit für die KPD
1945	1. Sekretär der KPD-Kreisleitung Berlin-Neukölln, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Berlin
1946–1954	Sekretär des SED-Landesvorstandes bzw. der SED-Bezirksleitung Berlin
1947	Besuch der Parteihochschule der SED
1954–1957	2. Sekretär der SED-BL Dresden
1957–1960	1. Sekretär der SED-BL Dresden
1958–1963	Mitglied des ZK, Mitglied der Volkskammer
1966–1972	Mitarbeiter, dann Vorsitzender der Bezirksrevisionskommission Erfurt
1972–1989	leitende Tätigkeit für die Zentralleitung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer

Werner Krolkowski

(* 1928, Oels/Schlesien)



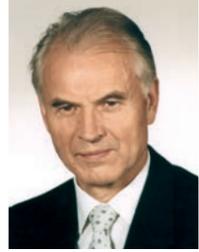
BArch, Bild 183-1983-0506-026

Verwaltungsangestellter

1944–1945	Luftwaffenhelder der Wehrmacht
1946	Eintritt in die SED
1946–1950	Mitarbeiter und Abteilungsleiter beim Rat des Kreises Malchin
1950	Besuch der Landesparteihschule Mecklenburg
1951–1952	Mitarbeiter der SED-Landesleitung Mecklenburg
1952–1958	1. Sekretär der SED-KL Ribnitz-Damgarten und der SED-KL Greifswald
1958–1960	Verschiedene Tätigkeiten in der SED-BL Rostock
1960–1973	1. Sekretär der SED-BL Dresden
1963–Dez. 1989	Mitglied des ZK der SED
1963–Nov. 1989	Abgeordneter der Volkskammer
1971–1989	Mitglied des Politbüros
1976–1988	1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats
1988–Nov. 1989	Mitglied des Staatsrats
Dez. 1989	Ausschluss aus der SED
Mai 1990	Anklage wegen Veruntreuung von Staatsgeldern; Einstellung des Verfahrens aus gesundheitlichen Gründen

SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt

Hans Modrow
(* 1928, Jasenitz)



BArch, Bild 183-1989-1117-431

Maschinenschlosser und Ökonom
1945 Volkssturm
1945–1949 Sowjetische Gefangenschaft, Besuch einer Antifa-Schule
1949 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED
1949–1961 Funktionärstätigkeit für die FDJ
1952–1953 Besuch der Komsomol-Hochschule in Moskau
1954–1957 Fernstudium an der Parteihochschule der SED
1958–Okt. 1990 Abgeordneter der Volkskammer
1961–1967 1. Sekretär der SED-KL Berlin-Köpenick
1966 Promotion an der HU Berlin
1967–1989 Mitglied des ZK der SED
1967–1971 Sekretär der SED-BL Berlin für Agitation und Propaganda
1971–1973 Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED
1973–1989 1. Sekretär der SED-BL Dresden
Okt. 1989 Mitinitiator des Dresdener Dialogs mit der oppositionellen »Gruppe der 20«
Nov./Dez. 1989 Mitglied des Politbüros des ZK
Nov. 1989–April 1990 Vorsitzender des Ministerrats
1990 Ehrenvorsitzender der PDS
1990–1994 Mitglied des Bundestags
1993–1995 Verfahren wegen »Anstiftung zur Wahlfälschung«; Verurteilung zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten
1999–2004 Abgeordneter des Europäischen Parlaments

Hansjoachim Hahn
(* 1934, Dresden)

Ökonom
1953–1959 Studium an der TU Dresden
1955 Eintritt in die SED
1959–1974 Tätigkeit für das VEB Transformatoren- und Röntgenwerk in Dresden; ab 1964 Werkdirektor
1970 Promotion
1974–1988 Generaldirektor des VEB Kombinat Elektromaschinenbau Dresden
1976–1989 Mitglied der SED-BL Dresden
1988–1990 Professor für Betriebswirtschaftslehre an der TU Dresden
Nov. 1989–Jan. 1990 1. Sekretär der SED-BL Dresden
Jan. 1990 Rücktritt und Austritt aus der SED-PDS

Walter Buchheim
(* 1904, Pegau/Borna, † 1979, Berlin)



BArch, Bild 183-57000-0670

Metallschleifer
1926 Eintritt in die KPD
1933–1936 Verurteilungen wegen »illegaler politischer Arbeit«, KZ Sachsenhausen
1936–1945 diverse Tätigkeiten, u. a. als Metallschleifer
1945 Mitglied der KPD, ab 1946 SED
1945–1949 Bürgermeister in Groitzsch
1950–1951 Landrat im Kreis Zittau
1951 Besuch der Landesparteihschule der SED in Meißen
1952 1. Sekretär der SED-KL Chemnitz/Karl-Marx-Stadt
1952–1959 1. Sekretär der SED-BL Chemnitz/Karl-Marx-Stadt
1954–1963 Mitglied des ZK der SED
1958–1963 Abgeordneter der Volkskammer
1959–1961 Stellvertretender Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB
1961–1971 Vorsitzender des Zentrallausschusses der Volkssolidarität
1971 Rentner

Rolf Weihs
(* 1920, Goldlauter, † 2000, Erfurt)

Metallformer
1933 Mitglied der Jungen Pioniere (KPD-Kinderorganisation)
1937–1945 Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht
1945–1948 Sowjetische Gefangenschaft
1948 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED
1949–1953 Tätigkeiten für die SED-KL Suhl, die SED-LL Thüringen und die SED-BL Suhl
1953–1954 Studium an der Parteihochschule der KPD/SU in Moskau
1954–1960 SED-Gebietsleitung Wismut, ab 1958 1. Sekretär
1960–1963 1. Sekretär der SED-BL Karl-Marx-Stadt
1960–1963 Mitglied des ZK der SED
1963–1970 1. Sekretär der SED-KL Potsdam
1970–1986 Stellvertretender Vorsitzender der Bezirkspartei-kontrollkommission der SED Erfurt

Paul Roscher
(* 1913, Pockau, † 1993)



BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo, Nr. 374, Bd. 1, Bild 9 (Ausschnitt)

Maschinenschlosser
1928 Eintritt in den KJVD
1932–1935 Mitglied und Funktionär der KPD
1935–1937 Verurteilung wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, Haft in Zwickau und im KZ Aschendorfer Moor
1942–1947 Wehrmacht, französische Gefangenschaft
1947 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED
1947–1949 Tätigkeit für die SED-KL Marienberg
1949–1954 Leitende Funktionen in der SED-LL Sachsen und der SED-BL Leipzig
1954/55 Studium an der Parteihochschule der SED
1955–1959 Leitende Tätigkeiten in der SED-BL Erfurt
1959–1963 1. Sekretär der SED-BL Gera
1963–1976 1. Sekretär der SED-BL Karl-Marx-Stadt
1963–Dez. 1989 Mitglied des ZK der SED
1963–1981 Abgeordneter der Volkskammer

Siegfried Lorenz
(* 1930, Annaberg)



BArch, Bild 183-1986-520-411

Gesellschaftswissenschaftler
1945 Eintritt in die SPD, ab 1946 SED
1946–1947 Tätigkeit in der SED- und der FDJ-Stadtleitung Annaberg
1948–1951 Studium, u. a. an der Universität Leipzig
1951–1965 Funktionärstätigkeiten für die FDJ
1954–1957 Studium an der Parteihochschule der SED
1961–1976 Mitglied des Zentralrats der FDJ, ab 1967 Leiter der Jugendkommission des Politbüros
1963–Jan. 1990 Abgeordneter der Volkskammer
1965–1966 Abteilungsleiter bei der SED-BL Berlin
1971–Dez. 1989 Mitglied des ZK der SED
1976–1989 1. Sekretär der SED-BL Karl-Marx-Stadt
1986–Dez. 1989 Mitglied des Politbüros
1993 Rentner
1998–2004 Gerichtsverfahren wegen »Totschlags an DDR-Flüchtlingen«, Verurteilung wegen Beihilfe zu dreifachem Mord

Norbert Kertscher
(* 1954, Saalfeld)



Foto: picture alliance/Wolfgang Thieme

Elektronikfacharbeiter, Lehrer, Gesellschaftswissenschaftler und Ökonom
1974 Eintritt in die SED
1977–1982 Lehrer an der Bezirksparteischule in Mittweida
1982–1986 Studium an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
1986 Promotion im Fach Ökonomie
1986–1988 Sekretär der SED-KL Brand-Erbisdorf
1988–1989 1. Sekretär der SED-KL Hohenstein-Ernstthal
Nov./Dez. 1989 1. Sekretär der SED-BL Karl-Marx-Stadt
Dez. 1989–1990 Vorsitzender des SED/PDS-Bezirksvorstandes Karl-Marx-Stadt
März 1990–Okt. 1990 Abgeordneter der Volkskammer für die PDS
Okt. 1990–Dez. 1990 Mitglied des Bundestags

SED-Bezirksleitung Leipzig

Karl Schirdewan

(* 1907, Stettin, † 1998, Potsdam)



Foto: SLUB/Deutsche Fotothek/Rössing, Roger/Rössing, Renate

Kaufmann
 1925 Eintritt in die KPD
 1925–1934 Funktionärstätigkeit für den KJVD
 1934–1945 Verurteilung wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, Haft in Coswig, ab 1937 KZ Sachsenhausen und Flossenbürg
 Juni 1945 Mitbegründer der KPD Nordbayern
 1945–1949 Mitarbeiter beim ZK der KPD bzw. der SED
 März 1952–Juli 1952 1. Sekretär der SED-LL Sachsen
Aug. 1952–Dez. 1952 1. Sekretär der SED-BL Leipzig
 1952–1958 Abgeordneter der Volkskammer
 1953–1958 Mitglied des Politbüros und des ZK der SED
 1953–1957 Abteilungsleiter beim ZK der SED
 1958 Wegen »Fraktionstätigkeit« aus dem ZK der SED ausgeschlossen, Verlust aller Parteifunktionen
 1958–1965 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung in Potsdam
 1965 Rentner

Paul Fröhlich

(* 1913, Niederplantz, † 1970, Berlin)



BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. RD, Nr. 978, Bild 31

Koch, Bergmann
 1930 Eintritt in die KPD
 1933 Inhaftierung wegen »illegaler politischer Tätigkeit«
 1939–1944 Wehrmacht, Desertion
 1945 Amerikanische Gefangenschaft
 1945 Mitglied der KPD, ab 1946 der SED
 1945–1952 Leitende Tätigkeit für die KPD-KL Glauchau, die SED-KL Dresden, Bautzen und Leipzig
 1950–1953 Fernstudium an der Parteihochschule der SED
1952–1970 1. Sekretär der SED-BL Leipzig
 1954–1970 Abgeordneter der Volkskammer
 1958–1970 Sekretär des ZK der SED
 1963–1970 Mitglied des Politbüros des ZK

Horst Schumann

(* 1924, Berlin, † 1993, Berlin)



BArch, Bild 183-F0711-0034-001

Klavierbauer, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler
 1940–1944 Angehöriger einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Leipzig
 1944 Wehrmacht
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1947–1950 leitende Tätigkeit für die FDJ
 1950–1951 Studium an der Parteihochschule der SED
 1952–1967 Funktionärstätigkeit für FDJ, ab 1959 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ
 1953–1956 Mitarbeiter beim ZK der SED
 1956–1959 Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
 1959–Dez. 1989 Mitglied des ZK der SED
 1960–1971 Mitglied des Staatsrats
 1963–Nov. 1989 Abgeordneter der Volkskammer
 1969–1970 2. Sekretär der SED-BL Leipzig
1970–Nov. 1989 1. Sekretär der SED-BL Leipzig

Roland Wötzel

(* 1938, Plauen)



picture alliance/Wolfgang Kluge

Ökonom (Dr. oec.) und Jurist
 1956–1962 Studium an der Universität Leipzig
 1959 Mitglied der SED
 1963–1969 Leitende Tätigkeit in verschiedenen Betrieben
 1970–1977 Leitende Tätigkeit bei der Staatlichen Plankommission in Berlin und der Bezirksplankommission Leipzig
 1977–1978 Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
 1978–1984 1. Sekretär der SED-KL Leipzig-Stadt
 1979 Promotion
 1984–1989 Sekretär für Wissenschaft und Volksbildung bei der SED-BL Leipzig
 Okt. 1989 Mitunterzeichner des Aufrufs der »Leipziger Sechsk« zur Gewaltfreiheit bei der Leipziger Montagsdemo
Nov. 1989–Febr. 1990 1. Sekretär der SED-BL Leipzig
 Dez. 1989–1990 Mitglied des SED-PDS-Parteivorstandes⁴⁰⁴

ECa/SSc



> BV-Leiter Markert übergibt Stasi-Chef Mielke bei seinem Besuch in Dresden ein Präsent zum 20. Jahrestag des MfS. 1970
 BStU, MfS, ZAIG, Fo, Nr. 2986, Bild 5

Autoren

AJM	Annegret Jahn-Marx Jg. 1980; Politikwissenschaftlerin und Historikerin, Leiterin des Archivs der Außenstelle Dresden des BStU	MAn	Markus Anhalt Dr., Jg. 1965; Theologe, Mitarbeiter im Sachgebiet Anträge und Ersuchen der Außenstelle Leipzig des BStU
AZs	Anja Zschirpe Jg. 1975; Soziologin, Mitarbeiterin im Sachgebiet Anträge und Ersuchen der Außenstelle Chemnitz des BStU	PBo	Peter Boeger Dr., Jg. 1956; Kunsthistoriker und Kommunikationswissenschaftler, Leiter der Arbeitsgruppe Schwerpunktstudien der Abteilung Bildung und Forschung des BStU
CHe	Cornelia Herold Jg. 1983; Germanistin und Historikerin, Sachgebietsleiterin Anträge und Ersuchen der Außenstelle Dresden des BStU	RSi	Rüdiger Sielaff Jg. 1958; Leiter der Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU
ECa	Elise Catrain Dr., Jg. 1983; Germanistin und Historikerin, wiss. Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Forschung des BStU	SKK	Sabine Kleditzsch-Kahle Jg. 1963; Archivarin der Außenstelle Leipzig des BStU
HBi	Henrik Bispinck Dr., Jg. 1973; Germanist und Historiker, wiss. Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU	SLi	Sebastian Lindner Jg. 1980; Germanist und Historiker, Mitarbeiter der Projektgruppe »Modulare Archivpräsentation« des BStU
IRa	Ilona Rau Jg. 1952; ehemalige Leiterin des Archivs der Außenstelle Dresden des BStU	SSc	Stephanie Schlesier Dr., Jg. 1978; Historikerin, Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Forschung des BStU
JSc	Juliane Schütterle Dr., Jg. 1978; Historikerin, wiss. Mitarbeiterin der Abteilung Archivbestände des BStU	UDi	Ulli Dienel Jg. 1967; Diplom-Verwaltungswirt, Sachgebietsleiter Anträge und Ersuchen der Außenstelle Dresden des BStU
KFe	Konrad Felber Jg. 1953; Leiter der Außenstelle Dresden des BStU		
KRi	Katja Riedel Jg. 1986; Historikerin, Mitarbeiterin im Sachgebiet Anträge und Ersuchen der Außenstelle Chemnitz des BStU		
LRa	Lothar Raschker Jg. 1954; Diplombetriebswirt, Sachgebietsleiter Anträge und Ersuchen der Außenstelle Chemnitz des BStU		

Abkürzungsverzeichnis

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit – Nachfolgeeinrichtung des MfS; 17.11.–17.12.1989	MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
BFC	Berliner Fußballklub »Dynamo«	MVM	Militärverbindungsmission – der USA, Großbritanniens und Frankreichs; Sitz: Neu Fahrland bei Potsdam
BL	Bezirksleitung	NKWD	Narodnyi Komissariat Wnutrennych Del – (russisch) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; 1917–1946; umfasste 1934–1943 auch den Staatssicherheitsdienst der UdSSR
BRD	Bundesrepublik Deutschland	NSA	nichtsozialistisches Ausland
BV	Bezirksverwaltung (MfS)	NSW	nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
DDR	Deutsche Demokratische Republik	OD	Objektdienststelle (MfS) – Diensteinheit, die ausschließlich zur Sicherung bedeutender Betriebe und Einrichtungen tätig war; 1989 existierten 7 OD
DM	Deutsche Mark	OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsespionage
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DDR)		
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund (DDR)		
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR) – realsozialistische Einheitsgewerkschaft		
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR) – staatsstreuere Jugendorganisation		
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (MfS) – seit 1968; seit 1980 registrierpflichtig; besondere Form der inoffiziellen Zusammenarbeit		
IG Wismut	Industriegewerkschaft Wismut		
IM	Inoffizieller Mitarbeiter – konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«	OT	Ortsteil
		OV	Objektverwaltung
		OV	Operativer Vorgang – konspiratives Ermittlungsverfahren gegen »unbekannt« oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dies beabsichtigten (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)
JHS	Juristische Hochschule (MfS)	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
K 5	Dezernat 5 und Kommissariate 5 der Kriminalpolizei – politische Polizei (Vorläufer des MfS)	SC	Sportclub
KD	Kreisdienststelle (MfS)	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
KJS	Kinder- und Jugendsportschule (DDR)	TU	Technische Universität
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands	TH	Technische Hochschule
KL	Kreisleitung	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	VEB	Volkseigener Betrieb (DDR) – Staatsbetrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	Wismut AG	Aktiengesellschaft; Bergbaubetrieb zur Uranförderung
LL	Landesleitung		
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)	ZK	Zentralkomitee
MdI	Ministerium des Innern (DDR)		



> Die Staatssicherheit hielt den Besuch von Fidel Castro in Dresden in einem Fotoalbum für ihr Traditionskabinett fest. Juni 1972
BStU, MfS, BV Dresden, AKG, Nr. 10920, Bl. 33

Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Sachsen

Hinweise zur Fachliteratur finden sich auch in den Anmerkungen.

Anhalt, Markus: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR. Göttingen 2016.

Aris, Nancy; Heitmann, Clemens (Hg.): Via Knast in den Westen. Das Kaßberg-Gefängnis und seine Geschichte. Leipzig 2013.

Behring, Rainer; Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952. Köln u. a. 2003.

Blecher, Jens; Wiemers, Gerald: Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945 bis 1955. Von der Universität in den GULAG. Studentenschicksale in sowjetischen Straflagern 1945 bis 1955. Leipzig 2005.

Bürgerkomitee Leipzig (Hg.): Stasi intern. Macht und Banalität. Leipzig 1998.

Eckert, Rainer: Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert. Halle 2014.

Heinrich-Vogel, Renate: Mein Lebensweg vom sportbegeisterten Kind zur Hochleistungssportlerin der DDR. In: Ehrlich, Dieter; Heinrich-Vogel, Renate; Winkler, Gert: Die DDR. Breiten- und Spitzensport. München 1981, S. 49–59.

Hermann, Konstantin: Sachsen und der Prager Frühling. Beucha 2008.

Hollitzer, Tobias: »Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag«. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Berlin 1999.

Hollitzer, Tobias; Sachenbacher, Sven: Die Friedliche Revolution in Leipzig. Bilder, Dokumente und Objekte. Leipzig 2012.

Horsch, Holger (Hg.): »Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral«. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Berlin 2015.

Lienert, Matthias: Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989. Köln u. a. 2011.

Mayer, Thomas: Helden der friedlichen Revolution. 18 Portraits von Wegbereitern aus Leipzig. 2. Aufl., Leipzig 2009.

Neumann, Heiko: »Und die hatten irgendwie meinen Willen gebrochen.« Haftregime & Vernehmungspraxis in der MfS-U-Haft Bautzner Straße Dresden 1953–1989. Dresden 2016.

Pleil, Ingolf; Mielke, Macht und Meisterschaft: Die »Bearbeitung« der Sportgemeinschaft Dynamo Dresden durch das MfS 1978–1989. Berlin 2001.

Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen. Göttingen 2009.

Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Köln u. a. 1999.

Rudolph, Karsten; Wüstenhagen, Jana: Große Politik – kleine Begegnungen. Die Leipziger Messe im Ost-West-Konflikt. Berlin 2005.

Rühle, Ray: Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig. Münster u. a. 2003.

Schütterle, Juliane: Kumpel, Kader und Genossen. Arbeiten und Leben im Uranbergbau der DDR. Die Wismut AG. Paderborn 2010.

Starke, Holger: Keine Gewalt! Revolution in Dresden 1989. Dresden 2009.

Weckbrodt, Heiko: Punker, Umweltschützer und Pazifisten unerwünscht. Aktion »Semperoper«: Wie die Stasi 1985 die Wiedereröffnung der Semperoper in Dresden abschränkte. Dresden 2015. Kindle Edition.

Weinke, Annette; Hacke, Gerald: U-Haft am Elbhang. Die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit in Dresden 1945 bis 1989/90. Dresden 2004.

Wiese, René: Kaderschmieden des Sportwunderlandes. Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR. Hildesheim 2012.

Zwahr, Hartmut; Topfstedt, Thomas; Bentele, Günter (Hg.): Leipzigs Messen 1497–1997. Gestaltwandel – Umbrüche – Neubeginn. Teilbd. 2: 1914–1997. Köln u. a. 1999.

Impressum

**Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik**

Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Gestaltung
Pralle Sonne, Berlin

Danksagung

Besonderer Dank gilt Dr. Gabriele Camphausen, Dr. Roger Engelmann, Dr. Stephanie Schlesier und Dr. Ralf Trinks für ihre kritische und kreative Begleitung. Durch die engagierte Unterstützung der Außenstellen Chemnitz, Dresden und Leipzig des Bundesbeauftragten wurde diese Publikation erst möglich.

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

Schutzgebühr 5,00 €
Berlin 2017

ISBN 978-3-946572-01-5

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465720154

SACHSEN



ISBN 978-3-946572-01-5



9 783946 572015

www.bstu.de

